



Zeitschrift für Diskursforschung Journal for Discourse Studies

Herausgegeben von Reiner Keller | Werner Schneider | Willy Viehöver

■ **Ina Alber / Sonja Ammann**

Diskursforschung als interdisziplinäre Schnittstelle
Wissenssoziologie und Exegese im hermeneutischen Gespräch

■ **Kristina Chmelar**

Gedenken denken im terrain vague Ein postkonstruktivistischer Weg
für die Erinnerungsforschung

■ **Laura Maleyka / Sascha Oswald**

Wenn »Genderwahn« zur »Tautologie« wird Diskursstrukturen und
Kommunikationsmacht in Online-Kommentarbereichen

■ **Markus Rheindorf**

Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer
Diskursfiguren zur »Integrationsunwilligkeit«

Erschütterung der Demokratie



Samuel Salzborn
Angriff der Antidemokraten
Die völkische Rebellion der
Neuen Rechten

2017, 224 Seiten
broschiert, € 14,95
ISBN 978-3-7799-3674-9
Auch als **E-Book** erhältlich

Der Angriff der Antidemokraten, den wir seit einigen Jahren erleben, erschüttert die Demokratie – oft, weil sie demokratische Mittel einsetzen, um die Demokratie von innen heraus zu zerstören. Was wollen die neurechten Feinde der Demokratie aber genau? Was sind ihre Ziele, ihre Methoden, ihre Verbündeten, ihre Kronzeugen bei ihrer völkischen Rebellion? Samuel Salzborn gibt Antworten auf diese Fragen, analysiert die Strategien der gegenwärtigen Bewegungen und Parteien und deckt die historischen Kontinuitäten auf.

Aus dem Inhalt:

- Von der Konservativen Revolution zur Neuen Rechten
- Die Neue Rechte in der Bundesrepublik
- Kronzeuge der Neuen Rechten im Kampf gegen die Demokratie: Carl Schmitt
- Ist das Antisemitismus? Die Verharmlosung der Judenfeindschaft durch inszenierte Naivität und Ignoranz
- Virtuelle Verschwörungswelten
- Männlich, halbgebildet, situiert, egoistisch: der soziale Bodensatz der Antidemokraten
- Hass auf Gleichheit, Hass auf Gleichberechtigung: der parteipolitische Arm der völkischen Rebellion
- Was tun? Strategien gegen die Feinde der Demokratie

Inhaltsverzeichnis

Willy Viehöver / Reiner Keller / Werner Schneider

Editorial 114

Themenbeiträge

Ina Alber / Sonja Ammann

Diskursforschung als interdisziplinäre Schnittstelle

Wissenssoziologie und Exegese im hermeneutischen Gespräch 116

Kristina Chmelar

Gedenken denken im terrain vague

Ein postkonstruktivistischer Weg für die Erinnerungsforschung 136

Laura Maleyka / Sascha Oswald

Wenn »Genderwahn« zur »Tautologie« wird

Diskursstrukturen und Kommunikationsmacht in Online-Kommentarbereichen 159

Markus Rheindorf

Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer

Diskursfiguren zur »Integrationsunwilligkeit« 182

Berichte

Steffen Hagemann / Anina Engelhardt

»Deutungsmuster im Diskurs: Arbeitskreis Diskursforschung der Sektion Wissenssoziologie und 13. Netzwerktreffen Wissenssoziologische Diskursanalyse« 207

Cathrin Tettenborn / Georg Tiroch

»Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit III:

Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung« 211

Reviews

Prof. Dr. Rolf Parr

Wodak, R. (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer

Diskurse. Wien und Hamburg: Edition Konturen. 219

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann

Herschinger, E./Renner, J. (Hrsg.) (2014): Diskursforschung in den Internationalen

Beziehungen. Baden-Baden: Nomos. 223

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Diskursforschung ist ein Unternehmen, das in sehr unterschiedlicher Weise und auch in sehr unterschiedlichen disziplinären Kontexten vorangetrieben wird. Dazu gibt das vorliegende Heft eindrucksvolle Hinweise. Eröffnet wird es mit einem Beitrag von *Ina Alber* und *Sonja Ammann* zum Thema »Diskursforschung als interdisziplinäre Schnittstelle – Wissenssoziologie und Exegese im hermeneutischen Gespräch«. Darin werden ein exegetisches Projekt der Bibelwissenschaft und ein wissenssoziologisches Vorhaben in einen Dialog zu Fragen der Hermeneutik gebracht, um Nähen, aber auch Trennlinien der Vorgehensweisen auszuloten. Im Anschluss untersucht *Kristina Chmelar* in ihrem Beitrag »Gedenken denken im terrain vague« die Möglichkeiten eines »postkonstruktivistischen Weges für die Erinnerungsforschung«. Sie schließt dazu an Jan und Aleida Assmann, Michel Foucault, Ernst Cassirer sowie Roland Barthes an, um extradiskursive, materielle Realität und deren potenzielle Wirkungen auf Diskursprozesse erschließbar zu machen. *Laura Maleyka* und *Sascha Oswald* beschäftigen sich sodann mit dem Thema »Wenn ›Genderwahn‹ zur ›Tautologie‹ wird: Diskursstrukturen und Kommunikationsmacht in Online-Kommentarbereichen«. Sie zeichnen dabei im Verlauf einer Online-Debatte sprachpragmatische Regeln nach, die Diskursverdichtungen erzeugen und damit als Ermöglichungsbedingungen von Kommunikationsmacht verstanden werden können. *Markus Rheindorf* verknüpft in seinem Beitrag »Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer Diskursfiguren zur ›Integrationsunwilligkeit‹« unter diskurshistorischer Perspektive Argumentationsmusteranalysen mit korpuslinguistischen Erschließungen von Gesetzgebungen, Rechtsprechungen und parlamentarischen Debatten zur »Integrationsunwilligkeit« in Österreich.

Zwei Literaturbesprechungen von *Rolf Parr* und *Wolf Schünemann* sowie zwei Tagungsberichte, einer zur Veranstaltung »Deutungsmuster im Diskurs« von *Steffen Hagemann* und *Anina Engelhardt*, der andere von *Cathrin Tettenborn* und *Georg Tiroch* zur Tagung »Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit III« runden das Heft mit differenzierten Einschätzungen und Einblicken ab.

Gerne möchten wir an dieser Stelle unserem verantwortlichen Redaktionskollegen *PD Dr. Oliver Dimbath* für sein hohes zwischenzeitliches Redaktionsengagement danken und ihm für seinen Arbeitsplatzwechsel an die Universität Koblenz-Landau alles Gute wünschen. Zukünftig wird deswegen Dr. Saša Bosančić diese Aufgabe wieder hauptsächlich übernehmen.

Wir wünschen Ihnen ein anregendes Lesen.

Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Anschriften

Prof. Dr. Reiner Keller
Lehrstuhl für Soziologie
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
reiner.keller@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Werner Schneider
Lehrstuhl für Soziologie/Sozialkunde
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
werner.schneider@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Willy Viehöver
Hochschule Fulda
Leipziger Straße 123
36037 Fulda
wilhelm.viehoever@sk.hs-fulda.de

Diskursforschung als interdisziplinäre Schnittstelle

Wissenssoziologie und Exegese im hermeneutischen Gespräch

Zusammenfassung: Die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) wird in unterschiedlichen Disziplinen aufgegriffen und entwickelt sich zunehmend zu einer transdisziplinären Forschungsperspektive. Wie können diese Disziplinen aber die jeweiligen Verstehensprozesse sichtbar und nachvollziehbar machen? Welche interdisziplinären Bezugspunkte bietet die WDA für Disziplinen, die sich auf einen gemeinsamen Hermeneutikdiskurs beziehen, aber wenig in Dialog stehen? Am Beispiel unserer jeweiligen Forschungsprojekte aus der Bibelwissenschaft und Soziologie führen wir ein interdisziplinäres Gespräch über WDA und reflektieren das Potenzial einer gegenseitigen Befruchtung von WDA und historisch-kritischer Exegese.

Schlagwörter: Wissenssoziologische Diskursanalyse, Hermeneutik, Interdisziplinarität, Bibelwissenschaft, interpretative Sozialforschung

Abstract: Researchers of various fields have gained much by using the sociology of knowledge approach to discourse (SKAD) in their respective projects. Thus, SKAD has developed into a transdisciplinary research perspective. But the question remains as to how the various disciplines using SKAD can make their different processes of understanding transparent. Equally important to determine are the points of contact that SKAD offers for an interdisciplinary dialogue on hermeneutics. Based on distinct research projects in biblical studies, on the one hand, and social sciences, on the other, the authors discuss hermeneutical issues and the potential for the cross-fertilization between SKAD and historical-critical exegesis.

Keywords: Sociology of knowledge approach to discourse, Hermeneutics, Interdisciplinarity, Biblical Studies, Interpretive Social Research

1 Einleitung

Wissenschaft als sozial geteilte, professionalisierte Deutungs- und Handlungsform beruht im Kern darauf, mit etablierten und akzeptierten Theorien und Methoden Neues zu entdecken und Bekanntes zu hinterfragen. Je nach Fragestellung und zu untersuchendem Phänomen differenzieren sich die unterschiedlichen Disziplinen aus. Ihre (jeweiligen) Bedeutungszuschreibungen und Problemlösungsstrategien teilen WissenschaftlerInnen häufig unhinterfragt. Aus einer phänomenologisch orientierten, wissenssoziologischen Perspektive könnte dies so erklärt werden: WissenschaftlerInnen nutzen die Sinnprovinz der Wissenschaft zur Erkenntnis, kommunizieren über diese aber in der Alltagswelt. Das heißt, dass auch Kommunikation über Wissenschaft von denselben Prinzipien geprägt ist wie die alltägliche Lebenswelt: wir nutzen stetig abstrakte Typisierungen und gehen da-

von aus, dass andere ähnliche Interpretationen und Perspektiven wie wir selbst einnehmen würden, stünden sie an unserer Stelle (Schütz 1953\2004, S. 160–166). Diese Idealisierungen machen die wissenschaftliche Alltagspraxis erst möglich. Nun hat sich Wissenschaft in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter ausdifferenziert (vgl. Soeffner 2006): Das Spezial- und Expertenwissen (Berger/Luckmann 1969\2004) nimmt zu. Die geteilten Wissensbestände werden dadurch geringer und Worte, Begriffe und Konzepte lassen sich in ihrer Vielfalt kaum noch überblicken.

Gleichzeitig sind forschungs- und hochschulpolitische Diskurse und Förderprogramme von dem Anspruch der Trans- und Interdisziplinarität geprägt. Denn komplexe soziale Problemlagen bedürfen unterschiedlicher Lösungsstrategien aus verschiedenen Disziplinen (z.B. Gesundheits- oder Umweltforschung; vgl. Mittelstraß 2012; Kühnemann/Schroeter 2015). Die Begriffe Trans- und Interdisziplinarität sind mit mannigfaltigen Bedeutungen verknüpft¹ (vgl. Balsiger 2005; Jungert 2010; Lerch 2014). Wir verstehen Interdisziplinarität als ein »gemeinsame[s] Arbeiten[] an einem Problem« (Jungert 2010, S. 4, Herv. i. O.); und unter Transdisziplinarität die Überschreitung und partielle Auflösung disziplinärer Grenzen (vgl. Jungert 2010, S. 7). Verknüpft mit diesen Konzepten ist ferner die Multidisziplinarität, worunter wir ein »disziplinäres Nebeneinander auf demselben bzw. einem ähnlichen Themengebiet ohne (strukturierte) Zusammenarbeit oder fachübergreifende Synthesebemühungen der einzelwissenschaftlichen Ergebnisse« (ebd., S. 2) fassen. Diese Bemühung um Trans- und Interdisziplinarität kann als Versuch gesehen werden, mit dessen Hilfe »die auseinanderdriftenden, schwimmenden Inseln des Spezialwissens unter einen gemeinsamen Topos versammelt und aneinander gebunden werden sollen« (Soeffner 2006, S. 52). Diskursforschung als eine transdisziplinäre Forschungsperspektive (vgl. Busse 2015, S. 228 f.) erscheint in besonderem Maße geeignet, zum Zusammenhalten von »Inseln des Spezialwissens« beizutragen.²

»Denn tatsächlich entwickeln diskurstheoretische und diskursanalytische Ansätze seit längerem disziplinübergreifende theoretische und methodische Prinzipien, die eine Trennung von Soziologie, Sprach-, Geschichts- und Politikwissenschaften durch ihren jeweiligen Forschungsgegenstand, aber immer weniger durch unterschiedene Theorien und Methoden begründen.« (Keller 2011, S. 11)

- 1 Neben Trans- und Interdisziplinarität macht Lerch (2014, S. 81–84) Multidisziplinarität als Nebeneinander ohne systematischen Austausch und die Crossdisziplinarität – »die Übernahme und Nutzung fremder Erkenntnisse, Methoden und Programme für die eigene Disziplin« (ebd., S. 81) – aus, welche als Voraussetzung für Interdisziplinarität fungiere. Interdisziplinäre Forschung, die stärker auch anwendungsorientiert verschiedene Berufsgruppen und Perspektiven zusammenbringe, stelle die nächsthöhere Stufe dar. Dies weist auch stärker in Richtung eines Verständnisses von Transdisziplinarität als »Überschreiten vom wissenschaftlichen zum außerwissenschaftlichen Bereich« (Balsiger 2005, S. 184). Diesen Aspekt lassen wir für unsere Diskussion außen vor.
- 2 Vgl. hierzu auch die interdisziplinären Gespräche zwischen Vertretern der Soziologie, Geschichts-, Kultur- und Sprachwissenschaft zur Diskursforschung; Keller et al. (2015a, b, c).

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA), die wir beide als Forschungsperspektive an unsere jeweiligen Projekte anlegen, hat sich in unterschiedlichen Disziplinen als anschlussfähig erwiesen (vgl. Keller/Truschkat 2013). Zahlreiche multidisziplinäre Tagungen und Sammelbände dokumentieren unterschiedliche Umsetzungen in den einzelnen Fachbereichen. Durch die disziplinübergreifende Rezeption wird die WDA aber auch zu einem Forschungsfeld, auf dem sich Forschende unterschiedlicher disziplinärer Herkunft begegnen und sich miteinander verständigen müssen.

In diesem Beitrag reflektieren wir ein interdisziplinäres Gespräch über wissenssoziologische, hermeneutisch fundierte Diskursanalyse, das wir als Wissenssoziologin und interpretative Sozialforscherin und als Exegetin des Alten Testaments seit sieben Jahren führen. Als Wissenssoziologin und als Exegetin erleben wir die disziplinübergreifende Rezeption der WDA aus unterschiedlichen Perspektiven: Während die Soziologie als ›Stammdisziplin‹ fungiert, aus der heraus Theorie und Umsetzungsvorschläge der WDA entwickelt wurden (Keller 2008, 2011, S. 11), bewegt sich die exegetische Forschung eher fern eines sich herausbildenden diskurstheoretischen Common Sense der Geistes- und Sozialwissenschaften, wie wir ihn eingangs angedeutet haben. Allerdings verbindet unsere beiden Teildisziplinen³ der Bezug auf einen gemeinsamen Hermeneutikdiskurs, in dem auch die WDA gründet. Diskursanalyse wird in der WDA dezidiert als Interpretationsarbeit verstanden (Keller 2008, S. 273 f., 2011, S. 76 f.) und Michel Foucaults Konzepte von Wissen, Macht und Diskurs werden mit einem (sozialwissenschaftlich-)hermeneutischen Ansatz verknüpft.⁴ Wir nehmen daher die Hermeneutik als Grundlage eines interdisziplinären Gesprächs über WDA, zu dem unsere disziplinären Perspektiven gleichberechtigt beitragen können.⁵

Sowohl in der interpretativen Sozialforschung als auch in der Exegese wird üblicherweise auf eine hermeneutische Tradition verwiesen, die sich aus dem Ringen um die Auslegung der biblischen Schriften entwickelt hat. Das zeigt sich etwa in gängigen Lehrbü-

3 Als die beiden übergeordneten Disziplinen setzen wir Soziologie und Theologie, als Teildisziplinen die (hermeneutische) Wissenssoziologie und das damit verbundene interpretative Paradigma mit der interpretativen Sozialforschung bzw. die Biblexegese mit historisch-kritischem Ansatz (vgl. dazu II.) und dem Bezug auf das Alte Testament.

4 Aus dieser Perspektive werden Diskurse folgendermaßen verstanden: »Diskurse lassen sich als Anstrengungen verstehen, Bedeutungen bzw. allgemeiner: mehr oder weniger weit ausgreifende symbolische Ordnungen auf Zeit zu stabilisieren und dadurch einen verbindlichen Sinnzusammenhang, eine Wissensordnung in sozialen Kollektiven zu institutionalisieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse beschäftigt sich mit diesem Zusammenhang zwischen dem Zeichengebrauch als sozialer Praxis und der (Re-)Produktion/Transformation von gesellschaftlichen Wissensordnungen« (Keller 2008, S. 12). Foucaults kritische Äußerungen zur Hermeneutik werden dabei als gegen bestimmte hermeneutische Ansätze gerichtete Ablehnung verstanden, die eine Verknüpfung der von ihm geprägten Konzepte mit einem hermeneutischen Zugang nicht grundsätzlich ausschließt; vgl. ausführlich Keller (2012).

5 Wir streben also ein echtes Gespräch (mit hermeneutischer Funktion, vgl. Gadamer 1986, S. 391) an, im Unterschied zu einseitigen Bezugnahmen zwischen unseren Teildisziplinen (vgl. beispielsweise Kruse/Wagensommer 2013 zur Aufnahme sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden in die theologische Forschung).

chern beider Disziplinen,⁶ die als Meilensteine der eigenen hermeneutischen Forschungsgeschichte die Theologen Friedrich Schleiermacher und Wilhelm Dilthey, und die Philosophen Martin Heidegger und Hans-Georg Gadamer anführen.⁷ Der transdisziplinäre Charakter der Hermeneutik ist zugleich die unumgängliche Grundannahme der historisch-kritischen Bibelauslegung: »Die Interpretation der biblischen Schriften unterliegt nicht anderen Bedingungen des Verstehens als jede andere Literatur« (Bultmann 1950\2002, S. 243).⁸ Die Entwicklung der Hermeneutik stellt sich so als eine ursprünglich auf das Problem der Bibelauslegung bezogene Reflexion dar, die sich auf Texte allgemein (und darüber hinaus auf andere Produkte menschlichen Handelns) ausweitet, und so von einer speziell biblischen zur allgemeinen Hermeneutik wird.

In der hermeneutischen Wissenssoziologie bzw. sozialwissenschaftlichen Hermeneutik⁹ wird das Verstehen als zentrales Kriterium und Aufgabe von Wissenschaft¹⁰ formuliert. So definiert etwa einer der deutschsprachigen Hauptvertreter dieses Forschungsprogramms:

»*Verstehen* können wir jenen Vorgang nennen, der einer Erfahrung Sinn verleiht. *Fremdverstehen* können wir jenen Vorgang nennen, bei dem wir einer Erfahrung den Sinn verleihen, dass sie sich auf ein Ereignis in der Welt bezieht, dem Alter Ego bereits einen Sinn verliehen hat.« (Soeffner 2000, S. 165, Herv. i. O.)

Verstehen geschieht also immer in einer intersubjektiv geteilten Kulturwelt, in die der Mensch als soziales Wesen sozialisiert wird und dabei auf die Wissensvorräte vergangener Generationen zurückgreift (Schütz/Luckmann 2003, S. 30). Verstehen wird in der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik somit nicht fachspezifisch enggeführt. Für hermeneutische WissenssoziologInnen stehen das »Verstehen des Verstehens« (Soeffner 2006,

6 Vgl. etwa Becker (2011), Kurt/Herbrik (2014), Oeming (2013), Soeffner (2004), Strübing/Schnettler (2004). Die im Folgenden dargestellte Entwicklungslinie liegt auch den in beiden Disziplinen intensiv rezipierten forschungsgeschichtlichen Darstellungen von Dilthey (1957) und Gadamer (1974) zugrunde.

7 Zur Kritik an dieser Geschichtsschreibung der Hermeneutik vgl. z.B. Arndt (2013, S. 299–325), Scholtz (2011) und Thouard (2005).

8 Dieser Gedanke ist schon in den Anfängen der historisch-kritischen Bibelauslegung angelegt, wobei der Schwerpunkt noch stärker auf dem Historischen liegt. De Wette definiert »historisch kritisch« wie folgt: »d. h., die Bibel wird als eine geschichtliche Erscheinung in der Reihe mit andern dergleichen Erscheinungen betrachtet, und ganz den Gesetzen historischer Untersuchung unterworfen« (1817, S. 2).

9 Vgl. zum Programm der hermeneutischen Wissenssoziologie, z.B. Hitzler/Honer (1997), Hitzler/Reichertz/Schröer (1999), Soeffner (2004, 2006), Tänzler/Knoblach/Soeffner (2006). Eine weitere Hermeneutik in den Sozialwissenschaften wird von der Objektiven Hermeneutik um die gleichnamige AG und Ulrich Oevermann ausgeübt. Ihr geht es vor allem um die Rekonstruktion von latenten Sinnstrukturen, die den Handlungssubjekten als objektive Bedeutungsstrukturen entgegentreten; vgl. Oevermann et al. (1979), Reichertz (1997). Methodisch sind die Prinzipien von Sequenzialität und Hypothesengenerierung prägend.

10 Hermeneutik und Verstehen gelten als Grundlage für Geistes- und Sozialwissenschaften, um diese wiederum von der Erkenntnislogik der Naturwissenschaften abzugrenzen.

S. 58; Keller 2007, Abs. 11), das heißt die Reflexion der eigenen Auslegung und das Gütekriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit für die Textarbeit im Vordergrund (vgl. Soeffner 2004, S. 62 f.; Steinke 2000; Strübing/Schnettler 2004, S. 10).

Damit sind die Grundannahmen unseres interdisziplinären Gesprächs – die hermeneutische Haltung und ihre forschungsprogrammatische Formulierung in der WDA – dargelegt. Trotz der Berufung auf ein gemeinsames Fundament wird die hermeneutische Diskussion bislang meist nur innerhalb des eigenen Fachbereichs geführt, das interdisziplinäre Gespräch findet – was unsere beiden Teildisziplinen betrifft – nicht statt.¹¹ Gegenseitige Bezugnahmen verbleiben häufig im skizzierten Hermeneutikdiskurs einer gemeinsamen Vergangenheit,¹² werden aber in der gegenwärtigen Forschung nicht weitergeführt. Deshalb nehmen wir diesen Gesprächsfaden wieder auf. Am Beispiel unserer aktuellen Forschungsprojekte werden wir uns nun im Folgenden über unsere jeweilige Vorgehensweise im Hinblick auf 1) Forschungsgegenstand und Forschungsfrage, 2) Materialauswahl und Sampling, und 3) Analyse austauschen. In einem abschließenden Teil werden wir Ergebnisse und Potenzial einer gegenseitigen Befruchtung von wissenssoziologischer Diskursanalyse und alttestamentlicher Exegese reflektieren.

2 Wissenssoziologische und exegetische Vorgehensweise im Gespräch

2.1 Forschungsgegenstand und Forschungsfrage

Die Wissenssoziologin:

Als Wissenssoziologin beschäftige ich mich vor allem mit der Frage nach der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit. Sie beinhaltet eine prozesshafte Perspektive auf das Wechselverhältnis von Struktur und Handlung. Diese Interdependenzen gilt es jeweils an einem sozialen Phänomen empirisch zu untersuchen. Das Ziel der Analyse einer solchen interpretativen Arbeit – so kann man es auch dem in Lehrbüchern manifestierten Diskurs entnehmen – ist die Rekonstruktion der jeweiligen sozialen Konstruktion von Wirklichkeit (Flick/Kardorff/Steinke 2000; Lamnek 1995, S. 24 f.; Schütz 1953/2004, S. 159). Alltagshandeln und Wissenschaft basieren auf denselben Prinzipien: Soziales Handeln wird beobachtet, gedeutet und anhand von Typisierungen in vorhandene Wissensvorräte eingeordnet (Schütz/Luckmann 2003). Während jedoch in der Alltagssituation stetiger Handlungsdruck vorherrscht, sind die wissenschaftlich zu deutenden Handlungen bereits abgeschlossen und als Handlungsprotokolle fixiert und auslegbar. Durch wissenschaftliches Verstehen sollen die Alltagskonstruktionen erster Ordnung durch wissen-

11 Zu dieser »Wahrnehmung eines hermeneutischen Defizits« vgl. aus bibelwissenschaftlicher Perspektive Wischmeyer: »Es fehlt ein transdisziplinärer hermeneutischer Diskurs über die Bibel und ihr Verstehen auf der Höhe der gegenwärtigen theoretischen und methodischen Diskurse über Texte und den wissenschaftlichen Umgang mit Texten« (2009, S. IX).

12 Vgl. etwa den Verweis auf R. Bultmanns Programm der Entmythologisierung bei Soeffner (2004, S. 108 f.)

schaftliche Konstruktionen zweiter Ordnung sichtbar und nachvollziehbar gemacht werden (vgl. Schütz 1953/2004; Soeffner 2006, S. 55). Diese von Schütz, Berger und Luckmann geprägte wissenssoziologische Perspektive wird im Forschungsprogramm der WDA durch die Verknüpfung mit Michel Foucaults Konzepten erweitert und ermöglicht so, kollektives Wissen, Machtstrukturen und Diskurse zu rekonstruieren, die zu je sozio-historischen Zeitpunkten dominant waren bzw. sind (vgl. Keller 2008). Diskurse strukturieren das Sprechen und Handeln und werden vice versa durch Handlungen strukturiert, reproduziert und transformiert.

Als Beispiel für eine wissenssoziologische Fragestellung möchte ich die meines Dissertationsprojekts anführen (vgl. Alber 2016): Mich interessierte, wie das soziale Phänomen Zivilgesellschaft, das mit so vielen Konnotationen versehen ist und diskursiv von unterschiedlichen Normen, Werten und Regelsystemen durchzogen, immer wieder hergestellt wird und so als gemeinsamer Rahmen für Aktivismus und Engagement fungiert. Als sozio-historischen Kontext wählte ich aufgrund einer theoretischen Sensibilisierung durch den wissenschaftlichen Zivilgesellschaftsdiskurs polnische Menschenrechts- und Demokratie-AktivistInnen aus, die sich unter den vorherrschenden Transformationsbedingungen engagieren. Mit einer Methoden- und Datentriangulation von wissenssoziologischer Biographie- und Diskursforschung nahm ich die Herstellung von zivilgesellschaftlichem Engagement durch Diskurse und AkteurInnen sowie deren Wechselwirkung in den Blick. Die biographieanalytische Perspektive ermöglichte dabei, die Genese sozialer Deutungs- und Handlungsmuster zu rekonstruieren. Mit dem diskursanalytischen Ansatz konnten die institutionalisierten Redeweisen als sich wandelnde Rahmenbedingungen für Deutungen und Handlungen rekonstruiert werden, die je spezifische Macht- und Herrschaftskonstellationen widerspiegeln.

Die Exegetin:

In der Forschungstradition der historisch-kritischen Exegese¹³ stehend beschäftige ich mich in erster Linie mit literargeschichtlichen Fragen. Ziel der historisch-kritischen Exegese ist eine begründete Rekonstruktion und Interpretation der Aussageintention der Texte in ihrem Entstehungskontext (vgl. Steck 1999, S. 3, 159), das heißt, es wird versucht zu beschreiben, wie ein Text von seinen zeitgenössischen AdressatInnen aller Wahrscheinlichkeit nach verstanden werden konnte. Dieser Ansatz setzt eine gewisse Rekonstruktion von kollektivem Wissen und dominanten Diskursen voraus, auch wenn diese Terminologie in der (deutschsprachigen) alttestamentlichen Exegese üblicherweise nicht

13 »Exegese« (von gr. ἐξήγησις = Auslegung, Erklärung) ist der in den Bibelwissenschaften verwendete Fachbegriff für die Auslegung von biblischen Texten. Neben der historisch-kritischen Exegese gibt es in den Bibelwissenschaften auch andere Formen der Exegese mit je eigenen Fragerichtungen, wie z.B. *rhetorical criticism*, Wirkungsgeschichte, oder *canonical criticism*; vgl. Barton (1996) und Oeming (2013). Die verschiedenen Ansätze der Textauslegung lassen sich nicht alle in der hier beschriebenen Weise mit einer diskursanalytischen Forschungsperspektive verbinden. Wir beschränken uns hier auf die Darstellung historisch-kritischer Textanalyse und ihrer Kombination mit WDA.

verwendet wird (aber s.u. Abschnitt 3 zur Anschlussfähigkeit an die WDA). Der ›klassische‹ exegetische Ansatz knüpft eher an das literaturwissenschaftliche Konzept der *intentio operis*¹⁴ an, um auszudrücken, dass eine Interpretation angestrebt wird, die sich am Text kohärent plausibilisieren lässt (vgl. Eco 1992, S. 48 f.) und die zudem dem im Entstehungskontext des Textes geltenden Wissen über Wortbedeutungen, literarische Konventionen, Konzepte etc. Rechnung trägt (vgl. Barton 2007, S. 80–86).¹⁵ Um die Rezeptionsmöglichkeiten des Textes unter den Bedingungen seines Entstehungskontextes zu erkunden, muss dieser Entstehungskontext zunächst rekonstruiert werden – hier liegt die Schwierigkeit darin, die notwendige »Zirkelstruktur des Verstehens« (Gadamer 1986, S. 270 ff.) nicht zum bloßen Zirkelschluss werden zu lassen.

Konkret habe ich unter dieser Perspektive eine Gruppe von alttestamentlichen und anderen antiken jüdischen Texten untersucht, in denen andere Götter (außer dem biblischen Gott Jhwh) diskreditiert werden (Ammann 2015). Diese Gruppe von Texten verbindet eine charakteristische Argumentationsweise: Die anderen Götter werden in Form ihrer Bilder abgewertet, also als bloße materielle Gegenstände, die von Menschen gemacht sind und deren Verehrung nutzlos ist, klassifiziert. Zunächst ging es also darum, diese Texte in ihrem literargeschichtlichen Kontext zu verorten und ihre Aussagen unter den Bedingungen des vermuteten Entstehungskontextes zu rekonstruieren. Weiter versuchte ich auch zu rekonstruieren, vor welchem sozialgeschichtlichen Hintergrund die Texte entstanden sind, also etwa, gegen welche historisch belegten Kulte sich die Götterpolemik richtete und welche Konflikte im Hintergrund dieser Texte stehen. Allerdings war dies – wie häufig bei der Untersuchung alttestamentlicher Texte – nur ansatzweise möglich. Denn Informationen über den sozial- und religionsgeschichtlichen Kontext der Texte stehen meist nur spärlich zur Verfügung und basieren ihrerseits auf der Interpretation von schriftlichen oder archäologischen Quellen. Über diese ›klassischen‹ Fragestellungen historisch-kritischer Exegese hinaus fragte ich unter Einbezug einer diskursanalytischen Perspektive nach impliziten Voraussetzungen der Polemik sowie nach Selbst- und Fremdpositionierungen.

2.2 Materialauswahl und Sampling

Die Wissenssoziologin:

Die Bearbeitung der Forschungsfrage hängt eng mit dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial zusammen. Die interpretative Sozialforschung ist vorwiegend Textwissen-

14 Die *intentio operis* wird hier mit Eco (1994, S. 64) als Hypothese der Rezipienten verstanden; vgl. zur Anwendung auf die Bibelwissenschaften Becking (2000, S. 124 f.).

15 Eco verdeutlicht diesen Punkt am Beispiel der Zeile »a poet could not but be gay« in William Wordsworths Gedicht *I wandered lonely as a cloud* (1804): »a sensitive and responsible reader is not obliged to speculate about what happened in the head of Wordsworth when writing that verse, but has the duty to take into account the state of the lexical system at the time of Wordsworth. At that time ›gay‹ has no sexual connotation, and to acknowledge this point means to interact with a cultural and social treasury« (Eco 1994, S. 68).

schaft. Denn selbst wenn zunehmend visuelles Material bearbeitet wird – am Ende steht doch in der Regel eine sequenzielle Textpublikation (vgl. Flick/Kardorff/Steinke 2000, S. 24; Kurt/Herbrik 2015, S. 195 f.). Welche Texte produziert, protokolliert und analysiert werden, hängt vom Sampling ab. Da nicht Häufigkeiten und Regelmäßigkeiten wie in der quantitativen Sozialforschung gemessen werden, folgt die Auswahl des zu untersuchenden Materials anderen Kriterien wie dem theoretischen Sampling (Glaser/Strauss 1967\2008). Bei diesem Vorgehen werden im kontrastiven Vergleich und im zirkulären Prozess zwischen Datenerhebung und -auswertung Konzepte und Kategorien verdichtet und immer weitere Daten erhoben, bis idealerweise eine theoretische Sättigung erreicht ist (u.a. Keller 2011, S. 83 ff.).

Bei der Untersuchung des Forschungsgegenstandes zivilgesellschaftliches Engagement im postsozialistischen Polen fand das theoretische Sampling zum einen auf der Ebene der interviewten AktivistInnen, zum anderen auf der Ebene der fallnahen Diskursmaterialien statt. Anders als bei der bibelwissenschaftlichen Exegese sind in interpretativen Forschungssettings in der Regel viel mehr Materialien vorhanden als zur Analyse ausgewählt werden können. So gibt es zum Thema zivilgesellschaftliches Engagement in Polen eine Vielzahl von Dokumenten, juristischen Texten, Websites, Infobroschüren oder wissenschaftliche Analysen in ihrem Natural Setting. Ferner können durch den »Methodenreichtum der Soziologie« (ebd., S. 61) neue Daten erhoben und gesellschaftliche Kontexte bei der WDA berücksichtigt werden. In meine diskursanalytische Erhebung flossen beispielsweise die biographisch-narrativen Interviews mit 13 ZivilgesellschaftsaktivistInnen und die im Kontext der Organisationen, in denen die Befragten aktiv sind, vorhandenen Publikationen nach Kriterien des theoretischen Samplings ein. Des Weiteren wurden Informationsmaterialien von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Trägern im Bereich von Zivilgesellschaftsförderung ebenso wie wissenschaftliche Sekundärliteratur zur Analyse herangezogen.

Die Exegetin:

Die zu untersuchenden Texte habe ich entsprechend meiner Fragestellung nach Ähnlichkeiten in Thema (Abwertung anderer Götter) und Argumentationsweise (Klassifizierung der Götter als Gegenstände) aus dem Korpus der verfügbaren antiken jüdischen Texte ausgewählt. Da sich das Interesse – entsprechend der historischen Fragerichtung historisch-kritischer Exegese – weniger auf den später kanonisierten Diskurs der biblischen Endgestalt und ihrer Auslegung als vielmehr auf die Rekonstruktion des antiken Diskurses richtet, werden dabei sämtliche verfügbaren antiken Texte (nicht nur die später als ›biblisch‹ bezeichneten) sowie mögliche ältere Vorstufen (zur Rekonstruktion s.u.) berücksichtigt.

Der Vorgang der Textauswahl wird in exegetischen Arbeiten meist nicht so gründlich reflektiert und theoretisch unterfüttert wie beim theoretischen Samplingverfahren der Sozialwissenschaften. Das hängt sicherlich auch mit der begrenzten Anzahl der verfügbaren Texte zusammen. Denn anders als in der interpretativen Sozialforschung können in der Bibelwissenschaft nicht durch Feldforschung weiteres Datenmaterial oder Kontext-

tinformationen produziert werden. Welche antiken jüdischen Texte heute überhaupt für eine Untersuchung zur Verfügung stehen, liegt zum einen an der Traditionsbildung und der Überlieferung durch bestimmte Glaubensgemeinschaften.¹⁶ Zum anderen verdankt sich das erhaltene Material dem Zufall der Überlieferung. So hat man etwa erst Mitte des 20. Jahrhunderts in Höhlen am Toten Meer Fragmente von zahlreichen bis dahin unbekannten antiken jüdischen Schriften entdeckt (vgl. Xeravits/Porzig 2015).

Im Laufe der Geschichte wurden die Texte mehrfach überarbeitet, erweitert und immer wieder (mit kleineren und größeren Änderungen) abgeschrieben. Durch den Vergleich der verschiedenen überlieferten Textfassungen schließe ich zunächst von den (oft erst mittelalterlich belegten) Texten zurück auf den ältesten erreichbaren antiken Text und die weitere Textentwicklung. Dieser Analyseschritt, die sog. Textkritik (vgl. dazu Fischer 2009, S. 185 ff.; Tov 2001), ist nicht spezifisch für die alttestamentliche Wissenschaft, sondern wird generell bei Texteditionen angewendet (vgl. z.B. Dover 1997).

Die Entstehungsgeschichte der alttestamentlichen Texte reicht aber weiter zurück als ihre handschriftlichen Belege. Die weitere Aufbereitung des Textes trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich bei alttestamentlichen Texten um überlieferte Traditionsliteratur handelt. Das heißt, die Bücher des Alten Testaments wurden nicht von einem einzigen Autor verfasst, sondern sind über lange Zeit gewachsen.¹⁷ Die Analyseverfahren, die üblicherweise in der WDA oder auch in historischen Diskursanalysen (z.B. Eder 2006; Landwehr 2008; Sarasin 2003) angewendet werden, sind daher auf dieses Material nicht ohne weiteres anwendbar.¹⁸ Die historisch-kritische Bibelwissenschaft hat dazu eigene Verfahren literargeschichtlicher Analyse entwickelt: die sog. Literarkritik und die Redaktionsgeschichte. Diese zielen darauf, die Entstehungsgeschichte biblischer Texte zu rekonstruieren. Spuren dieser Entstehungsgeschichte zeigen sich in abrupten Wechseln im Stil, verbunden mit inhaltlichen Widersprüchen oder unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen, oder auch darin, dass unterschiedliche zeitgeschichtliche Umstände vorausgesetzt werden. Solche Inkohärenzen im Text zu ermitteln und daraus auf unterschiedlich alte Bestandteile des Textes zu schließen, ist Gegenstand der Literarkritik (vgl. Becker 2011, S. 41–65; Steck 1999, S. 46–62). Anschließend versuche ich, die Entwicklung des Textes von seiner ältesten schriftlichen Form bis zu seiner vorliegenden Gestalt zu rekonstruieren. Dieses Interesse an Überarbeitungen und Wandlungen der Texte wird

16 Das gilt z.B. für die antiken Texte, die als Teil der jüdischen Bibel, oder der Bibel von evangelischen, katholischen, orthodoxen oder äthiopischen Christen erhalten sind; vgl. Römer/Macchi/Nihan (2013, S. 775 ff.); sowie zur Geschichte des hebräischen Textes Treballe Barrera (1998, S. 265 ff.).

17 Infrage kommt für Texte der hebräischen Bibel ein Entstehungszeitraum ungefähr zwischen dem 8. und dem 2. Jh. v. u. Z.

18 Das gilt insbesondere für die Kontextanalyse; vgl. Keller (2011, S. 99 f.), Landwehr (2008, S. 105–110). Die für die historische Diskursanalyse »grundsätzliche Frage«, »welche Aussagen zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort auftauchen« (Landwehr 2008, S. 92), setzt für alttestamentliche Texte eine umfassende literargeschichtliche Analyse voraus. Der fortdauernde Gebrauch dieser Texte führte zu Anpassungen, die in den frühen Phasen der Überlieferung noch direkt in die Texte selbst eingetragen wurden (sog. Fortschreibungen). Sie stehen damit in ihrer Beschaffenheit anderen mündlichen und schriftlichen Überlieferungen nahe, die im kulturellen Gedächtnis eine wichtige Rolle spiel(t)en – vom Gilgameschepos bis hin zu *folk tales*.

als Redaktionsgeschichte bezeichnet. Die redaktionskritische Untersuchung des Textes fragt hinter die kanonische Endgestalt der biblischen Texte zurück nach älteren Schichten und versucht damit, Stimmen, die im Laufe der Überarbeitung übertönt werden, wieder hörbar zu machen. Im Unterschied zur Tendenz der älteren literarkritischen Forschung, primär die ältesten (oft wertend als ursprünglich und unverfälscht verstandene¹⁹) Textschichten freilegen zu wollen, nimmt die Redaktionsgeschichte den gesamten Entstehungsprozess eines Textes (der sich durch die sog. Rezeptions- oder Wirkungsgeschichte noch fortsetzen lässt; vgl. z.B. Bezzel 2015) in den Blick (vgl. Kratz 1997, S. 371). Damit beschäftigt sie sich mit dem ›Gewordensein‹ autoritativer Texte und deckt auch alternative Aussagen auf, die sich im weiteren Verlauf der Geschichte nicht durchgesetzt haben.

In jedem untersuchten alttestamentlichen Text verbergen sich also potenziell mehrere Texte aus unterschiedlichen Zeiten, die aufeinander aufbauen. Als historisch-kritisch arbeitende Exegetin habe ich den Anspruch, alle diese Texte in meiner Analyse zu berücksichtigen. Während also das theoretische Samplingverfahren mit dem Problem konfrontiert ist, wie eine Vielzahl von Materialien sinnvoll einschränkt werden kann, steht die alttestamentliche Exegese vor der Herausforderung, aus einem begrenzten Korpus gewachsener Traditionsliteratur eine Vielzahl von Texten und deren Bedeutungen zu rekonstruieren.

2.3 Analyse

Die Wissenssoziologin:

Grundsätzlich gemeinsam ist historisch-kritischer Exegese und interpretativer Sozialforschung, dass sie keine mechanisch anwendbaren Methodiken vorgeben, wie Textarbeit abzulaufen habe, sondern vielmehr als Forschungsperspektiven oder -programme (vgl. Keller 2008; Barton 2007) bzw. als ein »spezifischer historisch-selbstreflexiver Erkenntnisstil« (Soeffner 2006, S. 62 f.) gelten können. Diese müssen je nach Erkenntnisinteresse, Forschungsfrage und Datenmaterial gegenstandsangemessen ausformuliert werden. In der interpretativen Sozialforschung finden dabei praktische Methoden ihren Einsatz, die auf ein sequenzielles Vorgehen und Hypothesenbildung rekurren (vgl. u.a. Kurt/Herbrik 2015). Diese Hypothesenbildung setzt beim Alltags- und Wissenschaftswissen der Forschenden an und ist oft am Prinzip der Abduktion orientiert.²⁰ Häufig wird in Gruppen interpretiert, um über die unterschiedlichen biographischen Wissensvorräte einen möglichst breiten Deutungshorizont aufzumachen. Auch Sekundärliteratur zu Geschichte, Psychologie oder Landeskunde sowie weiteres Fallmaterial wird gegebenenfalls herangezogen, um Hypothesen bilden zu können. Da SozialwissenschaftlerInnen die so-

19 Vgl. z.B. Duhm (1901, S. 97 f.), der (entsprechend der damals üblichen und von manchen ExegetInnen heute noch verwendeten Terminologie) redaktionelle Überarbeitungen als »unecht« bezeichnet.

20 Vgl. Eberle (2011), Keller (2011), Rosenthal (2011), Soeffner (2004).

zialen Welten, die sie untersuchen, meist vertraut sind oder zumindest erscheinen, gehen sie in der Regel von ihren Typisierungen als Forschende und Alltagshandelnde aus. Es muss aber ein methodisches Befremden stattfinden, um diese Typisierungen systematisch zu bearbeiten. Wie Hitzler/Honer (1997, S. 24 f.) schreiben, müssten sozialwissenschaftliche HermeneutInnen stets so tun, als ob sie ein Phänomen nicht kennen würden, deshalb nicht zu schnell sortieren und subsumieren, sondern »künstliche Dummheit und Langsamkeit« walten lassen (vgl. auch Soeffner/Hitzler 1994).

Ausgehend von der wissenssoziologischen Prämisse der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit ist die Analyse der Texte als eine Rekonstruktion von Sinnzusammenhängen, von Regeln und Mustern sozialen Handelns und sozialer Ordnung zu verstehen. Während die historisch-kritische Exegese ihren Fokus eher auf Entstehungskontexte und -prozesse einzelner Texte und die Intentionen ihrer potenziellen VerfasserInnen legt, ist die Auswertung im Rahmen der WDA weniger an einzelnen Texten und ihrem Hintergrund als stärker an Diskursaussagen und deren Aktualisierung durch DiskursakteurInnen (vgl. Keller 2008, S. 179 ff., 2011, S. 70) interessiert. Denn nicht Einzeltexte liefern die rekonstruierten Diskurse, sondern erst im kontrastiven Vergleich der durch hermeneutische Sequenzanalyse gewonnenen Erkenntnisse lassen sich Aussagen über Diskurse, deren Struktur und Macht treffen. Als offene Frage für die WDA bleibt zu formulieren: Wie wichtig ist es, die Entstehungsgeschichte und Intention des Textes zu kennen, um seine Aussagen verstehen und ihn diskursanalytisch untersuchen zu können? Ich schlage vor, dass der jeweilige Forschungsgegenstand die Antwort auf diese offene Frage bedingt. Bei meiner gegenstandsangemessenen Triangulation von Biographie- und Diskursanalyse zur Untersuchung der Herstellung von zivilgesellschaftlichem Engagement konnten die biographisch bedingten Handlungsmuster und diskursiv vorhandenen Deutungsmuster rekonstruiert und miteinander verknüpft werden. Als Ergebnis konnte ich zwei Deutungstypen – Engagement als Qualifikation oder Ermächtigung – festhalten. Diese zeigen, dass die Reproduktion und Transformation des Zivilgesellschaftsdiskurses durch AktivistInnen und deren spezifische biographische Erfahrungen bedingt wird. Die Diskursbeiträge von ZivilgesellschaftsaktivistInnen in Form von Blogeinträgen oder Zeitschriftenpublikationen stehen im Zusammenhang mit ihrer Lebensgeschichte. Für die VertreterInnen des Qualifikationstypus ist zivilgesellschaftliches Engagement stärker professionell und pragmatisch ausgerichtet, ermöglicht eine Transformation von Ehrenamt in Erwerbstätigkeit und findet häufig in größeren Organisationen mit Managementebene statt. Es dient der politischen Einflussnahme auf lokaler, aber auch europäischer Ebene. Die VertreterInnen des Ermächtigungstypus schließen sich punktuell und ideell motiviert mit anderen – meist aus privaten Netzwerken – zu zeitlich begrenzten Aktivitäten zusammen. Sie erheben ihre Stimme gegen hegemoniale Herrschaft, für Emanzipation und für das Empowerment von benachteiligten Gruppen. Für alle ermöglicht das Engagement soziale Inklusion. Für diesen Forschungsgegenstand erwies sich die Analyse des Entstehungskontexts von Texten in Form einer systematischen Triangulation als fruchtbar (vgl. Alber 2016, S. 278 ff.).

Die Exegetin:

Anders als bei im Rahmen soziologischer Forschung erhobenen Datenmaterialien ist ein künstliches Befremden für die Analyse alttestamentlicher Texte meistens gar nicht notwendig. Als antike Texte sind die Texte, die ich untersuche, in einer ganz anderen Zeit in einem ganz anderen Umfeld entstanden, und sind nicht dafür verfasst, von mir heute verstanden zu werden. Auf Alltagswissen kann ich daher zu ihrer Interpretation nicht zurückgreifen. Da die Texte ohne zuverlässige Informationen zum historischen Kontext überliefert sind, kann ich zur Rekonstruktion des zu ihrem Verständnis notwendigen Kontextwissens nur vom Text selbst ausgehen.

Obwohl in exegetischen Lehrbüchern häufiger von historisch-kritischer Methode die Rede ist, handelt es sich bei dieser Art der Analyse weniger um eine Methode der Textauslegung als um ein hermeneutisches Unternehmen (vgl. Barton 2007, S. 57–66; Samuel 2015). Im Laufe der Geschichte der Exegese haben sich verschiedene »Arbeitsschritte« (Oeming 2013, S. 31) mit je eigenen »Lesehinsichten und Fragestellungen« (Becker 2011, S. 7) herausgebildet, die zur historisch-kritischen Exegese gezählt werden. Einige charakteristische Fragerichtungen habe ich oben im Zusammenhang mit der Materialaufbereitung bereits angesprochen (Textkritik, Literarkritik, Redaktionsgeschichte). Für die weitere Textanalyse lassen sich im Grunde unterschiedliche – oft auch aus der Literatur- und Sprachwissenschaft übernommene (vgl. Utzschneider/Nitsche 2014) – Verfahren in die historisch-kritische Exegese integrieren, sofern sie mit der Grundannahme der geschichtlichen »Gewordenheit« der Texte kompatibel sind. Die klassischerweise zur historisch-kritischen Exegese gerechneten Fragerichtungen, die ich auch in meiner Arbeit angewendet habe, beziehen sich auf Vergleichstexte. Sie tragen so der Fremdheit des zu untersuchenden Textes Rechnung: Da ich den Text nicht aus sich selbst heraus verstehen kann und ich ihn vor dem Hintergrund seines Entstehungskontextes verstehen möchte, versuche ich mithilfe anderer Texte diesen Entstehungskontext – im Hinblick auf literarische Konventionen, Vorstellungen, soziale und politische Gegebenheiten – zu erhellen. Gemeinsam ist also den sozial- und bibelwissenschaftlichen Analyseverfahren, mögliche Deutungen nicht anhand eines isoliert stehenden Textes zu entwickeln, sondern die Bezüge zwischen Texten und innerhalb eines Samples herzustellen, um so diskursive Konstruktionen zu analysieren. Dabei wenden bibelwissenschaftliche Analysen in der kleinteiligen Analyse hermeneutische Grundverfahren des Deutens und Verstehens, des Lesens »zwischen den Zeilen« an. Da im Umgang mit alttestamentlichen Texten Deutungen aber nicht anhand von Alltagswissen intersubjektiv plausibilisiert werden können, muss jeder Deutungsvorschlag detailliert begründet werden. Dazu wird insbesondere die sprachliche Gestaltung des Textes untersucht: Wie ist der Text aufgebaut? Wie sind die Formulierungen genau zu verstehen, was implizieren sie, was wird durch Syntax und Gliederung hervorgehoben? Das Wissen über Formen und Konventionen althebräischer Literatur (sog. Formgeschichte) wird dabei aus dem Vergleich der erhaltenen Texte erschlossen. Neben dem Wissen um sprachliche Konventionen setzen die Texte bei ihren LeserInnen weiteres Wissen voraus, das ich mir erst rekonstruieren muss, wiederum aus der Kenntnis weiterer Texte (sog. Traditionsgeschichte). Kommt etwa in einem untersuchten Text der Name »Kyros« vor (z.B. Jesaja 40–48), so muss ich nicht nur wissen, dass

es sich hierbei um einen Perserkönig des 6. Jahrhunderts v. u. Z. handelt, sondern auch, wo und wie die Figur des Kyros sonst in althebräischen Texten auftaucht, ob damit bestimmte Konnotationen oder Vorstellungen verbunden sind, welche Formulierungen im Text vielleicht zu einer stereotypen Beschreibung dieses Kyros gehören oder ob es sich im Gegenteil um eine außergewöhnliche, möglicherweise für antike Leser provokative, Darstellung handelt (vgl. Wilson 2015). Ich gehe also den Begriffen und Motiven nach, versuche anhand anderer Texte (und in manchen Fällen auch erhaltenen Bildmaterials) zu ermitteln, auf welche Vorstellungen im untersuchten Text zurückgegriffen oder angespielt wird und wie sich diese traditionsgehistorisch einordnen lassen. In dieser Weise führe ich eine kleinteilige Analyse jedes einzelnen Textes durch, wobei die Analyse des Einzeltextes immer mit Blick auf Vergleichstexte erfolgt. Nach der Analyse aller Einzeltexte stelle ich die Ergebnisse unter chronologischen und systematischen Gesichtspunkten zusammen und versuche, anhand der einzelnen Texte bestimmte Entwicklungen aufzuzeigen und den Text in einem bestimmten historischen Kontext zu verorten.

In meiner Arbeit über götterpolemischen Texte habe ich das exegetische Instrumentarium um Anregungen aus der WDA erweitert und mich mit der Frage nach dem götterpolemischen Diskurs beschäftigt, der in diesen Texten produziert wird. Dazu habe ich im Anschluss an die literargeschichtliche Analyse jedes Textes die Aussagen über Götter, Götterbilder und Götterverehrer in den einzelnen rekonstruierten Textschichten erfasst. Dabei standen Fragen nach der Argumentationsstruktur und -grundlage (Auf welchen unhinterfragten Voraussetzungen basiert die Polemik?) sowie der Frage nach Selbst- und Fremdpositionierung (Welche Konzepte von sich selbst und von anderen werden entwickelt?) im Vordergrund.²¹ Die Ergebnisse der Einzeltextanalysen habe ich dann im synthetischen Teil der Arbeit zu einer Rekonstruktion des götterpolemischen Diskurses in seinem Verlauf zusammengeführt.

Vorgehen und Fragestellungen der WDA sind der bibelwissenschaftlichen Arbeit nicht wesensfremd. Anschlussfähig scheint mir die Diskursanalyse insbesondere an die oben erwähnte traditionsgehistorische Untersuchung, bei der sich das Forschungsinteresse weniger auf den Einzeltext als auf den Zusammenhang zwischen Texten richtet. So beschreibt der Alttestamentler O. H. Steck die traditionsgehistorische Untersuchung als Frage nach den »Wissensgehalte[n]« (Steck 1982, S. 299), die in einem Text verarbeitet sind, und schließt an die Analyse einzelner Texte die synthetische Beschreibung von »Strömungen von Tradition« (ebd., S. 301 ff.) in ihrer historischen Entwicklung an. Im Unterschied zu einer diskursanalytischen Untersuchung bleibt hier das Interesse aber eher auf einer ideengeschichtlichen Ebene, und der historische Kontext kommt nur als eine Art Nährboden für die Texte in den Blick.

Für meine Untersuchung der götterpolemischen Texte war es produktiv, die Texte als Teil eines Diskurses zu betrachten, durch den gesellschaftliche Wirklichkeit hergestellt wird. Das ermöglichte, die »Götzen«, gegen die die Texte polemisieren, als diskursiv hergestellte Gegenstände zu untersuchen, ohne über die historische Angemessenheit oder Unangemessenheit der Beschreibung dieser Götter und Kulte urteilen zu müssen (vgl.

21 Vgl. Jäger (2009, S. 175–187), Keller (2011, S. 97–112) und Landwehr (2008, S. 110–131).

Ammann 2015, S. 10). Ein ›Götze‹ (wie er in diesem Diskurs konstituiert wird) ist ein menschengemachtes, lebloses und nutzloses Objekt, das von seinen Verehrern ›Gott‹ genannt wird. Ein solcher Gegenstand ›Götze‹ ist in anderen altvorderasiatischen Diskursen nicht belegt. Ein babylonischer Mensch etwa hätte wahrscheinlich nicht verstanden, wovon in diesen alttestamentlichen Texten die Rede ist. Zum einen wäre ihm das Konzept eines menschengemachten, machtlosen Kultobjekts vermutlich unbekannt gewesen.²² Zum anderen hätte er die zum Verständnis der Argumentation notwendige Prämisse, dass der Gott Jhwh – und nicht etwa der babylonische Gott Marduk – die Welt erschaffen hat (vgl. Jesaja 40,12–31; Weisheit Salomos 13,1–9), nicht geteilt.

Ein zweiter wichtiger Aspekt der diskursanalytischen Perspektive war für meine Arbeit, dass die Produktion (und Reproduktion) von Diskursen als Handlungen in einem gesellschaftlichen Kontext zu verstehen sind; im Unterschied etwa zu einer theologiegeschichtlichen Betrachtung, bei der die den Texten zugrunde liegende Gottesvorstellung im Vordergrund steht. Meine Analyse zeigte, dass in diesen Texten weniger Aussagen über richtige und falsche Götter im Vordergrund stehen. Der götterpolemische Diskurs richtet sich vielmehr gegen Menschen, die ›Götzen‹ herstellen und ihnen göttliche Macht zuschreiben.²³ Es wird also in diesem Diskurs nicht nur das Phänomen ›Götze‹ konstituiert, sondern auch das Phänomen des ›Götzenverehrsers‹. Diese ›Götzenverehrsers‹ werden als Menschen beschrieben, die nicht in der Lage sind, zu erkennen, dass die von ihnen verehrten Objekte machtlos sind und ihr Kult daher nutzlos ist. Die Terminologie, die dabei verwendet wird, findet sich in sog. Weisheitsliteratur²⁴ zur Unterscheidung von ›Weisen‹ und ›Toren‹. Die ›Götzenverehrsers‹ werden so als erkenntnislose ›Toren‹ dargestellt, während sich die Verehrer des Gottes Jhwh als intellektuell überlegene ›Weise‹ präsentieren (vgl. Ammann 2015, S. 281–295). Der götterpolemische Diskurs lässt sich also als Ausdruck einer gesellschaftlichen Selbst- und Fremdverortung verstehen – und knüpft damit auch an grundlegende wissenssoziologische Fragestellungen an.

3 Zusammenfassung und Ausblick

Wie die dargestellten Aspekte unseres interdisziplinären Gesprächs zeigen, entdeck(t)en wir trotz unterschiedlicher fachspezifischer Konzepte und Wissensbestände in unserer Forschungspraxis durchaus Gemeinsamkeiten: Die praktische (Text-)Auslegungsarbeit, die wir als Wissenssoziologin bzw. Exegetin betreiben, beruht auf ähnlichen

22 Nach babylonischer Vorstellung werden Kultbilder in Zusammenarbeit von Göttern und Menschen hergestellt und durch ein Ritual belebt; vgl. Berlejung (1998). Zum Unterschied zwischen alttestamentlicher und mesopotamischer Kritik an Kultbildern siehe Hurowitz (2012, S. 265–269).

23 Vgl. schon Holter (1995). Nach Levitow (2008, S. 17–39, 78–85, 164–172) wird in den götterpolemischen Texten ein klassifizierender Diskurs produziert, der durch die polemische Repräsentation babylonischer Ritualpraxis in soziopolitische Machtverhältnisse symbolisch eingreift.

24 Altorientalische Weisheitsliteratur untersucht Ordnungen und Regeln des Lebens im Hinblick auf richtiges Handeln. Bestimmte sprachliche Merkmale, Motive, Themen und Argumentationsweisen sind typisch für diese didaktisch-philosophischen Texte. Vgl. einleitend etwa Saur (2012).

Vorgehensweisen und stellt vor ähnliche Probleme. Diese Forschungs- und Verstehensprobleme gemeinsam zu bearbeiten, macht den Kern unserer interdisziplinären Zusammenarbeit aus. Das Verstehen von sozialen Phänomenen und Texten ist maßgebliches Forschungsziel der Bibelwissenschaft und der Wissenssoziologie, die auf einen gemeinsamen, aber nicht homogenen Hermeneutikdiskurs verweisen. Man könnte sagen, der hermeneutische Erkenntnisstil hat verschiedene disziplinäre Sprachen hervorgebracht, ähnlich wie in vielen europäischen Sprachen lateinische Begriffe weiterentwickelt wurden. Mit der Vergegenwärtigung des historischen Hintergrunds lässt sich ein etymologisches Gerüst bauen, um in einen interdisziplinären Dialog einzutreten. Um diesen zu führen, bedarf es einer gemeinsamen Grundhaltung bzw. einer Verständigung über eine gemeinsame Forschungsperspektive und sehr viel Übersetzungsarbeit aus den jeweiligen ›Muttersprachen‹, ohne dass am Ende alle Esperanto sprechen müssten. Denn die unterschiedlichen Disziplinen und Perspektiven sind wesentlicher Bestandteil interdisziplinärer Arbeit und sollten mit ihren ›Eigenarten‹ auch erhalten bleiben. Aber ohne ein Verständnis für die Spezifik eines, vor allem des eigenen, Denkstils (im Sinne Flecks 1980) ist ein Dialog schwierig. Oder um in unserer Metapher zu bleiben: Ohne grundlegende Muttersprachkenntnisse ist auch das Erlernen einer Fremdsprache schwierig. Hermeneutik als Forschungsperspektive, die auch das »Verstehen des Verstehens« (Soeffner 2006, S. 58) reflektiert, kann daher in den disziplinären Sprachen vermitteln (vgl. Lerch 2014). Wissenssoziologische Diskursanalyse mit ihrer inhärenten Verbindung von wissenssoziologischer Hermeneutik und Foucaultscher Diskurstheorie bietet für interdisziplinäre Fragestellungen ein Gerüst, an dem sich unterschiedliche Perspektiven orientieren und an einer gemeinsamen (Re-)Konstruktion gesellschaftlicher Phänomene arbeiten können. Sie ermöglicht, anhand konkreter Fragestellungen und Interpretationsarbeit Diskurse als institutionalisierte Redeweisen, die sozio-historische Faktizität schaffen, zu rekonstruieren. Auf dieser Grundlage bietet das Forschungsprogramm der WDA für die historisch-kritische Exegese beispielsweise die Möglichkeit, über den einzelnen Text hinaus die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit in den Blick zu nehmen und antike Texte im Hinblick auf die in ihnen (re)produzierten gesellschaftlichen Diskurse zu untersuchen.

Aufgrund der zeitlich langen Tradition der historisch-kritischen Exegese sind sowohl die Fachgeschichte als auch ihr Gegenstand, die biblischen und antiken Texte, gute Beispiele, um die Manifestation von hegemonialen Diskursen und verlorenen Deutungsmustern zu untersuchen. Eine redaktionsgeschichtliche wie auch eine diskursanalytische Perspektive stellt Fragen nach der Genese von Deutungen und Wahrheiten. Sie fragt nach den Brüchen und Unstimmigkeiten und danach, was am Ende nicht passiert ist und anders kam. Oder anders formuliert: Welche Stimmen im Diskurs verstummten, welche Alternativen nicht siegten und wie sich hegemoniale Diskurse herausbildeten. Hier können sich WDA und historisch-kritische Exegese gegenseitig mit Fragen und Spürsinn inspirieren lassen.

Aus dem hier vorgestellten Beispiel der Untersuchung von Götterpolemik mit diskursanalytischem Zugang ließen sich aus einer Verknüpfung von soziologischer und bibelwissenschaftlicher Sicht mit gemeinsamem hermeneutischen Erkenntnisstil beispiels-

weise Fragen zu normativen Zuschreibungen an Gottesverehrung und gutes Handeln stellen. Denn wie die Rekonstruktion von Ammann (2015) zeigte, geht es in der Götterpolemik nicht um Götter, sondern um das Verhältnis von Menschen zueinander. Die Machtbeziehungen werden in Form von Abwertung einer Kultpraxis zu verfestigen gesucht. »Die anderen«, die sich von der Wir-Gruppe zu unterscheiden haben, werden auf einer intellektuellen Ebene abgewertet. Gleichzeitig ist das gute, richtige und zivile Handeln den Rechtgläubigen des eigenen Kollektivs vorbehalten. In wissenssoziologischer Terminologie handelt es sich bei diesen Ergebnissen um Deutungs- und Handlungsmuster, die über einen langen historischen Zeitraum hinweg tradiert wurden und beispielsweise Religionskriege oder Fremdenhass mit beding(t)en. Doch es wäre zu kurz gegriffen, eine Linie zwischen antiken Texten mit ihren im Vorhergehenden beschriebenen Spezifika und aktuellen Debatten zu ziehen. Denn die heutige Hinwendung zu diesen antiken Texten geschieht vor Hintergrund der heutigen Wissensvorräte und Interpretation unserer intersubjektiven Kulturwelt. Das heißt, die Erkenntnisse machen Aussagen über diskursive Konstruktionen von Wirklichkeit und das jeweils aktuelle Geschehen.

Die unterschiedlichen Perspektiven von Forschenden aus Teildisziplinen mit je spezifischen Wissensbeständen zusammenzubringen, sollte daher im Sinne der hermeneutischen Grundhaltung nicht für eine Validierung von »wahren« Ergebnissen genutzt werden. Vielmehr könnten die Ansätze im Sinne einer Perspektiventriangulation²⁵ (vgl. Flick 2004) genutzt werden, um den Forschungsgegenstand als durch das Diskursuniversum der jeweiligen Wissenschaftsrichtung konstituiert wahrzunehmen, Unstimmigkeiten und Brüche zu formulieren und damit die hermeneutische Grundhaltung des Zweifels zu stärken. Die Perspektiventriangulation könnte die Forschenden somit dazu motivieren, das eigene Verstehen stärker zu reflektieren und zu begründen. Dies wiederum würde den hermeneutischen Anspruch, das »Verstehen des Verstehens« (Soeffner 2006, S. 58) ins Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit zu rücken, unterstützen. Somit bleibt Verstehen – ebenso wie auch immer wieder das Reflektieren der eigenen Rolle als Forschende – und das Herausarbeiten des Wechselverhältnisses von Diskursen und Handelnden ein stetig andauernder Prozess. In interdisziplinären Forschungsdesigns kann aufgrund des Einbringens unterschiedlicher Spezialwissensvorräte das Reflektieren angeregt und selbige verknüpft werden. Gleichzeitig macht die WDA-Forschungsperspektive explizit, dass auch die jeweils eigene Forschung und das interdisziplinäre Gespräch darüber Teile von Diskursen reproduzieren und möglicherweise transformieren.

Interpretative SozialforscherInnen, die in der Regel mit verschriftlichten Texten arbeiten, können in interdisziplinärem Austausch die Dimensionen des methodischen Befremdens anhand von antiken Texten neu überdenken. Gewissheiten über Sinn und Bedeutung von Worten, Konzepten oder Verweisen sollten in der interpretativen Arbeit im-

25 Das Konzept der Triangulation geht auf Denzins (1970, S. 301 ff.) Überlegungen zur systematischen Verknüpfung von unterschiedlichen Forschungsperspektiven, InvestigatorInnen, Daten, Methoden oder Theorien in der interpretativen Sozialforschung zurück. Triangulation bedeutet, der Komplexität sozialer Phänomene durch die methodologisch gesicherte Einbeziehung verschiedener Blickwinkel auf einen Gegenstand gerechter zu werden als dies ein eindimensionales Forschungsdesign könnte.

mer wieder hinterfragt werden. Das gelingt in der Auseinandersetzung mit antiken Texten leicht, sollte aber als Befremdungstaktik auch für vermeintlich bekannte soziale Kontexte Anwendung finden. Konkrete forschungspraktische Hinweise, welche weiteren Quellen, Kontextinformationen oder Hilfsmittel zum Erschließen von Sinnzusammenhängen herangezogen werden könnten, liefert die historisch-kritische Exegese. Dazu gehören auch die Techniken der feinanalytischen Auslegung von Texten mit Fokus auf sprachliche Symbole, Metaphern oder Strukturen. Die Adaption historisch-exegetischer Verfahren in sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen sollte vor dem Hintergrund der gemeinsamen Grundhaltung nicht schwer fallen. Denn ob antike Textkanons zur Götterpolemik oder ein Sample von Zeitungsartikeln zur Verfestigung von Islamophobie in Deutschland 2016 diskursanalytisch untersucht werden, bringt für beide Perspektiven die Herausforderung, Übersetzungsleistungen zu vollbringen und wissenschaftliche Erklärungen zu liefern, die sowohl intersubjektiv nachvollziehbar für die Scientific Community, aber auch für Alltagshandelnde sind.

Literatur

- Alber, I. (2016): Zivilgesellschaftliches Engagement in Polen. Ein biographietheoretischer und diskursanalytischer Zugang. Wiesbaden: VS.
- Ammann, S. (2015): Götter für die Toren. Die Verbindung von Götterpolemik und Weisheit im Alten Testament. Berlin: De Gruyter.
- Arndt, A. (2013): Friedrich Schleiermacher als Philosoph. Berlin: De Gruyter.
- Balsiger, P. W. (2005): Transdisziplinarität. Systematisch-vergleichende Untersuchung disziplinenübergreifender Wissenschaftspraxis. München: Fink.
- Barton, J. (1996): Reading the Old Testament. Method in Biblical Study. Louisville: Westminster John Knox.
- Barton, J. (2007): The Nature of Biblical Criticism. Louisville: Westminster John Knox Press.
- Becker, U. (2011): Exegese des Alten Testaments. Ein Methoden- und Arbeitsbuch. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Becking, B. (2000): No More Grapes from the Vineyard? A Plea for a Historical Critical Approach in the Study of the Old Testament. In: Lemaire, A./Sæbø, M. (Hrsg.): Congress Volume. Oslo 1998. Leiden und Boston: Brill, S. 123–141.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1969\2004): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Berlejung, A. (1998): Die Theologie der Bilder. Herstellung und Einweihung von Kultbildern in Mesopotamien und die alttestamentliche Bilderpolemik. Freiburg (CH) und Göttingen: Universitäts-Verlag und Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bezzel, H. (2015): Saul. Israels König in Tradition, Redaktion und früher Rezeption. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Bultmann, R. (1950\2002): Das Problem der Hermeneutik. In: Lindemann, A. (Hrsg.): Neues Testament und christliche Existenz. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Busse, D. (2015): Interdisziplinäre Diskursforschung: Aufgabenfelder - Zustand - Perspektiven (aus der Sicht eines Sprachwissenschaftlers). In: Zeitschrift für Diskursforschung 3(3), S. 227–257.
- Denzin, N. K. (1970): The research act. A theoretical introduction to sociological methods. Chicago: Aldine Publishing Company.
- Dilthey, W. (1900\1957): Die Entstehung der Hermeneutik. In: Gesammelte Schriften. Band 5. Stuttgart und Göttingen: Teubner und Vandenhoeck & Ruprecht, S. 317–338.

- Dover, K. (1997): Textkritik. In: Nesselrath, H.-G. (Hrsg.): *Einleitung in die Griechische Philologie*. Stuttgart und Leipzig: Teubner, S. 45–58.
- Duhm, B. (1901): *Das Buch Jeremia*. Tübingen und Leipzig: Mohr Siebeck.
- Eberle, T. (2011): Abduktion in phänomenologischer Perspektive. In: Schröer, N./Bidlo, O. (Hrsg.): *Die Entdeckung des Neuen*. Wiesbaden: VS, S. 21–44.
- Eco, U. (1992): *Die Grenzen der Interpretation*. München: Hanser.
- Eco, U./Rorty, R./Culler, J./Brooke-Rose, C. (1994): *Interpretation and Overinterpretation*. Reprint. New York: Cambridge University Press.
- Eder, F. X. (Hrsg.) (2006): *Historische Diskursanalysen: Genealogie, Theorie, Anwendungen*. Wiesbaden: VS.
- Fischer, A. A. (2009): *Der Text des Alten Testaments. Neubearbeitung der Einführung in die Biblia Hebraica von Ernst Würthwein*. Stuttgart: Deutsche Bibelgesellschaft.
- Fleck, L. (1980): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Flick, U. (2004): *Triangulation. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Flick, U./Kardorff, E. von/Steinke, I. (2000): Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: dies. (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek: Rowohlt, S. 13–29.
- Gadamer, H.-G. (1974): Art. Hermeneutik. In: Ritter, J. (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 3. Basel: Schwabe, S. 1061–1073.
- Gadamer, H.-G. (1960\1986): *Gesammelte Werke. Band 1: Hermeneutik I: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Glaser, B. G./Strauss, A. L. (1967\2008): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Huber.
- Hitzler, R./Honer, A. (Hrsg.) (1997): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hitzler, R./Reichert, J./Schröer, N. (Hrsg.) (1999): *Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation*. Konstanz: UVK.
- Holter, K. (1995): *Second Isaiah's Idol Fabrication Passages*. Frankfurt am Main: Lang.
- Hurowitz, V. A. (2012): What Can Go Wrong With An Idol? In: May, N. N. (Hrsg.): *Iconoclasm and Text Destruction in the Ancient Near East and Beyond*. Chicago: Oriental Institute of the University of Chicago, S. 259–310.
- Jäger, S. (2009): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Jungert, M. (2010): Was zwischen wem und warum eigentlich? Grundsätzliche Fragen der Interdisziplinarität. In: Jungert, M./Romfeld, E./Sukopp, T./Voigt, U. (Hrsg.): *Interdisziplinarität. Theorie, Praxis, Probleme*. Darmstadt: WBG, S. 1–12.
- Keller, R. (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Profilierung der Diskursforschung [46 Absätze]. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8(2), <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/243> (Abruf 09.09.2016).
- Keller, R. (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2012): Diskursanalyse vs. (Hermeneutische) Wissenssoziologie? In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 1(1), S. 95–108.
- Keller, R./Spitzmüller, J./Landwehr, A./Liebert, W.-A./Schneider, W. (2015a): Diskurse untersuchen – ein Gespräch zwischen den Disziplinen. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 3(1), S. 70–86.
- Keller, R./Spitzmüller, J./Landwehr, A./Liebert, W.-A./Schneider, W. (2015b): Diskurse untersuchen – ein Gespräch zwischen den Disziplinen. Zweiter Teil: Disziplinäre Zugänge. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 3(2), S. 183–207.

- Keller, R./Spitzmüller, J./Landwehr, A./Liebert, W.-A./Schneider, W. (2015c): Diskurse untersuchen – ein Gespräch zwischen den Disziplinen. Teil 3a: Diskursive und nicht-diskursive Praktiken, Sprache und Wissen. In: Zeitschrift für Diskursforschung 3(3), S. 295–330.
- Keller, R./Truschkat, I. (2013): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS.
- Kurt, R./Herbrik, R. (2014): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In: Baur, N./Blasius, J. (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS, S. 473–491.
- Kurt, R./Herbrik, R. (2015): »Wir müssen uns überlegen, wie es weitergeht...«. Die Sequenzanalyse als Methode der Sozialwissenschaftlichen Hermeneutik. In: Hitzler, R. (Hrsg.): Hermeneutik als Lebenspraxis. Ein Vorschlag von Hans-Georg Soeffner. Weinheim: Beltz Juventa, S. 192–206.
- Kratz, R. G. (1997): Art. Redaktionsgeschichte/Redaktionskritik. I. Altes Testament. In: Müller, G. (Hrsg.): Theologische Realenzyklopädie, Band 28. Berlin: De Gruyter, S. 367–378.
- Kruse, J./Wagensommer, G. (2013): Sozialwissenschaftliche Analyseansätze im Kontext qualitativer Religionsforschung – ein Überblick. In: Brahier, G./Johannsen, D. (Hrsg.): Konstruktionsgeschichten. Narrationsbezogene Ansätze in der Religionsforschung. Würzburg: Ergon, S. 137–171.
- Künemund, H./Schroeter, K. R. (2015): Gerontologie – Multi-, Inter- und Transdisziplinarität in Theorie und Praxis? In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 48(3), S. 215–219.
- Lamnek, S. (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 1: Methodologie. München: PVU.
- Landwehr, A. (2008): Historische Diskursanalyse, Historische Einführungen 4. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Lersch, S. (2014): Sprechen Sie interdisziplinär? Zur Besonderheit interdisziplinärer Kompetenzen. In: Schier, C./Schwinger, E. (Hrsg.): Interdisziplinarität und Transdisziplinarität als Herausforderung akademischer Bildung. Bielefeld: transcript, S. 79–93.
- Levtow, N. B. (2008): Images of Others. Iconic Politics in Ancient Israel. Winona Lake: Eisenbrauns.
- Mittelstraß, J. (2012): Transdisziplinarität. oder: von der schwachen zur starken Interdisziplinarität. In: Gegenworte 28, S. 11–13.
- Oeming, M. (2013): Biblische Hermeneutik. Eine Einführung. Darmstadt: WBG.
- Oevermann, U./Allert, T./Konau, E./Krambeck, J. (1979): Die Methodologie einer »objektiven Hermeneutik« und ihre allgemeine Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, S. 352–434.
- Reichert, J. (1997): Objektive Hermeneutik. In: Hitzler, R./Honer, A. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen: Leske und Budrich, S. 31–55.
- Römer, T./Macchi, J.-D./Nihan, C. (Hrsg.) (2013): Einleitung in das Alte Testament. Die Bücher der hebräischen Bibel und die alttestamentlichen Schriften der katholischen, protestantischen und orthodoxen Kirchen. Zürich: TVZ.
- Rosenthal, G. (2011): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim: Juventa.
- Samuel, H. (2015): Art. Historical-Critical Method. In: Allison, D. C./Klauck, H.-J. (Hrsg.): Encyclopedia of the Bible and its Reception, Band 11. Berlin: De Gruyter, S. 1122–1123.
- Sarasin, P. (2003): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Saur, M. (2012): Einführung in die alttestamentliche Weisheitsliteratur. Darmstadt: WBG.
- Scholtz, G. (2011): Wilhelm Dilthey und die Entstehung der Hermeneutik. In: Frank, G. (Hrsg.): Hermeneutik – Methodenlehre – Exegese. Zur Theorie der Interpretation in der frühen Neuzeit. Stuttgart: Frommann-Holzboog, S. 471–493.
- Schütz, A. (1953\2004): Common-Sense und wissenschaftliche Interpretation menschlichen Handelns. In: Strübing, J./Schnettler, B. (Hrsg.): Methodologie interpretativer Sozialforschung. Klassische Grundlagentexte. Konstanz: UVK, S. 155–197.
- Schütz, A./Luckmann, T. (1979\2003): Strukturen der Lebenswelt. Konstanz: UVK.
- Soeffner, H.-G. (2000): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In: Flick, U./Kardorff, Ernst von/Steinke, I. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt, S. 164–175.

- Soeffner, H.-G. (2004): Auslegung des Alltags. Der Alltag der Auslegung. Konstanz: UVK.
- Soeffner, H.-G. (2006): Wissenssoziologie und sozialwissenschaftliche Hermeneutik als Sinnwelten. In: Tänzler, D./Knoblauch, H./Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Neue Perspektiven der Wissenssoziologie. Konstanz: UVK, S. 51–78.
- Soeffner, H.-G./Hitzler, R. (1994): Hermeneutik als Haltung und Handlung. Über methodisch kontrolliertes Verstehen, www.hitzler-soziologie.de/pdf/hitzler_1994a.pdf (Abruf 09.09.2016).
- Steck, O. H. (1982): Strömungen theologischer Tradition im Alten Israel. In: Wahrnehmungen Gottes im Alten Testament. Gesammelte Studien. München: Kaiser, S. 291–317.
- Steck, O. H. (1999): Exegese des Alten Testaments. Leitfaden der Methodik. Ein Arbeitsbuch für Proseminare, Seminare und Vorlesungen. 14., durchgesehene und erweiterte Auflage. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener.
- Steinke, I. (2000): Geltung und Güte. Bewertungskriterien für qualitative Forschung. In: Kraimer, K. (Hrsg.): Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 201–236.
- Strübing, J./Schnettler, B. (Hrsg.) (2004): Methodologie interpretativer Sozialforschung. Klassische Grundlagentexte. Konstanz: UVK.
- Tänzler, D./Knoblauch, H./Soeffner, H.-G. (2006): Neue Perspektiven der Wissenssoziologie. Eine Einleitung. In: Tänzler, D./Knoblauch, H./Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Neue Perspektiven der Wissenssoziologie. Konstanz: UVK, S. 7–14.
- Thouard, D. (2005): Wie Flacius zum ersten Hermeneutiker der Moderne wurde. Dilthey, Twisten, Schleiermacher und die Historiographie der Hermeneutik. In: Schönert, J. (Hrsg.): Geschichte der Hermeneutik und die Methodik der textinterpretierenden Disziplinen. Berlin: De Gruyter, S. 265–279.
- Tov, E. (2001): Textual Criticism of the Hebrew Bible. Minneapolis: Fortress.
- Trebolle Barrera, J. C. (1998): The Jewish Bible and the Christian Bible. An Introduction to the History of the Bible. Leiden und Grand Rapids: Brill und Eerdmans.
- Utzschneider, H./Nitsche, S. A. (2014): Arbeitsbuch literaturwissenschaftliche Bibelauslegung. Eine Methodenlehre zur Exegese des Alten Testaments. 4., vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Wette, W. M. L. de (1817): Lehrbuch der historisch kritischen Einleitung in die Bibel Alten und Neuen Testaments. Erster Theil. Die Einleitung in das A. T. enthaltend. Berlin: Reimer.
- Wilson, I. D. (2015): Yahweh's Anointed. Cyrus, Deuteronomy's Law of the King, and Yehudite Identity. In: Silverman, J. M./Waerzeggers, C. (Hrsg.): Political Memory in and after the Persian Empire. Atlanta: SBL, S. 325–361.
- Wischmeyer, O. (Hrsg.) (2009): Lexikon der Bibelhermeneutik. Begriffe – Methoden – Theorien – Konzepte. Berlin: De Gruyter.
- Xeravits, G. G./Porzig, P. (2015): Einführung in die Qumranliteratur. Berlin: De Gruyter.

Anschriften:

Ina Alber
Georg-August-Universität Göttingen
Institut für Soziologie
Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen
ialber@uni-goettingen.de

Sonja Ammann
Universität Basel
Theologische Fakultät
Nadelberg 10, CH-4051 Basel
sonja.ammann@unibas.ch

Kristina Chmelar

Gedenken denken im *terrain vague*

Ein postkonstruktivistischer Weg für die Erinnerungsforschung

Zusammenfassung: Wie können wir Gedenktage als kollektive und hochgradig politische Erinnerungsanlässe untersuchen? Während das Forschungsfeld bisweilen durch unproduktive Polarisierungen gekennzeichnet ist wie die zwischen Akteur und Struktur, Ideen und Materie bzw. Realismus und Konstruktivismus, bahnt der Beitrag einem spezifischen Denken *dazwischen* den Weg. Hierfür werden die ritual- und gedächtnistheoretischen Arbeiten von Jan und Aleida Assmann mit Michel Foucaults genealogischem Denken und dessen Machtanalytik kontrastiert. Über Ernst Cassirer und Roland Barthes gelangt der Beitrag zu einem postkonstruktivistischen Verständnis von kollektivem Gedenken als Inszenierung – unter dem ›Druck der Realität‹ (Barthes).

Schlagwörter: Gedenktag, Erinnerungsforschung, kulturelles Gedächtnis, Repräsentation, Diskursanalyse, Neuer Materialismus, Postkonstruktivismus, Inszenierung

Summary: How can we study commemoration days as highly political cues of collective remembering? While the field of research is characterized by unproductive polarities such as agency and structure, ideas and materiality respectively realism and constructivism, the article paves the way for a specific thinking in-between. Therefore, the work of Jan and Aleida Assmann on rituals and memory theory is contrasted with Michel Foucault's genealogical thinking and his analytics of power. Via Ernst Cassirer and Roland Barthes the article arrives at a post-constructivist understanding of collective commemoration as staging – under the ›instance of reality‹ (Barthes).

Keywords: commemoration day, memory studies, cultural memory, representation, discourse analysis, new materialism, post-constructivism, staging

Unterwegs in einem polarisierten Feld¹

Für die an Erinnerung interessierte Forschung sind Ereignisse, wie sie alljährlich etwa am 9. November in Form des Gedenkens an den Mauerfall zutage treten, von herausragendem Interesse. In ihnen kristallisiert sich kollektives Erinnern an ›Denkwürdiges‹. Sie werden von verschiedenen Akteuren systematisch dazu genutzt, bestimmte Geschichtsbilder und -deutungen öffentlich darzubieten und nach Möglichkeit zu verstetigen. Für die Ausbildung von Kollektiven gelten sie als hochgradig relevant. Doch wie sind Gedenktage theoretisch überhaupt zu greifen? Wie lässt sich erklären, warum manches es ›wert‹ scheint, erinnert zu werden, und anderes nicht? Wie sind die damit verbundenen, einzelnen historischen Repräsentationen und wie das kollektive Gedächtnis als Gesamtes

1 Für die Unterstützung meiner Forschungsarbeit danke ich herzlich Tim Griebel, Heinrich Pehle, Roland Sturm und der Studienstiftung des deutschen Volkes.

zu denken? Und welche Fragerichtungen und analytischen Kategorien leiten sich aus alledem ab? Nach über 30 Jahren sogenannten *memory booms* stellt die Forschung viele verschiedene Antworten auf diese Fragen bereit. Zugleich wird sie stellenweise aber auch durch unproduktive Polarisierungen aufgerieben wie der zwischen Akteur und Struktur, zwischen Ideen und Materie oder zwischen Realismus und Konstruktivismus.² Die für den vorliegenden Beitrag maßgebliche Konfliktlinie ist die letztgenannte und mit ihr der Streit um das hier idealtypisch zugespitzte Verhältnis von Erinnerung und historischer Realität: Während die ForscherInnen unterhalb des dominanten realistischen Paradigmas annehmen, es gebe eine sogenannte Realgeschichte und man könne entsprechend zwischen ›wahrer‹ und ›falscher‹ Erinnerung unterscheiden (Wierling 2002), kennen KonstruktivistInnen abseits sozialer Bedeutungsgebung kein einflusshaftes Reales und weisen die ontologische Differenzierung zwischen Erinnerung und Geschichte zurück (Mehler 2015). Insbesondere wegen ihrer größeren Sensibilität für eine Standpunktepistemologie ist die Erinnerungsforschung unterhalb des konstruktivistischen Paradigmas überzeugender. Allerdings, so wird zu zeigen sein, stellt der entsprechende Mainstream stellenweise auch nicht zufrieden und es drängt sich die Frage auf nach einem alternativen Weg im *terrain vague*. Dieser Weg führt von den moderat konstruktivistischen Überlegungen zur Trias Gedenken, Gedächtnis und Geschichte von Jan und Aleida Assmann³ über die radikaler konstruktivistische Genealogie Michel Foucaults zu einem postkonstruktivistischen Verständnis historischer Repräsentationen basierend auf Ernst Cassirer und Roland Barthes.

Gedenken denken in ägyptologischer Tradition

Der Befund, dass Kollektive im Rahmen und in Form von Gedenktagen regelmäßig gemeinsam erinnern (und vergessen), scheint banal; die Erklärung, *warum*, *wie* und *was* genau, schon weit diffiziler. Das Gros der deutschsprachigen Forschung nähert sich dem Phänomen Gedenktag eng verbunden mit historischem Denken per se unter dem Aspekt des Ritualen. Als geeigneter Anknüpfungspunkt erscheinen vielen ForscherInnen die Arbeiten von Jan Assmann, die vor allem im Zuge der Beschäftigung mit der frühen Hochkultur Ägyptens entstanden sind und als moderat konstruktivistisch eingestuft werden dürfen.⁴ Assmanns Kernthese lautet: Nachdem Kollektive zur Stabilisierung neigen, sind

- 2 Die hier bewusst pointiert vorgetragene Darstellung dreier zentraler Polarisierungen hat den analytischen Wert, das jeweilige Kontinuum, auf dem sich die Erinnerungsforschung projektspezifisch verortet, sortieren zu können und soll hier keinesfalls suggerieren, lauter ›ExtremistInnen‹ bearbeiteten das Feld. Eine alternative Bestimmung des Feldes wäre entlang der Konfliktlinie zwischen rekonstruktiven und dekonstruktiven Ansätzen möglich, wie sie etwa Angermüller (2005) für die sozialwissenschaftliche Diskursanalyse vorgenommen hat.
- 3 Die Überlegungen des Ehepaars Assmann gehören zu den wichtigsten Bezugspunkten insbesondere der deutschsprachigen Erinnerungsforschung (Erl 2011a; Siebeck 2013).
- 4 Dieser moderate Konstruktivismus Jan Assmanns (2007, S. 211) geht mit den grundlegenden Annahmen einer nicht konstruierten historischen Realität einher, die in ihrer Faktizität allem voran von der Geschichtsforschung hermeneutisch aufzuschließen sei.

»*Repetition und Interpretation [...] Verfahren in der Herstellung kultureller Kohärenz*« (Assmann J. 2005, S. 89, Herv. i. O.). Einen geeigneten Rahmen dafür bieten zum einen Räume, weil sie im Zeitverlauf relativ identisch erscheinen und als Bühnen der Vergangenheit erkannt werden können; zum anderen sind es Tage des Jahres, die in einem bestimmten Turnus wiederkehren und vergangene Ereignisse ortsunabhängig präsent zu halten helfen (Pethes 2008, S. 83 f.). In praxi gehen beide Dimensionen häufig miteinander einher, sodass sie als Zeit/Raum-Einheit in Ritualen aufgehen und zu Objektivationen werden, »in denen der Sinn in feste Formen gebannt ist« (Assmann J. 2005, S. 58).

Rituale dienen dabei vor allem dem Zweck, »im Regelsmaß ihrer Wiederkehr für die Vermittlung und Weitergabe des identitätssichernden Wissens und damit für die Reproduktion der kulturellen Identität [zu sorgen]. Rituelle Wiederholung sichert die Kohärenz der Gruppe in Raum und Zeit« (ebd., S. 57). In Ritualbegriffen wie dem von Assmann greifen nicht nur Zeit und Raum aufs Engste ineinander, sondern auch die Identität und Erinnerung eines Kollektivs. Soziale Kohärenz respektive kollektive Identität wird von Aleida Assmann (2007, S. 231, 2001, S. 117) in Fortführung der Überlegungen ihres Mannes durch ein »Wieder-Holen«, d.h. durch einen repetitiven, perspektivischen, sinnhaft erinnernden Rückbezug auf nicht erlebtes historisches »Geschehen« (Assmann A. 2001, S. 105) oder »reale [...] biographische [...] Erfahrungen« (ebd., S. 115) dargeboten und konstituiert. Schließlich liegt im »Wesen des Ritus, daß er eine vorgegebene Ordnung möglichst abwandlungsfrei reproduziert« (Assmann J. 2005, S. 89). Deshalb unterliegen Riten – als Bestandteile des sogenannten kulturellen Gedächtnisses und damit dem Ort, an dem das von einem Kollektiv als relevant empfundene Historische »bewahrt« ist – auch bestimmten Regeln: Abwandlungen gelten weniger als Gewinn oder willkommene Innovation denn als tendenzielle Gefährdung bisheriger Tradition (Pethes 2008, S. 84 f.). Gewissermaßen oberhalb des fundierenden kulturellen Gedächtnisses siedelt Jan Assmann (2007, S. 20) das sogenannte kommunikative Gedächtnis an und beschränkt es inhaltlich auf die jüngste, bislang nicht kanonisierte Historie. Im Rahmen dieses kommunikativen Gedächtnisses ist der Kampf um die Deutungshoheit nicht ausgefochten; es ist unklar, was letztendlich im kulturellen Gedächtnis gerinnt.

Nachdem mit Blick auf die Mannigfaltigkeit des Historischen auf der Hand zu liegen scheint, dass nicht allem gedacht werden kann bzw. dass Vergessen konstitutiver Bestandteil von Erinnern ist, drängt sich die Frage auf, nach welchen Kriterien das individuelle wie kollektive Gedächtnis auswählt. Aleida Assmann (o.J.) hält hierzu fest, dass grundsätzlich das erinnert werde, »was als auffällig wahrgenommen wurde, was einen tiefen Eindruck gemacht hat [... und] die Identität der Gruppe stärk[t]«. Beispielhaft spricht sie an anderer Stelle über Ereignisse, die als Zäsuren gelten oder Zeiten, die einen Wandel nach sich zogen (Assmann A. 2008), was stark an die klassischen strukturfunktionalistischen Überlegungen des Ethnologen und Ritualforschers Turner erinnert. Jener verknüpft Rituale, wie sie sich etwa in Form von Jahrestagen wie dem 9. November realisieren, grundsätzlich mit »Liminalität« (Turner 1971). Vereinfacht gesprochen geht es dabei um die Idee, dass Menschen biographische Übergänge als prekär erfahren und besonders über symbolische Sinnsysteme wie Riten derart zu bearbeiten suchen, dass sich genügend Stabilität (erneut) einstellt. Vom Individuum gemünzt auf das Kollektiv ver-

läuft die Argumentation ähnlich, schließlich binden Riten die Erinnerung eines Kollektivs vor allem zurück an wichtige Übergänge, die den Anfang des gegenwärtigen und künftigen ›Wir‹ markieren (Pethes 2008, S. 86) und dem kollektiven Gedächtnis einen »perspektivischen Charakter« (Assmann A. 2008) geben. Hinter dem Ritualen steht bei Turner wie bei den Assmanns damit stets etwas Nicht-Rituelles, konkret: das Bedürfnis nach Stabilität, Identität und Vergemeinschaftung in einem vom Menschen unabhängig sich vollziehenden zeitlichen Kontinuum.⁵

Vor dem Hintergrund von »mit der Moderne verbundenen Bruch- und Verlusterfahrungen« (Assmann A. 2014, S. 97) im Allgemeinen bzw. im Zuge großer Umordnungsprozesse, wie sie sich im Speziellen um das Schwellenjahr 1989 abzeichnen, trachten auch moderne säkulare Ordnungen danach, die Identität des entsprechenden, meist national verfassten Kollektivs über rituelles Gedenken dar- und herzustellen: Neben beispielsweise

»ruhmreiche[n] Siegen [...] [werden] auch tragische Niederlagen [...] im nationalen Gedächtnis kommemoriert, wo eine Nation ihre Identität auf ein Opfer-Bewusstsein gründet, das wachgehalten werden muss, um Widerstand zu legitimieren und heroische Gegenwehr zu mobilisieren.« (Assmann A. 2008)

Was schließlich kollektiv erinnert wird und in das gemeinsame Gedächtnis übergeht, erschließt sich in einer moderat konstruktivistischen und ethnologisch informierten Perspektive wie der Assmannschen weniger aus dem Wert einer Tatsache als aus deren sozialen Folgen und geht einher mit Macht, denn: Ob etwa der Ereignisse von 1989 überhaupt gedacht wird und falls ja, ob im Rahmen eines Jubiläums oder Trauertags, ist für das Selbstverständnis eines Kollektivs genauso entscheidend wie für die praktischen Spielräume entsprechender Eliten.

Zugespitzt lässt sich der Kern der bis zu diesem Punkt skizzierten Forschungseinstellung wie folgt zusammenfassen: Rituale gehören dem kulturellen Gedächtnis, d.h. dem im Gegensatz zum kommunikativen Gedächtnis festeren Teilgedächtnis eines Kollektivs an und dienen den entsprechenden Mitgliedern zur Sinn- und Kohärenzstiftung. Für deren Vergemeinschaftung ist Erinnerung als Modus des Rückrufs bzw. Wieder-Holens von Inhalten des kollektiven Gedächtnisses wesentlich. Selbst im Rahmen des tendenziell umstritten(er)en kommunikativen Gedächtnisses gilt die an Selbstvergewisserung geknüpfte Erinnerung von (Groß-)Gruppen wie Nationen als hochgradig empfänglich für »homogenisierende Impulse [...], die ein normatives Raster über die heterogenen individuellen Erinnerungen legen« (Assmann A. 2007, S. 157).⁶ Das wohl größte Verdienst von Jan und Aleida Assmann ist die Auslegung kollektiven Gedächtnisses als einem entschei-

5 In Vorstellungen dieser Art gilt das Ritual zwar nicht mehr als religiöser Ausdruck respektive Praxisvollzug, wie noch zu Beginn der Ritualforschung. Trotzdem bleibt es »ein ›sekundäres‹ Phänomen, dessen wirkliche Bedeutung ausserhalb der rituellen Handlung selbst lokalisiert« (Krieger/Belliger 2008, S. 7) wird, und gilt primär als »Gemeinschaftsgenerator« (Wulf/Zirfas 2004a, S. 12).

6 Für eine radikale Kritik am »eigentümliche[n] Nebeneinander« konstruktivistischer und essentialistischer Annahmen bei den Assmanns siehe Siebeck (2013).

denden Phänomen für die Bildung kultureller Identität. Insbesondere deshalb wurden ihre Überlegungen von weiten Teilen der Erinnerungsforschung adaptiert. Allerdings neigt ihr konstruktivistisches Denken stellenweise zu unbegründeten Realismen: auf ontologischer Ebene da, wo ein »natürliche[r] Vorgang«, »daß Zeit vergeht« (Assmann J. 2005, S. 31), schlicht gesetzt wird; auf epistemologischer Ebene da, wo von realitätsbedingten »Fakten der erforschten Vergangenheit« (Assmann J. 2007, S. 211; Assmann A. 2001, S. 120, 2007, S. 273, 2008) die Rede ist, auf deren Basis eine (rationale) Bewertung von Erinnerungen als »wahr« (Assmann A. 2001, S. 117) bzw. »authentisch« oder als »falsch[]« (ebd., S. 115) erfolgen kann. Ferner neigen die Assmanns Essentialismen und Schließungen mindestens zu und haben auf Mikro- und Makroebene Vorstellungen zu verfestigen geholfen wie die, dass Erinnerungen »zum eigensten Wesen und Bedürfnis des Menschen« (Droysen 1977, S. 45 zit. n. Assmann A. 2014, S. 25, 2001, S. 103) gehören oder dass sich kollektive Gedächtnisse von primordialen, relativ statischen Gruppen ableiten (Feindt et al. 2014, S. 26), die sich u.a. über rituell begangene Jahrestage stabilisieren.⁷

Irritieren lässt sich die Assmannsche Perspektive auf mit Gedenktagen wie dem 9. November verbundene historische Repräsentationen zunächst durch die Frage, inwieweit wir heutzutage nicht mit einem entscheidenden Bruch konfrontiert sind, verursacht

»durch die Abschiebung eines bislang grundsätzlich ›traditional‹ verfassten, auf Gedächtnis beruhenden Kultursystems [...] durch ein kapitalistisch grundsätzlich über Innovationen (oder Pseudoinnovationen) lukrierendes, und daher auf ›Inszenierung‹ beruhendes System von ökonomisch definierten Bedeutungen.« (Blume 2014, S. 16)⁸

In eine ähnliche Richtung weist das medientheoretische Argument, insbesondere die Digitalisierung und Neue Medien führten dazu, dass gegenwärtige Kollektive nicht wie noch vornehmlich oral verfasste darauf angewiesen seien, historisches Wissen über rituelle Objektivationen zu bewahren. Infolgedessen komme es zu einer »Entmächtigung monopolisierter Bühnen durch den *open access* auf elektronische Medien« (ebd., S. 33, Herv. i. O.), mit denen AkteurInnen aus unterschiedlichen Sphären nahezu ungehindert in ihrem Sinne disponieren. Entsprechend zu verschieben wäre demgemäß die wissenschaftliche Aufmerksamkeit: von einem Konzept kollektiven Gedächtnisses als ›Speicher‹⁹ zu einer dynamischen Vorstellung von Erinnerung als Übersetzung oder Verrückung der

7 Gegenläufige Ansätze, die das Transkulturelle bzw. Transnationale starkmachen, sind bis heute marginal. Für die Entwicklung eines transdisziplinären Zugangs zu transnationalen Wissenspraktiken im Allgemeinen siehe Königter et al. (2014).

8 Analog diagnostiziert Connerton (2009), der Kapitalismus habe die Zeitverhältnisse der Produktion verschoben bzw. bedinge, dass durch die Fokussierung auf die Ware als solche der Produktionsprozess in Vergessenheit gerät.

9 Die Rede von Speicher unterstellt moderat konstruktivistischen Ansätzen hier nicht die naive Annahme eines absolut statischen Dreischritts von Speichern – Lagern – Abrufen. Vielmehr geht es um die semantische Zuspitzung einer Position, die die Inhaltsdimension des kollektiven Gedächtnisses akzentuiert bzw. dessen Stabilität und Kohärenz überbetont; exemplarisch siehe Berek (2009).

jeweiligen Inhalte in Zeit und Raum und zwar ganz gleich, ob jene zu einer weit zurückliegenden oder zur jüngsten Historie gehören. Die Assmannsche Differenzierung eines ›festen‹ kulturellen und eines ›flüssigen‹ kommunikativen Gedächtnisses gerät dadurch zumindest ins Wanken.¹⁰

Die schärfste Kritik an einer kohärenz- und kontinuierkeitsorientierten Perspektivierung kollektiven Gedächtnisses im Allgemeinen und rituellen Gedenkens im Speziellen, wie sie die Assmanns auf Basis einer stellenweise realistischen Vorstellung von Geschichte und Erinnerung vornehmen, kommt aus den Reihen differenzorientierter, meist poststrukturalistisch und/oder postkolonial informierter ForscherInnen. Sie verweisen darauf, dass staatlich verfasste Großgruppen gerade heutzutage äußerst hybride, global hochgradig verflochtene und zugleich binnendifferenzierte Entitäten seien (Bhabha 2011), im Rahmen derer eine Fülle von unterschiedlichen Gemeinschafts- und Geschichtsentwürfen um öffentliche Beachtung wetteifere (Pethes 2008, S. 19 f.). In der Konsequenz stellen Ansätze wie der Assmannsche, die mindestens tendenziell Kultur als Container hypostasieren, nicht zufrieden:

»For memory studies, the old-fashioned container-culture approach is not only somewhat ideologically suspect. It is also epistemologically flawed, because there are too many mnemonic phenomena that do not come into our field of vision with the ›default‹ combination of territorial, ethnic and national collectivity as the main framework of cultural memory.« (Erl 2011a, S. 8)

Auch das Rituelle, wie es in der beschriebenen Einstellung gedacht wird, ist mit den verknüpften expliziten und impliziten Annahmen über das Historische bzw. dessen Tradierung kaum aufrechtzuerhalten. Unterhalb des konstruktivistischen Paradigmas lohnt deshalb eine Konfrontation mit einer poststrukturalistischen Programmatik, die Überlieferungszusammenhänge jenseits von Homogenität und Stabilität als durch und durch partikular, kontingent und darüber hinaus hochgradig durchmachtet begreift.

Gedenken ›zerdenken‹ in genealogischer Manier

Eine poststrukturalistische Position ist in vielerlei Hinsicht eine Radikalisierung, in mancherlei Hinsicht gar ein Gegenstandspunkt zu den Überlegungen von Jan und Aleida Assmann, stellt sie doch gleich einmal deren Relevanzordnung – die Form des Rituals diene der Funktion der Vergemeinschaftung – von den Füßen auf den Kopf. Die Bedeutung der Form akzentuierend mahnt sie an, bei der Beschäftigung mit Erinnerungsprozessen Differenz und Veränderung stärker zu berücksichtigen. Entsprechend anders zu denken ist von solch einer *radikaler* konstruktivistischen und tendenziell *idealistischeren* Position

10 Jan Assmann (2005, S. 55) schwächt die strikte Unterscheidung zweier Gedächtnisse im Zeitverlauf ab. Dennoch spielt die Bestimmung zweier Gedächtnisse sowohl in seinem als auch im Schaffen Aleida Assmanns eine prominente Rolle.

die historische Repräsentation. Während die Assmanns den Konstruktcharakter letzterer und so auch des kollektiven Gedächtnisses zwar anerkennen, gehen sie zugleich von einer historisch-wahrhaften, faktischen Realität aus, von der sich Konstruktionen zwar perspektivisch, aber doch sinnhaft ableiten. Das sich vollziehende Historische – etwa die Ereignisse von 1989 – und historisches Denken werden damit als zwei voneinander zu unterscheidende, dabei aber eng miteinander verflochtene Entitäten beschrieben. Und nachdem diese Verflechtung maßgeblich charakterisiert ist durch das Wieder-Holen, liegt die Betonung des Assmannschen Standpunkts auf dem Präfix von Repräsentation. Ganz im Gegenteil dazu akzentuiert eine poststrukturalistische Position den Wortstamm: Nachdem bereits Kant im Zuge des »epistemological turn« (Wight 2006, S. 24) den abbildtheoretischen Repräsentationsbegriff in die Krise gestürzt hatte, indem er über das berühmte Ding an sich nichts mehr sagen mochte, und Nietzsche aus seinen Gedanken über die Historie und das Leben Figuren wie Sinn und Teleologie entschieden herausgestrichen hatte, waren Tür und Tor geöffnet für eine differenz- und kontingenzorientierte, konstruktivistische Vorstellung, in der Geschichte und historisches (Ge-)Denken in bestimmter Hinsicht zusammenfallen.

Die Phänomene, die Jan und Aleida Assmann in ihren Arbeiten unter Kultur subsumieren, fasst prominent der Genealoge und Machtanalytiker Michel Foucault¹¹ als Diskursives breiter und neu: Für das Soziale und unser Denken, so sein Argument, seien Macht/Wissen-Komplexe (Foucault 2014) ausschlaggebend. Das historische Wissen, das wir haben bzw. qua Erinnerung etwa im Rahmen von Gedenktagen oder bei der Geschichtsschreibung vergegenwärtigen, entspringt von seiner Warte aus keiner von unserem Denken unabhängigen, wahr- und wesenhaften historischen Realität. Es hat lediglich Macht¹² als Fundament und ist allem voran nominalistisch und historisch kontingent:

- 11 Obgleich Foucault Gedächtnis als Topos kaum verwendet (Keller 2011, S. 113), scheint es dennoch legitim, gerade seine Überlegungen kritisch auf die der Assmanns zu beziehen, befragt er doch zeit seines Lebens intensiv die Funktionsweisen und Konstitutionsbedingungen historischer Diskurse. Konkret geht es Foucault um »historisch definierte[] diskursive[] Systeme, deren Schwellen man fixieren und denen man Bedingungen des Auftretens und Verschwindens zuordnen kann« (Foucault 2001, S. 872). Sein Denken bereitet den Nährboden für eine konstruktivistisch grundierte, machtorientierte und differenzsensible Perspektive auf das, was wir als historisch begreifen. Entgegen der gängigen Meinung, Foucault sei radikaler Konstruktivist gewesen, wird hier mit Sarasin (2008a) angenommen, Foucault war Realist. Trotzdem ist seine Genealogie insofern radikaler konstruktivistisch denn das Assmannsche Denken, als sie einen zu unkritischen Glauben an historische Faktizität und essentielle Funktionen sozialer Phänomene zu unterbinden sucht.
- 12 Unter Macht fasst Foucault »die Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen, die ein Gebiet bevölkern und organisieren; das Spiel, das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen diese Kräfteverhältnisse verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kräfteverhältnisse aneinander finden, indem sie sich zu Systemen verketteten – oder die Verschiebungen und Widersprüche, die sie gegeneinander isolieren; und schließlich die Strategien, in denen sie zur Wirkung gelangen und deren große Linien und institutionelle Kristallisierungen sich in den Staatsapparaten, in der Gesetzgebung und in den gesellschaftlichen Hegemonien verkörpern« (Foucault 2014, S. 113 f.). Klar hervor geht aus dieser Passage, dass es MachtanalytikerInnen nicht darum gehen kann, nur Sprachförmiges zu analysieren. Es geht um »komplexe[] strategische[] Situation[en]« (ebd., S. 114), die sich neben

»[W]as erfährt der Genealoge, wenn er aufmerksam auf die Geschichte hört statt der Metaphysik zu glauben? Dass es hinter den Dingen ›etwas ganz anderes‹ gibt: nicht deren geheimes, zeitloses Wesen, sondern das Geheimnis, dass sie gar kein Wesen haben oder dass ihr Wesen Stück für Stück aus Figuren konstruiert wurde, die ihnen fremd waren.« (Foucault 1971, S. 168 f.)

Bis auf die Bereitstellung einer Arena samt speziellen Waffen erfüllen die Geschichte respektive das (kollektive) Gedenken keinerlei universelle Funktion (ebd., S. 177). Die Beschäftigung mit Historischem ist immer eine mit durchmachteten und regelhaften zeit- und raumspezifischen Repräsentationen und schafft laut Foucault »keine sichere Grundlage; sie erschüttert, was man für unerschütterlich hielt; sie zerbricht, was man als eins empfand; sie erweist als heterogen, was mit sich übereinzustimmen schien« (ebd., S. 173). Ähnlich fragil wie der historische ist der identitäre Diskurs einer (Groß-)Gruppe, denn auch ein erinnerndes Kollektiv hat keinerlei Essenz mehr.

Die Diskurs- bzw. Machtanalyse in Foucaultscher Spielart stellt sich damit der traditionellen Ideengeschichte entschieden entgegen: »Sie führt die Singularitäten der einzelnen Aussagen nicht auf eine ›tiefere‹ Wahrheit oder ein Allgemeines zurück [...], weil sie ihr historisches Erscheinen als Diskursereignis *erklären* kann« (Sarasin 2007, S. 208, Herv. i. O.). Sie kann dies nicht zuletzt, weil sie Singularitäten als Teil einer Serie ähnlicher, »mit einem Wahrheitswert geladen[er]« (Foucault 2014, S. 8) Repräsentationen erkennt und am Schnittpunkt von Macht und Wissen die Frage zu beantworten sucht, *wie* es jeweils dazu kommt, dass etwas – nachdem sich eine hegemoniale Strategie der Macht dieses Etwas angenommen hat – zu einem historischen Zeitpunkt X als Wahrheit gilt (Sarasin 2005, S. 12). Auch wenn der Genealoge die sogenannte Geschichte grundsätzlich nicht universal denkt, ihr eo ipso keinerlei Sinn zuspricht und ihm Topoi wie Tradition oder Wieder-Holung analytisch ungeeignet scheinen, heißt das für ihn nicht, die Geschichte sei zusammenhangslos oder gar absurd. Ganz im Gegenteil: Auch im Anschluss an Foucault kann von Entitäten wie einer historischen Epoche oder dem kollektiven Gedächtnis gesprochen werden, allerdings erschließen sie sich nur in einem diskursiv verfassten, spezifischen historischen Kontext. Der analytische Ausgangspunkt ist stets ihre diskursive Repräsentation¹³, der Zielpunkt stets die Macht. Diese Macht – von Foucault im Gegensatz zur Assmannschen Vorstellung nicht nur als Folge, sondern als *die* Ursache von Bedeutungsprozessen begriffen – wirkt auf historisches Wissen zwar regelmäßig homogenisierend, doch beileibe nicht nur. Sie produziert Gegenmacht zu jedem Zeitpunkt mit:

Sprache auch in menschlichen Praktiken und Objektivationen realisieren und in ihrer Gesamtheit als »Bündel« (Foucault 2014, S. 43) oder »Netz« (ebd., S. 97) in den analytischen Blick zu bekommen sind.

- 13 Obwohl der analytische Ausgangspunkt bei Foucault die Repräsentation ist, geht es ihm nicht um die Beschäftigung mit der Form der Form willen, um kein freies und unendliches »Spiel des Bezeichnens« (Derrida 1972, S. 424). Die Untersuchung von Formen dient dem Zweck, etwas über Macht zu erfahren (Sarasin 2008b, S. 17 f.).

»Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht. [...] Dies hieße den strikt relationalen Charakter der Machtverhältnisse zu verkennen. Diese können nur kraft einer Vielfalt von Widerstandspunkten existieren [...], s]ie sind in den Machtbeziehungen die andere Seite, das nicht wegzudenkende Gegenüber.« (Foucault 2014, S. 96)

Widerstand ist aus diesem Grund auch kein Paradoxon, sondern ein notwendiger »Instrument-Effekt« (ebd., S. 64) des Hegemonialen. Diesem Denken folgend erhalten Entitäten den Status von Abstraktionen bzw. dienen hauptsächlich als heuristische Kategorien, die sich bei näherer Betrachtung jedoch alles andere als einheitlich zeigen, d.h. *in der Regel* kleine Brüche und Fissuren offenbaren (ebd., S. 96).

Auf die im Rahmen und in Form von Gedenktagen wie dem 9. November erkennbaren Repräsentationen kollektiven Gedächtnisses lässt sich das Foucaultsche Machtdenken folgendermaßen übertragen: Individuen werden durch sie getriggert (z.B. »Erinnert euch an 1989.«) und gemäß dem hegemonialen Macht/Wissen im historischen Diskurs gleichzeitig zu subjektivieren und zu vergemeinschaften gesucht (z.B. »Die Ereignisse waren ein Meilenstein auf dem Weg zu Frieden und Freiheit für jede/n einzelne/n und für uns Deutsche.«). Allerdings räumt Foucault Subjekten in seiner mittleren Schaffensphase die Möglichkeit der Abweichung ein: Sie sind »auch im Rahmen von Macht- und Diskursordnungen gleichsam beweglich genug [...], um die taktischen Machtverhältnisse umzukehren und in ihrem Sinne einzusetzen« (Sarasin 2006a, S. 130). Sie können widersprechen (z.B. »Nein, 1989 deute ich anders.«), sie können ihre Praktiken anders gestalten und anders mit Objektivationen umgehen. Gedenktage sind in dieser Perspektive schließlich keine funktionalen Gemeinschaftsgeneratoren wie bei den Assmanns, sie sind Zeit/Raum-Einheiten der Konfrontation von Differentem.

Ja, aber ist nicht ein Argument, das häufig gegen den Poststrukturalismus angebracht wird, das Subjekt sei tot?¹⁴ Das mag so sein. Tot respektive dezentriert ist in der hier skizzierten poststrukturalistischen Einstellung jedoch lediglich das bewusst und intentional handelnde, autonome Subjekt. Quicklebendig ist hingegen eines, das sich zwar ähnlich dem »animal symbolicum« (Cassirer 1996, S. 51) diskursiver Macht/Wissen-Komplexe nicht erwehren kann, in ihrem Rahmen allerdings durchaus fähig ist, sich zu widersetzen. Damit bleibt einer differenzsensiblen Analyse der Repräsentationen kollektiven Gedächtnisses genügend Spielraum, um Subjekte, ihre sprachlichen und nicht-sprachlichen Praktiken¹⁵ sowie die von ihnen hergestellten und verwendeten Objektivationen als diskurs- und machtbefehlt, nicht aber -determiniert zu begreifen. Der relativen Freiheit, abweichen zu können, wird Rechnung getragen (Sarasin 2006a, S. 130). Ähnlich fruchtbar können auch Strategien, wie sie prominent von staatlichen AkteurInnen auf dem er-

14 Ein zentraler Referenzpunkt ist Barthes' (2012) »Der Tod des Autors«.

15 Einem mittelstarken Subjekt entsprechend werden Praktiken zwischen strukturdeterminiertem Verhalten und intentionalem Handeln verortet und gelten als kulturell vorgeformte, regelhafte, von unterschiedlichen Subjekten getragene Aktivitäten, in denen »sich kulturelle Codes ausdrücken (und die damit unter anderem auch typisierte Intentionen enthalten)« (Reckwitz 2006, S. 38, Herv. i. O.).

innerungskulturellen Feld verwirklicht werden, abseits des *agency*-betont gedachten Intentionalen untersucht werden.

Bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Entitäten wie dem kollektiven Gedächtnis geht es der Genealogie in Verlängerung der Nietzscheanischen Argumentationslinie – und dies sei noch einmal als grundlegender Unterschied zu Positionen wie der Assmannschen akzentuiert – schließlich nicht darum, das abseits des Kampfes aller gegen alle fundamentlose und prozesshafte, das permanent sich verschiebende Historische bzw. sogenannte kollektive Identitäten nach Sinn, nach einer extradiskursiven Wahrheit zu befragen und hermeneutisch aufzuschließen.¹⁶ Denn:

»Regelmäßigkeiten als die generativen Strukturen von Diskursen treten erst hervor, wenn man Texte *nicht* zu »verstehen« trachtet, sondern sie als materielles »Monument« beschreibt, also als Serie ordnet, von allen Besonderheiten einzelner Aussagen abstrahiert und ihre Ähnlichkeiten herausarbeitet.« (Sarasin 2007, S. 207, Herv. i. O.)¹⁷

Letztere Analysestrategie – konkret: die Operation der Dekonstruktion¹⁸ – scheint das einzig probate Instrument, um Diskurse abseits ahistorischer und essentialistischer Prämissen in den Blick zu bekommen und ihre Möglichkeitsbedingungen und Funktionsweisen mit einem kritischen Anspruch zu untersuchen.¹⁹

Zusammenfassend präsentiert sich Foucault das Historische als grundsätzlich kontingent und partikular. In den Blick zu nehmen ist es in seiner Ereignishaftigkeit – was bei der Beschäftigung mit Gedenktagen wie dem 9. November durchaus trägt – und zu erklären weder unter Berufung auf ein individuelles Bewusstsein noch in Rekurs auf eine realistische Epistemologie, die unmittelbar auf die Dinge in der Welt rekurriert (Sarasin

16 Zur Einschätzung, die Genealogie sei antihermeneutisch, siehe Sarasin (2006b, S. 121, 2008b, S. 14 f., 2009, S. 204 ff.). Den Foucaultschen Vorbehalten gegenüber der insbesondere im deutschsprachigen Raum kaum angefochtenen Hermeneutik ähnelt die Haltung Barthes' (2012, S. 190 f.).

17 Die Zurückweisung der Verstehensoperation bezieht sich hier auf Verstehen im Sinne »klassischer« hermeneutischer Positionen wie etwa der, die auf die Intentionen starker Subjekte abhebt oder jener, die auf das berühmte »Wunder des Verstehens« (Gadamer 1993, S. 58) referiert. Für DekonstruktivistInnen notwendig bleibt hingegen eine Art »basale Hermeneutik« (Sarasin 2008b, S. 15), ohne die Diskurse formal überhaupt nicht greifbar wären bzw. sie zu sortieren und ihrer regelhaften Ordnung nachzuspüren ein Ding der Unmöglichkeit bliebe.

18 Die Foucaultsche Dekonstruktion ist ein politisches Projekt, im Zuge dessen das Diskursive radikal historisiert wird und das den kritischen Anspruch hat, entsprechende Homogenitäts- und Stabilitätsbehauptungen als »konstitutive[n] Schein« (Reckwitz 2008a, S. 37) offenzulegen und nach korrespondierenden Strategien zu befragen.

19 Foucaults Kritik richtet sich u.a. gegen den modernen, bis heute dominanten Fortschrittsglauben in Bezug auf Wissen im Allgemeinen und wissenschaftliches Wissen im Speziellen (Keller 2011, S. 125). Zu seinem kritischen Anspruch gehört ferner, dass der (Geschichts-)Wissenschaft – anders als bei Jan Assmann (siehe Fußnote 4) und entgegen dem hegemonialen Alltagsverständnis – grundsätzlich kein privilegierter Zugang zu Historischem eingeräumt wird. Sie gilt als eine unter vielen auf Historisches bezogenen diskursiven Formationen (wie Literatur oder staatliche Geschichtspolitik), die historisches Denken und somit auch kollektives Gedächtnis prägen. Ähnlich auch Erll (2011b, S. 45).

2007, S. 203). Entsprechend deutlich von der Assmannschen Konzeption unterscheidet sich auch die ontische und epistemische Qualität des von uns als historisch Gedachten: Es leitet sich nicht etwa von einer extradiskursiven historischen Realität ab, sondern lässt sich in seinem Sein lediglich auf Macht zurückführen. Jene wirkt laut Foucault ihrer Konstitution nach nicht nur disziplinierend bzw. auf hegemoniale historische Wahrheitsdiskurse rein stabilisierend; vielmehr ist sie gleichsam durchzogen von Widerstand und destabilisiert auch. Analog zu diesem Mechanismus gehen mit dem nicht als Speicher oder (Wissens-)Vorrat, sondern als »Regelwerk« (Keller 2011, S. 116) gedachten kollektiven Gedächtnis immer auch Gegengedächtnisse einher. Sie dienen dem Hegemonialen zum einen als Vehikel für die Produktion von Ein- und Ausschlüssen allem voran über die Klassifizierung in ›wahr‹ und ›falsch‹. Zum anderen sind sie aber auch permanent dazu fähig, jenes hegemoniale Gedächtnis herauszufordern.

Es mag den Anschein erwecken, die Genealogie sei in Verbindung mit Foucaults Machtanalytik hervorragend dazu geeignet, der Assmannschen Tendenz zu Realismen, Essentialisierungen und Homogenitätsannahmen im Kontext von Gedenktagen zu begegnen, zugehörige historische Repräsentationen zwischen Differenz und Kohärenz respektive zwischen Akteur und Struktur als relativ stabil in den kritischen Blick zu bekommen und dabei nicht mehr die inhaltliche Sinnstiftung, sondern die Weisen der Ordnungsstiftung anzuvisieren. Was bei näherer Betrachtung und vor dem Hintergrund von Foucaults entschiedenem konstruktivistischen und antiessentialistischen Plädoyer in Bezug auf Geschichte allerdings mindestens irritiert, ist seine Argumentation in puncto Macht: Sie wird von ihm nicht nur als in gewisser Weise stabilisierend gefasst, sondern auch als real und wesenhaft beschrieben. Der Kampf aller gegen alle wird zum alles beherrschenden sozialen Axiom. Was Foucault dem historischen Denken analog zu Nietzsche also eigentlich auszutreiben sucht, führt er durch die Hintertür wieder ein.

Mit dem »Temperament [eines] glückliche[n] Positivis[ten]« wäre Foucault (1993, S. 44) um eine Antwort auf die sich anschließende erkenntnistheoretische Frage danach, woher er denn das alles wisse mit Blick auf die postulierte Unumgänglichkeit der Macht, vielleicht nicht lange verlegen. Für die hier noch weiter zu skizzierenden Überlegungen zu einer möglichen Gedenkanalytik scheint seine Position jedoch nicht aufrechtzuerhalten: Das Diskursive gilt ohne Einschränkung als unhintergebar. Wenn nun aber die Foucaultsche Spielart des Kampfes aller gegen alle und seine inkonsequent erkenntniskeptische Haltung als »Sackgassen« (Reckwitz 2006, S. 27) erkannt und gemieden werden sollen, wo führt der Weg stattdessen entlang? Und wie lässt sich die relative strukturelle Stabilität von kollektivem Gedächtnis dann erklären, möchte man sich nicht auf einen unter PoststrukturalistInnen durchaus beliebten »Flirt« mit der Psychoanalyse (Stavrakakis 2007, S. 77) einlassen oder arglos ›harte‹ Annahmen über das Historische bzw. das Soziale formulieren, wie wir sie mindestens tendenziell bei den Assmanns, stellenweise aber auch bei Foucault finden?

Über das Dingdenken zu etwas Boden unter den Füßen

Ein möglicher Weg führt über die nähere Beschäftigung mit Materialität, mit Dingen. Um etwas Anlauf zu nehmen, müssen wir jedoch noch einmal kurz zurück zu Kant und seinem transzendentalen Idealismus, demzufolge über das Ding an sich nichts gesagt werden könne. Es war Wittgenstein (2006, S. 7), der aus dieser Idee einen Imperativ machte und empfahl, über das, worüber man nichts aussagen könne, lieber zu schweigen. Im Zuge der entsprechenden epistemologischen und eng mit ihr verbundenen linguistischen Wende als dem »Mega-Turn« (Bachmann-Medick 2010, S. 44, Herv. i. O.) des 20. Jahrhunderts sowie den sich anschließenden kulturwissenschaftlichen Wenden radikalisierte ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen die Kantsche Erkenntnis, sodass dem Ding an sich letztlich jeglicher Einfluss auf seine Bedeutung²⁰ abhanden kam. Die Krise der abbildtheoretischen Repräsentation hatte in dieser Einstellung nur eine logische Konsequenz: das Verschwinden einer jedweden einflusshaften extradiskursiven Referenz.

Nach wie vor gilt der ontologische und epistemologische Realismus vielen als überstrapaziert. En vogue ist besonders unter DiskursanalytikerInnen der diametrale Standpunkt, an dem entweder – wie im Fall von Foucault – nur das reale Diskursive interessiert oder – noch radikaler im Fall sogenannter KulturalistInnen – (nahezu) ausschließlich das Diskursive bzw. hier synonym gedachte Kulturelle für das Soziale relevant ist. Letztere meinen längst dahintergekommen zu sein, dass selbst Naturwissenschaften nur nackte Diskurse seien, weil auch das »Wissen über die Natur sich unrettbar in den Netzen der Sprache und der Medien verfange« (Sarasin 2009, S. 10). Gefragt wird von KulturalistInnen »nach der *kulturellen Bedingtheit des Sozialen*« (Reckwitz 2008b, S. 162, Herv. i. O.). Außerhalb des Kulturellen kennen sie weder etwas Sinnhaftes (was plausibel erscheint) noch etwas Einflussreiches (was nur allzu anthropozentrisch anmutet und dementsprechend zu verneinen ist). Besonders virulent wird das mit dieser Perspektivierung verbundene Problem an folgendem Punkt: Nachdem (fast) alles für Menschen Relevante sich im Kulturellen erschöpft und andere Zugänge unter dem »Verdacht der naturalistischen oder realistischen Naivität« (Gertenbach 2014, S. 107) stehen, gerät Materialität lediglich als Materialisierung in den Fokus (Butler 2010) oder wird gar auf den Platz einer blanken, auf kulturelle Formung wartenden Projektionsfläche verbannt (Laclau/Mouffe 2013). Im Rahmen von Gedenktagen wie dem 9. November oftmals adressierte historische Orte, Überreste der Mauer, Gebäude, Fotografien und andere Dokumente gehen demnach gänzlich in kulturellen Prozessen auf oder können gar vollkommen willkürlich bedeutet werden. Kollektives Erinnern und das entsprechende Gedächtnis sind damit primär bzw. rein selbstreferenziell, haben kaum Bezug zu einer extradiskursiven Realität. Doch, um die ketzerische Frage von Putnam (1997, S. 158) aufzugreifen, »warum sollte die Tatsache, daß eine beschreibungsunabhängige Beschreibung der Realität nicht möglich ist, zu der Annahme führen, es gebe nichts außer den Beschreibungen?«

20 Bedeutung meint hier gemäß Barthes (2015a, S. 80) ausdrücklich kein – analog zum geltenden Alltagsverständnis – passives Signifikat, sondern steht für einen aktiven Prozess des Bedeutens.

Ein alternatives Angebot, das sich dem konstruktivistischen Paradigma zwar verpflichtet sieht, extradiskursive, insbesondere materielle Einflüsse aber nicht allzu leichtfertig negieren möchte, kann indes bei Ernst Cassirer ansetzen, der in seiner »Philosophie der symbolischen Formen« folgendermaßen argumentiert:

»Wenn man die Sprache, den Mythos, die Kunst als ›symbolische Formen‹ bezeichnet, so scheint in diesem Ausdruck die Voraussetzung zu liegen, dass sie alle, als bestimmte geistige Gestaltungsweisen, auf eine letzte Urschicht des Wirklichen zurückgehen, die in ihnen nur wie durch ein fremdes Medium erblickt wird. Die Wirklichkeit scheint für uns nicht anders als in der Eigenart dieser Formen fassbar zu werden; aber darin liegt zugleich, dass sie sich in ihnen ebenso verhüllt wie offenbart.« (Cassirer 1996, S. 50)

In der zitierten Passage klingt etwas Elementares an: Auch wenn das Diskursive respektive Kulturelle als für unsere Wirklichkeit konstitutiv und für uns unumgänglich angenommen wird, heißt dies weder, dass es das einzig Reale sein muss, noch dass es vollkommen unabhängig ist von einem anderen, nicht zuletzt materiell verfassten Realen außerhalb der Konstruktion. Zwar ist letzteres Reale für Cassirer nur über symbolische Formen, d.h. medial vermittelt erfahrbar, doch es existiert – und ist darüber hinaus einflusshaft. Es

»ist klar, daß jedes dieser Symbole – ein Gebäude, ein Kunstwerk, ein religiöser Ritus – eine materielle Seite hat. Die Menschenwelt ist keine von allem losgelöste Entität, keine Wirklichkeit für sich. Der Mensch lebt in einer materiellen Umgebung, die ihn ständig beeinflusst und seinen Lebensformen ihren Stempel aufdrückt. Wenn wir seine Schöpfungen – sein ›symbolisches Universum‹ – verstehen wollen, dann müssen wir diesen Einfluß stets berücksichtigen.« (Cassirer 1996, S. 308)

Etwas von der materiellen Umgebung offenbart sich uns also im Kulturellen. Und damit besteht dessen basale Leistung darin, nicht nur herzustellen, sondern auch darzubieten (Warnke 2013, S. 105). Kultur ist gleichsam Fundament und Form.

In bemerkenswert ähnlichem Duktus argumentiert der – in den Geschichts- und Sozialwissenschaften allem voran wegen seiner »Mythen des Alltags« meist als radikaler Konstruktivist, in der fototheoretischen Debatte aufgrund seiner »Hellen Kammer« meist als naiver Realist rezipierte – Semiologe Roland Barthes, wenn er am plastischen Beispiel der Fotografie zeigt, wie einerseits an ihr als Aufzeichnung des Realen festgehalten werden kann, ohne andererseits eine selbsterklärende Eindeutigkeit dieses Aufgezeichneten zu beschwören. Ausgangspunkt seiner *postkonstruktivistischen* Einstellung ist hierbei die Überlegung, dass es keine Fotografie geben kann ohne natürliche Referenz, weil die Fotografie nicht nur selbst ein »natürliches physikalisch-chemisches Phänomen« ist, sondern auch ein »fotochemischer Transmitter natürlicher Phänomene (Licht, Radioaktivität, Röntgenstrahlung etc.)« (Geimer 2002, S. 340). Im Entstehungsprozess entzieht sich die Fotografie teil- und zeitweise dem unmittelbaren Einfluss der oder des Fo-

tografierenden (Geimer 2014, S. 59), der fotografischen Platte ist schließlich alles gleich. Sie muss aufgrund ihrer Eigenschaften *etwas* Existentes aufzeichnen.

Vor diesem Hintergrund unterscheidet Barthes theoretisch zwischen Konnotation und Denotation: Während die konnotierte Botschaft einer Fotografie sich erst durch diskursive bzw. kulturelle Prozesse entfaltet und die einzige Botschaft ist, die wir aufgrund unseres spezifischen epistemologischen Standpunkts je erkennen können, nimmt Barthes jenseits des Kulturellen einen Ort an, der zwar nicht einsehbar ist, trotzdem aber »kontinuierlich« existiert und das »photographische Analogon« (Barthes 2015a, S. 81, Herv. i. O.) birgt. Obwohl ein Mensch noch nie eine denotierte Fotografie samt ihrer – nicht sinnhaft zu denkenden – »Botschaft ohne Code« (ebd., S. 79, Herv. i. O., 2015b, S. 103) gesehen hat, ist jene doch das unsichtbare Fundament, oberhalb dessen eine bedeutungsstiftende Konnotation überhaupt erst zur Entfaltung kommt: »Nur der Gegensatz zwischen dem kulturellen Code und dem natürlichen Nichtcode kann, so scheint es, dem spezifischen Charakter der Fotografie gerecht werden« (Barthes 2015a, S. 81, 105).²¹

Was Barthes in Auseinandersetzung mit der Fotografie formuliert hat, wird hier übertragen auf sämtliche Bedeutungsprozesse – wie es auch Cassirer in den vorausgehend skizzierten Überlegungen zu einer zwar außerhalb des Kulturellen anzusiedelnden, auf letzteres aber einflusshaften Realität tut. Im kleinen, aber feinen Unterschied zu Cassirer ontologisiert Barthes (2015b, S. 103) jene andere Realität allerdings nicht im Sinne einer Seins-Behauptung, sondern im Sinne einer Seins-Utopie. Für manche mag dies nur eine unwichtige Nuance sein, doch sie ist im engeren Wortsinn wesentlich! Während Cassirer – gleichwohl er das Kulturelle als unhintergebar taxiert – eine andere, materielle Realität ohne Zweifel als existent setzt und davon ausgeht, sich ihr hermeneutisch nähern zu können, *spekuliert* Barthes – in konsequentem Bewusstsein für die eigene Standpunktbezogenheit – lediglich darüber, dass es Botschaften ohne Code gibt. Mit Blick auf die bereits geäußerte Kritik an Foucaults glücklichem Positivismus und ›harten‹ Annahmen über das Historische bzw. das Soziale scheint es von einer insbesondere an historischen Repräsentationen interessierten, Konstruktivismus-affinen Position aus überzeugend und dazu auch redlicher, mit Barthes in basaler, relativ ›weicher‹ Art und Weise über die Existenz eines einflusshaften Realen außerhalb unserer Bedeutungshorizonte zu mutmaßen (Chmelar 2017, i.E.).

Im Anschluss an die Statusklärung eines diskursiven Außen kann es freilich nicht darum gehen, beispielsweise physischen Objekten wie einem Stein ein träges Wesen zu unterstellen, das unter allen Umständen und eindeutig auf das Diskursive durchschlägt, jenes stets stabilisiert. Vielmehr wird gemutmaßt, dass jedes extradiskursive Reale eine bestimmte Potenzialität hat respektive ein gewisses Spektrum an Botschaften ohne Code trägt, die sich im Diskursiven manifestieren können und Bedeutungszusammenhänge nicht nur zu stabilisieren, sondern auch zu dynamisieren vermögen.²² Im Zuge entspre-

21 An den Stellen, an denen Barthes (2014, S. 90) von der grundlegenden Eigenschaft der Fotografie spricht, eine »Emanation des Referenten« zu sein, meint er immer zweierlei: »ein materielles Kontinuum zwischen Fotografie und Objekt« und »dessen tatsächliches Verschwundensein [sic!]« (Geimer 2014, S. 34).

22 Prominent haben bereits Laclau und Mouffe (2013) den Stein zur Explikation ihrer konstruktivisti-

chender Spekulationen ist dabei besonders »auf die inkorporierten Eigenschaften und [...] Widerständigkeiten« unterschiedlicher Materialitäten zu achten, »die es zwar zulassen, manches, aber eben nicht alles mit ihnen zu tun« (Bühmann/Schneider 2008, S. 103). Am Ende gewinnen Gedenktage als Ereignisse dar- und herstellende, d.h. doppelt ereignishafte Bezugspunkte eines möglichen kollektiven Gedächtnisses wenigstens *etwas* Boden unter den Füßen und der Mauerfall gilt weder als relativ statischer Gedächtnishalt mit engem Realitätsbezug (Assmanns) noch als bloß machtbasierter, radikal kontingente Konstruktion (Foucault).

Aufbauend auf diesen Überlegungen und dem Menschenbild eines – von Cassirer inspirierten und dem Denken Barthes' angepassten – ›animal semioticum‹ kann schließlich das rege Wechselspiel adressiert werden, wie es sich auf dem erinnerungskulturellen und hochgradig politischen Feld im Rahmen des Gedenkens an den 9. November 1989 vollzieht. Mit Sprache, Praktiken und Objektivationen umfasst es alle drei Dimensionen eines weit gedachten Diskursiven bzw. Kulturellen. Als heuristische Kategorie lenkt ein Genealogie-naher, jedoch postkonstruktivistisch gedachter Gedächtnisbegriff unseren Blick auf weitgehend, nicht aber radikal kontingente und zeitweilig recht stabile (Bedeutungs-)Netze. Anstatt jene vordergründig nach einer ursprünglichen und uns ohne größere Friktionen zugänglichen historischen Präsenz, nach historischem Sinn zu befragen, empfiehlt er eine umfassend erkenntnis- und machtskeptische Haltung und sensibilisiert für die Präsentation, d.h. für die mediale, hier ausdrücklich nicht pejorativ verstandene *Inszenierung* von Historischem einschließlich möglicher Reste des Realen und diskursiver Machtstrategien im Zuge kollektiven Gedenkens.

Exemplifiziert anhand der Berliner Mauer eröffnet die skizzierte Perspektive zunächst Raum darüber nachzudenken, wie genau sich ausgehend von einer bestimmten Materialität möglicherweise ein extradiskursives Reales in das Diskursive einschreibt: Vor 1989 etwa galt dieselbe Objektivation ›Mauer‹ im Rahmen unterschiedlicher Regime als Manifestation unterschiedlicher Wahrheiten. Stark vereinfacht und bewusst plakativ lässt sich mit Kleßmann (2016, S. 12) hauptsächlich zwischen den zeitweilig mehr oder minder breit getragenen Macht/Wissen-Komplexen ›gewaltsame Teilung und Freiheitsberaubung‹ einerseits und ›Sicherung des Sozialismus vor dem Westen‹ andererseits dif-

schen Diskurstheorie herangezogen: »A stone exists independently of any system of social relations, but it is, for instance, either a projectile or an object of aesthetic contemplation only within a specific discursive configuration [...], it is only a commodity within a determinate system of social relations.« Entgegen dieser Spielart des Kulturalismus werden dem Stein hier spekulativerweise sowohl eine physische Existenz als auch eine materielle Potenzialität unterstellt: Als distinkte Entität kann er gleichermaßen zur Befestigung wie zur Zerstörung dienen, er taugt zur Abgrenzung genauso wie zur Überbrückung. Kaum wird es jedoch gelingen, ein Boot aus Granit erfolgreich zu Wasser zu lassen oder einen Stein von mehreren Tonnen Gewicht ohne Hilfsmittel manuell zu bewegen. Zu einer ähnlich gearteten Rückbesinnung auf eine materielle Realität jenseits des Diskursiven kommt es auch im Zuge der sogenannten spekulativen Wende und unter dem Dach des Critical Realism; siehe hierzu Bryant/Srnicek/Harman (2011). Letzterer spekuliert jedoch in umfassenderer, ›härterer‹ Form als dieser Beitrag, erheben kritische RealistInnen doch den Anspruch, ähnlich einer Hermeneutik des Verdachts zu tieferen Schichten der Realität zu gelangen und sind oftmals (post-)marxistisch grundiert (Dean et al. 2006; Griebel 2016).

ferenzieren. Ungeachtet der konkurrierenden Ideologien, die sich regelmäßig an die Komplexe knüpfen, bedeuten beide – und dies scheint ein Rest des Realen zu sein – sie nicht zuletzt ob ihrer Materialität als *Grenze*. Im ersten Fall gilt sie als repressiv, geht mit ihr doch mindestens die Begrenzung der Bewegung von Körpern, wenn nicht gar menschlichen Daseins überhaupt einher. Im zweiten Fall gilt sie als produktiv, da sie die Abgrenzung der sozialistischen Ordnung von der westlichen sichert und eine vergleichsweise ungestörte, alternative Entwicklung ermöglicht. Eine normative Verortung des jeweiligen Komplexes ausklammernd gilt für die Mauer wie für alle Objektivationen:

»[T]hey are ›interpreted‹ by the human agents in certain ways, but at the same time they are applied, used, and must be handled within in their materiality. As things, they are not arbitrarily interchangeable [sic!].« (Reckwitz 2002, S. 208)

Abseits gegenstandsbezogen spekulativer Überlegungen zu realen Resten im Diskursiven erlaubt die hier dargelegte dreidimensionale Einstellung allem voran eine umfassende Analyse von Gedenken als Inszenierung. Im Kontext des 9. November – um das genannte Beispiel weiterzuentwickeln – kann dabei etwa diejenige diskursive Formation interessieren, die sich für die Konstruktion von (gegen-)hegemonialen Macht/Wissen-Komplexen auch nach 1989 als sehr bedeutsam erweist: der Staat (Marchart 2008, S. 245). Mit Wendeereignissen wie dem Mauerfall, mit dem Ende des Kalten Krieges und den fortschreitenden systemischen Umordnungsprozessen einschließlich der deutschen Wiedervereinigung veränderten sich nicht nur die materiellen Bedingungen. Es verschoben sich grundlegend auch die Grenzen des Sag- und Machbaren. Bis heute inszenieren alljährlich insbesondere die VertreterInnen der neuen gesamtdeutschen Ordnung, welche regelmäßig als ›kapitalistisch‹, ›liberaldemokratisch‹, ›parlamentarisch‹ und ›westlich‹ attribuiert wird, die Mauer und ihren Fall als eindruckliche Repräsentation einer sozialistischen Diktatur, die letztlich friedlich und in euphorischer Atmosphäre überwunden wurde. Prominent übersetzte auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. November 2014 in einer Rede den staatlichen Mythos ›Mauerfall‹. Anlässlich der Eröffnung einer neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer – als dem in seiner Ausstellungspraxis nicht nur von der Stadt Berlin, sondern auch von Bund und Bundesregierung unterstützten (BT-Drucksache 16/9875, S. 8.), »zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer der Berliner Mauer« (Gedenkstätte Berliner Mauer 2016) und die deutsche Teilung – sagte sie:

»[D]er Fall der Berliner Mauer kam – so überraschend er in jenem historischen Moment auch war – nicht aus dem Nichts. Der Eiserne Vorhang hatte schon längst Risse bekommen. [...] 1989 brachten mehr und mehr Ostdeutsche den Mut auf, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. [...] Es sollte Schluss sein mit Gängelung und Unterdrückung. Es sollte Schluss sein mit den vielen einengenden Grenzen – im wörtlichen wie im geistigen und materiellen Sinn. Es ging darum, sich Freiheit zurückzuerobern. [...] Es ging um die Freiheit, die der Mensch zum Menschsein braucht. [...] Wenn ein

Staat darauf gegründet ist, elementare Menschen- und Freiheitsgrundrechte zu missachten – was sollte er anderes sein als ein Unrechtsstaat? [...] Umso wichtiger sind Orte wie die Gedenkstätte an der Bernauer Straße. Wer sie besucht, bekommt einen tiefen Eindruck von der Absurdität der DDR-Propaganda, der zufolge die Mauer dazu gedient habe, als sogenannter antifaschistischer Schutzwall Eindringlinge abzuwehren. Stattdessen begrenzte sie die Freiheitsrechte von fast 17 Millionen Menschen. [...] Wer diese Gedenkstätte besucht, dem vergegenwärtigen sich in wunderbarer Weise auch die Bilder vom 9. November 1989 – die grenzenlose Freude [...]. Wir haben die Kraft zu gestalten. Wir können Dinge zum Guten wenden. Das ist die Botschaft des Mauerfalls – sie richtet sich an uns in Deutschland ebenso wie an andere in Europa und der Welt [...]. Es ist eine Botschaft der Zuversicht, heute und künftig weitere Mauern einreißen zu können – Mauern der Diktatur und der Gewalt, der Ideologien und der Feindschaften.« (Merkel 2014)

In der staatlichen, hier am sogenannten historischen Ort ›Bernauer Straße‹ von Merkel getragenen Inszenierung der Mauer und ihres Falls gerät die DDR als ›Unrechtsstaat‹ zum konstitutiven Außen: für das wiedervereinigte Deutschland, für Europa, für die gesamte Welt. Das konstitutive Innen ist, in den Worten der Kanzlerin, die heutige, implizit postideologische und menschliche »Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« auf »unserem Kontinent [...], die Freiheit und Verantwortung verbindet« (ebd.). Die Mauer gilt als Symbol nicht nur für physische Grenzen, sondern auch für ideelle und materielle. Ihr Fall steht synonym für die Friedliche Revolution im Besonderen und im Allgemeinen für die allzeit und allerorts mögliche (Rück-)Eroberung einer für den Menschen als konstitutiv bezeichneten Freiheit, für sich anschließendes »großes Glück« (ebd.).

Merkels Rede repräsentiert damit vor allem dreierlei: Zunächst übersetzt sie denjenigen Macht/Wissen-Komplex, der die Mauer schon vor 1989 als repressiv und unmenschlich fasste, und ergänzt ihn um eine durchweg positive Bezugnahme auf Mauerfall und Friedliche Revolution. Den mindestens zeitweilig ebenfalls bedeutsamen Komplex, der die Mauer als produktive, weil eine Alternativentwicklung zum Westen zulassende Grenze griff, attribuiert die Kanzlerin als absurd und propagandistisch und sucht ihn so von der heute geltenden Ordnung zu separieren. Ferner rekurriert ihre Rede auf die große »emanzipatorische Erzählung von der vernünftigen Gestaltung der Gesellschaft [...], wie sie die Moderne von, sagen wir, den Enzyklopädisten über Marx bis Habermas uns vermittelt hat« (Sarasin 2014), und erweckt passagenweise den Eindruck, auf das Ende des Kalten Krieges folgte ein ›end of European history‹. Beiden diskursiven Anknüpfungspunkten entsprechend gestaltet sich schließlich auch die Subjektivierung: ›Menschen‹ adressiert die in den hier repräsentierten, offiziellen Mythos ›Mauerfall‹ eingeschriebene Strategie derart, als sie ihnen ausreichend gestalterische Kraft zuspricht, um nach der Berliner Mauer noch weitere ›Mauern der Diktatur und der Gewalt, der Ideologien und der Feindschaften‹ einzureißen. Explizit verortet werden jene »in der Ukraine,

in Syrien, im Irak« (Merkel 2014), d.h. in Staaten, die gemeinhin nicht oder mindestens nicht umfänglich als unserer Ordnung entsprechend gelten.²³

Ein Bewusstsein für dieses und ähnliches In-Szene-Setzen von Ereignissen wie dem Mauerfall durch jemanden für jemanden geht indes nicht nur mit der Erkenntnis der Strategie- und Performativitätsbedingtheit kollektiven Gedächtnisses einher. Dazu impliziert es – trotz der grundlegenden Spekulation über einen realen Rest –, dass historische Repräsentationen keine Abbilder eines möglichen historischen Realen sind. Sie haben mindestens Transformationscharakter und das bereits ob der unterschiedlichen Medien und Modi, in denen sie etwa im Zuge kollektiven Gedenkens aufgehen.

Jenes Gedenken wird hier – und dies ist eine weitere, grundsätzliche Spekulation – als ein *transrituelles* Phänomen begriffen (Wulf/Zirfas 2004b, S. 379).²⁴ Wie anhand der plakativ benannten Bezugnahmen auf die Berliner Mauer und deren Fall zu sehen war, ist es stets eine Melange unterschiedlicher diskursiver Formationen und Macht/Wissen-Komplexe und birgt Anknüpfungspotenzial für eine »Vielzahl von Institutionen, Organisationen, Gemeinschaften und Individuen« (ebd., S. 380). Für Großgruppen wie Nationen hat transrituelles Gedenken folglich allenfalls »partielle Übergangsqualitäten« (ebd., S.

23 Eine interessante Kontrastfolie zum staatlichen Mauerfallgedenken bieten Erkenntnisse der jüngeren empirischen Sozialforschung: Laut einer Studie des Instituts infratest dimap, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (2014) initiiert wurde, assoziieren 69 Prozent der RespondentInnen mit dem 9. November 1989 die Öffnung der Grenzübergänge an der Berliner Mauer (ebd., S. 7). Die Ereignisse rundum den Mauerfall charakterisieren mit 41 Prozent die meisten als »Wende«, 35 Prozent sprechen wie Merkel von einer »Friedlichen Revolution«, 18 Prozent von einem »Umbruch«. Ein Prozent der Befragten bedeutet die Ereignisse als »Konterrevolution« und fünf Prozent machen keine Angabe (ebd., S. 1). »[S]ehr differenzierende und in Teilen auch distanzierte Betrachtungsweise[n]« (ebd., S. 4) der Friedlichen Revolution fördert eine explorative Studie an der Universität Erfurt zutage (Oschlies 2013). Die Analyse zeigt, dass innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung oftmals weitere Formelemente des von Merkel repräsentierten Mythos »Mauerfall« (z.B. »Freiheitsberaubung« und »Teilung« im Kontext der Mauer oder »Zivilcourage« und »euphorische Atmosphäre« im Kontext ihres Falls) übersetzt, allerdings zu verschiedenen Narrativen miteinander verknüpft werden. Eine enorme Diskrepanz zwischen der staatlichen Inszenierung und den erhobenen Einstellungen besteht indes darin, dass viele die Friedliche Revolution auch als »verpasste Chancen des Westens [... bezeichnen], ebenfalls notwendige Veränderungen einzuleiten« (ebd., S. 4). Mit dieser Kritik am Westen und dabei insbesondere an einem »allzu aggressiven Kapitalismus« (ebd., S. 8) übersetzt sich in gewisser Weise ein Formelement des vormaligen, die Mauer primär als produktive Grenze bedeutenden Macht/Wissen-Komplexes. Selbst in Verbindung mit den typisierten KritikerInnen der Revolution präsentiert die Studie jedoch keine Äußerung, die Mauer wäre besser stehen respektive die DDR erhalten geblieben. Hinsichtlich des politischen Systems letzterer ist schließlich ein Ergebnis der von staatlicher Seite in Auftrag gegebenen Studie »Deutschland 2014 – 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« (BMWi 2015) bemerkenswert: 70 Prozent der Befragten aus Ostdeutschland bezeichnen die DDR wie Merkel in ihrer Rede als »Diktatur«. Die Einschätzung der Kanzlerin, sie sei gleichsam ein »Unrechtsstaat« gewesen, teilen mit 46 Prozent merklich weniger (ebd., S. 25).

24 Das lateinische Präfix »trans« zeigt an, dass Rituale immer und allem voran mit dynamischen Übergängen und Verschiebungen einhergehen. In diesem Sinne referiert der Transritualitätsbegriff auf »Veränderungen und Innovationen, auf zeitliche Rhythmen und Dynamiken, auf die Komplexität und Kontingenz von Ritualen« (Wulf/Zirfas 2004b, S. 380).

379), primär dient es der »Differenzbearbeitung« (Wulf/Zirfas 2004a, S. 23 f., Herv. i. O.). Bezogen auf Gedächtnis zeichnet es sich nicht durch ein sinnhaftes Wieder-Holen von Inhalten im Assmannschen Sinne aus, sondern durch ein zeitliches, räumliches und symbolisches Verrücken von Bedeutung (ebd., S. 380). Insofern geraten transrituelle Zeit/Raum-Einheiten wie der 9. November zu dynamischen und spannungsreichen Kristallisationspunkten kollektiven Gedenkens, die simultan eine »performative[] Gemeinschaft« (ebd., S. 382)²⁵ und ein kollektives Gedächtnis hervorbringen bzw. darstellen können, mitnichten aber müssen, und die bei der Vergegenwärtigung von Historischem stets etwas Neues kreieren (Wulf/Zirfas 2004b, S. 364). Schließlich sind Gedächtnis und das zugehörige transrituelle Gedenken nichts Sekundäres mehr, das unter dem Verdacht steht, etwas primär Wesentliches zu verdecken. Sie sind »Phänomen[e] sui generis« (Krieger/Belliger 2008, S. 7), die einer eigenständigen Klärung bedürfen.

Schritt für Schritt zu einer postkonstruktivistischen Analytik

Dieser Beitrag unternahm den Versuch, eine kulturwissenschaftlich und machtanalytisch informierte, postkonstruktivistische Perspektive für die Erinnerungsforschung auszuloten und ist letztlich auch Resultat der Bemühung, sich abseits der partiell dogmatisch gegenüberstehenden Lager im Forschungsfeld eine gewisse Bewegungsfreiheit zu erhalten, um kollektives Gedenken mitsamt seinen politischen Implikationen auf ganz spezifische Weise zwischen Akteur und Struktur, zwischen Ideen und Materie und vor allem zwischen Realismus und Konstruktivismus zu fassen. In einem ersten Schritt wurde darüber reflektiert, wie der Mainstream der deutschsprachigen Forschung im Anschluss an Jan und Aleida Assmann kollektives Gedenken im Kontext historischer Jahrestage mitsamt den sich dabei realisierenden Formsprachen diskutiert. Nachdem diese Einstellung ein spannungsreiches Verhältnis zu Realität und Essentialismen offenbarte, Homogenität und Stabilität überbetonte und zu funktionalistisch erschien, führte ein zweiter Schritt zu Foucault. Sein historisches Denken eröffnete gepaart mit seiner Machtanalytik eine Möglichkeit, mittels derer die genannten Stolpersteine der Assmannschen Argumentation weitgehend umgangen werden konnten. Nachdem hier jedoch weder einer realistischen noch einer allzu radikal konstruktivistischen Ontologie und Epistemologie das Wort geredet werden sollte und Foucaults realistisches und essentialistisches Verständnis von Macht einen möglichen ›dritten‹ Weg versperrte, galt es in einem letzten Schritt, seine Position von ihrem Machtfundament zu lösen und sie stattdessen – in Rekurs auf Cassirer und Barthes – spekulativ auf eine extradiskursive, nicht zuletzt materielle Realität samt ihrer Potenzialität zu beziehen, vor deren Hintergrund es permanent und im Rahmen von Jahrestagen zugleich prominent zu einer Bearbeitung von Differenz kommt.

25 Die Attribuierung einer Gemeinschaft als performativ stellt sich einem primordialen Gemeinschaftsdenken entgegen. Gemeinschaften sind nicht einfach da, sondern abhängig von ihrer steten sozialen Erzeugung innerhalb eines ritualisierten Erfahrungs- und Praxisraums (Wulf/Zirfas 2004a, S. 24, 2004b, S. 382).

Weiter nachzudenken wäre in Fortsetzung der vorgetragenen und anhand des Gedenkens an die Berliner Mauer samt ihres Falls exemplifizierten, gedenkanalytischen Überlegungen etwa darüber, welche method(olog)ischen Konsequenzen sie haben, denn: Mit dem Argument, jede Semiose sei »dem Druck der ›Realität‹ ausgesetzt« (Barthes 2014, S. 108) und berge einen gewissen realen Rest, muss nicht einhergehen, dass jedem auf Historisches bezogenen Genre, jeder diskursiven Formation oder jedem Medium die gleichen funktionalen Spezialisierungen (Kress 2010, S. 79ff.) unterstellt würden. Plausibel erscheint hingegen, dass letztere materialitäts- und modalitätsbedingt variieren und eine Triangulation unterschiedlicher Method(ologi)en nahelegen.

Literatur

- Angermüller, J. (2005): Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse in Deutschland. Zwischen Rekonstruktion und Dekonstruktion. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UVK, S. 23–48.
- Assmann, A. (2001): Wie wahr sind Erinnerungen? In: Welzer, H. (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung. Hamburg: Hamburger Edition, S. 103–122.
- Assmann, A. (2007): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Assmann, A. (2008): Kollektives Gedächtnis, www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis?p=all (Abruf 17.10.2015).
- Assmann, A. (2014): Geschichte im Gedächtnis. München: C.H. Beck.
- Assmann, A. (o.J.): Soziales und kollektives Gedächtnis, www.bpb.de/system/files/pdf/0FW1JZ.pdf (Abruf 17.10.2015).
- Assmann, J. (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, J./Hölscher, T. (Hrsg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–19.
- Assmann, J. (2005): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C.H. Beck.
- Assmann, J. (2007): Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien. München: C.H. Beck.
- Bachmann-Medick, D. (2010): Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbek: Rowohlt.
- Barthes, R. (2012): Der Tod des Autors. In: Jannidis, F./Lauer, G./Martinez, M./Winko, S. (Hrsg.): Texte zur Theorie der Autorschaft. Stuttgart: Reclam, S. 185–193.
- Barthes, R. (2014): Die Helle Kammer. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Barthes, R. (2015a): Die Photographie als Botschaft. In: Barthes, R. (Hrsg.): Auge in Auge. Kleine Schriften zur Fotografie. Berlin: Suhrkamp, S. 77–92.
- Barthes, R. (2015b): Rhetorik des Bildes. In: Barthes, R. (Hrsg.): Auge in Auge. Kleine Schriften zur Fotografie. Berlin: Suhrkamp, S. 93–111.
- Berek, M. (2009): Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Bhabha, H. (2011): Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg.
- Blume, H. (2014): Frau ohne Schatten? Inszenierung als Kategorie kulturwissenschaftlicher Analyse. In: Blume, H./Grossegger, E./Sommer-Mathis, A./Rössner, M. (Hrsg.): Inszenierung und Gedächtnis. Soziokulturelle und ästhetische Praxis. Bielefeld: transcript, S. 15–41.
- Bryant, L./Srnicke, N./Harman, G. (Hrsg.) (2011): The Speculative Turn. Continental Materialism and Realism. Melbourne: re.press.

- Bührmann, A./Schneider, W. (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. Bielefeld: transcript.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2015): Deutschland 2014 – 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse, www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/deutschland-2014-25-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit-endbericht,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (Abruf 01.08.2016).
- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2014): Deutsche Teilung und Friedliche Revolution. Eine Studie im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Tabellarische Übersichten), www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2014-pdf/2014-10-02-umfragebundesstiftungsaufarbeitung-2-tab.pdf (Abruf 01.08.2016).
- Butler, J. (2010): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt am Main: Campus.
- Chmelar, K. (2017): Zur visuellen Darstellung von Austerität in Neuen Medien. In: Sturm, R./Griebel, T./Winkelmann, Th. (Hrsg.): Austerität als gesellschaftliches Projekt. Wiesbaden: VS, S. 15–43.
- Chmelar, K. (i.E.): Schau! Zur visuellen Konstruktion eines Mythos im Rahmen einer historischen Ausstellung. In: Sebald, G./Döbler, M.-K. (Hrsg.): (Digitale) Medien und Gedächtnis. Wiesbaden: Springer VS.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2008): Drucksache 16/9875 vom 19.06.2008. Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzeption-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Abruf 01.08.2016).
- Cassirer, E. (1996): Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur. Hamburg: Felix Meiner.
- Cassirer, E. (2010): Philosophie der symbolischen Formen III. Hamburg: Felix Meiner.
- Connerton, P. (2009): How Modernity Forgets. Cambridge: Cambridge University.
- Dean, K./Joseph, J./Roberts, J./Wight, C. (Hrsg.) (2006): Realism, Philosophy and Social Science. New York: Palgrave Macmillan.
- Derrida, J. (1972): Die Schrift und die Differenz. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Droysen, J. (1977): Unsere Aufgabe. In: Droysen, J. (Hrsg.): Historik, herausgegeben von Leyh, P. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann Holzboog, S. 43–64.
- Erl, A. (2011a): Travelling Memory. In: Parallax 17(4), S. 4–18.
- Erl, A. (2011b): Memory in Culture. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Feindt, G./Krawatzek, F./Mehler, D./Pestel, F./Trimçev, R. (2014): Europäische Erinnerung? Erinnerungsforschung jenseits der Nation. In: Feindt, G./Krawatzek, F./Mehler, D./Pestel, F./Trimçev, R. (Hrsg.): Europäische Erinnerung als verflochtene Erinnerung. Vielstimmige und vielschichtige Vergangenheitsdeutungen jenseits der Nation. Göttingen: V&R, S. 11–36.
- Foucault, M. (1971): Nietzsche, die Genealogie, die Historie, http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-15231/2xnfmfte/129_foucault_nietzsche.pdf (Abruf 17.10.2015).
- Foucault, M. (1993): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer.
- Foucault, M. (2001): Antwort auf eine Frage. In: Foucault, M.: Dits et Ecrits. Gesammelte Schriften I, herausgegeben von Defert, D. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 859–886.
- Foucault, M. (2014): Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gadamer, H. (1993): Wahrheit und Methode, Band 2: Ergänzungen, Register. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gedenkstätte Berliner Mauer (2016): Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte, www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/entstehungsgeschichte-211.html (Abruf 01.08.2016).
- Geimer, P. (2002): Ordnungen der Sichtbarkeit. Fotografie in Wissenschaft, Kunst und Technologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geimer, P. (2014): Theorien der Fotografie zur Einführung. Hamburg: Junius.

- Gertenbach, L. (2014): Kultur ohne Bedeutung. Die Grenzen der Hermeneutik und die Entgrenzung der Kultursoziologie. In: Fischer, J./Moebius, St. (Hrsg.): Kultursoziologie im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS, S. 103–115.
- Griebel, T. (2015): Zwischen Taschenmesser und Tiefbohrer. Eine korpuslinguistische kritisch-realistische Diskursanalyse von Solidarität in der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung. In: Zeitschrift für Diskursforschung 3(3), S. 273–294.
- Griebel, T. (2016): Liebe und Macht in der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung 2001–2003. Eine kritisch-realistische Diskursanalyse. Bielefeld: transcript.
- Kress, G. (2010): Multimodality. A social semiotic approach to contemporary communication. London: Routledge.
- Keller, R. (2011): Der Archivar und das Vergessen: Michel Foucault. In: Dimbath, O./Wehling, P. (Hrsg.): Soziologie des Vergessens. Theoretische Zugänge und empirische Forschungsfelder. Konstanz: UVK, S. 113–137.
- Kleßmann, Ch. (2016): Gemeinsame Nachkriegsgeschichte in Deutschland, in Europa? In: Timmermann, H. (Hrsg.): Dem Gedächtnis eine Erinnerung: Der Mauerfall von 1989 und seine Relevanz für kommende Generationen. Berlin: LIT, S. 11–24.
- Köngeter, S./Chmelar, K./Duscha, A./Engel, N./Klein-Zimmer, K./Klemm, M./Kraume, A./May, Ch./Schader, M./Spiegel, A./Struve, K./Zach, M. (2014): Trans|Wissen: Übersetzung von Wissen in transnationalen Kontexten. Antrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf Gewährung einer Sachbeihilfe, www.trans-wissen.de/fileadmin/user_upload/DFG-Netzwerkantrag_-_Trans-Wissen_-_öffentlichneu.pdf (Abruf 20.02.2016).
- Krieger, D./Belliger, A. (2008): Einführung. In: Krieger, D./Belliger, A. (Hrsg.): Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden: VS, S. 7–34.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2013): Post-Marxism Without Apologies, <https://de.scribd.com/document/124132751/Laclau-and-Mouffe-Post-Marxism-Without-Apologies> (Abruf 01.08.2016).
- Marchart, O. (2008): Cultural Studies. Konstanz: UTB.
- Mehler, D. (2015): Serbische Vergangenheitsaufarbeitung. Normwandel und Deutungskämpfe im Umgang mit Kriegsverbrechen, 1991–2012. Bielefeld: transcript.
- Merkel, A. (2014): Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Eröffnung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer am 9. November 2014, www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/11/2014-11-09-merkel-gedenkstaette-berliner-mauer.html (Abruf 01.08.2016).
- Oschlies, J. (2013): Geschichtsbilder im wiedervereinten Deutschland. Ergebnisreport, www.aproxima.de/files/2013/Geschichtsbilder_Ergebnisreport.pdf (Abruf 01.08.2016).
- Pethes, N. (2008): Kulturwissenschaftliche Gedächtnistheorien zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Putnam, H. (1997): Für eine Erneuerung der Philosophie. Stuttgart: Reclam.
- Reckwitz, A. (2002): The Status of the »Material« in Theories of Culture: From »Social Structure« to »Artefacts«. In: Journal for the Theory of Social Behaviour 32(2), S. 195–217.
- Reckwitz, A. (2006): Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Reckwitz, A. (2008a): Generalisierte Hybridität und Diskursanalyse: Zur Dekonstruktion von »Hybriditäten« in spätmodernen populären Subjektdiskursen. In: Kalscheuer, B./Allolio-Näcke, L. (Hrsg.): Kulturelle Differenzen begreifen. Das Konzept der Transdifferenz aus interdisziplinärer Sicht. Frankfurt am Main: Campus, S. 17–39.
- Reckwitz, A. (2008b): Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Sarasin, P. (2005): Michel Foucault zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Sarasin, P. (2006a): Ordnungsstrukturen. Zum Zusammenhang von Foucaults Diskurs- und Machtanalyse. In: Casale, R./Tröhler, D./Oelkers, J. (Hrsg.): Methoden und Kontexte. Historiographische Probleme der Bildungsforschung. Göttingen: Wallstein, S. 120–131.

- Sarasin, P. (2006b): »Une analyse structurale du signifié«. Zur Genealogie der Foucault'schen Diskursanalyse. In: Eder, F. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen. Wiesbaden: VS, S. 115–129.
- Sarasin, P. (2007): Diskursanalyse. In: Goertz, H.-J. (Hrsg.): Geschichte. Ein Grundkurs. Reinbek: Rowohlt, S. 199–217.
- Sarasin, P. (2008a): Das Reale der Diskursanalyse. In: Recherche 3(3), www.recherche-online.net/michel-foucault.html (Abruf 3.12.2014).
- Sarasin, P. (2008b): Wie weiter mit Michel Foucault? Hamburg: Hamburger Edition.
- Sarasin, P. (2009): Darwin und Foucault. Genealogie und Geschichte im Zeitalter der Biologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sarasin, P. (2014): Kann Wissensgeschichte politisch sein? Vortrag im Rahmen der Tagung »Das Politische in der Wissensgeschichte. Perspektiven eines Forschungskonzepts«. Universität und ETH Zürich.
- Siebeck, C. (2013): »In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar«? – Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Assmannschen Gedächtnisparadigma. In: Lehmann, R./Öchsner, F./Sebal, G. (Hrsg.): Formen und Funktionen sozialen Erinnerns. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen. Wiesbaden: VS, S. 65–90.
- Stavrakakis, Y. (2007): The Lacanian Left: Psychoanalysis, Theory, Politics. Albany: State University of New York.
- Turner, V. (1971): Betwixt and Between: The Liminal Period in Rites de Passage. In: Helm, J. (Hrsg.): Symposium on New Approaches to the Study of Religion. Proceedings of the 1964 Annual Spring Meeting of the American Ethnological Society. Seattle: University of Washington, S. 4–20.
- Warnke, I. (2014): Diskurs als Praxis und Arrangement – Zum Status von Konstruktion und Repräsentation in der Diskurslinguistik. In: Viehöver, W./Keller, R./Schneider, W. (Hrsg.): Diskurs – Sprache – Wissen. Interdisziplinäre Beiträge zum Verhältnis von Sprache und Wissen in der Diskursforschung. Wiesbaden: VS, S. 97–117.
- Wierling, D. (2002): Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie. Berlin: Ch. Links.
- Wight, C. (2006): Agents, Structures, and International Relations. Cambridge: Cambridge University.
- Wittgenstein, L. (2006): Tractatus logico-philosophicus. Werksausgabe I, herausgegeben von Schulte, J. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–85.
- Wulf, C./Zirfas, J. (2004a): Performative Welten. Einführung in die historischen, systematischen und methodischen Dimensionen des Rituals. In: Wulf, C./Zirfas, J. (Hrsg.): Die Kultur des Rituals. Inszenierungen, Praktiken, Symbole. München: Wilhelm Fink, S. 7–45.
- Wulf, C./Zirfas, J. (2004b): Bildung im Ritual. Perspektiven performativer Transritualität. In: Wulf, C./Althans, B./Audehm, K./Bausch, C./Jörissen, B./Göhlich, M./Mattig, R./Tervooren, A./Wagner-Willi, M./Zirfas, J. (Hrsg.): Bildung im Ritual. Schule, Familie, Jugend, Medien. Wiesbaden: VS, S. 359–382.

Anschrift

Kristina Chmelar
 Institut für Politische Wissenschaft
 Kochstraße 4
 91054 Erlangen
kristina.chmelar@fau.de

Laura Maleyka / Sascha Oswald

Wenn »Genderwahn« zur »Tautologie« wird Diskursstrukturen und Kommunikationsmacht in Online-Kommentarbereichen

Zusammenfassung: Online-Diskussionen sind soziale Praktiken, in denen durch die Positionierung von Akteuren im Rahmen spezifischer Kommunikationsstrukturen eigenständige Diskursgebilde entstehen. Der folgende Beitrag arbeitet exemplarisch den Kommunikationsverlauf eines Kommentarbereichs zu einem Artikel aus der Online-Ausgabe der Zeitung »Die ZEIT« heraus und zeigt, welche sprachpragmatischen Regeln der Anerkennung den diskursiven Verdichtungen zugrunde liegen und welche Vernetzungsstrukturen zwischen Diskurspositionen sich daraus ergeben. Diese können als Ermöglichungsbedingungen der Erreichung von Kommunikationsmacht verstanden werden und führen zu Dissenstendenzen innerhalb von digitalen Kommentarbereichen.

Schlagwörter: Online-Foren, Positionierung, Vernetzungsstrukturen, Kommunikationsmacht, semantische Rahmen, Online-Kommunikation, soziale Praxis, Diskursstruktur

Abstract: Online discussions are social practices, in which specific communicative structures and the positioning of the individual users create distinct discourse formations. The following paper reconstructs the communication flow of the comment section of a ZEIT-Online journal article to show how pragmatic linguistic rules of recognition enable discursive concentrations. It also shows what kind of network structures are formed thereby. These factors appear to be crucial for requiring communicative power and lead to a general tendency of dissent especially in digital comment sections.

Keywords: Online forums, positioning, networking structures, communicative power, semantic frames, online communication, social practice, structure of discourse

1 Einleitung: Online kommunizieren als soziale Praxis

Im Juni 2013 erschien im »ZEITmagazin« der Wochenzeitschrift »Die ZEIT« ein Artikel von Harald Martenstein mit dem Titel »Schlecht, schlechter, Geschlecht«. Martenstein, ein Berliner Kolumnist und Journalist, setzt sich darin mit der wissenschaftlichen Legitimität der Gender Studies auseinander und mit dem Konzept »Gender« im Allgemeinen. Typisch für seinen Stil, spart er dabei nicht an Polemik. Genau diese Polemik sowie die Weise seiner Parteinahme für eine naturwissenschaftlich-biologistische Denkweise von Geschlechterhandeln brachte seinem Leitartikel reichlich Resonanz ein – viel Positives, viel Kritisches, manches auch empört und vorwurfsvoll.

Auch in den Online-Kommentarbereichen der ZEIT wurde darüber hitzig debattiert. An diesem Punkt – der Aneignung und Diskussion von Martensteins Artikel im Kommentarbereich der ZEIT-Online (ZON) – setzte unsere Analyse ein. Im deutschsprachigen Raum existieren bislang nur wenige qualitative Studien, die sich mit Diskursstrukturen von Online-Diskussionen – in Community-Foren, Leserforen, Kommentarbereichen

etc. – beschäftigt haben und die entweder linguistischer Provenienz sind oder/und deziert inhaltsanalytisch vorgehen (vgl. u.a. den Sammelband von Fraas/Meier/Pentzold 2013; Maaß 2012; Taddicken/Bund 2010). Unser Fokus ist hingegen stärker soziologisch und liegt auf dem Online-Kommentarbereich als einem Ort der sozialen Praxis. Um den ZON-Kommentarbereich als digitalen Raum von Vollzugswirklichkeiten zu rekonstruieren, haben wir uns an zwei Fragestellungen orientiert: 1.) Wie ist der Kommunikationsraum »Online-Kommentarbereich« generell beschaffen und wie entstehen akteursübergreifende Diskursgebilde? 2.) Wie lassen sich die Positionierungen der DiskussionsteilnehmerInnen in Hinsicht auf die Entstehung von Kommunikationsmacht lesen? Wir orientieren uns dabei an einem sprachpragmatischen Diskursbegriff,¹ der eine Analyse der *sprachlich-sozialen Handlungen* verfolgt (vgl. Austin 1962; Searle 2007; Deppermann 2007). Unter *Online-Diskursen* verstehen wir also digital vermittelte Gesprächsereignisse, unter *Online-Diskussionen* eine spezifische Form solcher Gesprächsereignisse, wobei die Gesprächsteilnehmenden ein spezifisches Thema abwechselnd oder wechselseitig argumentativ erörtern. Die argumentative Grundstruktur unterscheidet Online-Diskussionen von anderen, ebenfalls themenzentrierten Gesprächsformen, z.B. beratenden oder humoristischen, wie sie auf Hilfeforen oder Imageboards vorgefunden werden können. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den »*Gesprächspraktiken*, mit denen die Gesprächsteilnehmer Gesprächsaufgaben, Probleme und Ziele unterschiedlichster Art und auf verschiedenen Ebenen der Interaktionskonstitution bearbeiten« (Deppermann 1999, S. 10, Hervorh. i.O.).

Unser forschungspraktisches Anliegen ist es, die Spezifität von »digitalen Gesprächen« bzw. von Online-Diskussionen als medial-vermittelte Sprechhandlungen herauszuarbeiten. Zentral für dieses Vorgehen war die Analyse der sprachlichen Akte und Praktiken, mit denen Kommunikationsmacht »im Geschehen« errungen wird.

Dabei lehnen wir uns an den von Reichertz konzipierten Begriff der Kommunikationsmacht an, der diesen – ganz im Sinne der bereits von Weber konstatierten soziologisch amorphen Qualität des Machtbegriffs – auf ganz unterschiedliche Aspekte des Kommunizierens anwendet. Dabei unterscheidet er drei Gruppen von »Theorien und Konzepte[n] zur Erklärung der Kommunikationsmacht« (Reichertz 2009, S. 202). Die erste verortet Kommunikationsmacht in der Sprache selbst respektive in sprachlichen Formen und Akten (ebd.). Der zweite Ansatz geht vom Akteur selbst aus und konzipiert Kommunikationsmacht als Effekt legitimer Sprecherpositionen und individueller Zu-

1 Es geht uns also nicht um eine Aufarbeitung des Wissens über »Gender« bzw. »Genderforschung«, um bezüglich der Geschlechterdebatte zu zeigen, dass »empirisches Wissen zu einer gegebenen Zeit und innerhalb einer gegebenen Kultur wirklich eine wohldefinierte Regelmäßigkeit besäße« (Foucault 1974, S. 9). Wir möchten also nicht Foucault folgen, um zu untersuchen, welche Ordnung dem Wissen über Geschlechter(forschung) in Online-Diskussionen zugrunde liegt. Die Betrachtung der epistemischen Wissensbestände bzgl. Gender(forschung) dient daher nur als Grundlage, um das eigentliche Forschungsinteresse zu verfolgen und sollte zukünftig gegen andere Episteme (Migration, Bankenkrise, Europäische Union, etc.) ausgetauscht werden, um zu überprüfen, inwiefern die hier gewonnen sprachpragmatischen Erkenntnisse themenübergreifende Gültigkeit beanspruchen können.

schreibungen in Form von »Charisma« (ebd., S. 211 ff.). Der dritte lenkt den Blick auf »die soziale Beziehung als Quelle der Macht«. Hier wird Kommunikationsmacht definiert als »die Macht, Identität zu geben oder zu nehmen« (ebd., S. 216 ff.), wobei über diese Macht nicht einzelne Personen verfügen. Sie ist vielmehr als Potential in der konkreten kommunikativen Situation angelegt und entsteht »im Wechselspiel der Kommunikation«. Sie verdanke sich, so Reichertz weiter, »[...] der machtvollen Durchsetzung bestimmter Formen der Vergesellschaftung, die auf die Schaffung von Verlässlichkeit zielen« (ebd., S. 219).

Reichertz beschreibt hier weitestgehend die Mittel der Durchsetzung von Kommunikationsmacht – unklar bleibt, in welcher Form sie sich konkret äußert. Wir schlagen daher vor, genau dann von Kommunikationsmacht zu sprechen, wenn es SprecherInnen über ihre Beiträge gelingt, die Geltung von Rahmendefinitionen eines Kommunikationsgeschehens durchzusetzen. Wir gehen somit davon aus, dass die Teilnehmenden vor der Herausforderung stehen, Orientierungs- und Deutungsrahmen bezüglich des verhandelten Themas in den Diskurs einzuführen und sie gegen andere Orientierungs- und Deutungsrahmen durchzusetzen. Wenn es ihnen darüber hinaus noch gelingt, dass andere Teilnehmende diese Orientierungs- und Deutungsrahmen übernehmen, also ihnen in ihrer kommunikativen Rahmung folgen, dann sprechen wir davon, dass Kommunikationsmacht erlangt wurde. Bislang existieren noch keine Ansatzpunkte, wie ein so verstandener Begriff der Kommunikationsmacht in ein methodisches Design überführt und als Phänomen empirisch fassbar gemacht werden kann. Unser Beitrag wird einen ersten Vorschlag unterbreiten, wie diese methodisch-empirische Lücke gefüllt werden könnte. Um dem amorphen Charakter der Kommunikationsmacht und ihren zahlreichen Aspekten gerecht zu werden, wurden alle drei von Reichertz benannten Dimensionen – Akteure, Sprache und Beziehung – von uns empirisch erfasst.

Wir beginnen damit, den Kommunikationsraum ›Kommentarbereich‹ (Kap. 2) wie auch die Struktur des Kommentarbereichs zu Martensteins Artikel (Kap. 3) zu skizzieren. Anschließend werden wir darstellen, wie sich die NutzerInnen in diesem Kommunikationsraum jeweils selbst- und fremdverorten (Kap. 4). Dabei haben wir uns an der Positionierungsanalyse von Lucius-Hoene und Deppermann (2004) sowie an Przyborskis (2004) dokumentarischer Gesprächsanalyse orientiert. Dieses Vorgehen erlaubt es, die Akteursebene des Diskursverlaufes abzubilden. Die Dimension der Sprache erfassen wir anschließend, indem wir die Deutungsmuster sowie die semantischen Rahmungen der Beiträge untersuchen (Kap. 5.1). Den methodologischen Hintergrund lieferten in diesem Fall das Konzept der ethnographischen Semantik (Maeder/Brosziewski 1997) sowie Philipp Smiths narratives Diskursmodell (Smith 2006). Die sich hieraus ergebenden Befunde setzen wir abschließend in Beziehung zu einer netzwerktheoretischen Analyse der Interaktionsnetzwerke (vgl. Häussling 2010), die der Aufdeckung der mittelbaren und unmittelbaren Beziehungen *zwischen* den Beiträgen und somit von Kommunikationsmacht dient (Kap. 5.2).

2 Der ZON-Kommentarbereich als digitaler Raum kommunikativer Praktiken

Die Kommentarbereiche auf ZEIT-Online sind der prototypischen Kommunikationsform des Forums zuzuordnen. Unter Kommunikationsform werden ganz allgemein die jeweiligen »Rahmenbedingungen der Interaktion« (Dürscheid 2005) verstanden. Kommunikationsformen lassen sich nach Dürscheid anhand der Dimensionen Zeichentyp, Kommunikationsrichtung, Anzahl der Kommunikationspartner, räumliche Dimension, zeitliche Dimension und Kommunikationsmedium unterscheiden. Entlang dieser Dimensionen gelten folgende Merkmale als typisch für Foren: Es handelt sich um digitale Plattformen für many-to-many-Kommunikationen, die asynchron und bei körperlicher Abwesenheit im Modus geschriebener Sprache ablaufen. Sie lassen eine prinzipiell unbegrenzte Anzahl an TeilnehmerInnen zu und sind vermittelt über die Medien Computer oder Smartphone. Typisch für Kommentarbereiche ist wiederum, dass sie, im Gegensatz zu Threads bzw. Themen in Diskussions-Foren oder Bulletin-Boards, an einen redaktionellen Artikel gebunden sind und nicht thematisch geordnet oder zentral gesammelt werden. Eine Beitragsbeschränkung gibt es in der Regel nicht, allerdings unterliegen einzelne Beiträge einer Zeichenbeschränkung (1500 Zeichen im Falle der ZON). Die ZON-Kommentarbereiche zeichnen sich des Weiteren durch eine besondere Darstellung der Beiträge oder »Postings« aus. Postings, die sich über die Antwortfunktion auf vorausgehende Beiträge beziehen, werden automatisch gebündelt und als isolierter, auf- und einklappbarer Diskussionsstrang dargestellt. Innerhalb eines Diskussionsstranges werden die Beiträge aber weiterhin chronologisch dargestellt – ob sich ein Beitrag auf das Ausgangsposting des jeweiligen Diskussionsstrangs bezieht oder auf ein Folgeposting wird anhand eines Verweises auf die Nummer des beantworteten Beitrags ersichtlich.

Die UserInnen schreiben, wie in Foren üblich, nicht unter ihrem Klarnamen, sondern unter einem fiktiven Benutzernamen. Die einzelnen Kommentarbereiche werden redaktionell moderiert, d.h. ModeratorInnen können die NutzerInnen offiziell ermahnen, sie (temporär oder dauerhaft) sperren oder Beiträge zensieren, wenn diese gegen die Netiquette² verstoßen.

Die ZON-»Community«³ weist trotz Registrierungspflicht keinen konsolidierten NutzerInnen-Stamm auf (vgl. Taddicken/Bund 2010). Wer wann schreibt ist in hohem Maße vom jeweiligen Ressort, Thema oder Artikel abhängig (ebd.). Auch die Postingfrequenz der einzelnen UserInnen auf ZON ist nicht konstant – oft gibt es lange »Auszeiten« – und einige UserInnen haben sich nur einen Account angelegt, um einen ganz bestimmten Artikel zu kommentieren.

Der Kommentarbereich zu Martensteins Artikel setzt sich aus 432 Einzelpostings zusammen, die aufgrund der chronologischen Ordnung auf den ersten Blick als eine Flut

2 Vgl.: <http://www.zeit.de/administratives/2010-03/netiquette> (Abruf: 14.04.2016)

3 Hierbei handelt es sich um eine Eigenbezeichnung. Vergleiche zum wissenschaftlichen Begriff der Online- oder Virtual Community Deterding (2008) und Knoblauch (2008).

von singulären Äußerungen erscheinen. Die intertextuellen Bezüge können daher erst beim Lesen erschlossen werden.

3 Kommunikationsverlauf und diskursive Verdichtungen

Auf den ersten Blick ist auffällig, dass von den UserInnen häufig persönliche Haltungen zur Person und vor allem zu den Aussagen anderer TeilnehmerInnen geäußert werden. Abwechselnd zeigt man sich gegenüber fremden Beiträgen »fassungslos«, »dankbar«, »schockiert«, »erleichtert«, »entrüstet«, »empört«, man ist »ungläubig«, »resigniert« oder möchte »Beifall klatschen«. Die NutzerInnen führen unzählige subjektive und emotionale Evaluationen durch, anhand derer sie sich zu den verhandelten Inhalten positionieren. Jedoch wird diese Positionierung zumeist nicht argumentativ hergeleitet, sondern nur vorausgesetzt, validiert und bekräftigt – oft mit Verlinkungen zu externen Quellen. Da die NutzerInnen nur selten von einmal eingenommenen Positionen abrücken, findet kaum ein Austausch von Argumenten statt. Stattdessen etablieren sich Muster der Konfrontation verschiedener Positionen. Die Diskursteilnehmenden bedienen sich hierbei kommunikativer Gesten, die kaum Anschluss an Konzepte von Höflichkeit (vgl. Levinson/Braun 1978) zulassen und häufig genug kooperative Kommunikation (vgl. Goffman 1959; Grice 1975) gefährden oder unterlaufen. Somit steht die Frage im Raum, ob der Wunsch nach bestätigendem Austausch (vgl. Goffman 1976) in Kommentarbereichen überhaupt ein relevantes Handlungsmotiv darstellt. Unsere Analyse zeigt, dass Redebeiträge tendenziell in einem *exkludierenden Modus* (Przyborski 2004) verfasst sind. Der Kommunikationsverlauf ist deshalb jedoch nicht »unordentlich«, sondern folgt bestimmten Mustern. Martensteins Beitrag initiiert eine Reihe von Antwortzügen, die sich zusammenfassend in drei Typen kategorisieren lassen:

1. *Ablehnende Beiträge*, die gegen Martensteins Propositionen opponieren, durch entweder
 - a) emotionale Aufladung der Beiträge (Empörung, Wut, Enttäuschung etc.).
 - b) Vorwürfe und Kritik am Autor (an dessen Intentionen, rhetorischen Strategien etc.).
2. *Affirmative Beiträge*, die Martensteins Propositionen bestätigen, in dem sie entweder
 - a) Martensteins Thesen stützen, bspw. durch die Ergänzung von Alltagsbeispielen. Dabei werden die eigentlichen Argumente nicht erweitert, sondern wiederholt bis vertieft.
 - b) Martensteins Thesen ratifizieren, bspw. durch einfache Danksagungen oder Glückwünsche (zu einem gelungen Beitrag usw.).
3. *Ergänzende Beiträge*, die Martensteins Propositionen ausbauen, erweitern oder widersprechen. Diese Beiträge zeichnen sich durch eine elaborierte Form aus und zielen auf die aktive Mitgestaltung und Fortschreibung des Diskurses.

Die ersten beiden Typen von Antwortzügen behandeln Martensteins Artikel wie einen abgeschlossenen, autoritativen (Haupt-)Redebeitrag. Sie sind in erster Linie kommentierend. Die dritte Art von Beiträgen versteht Martensteins Artikel als unabgeschlossenen oder ersten Redezug in einem größeren Diskurszusammenhang und nimmt entsprechend darauf Bezug. Diese Beiträge sind diskursiv, weil sie bemüht sind, die Diskussion fortzuführen. Am sinnvollsten für eine nähere Betrachtung ist es, die diskursiven, ergänzenden Beiträge nicht nach ihren affirmativen oder ablehnenden Tendenzen zu unterscheiden, sondern hinsichtlich der Richtung, in der sie den Diskurs thematisch fortführen bzw. ›lenken‹. Hierbei lassen sich drei Ebenen identifizieren, auf denen die von Martenstein angestoßene Thematik verhandelt wird. Auf der ersten Ebene wird das Forschungsparadigma der Gender-Studies von UserInnen mit Alltagserfahrungen abgeglichen, die mit Ungleichheit in den Geschlechterbeziehungen und mit geschlechtlichen Verhaltensunterschieden gemacht wurden. Auf der zweiten Ebene wird dieses Diskursfeld auf den Bereich der Politik ausgedehnt: Die UserInnen erörtern den Sinn und Unsinn politischer Maßnahmen der Gleichberechtigung, der positiven Diskriminierung oder der geschlechtsneutralen Kindererziehung. Die dritte Ebene macht den Wissenschaftsbetrieb selbst zum Thema und fokussiert auf hochschulpolitische Machtkämpfe, den praktischen Wert der Gender-Forschung und nicht zuletzt auf die Verwurzelung dieser Disziplin mit dem Feminismus.

Neben den erwähnten Diskussions-Foki kommt es auch zu metakommunikativen Anschlüssen, wenn eine Userin oder ein User beispielsweise die Frage stellt, warum der hier diskutierte Streitpunkt überhaupt ein Streitpunkt ist. Manche UserInnen sehen den Grund hierfür in Martensteins rhetorischen und stilistischen Praktiken und machen diese zum Thema. Andere wiederum verweisen auf kommunikative Missverhältnisse zwischen Natur- und Sozialwissenschaften. An diesen Stellen weicht der Diskurs stark vom eigentlichen Thema ab und entwickelt eine deutliche, vom Ursprungsbeitrag losgelöste Eigendynamik. Der Diskussionsfaden wird nicht horizontal fortgeführt, sondern weiter in die Tiefe gesponnen: Insbesondere die UserInnen *ATopper* (AT), *Lotosblüten* (LB) und *anakarsis* (AK) verlagern den Fokus des Diskurses zusehends auf die Verhandlung allgemeiner Gütekriterien wissenschaftlicher Forschung.

In unserer Analyse konnten wir zwei Diskursnetze⁴ herausarbeiten, in denen sich ein solches ›Abdriften‹ durch wiederholte inhaltliche Anschlüsse verdichtet. Innerhalb des ersten Diskursnetzes entstehen zwei deutlich konturierte Diskursparteien. Die eine Diskurspartei (AT) tritt für die Verteidigung der Genderforschung ein, während die andere Diskurspartei (LB)⁵ Kritik an der Genderforschung übt. Ein Bruch findet statt, als AT ankündigt, er wolle »anhand der Regeln formaler Logik« argumentieren. Einige Diskussteilnehmende, insbesondere LB, sehen hierin eine Schwachstelle in der Argumentationslinie von AT und knüpfen in ihren Antworten daran an. Im Laufe dieser Anschlüsse

4 Unter Diskursnetz verstehen wir kommunikative Verdichtungen bzw. Intensivierungen gegenseitiger Bezugnahmen innerhalb eines Diskussionsstranges.

5 Das Geschlecht der TeilnehmerInnen wurde ihren Nicknames oder Selbstaussagen entnommen. Die Vortäuschung von Geschlechtszugehörigkeit kann nicht ausgeschlossen werden.

verschiebt sich die Thematik immer weiter weg vom Thema »Gender« und hin zu der Frage, was »Logik« ist. Diese thematische Verschiebung setzt sich im zweiten Diskursnetz fort. Während sich ATs Beiträge im ersten Diskursnetz noch als Verschiebungsangebot identifizieren lassen, kann der das zweite Diskursnetz einleitende Beitrag von User *Kueste* bereits auf dieser thematischen Engführung aufbauen: Er initiiert einen Diskussionsstrang, der von Anfang an keinen expliziten Gender-Bezug mehr aufweist, sondern sich um die Frage dreht, was »richtige Wissenschaft« ist. Wie konnten diese Rahmenverschiebungen entstehen, was machte sie anschlussfähig? Es fällt auf, dass die Akteure im Laufe der Diskussion immer stärker von einer sachorientierten Argumentation abrücken und sich in eine Art »Achtungskommunikation« verwickeln. Hier steht nicht mehr das Argument, sondern der Kampf um Anerkennung (vgl. u.a. Honneth 2002) und soziale Identitätsansprüche im Vordergrund: Die Teilnehmenden verhandeln ihren Status als wissenschaftlich(-redlich)e Sprechende. Diese Beobachtung soll im Folgenden mit Analysen zentraler Beiträge aus dem zweiten Diskursnetz vertieft werden.

4 Spielregeln der Anerkennung

Der Beitrag, der das zweite Diskursnetz initiiert, stammt von User *Kueste* (kurz: K) und umfasst vier Postings. Er kann aber als ein Redebeitrag interpretiert werden, da die Viertelung der Zeichenbeschränkung geschuldet ist.

»Missverständnisse der Two Cultures: Mein Eindruck ist, dass sich sowohl in H. Martensteins Artikel als in der Frontstellung der Kommentare das gute alte Two Cultures-Problem abzeichnet. Die pauschalen Angriffe auf die Gender Studies zeigen ein erhebliches Maß an Ignoranz, was den kulturwissenschaftlichen Methodenstand betrifft. Die pauschalen Abwertungen naturwissenschaftlicher Ergebnisse zeigen ein erhebliches Maß an Ignoranz, was naturwissenschaftliche Forschung auszeichnet. Einige häufige Missverständnisse in der Kultur der mathematisch-naturwissenschaftlich Gebildeten: [...]«

K proponiert einleitend das »Two Cultures Problem«, welches nicht nur Martensteins Artikel, sondern auch einem Großteil der bisherigen Beiträge zugrunde liege. Dabei startet er inkludierend, indem er die Reichweite seiner Proposition stark einschränkt, nämlich auf seine subjektive Wahrnehmung (»Mein Eindruck ist...«). Dieser zurückhaltende Gestus, der aus dem bisherigen Diskurs ein Resümee zieht und dieses vorsichtig-einschränkend einführt, wird jedoch gleich in den zwei darauffolgenden Sätzen gebrochen, wenn das Problem genauer beschrieben wird. Den substantivischen »pauschalen Angriffen«, die sowohl auf die Kultur- als auch Naturwissenschaften ausgeübt worden seien, fehlt die Apposition. Es bleibt somit unklar, wer die konkreten AngreiferInnen sind, jedoch liegt der Schluss nahe, dass diese Positionierung für alle gelte, die sich bisher am Diskurs beteiligt haben. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, wie sich der Autor des Beitrages selbst positioniert: Er überblickt das Feld und kann dadurch seinen Gesprächs-

partnerInnen aufzeigen, was sie nicht sehen wollen (»ein erhebliches Maß an Ignoranz«). Daran anschließend kann er auch »[e]inige häufige Missverständnisse« aufklären. Er sortiert nun beide Wissenschaften nach ihrem Anspruch und dem Wert ihrer Erkenntnisproduktion – beide hätten ein äquivalent hohes Niveau. Somit begibt sich *K* auf eine Metaebene, indem er die Perspektiven der Kultur- und Naturwissenschaften nicht vertritt, sondern sie überblicksartig vergleicht und nach ihren Potentialen und blinden Flecken bewertet. In der Bewertung gibt sich *K* – im Gegensatz zum inkludierenden Ton seines Einstiegs – als »harter Sortierer«, der wissenschaftlichen Handlungsstilen ihre Legitimität an- oder aberkennt. In diesem Duktus beansprucht *K* die Autorität eines »Universalgelehrten«, der Licht in das Dunkel der Gender-Debatte bringen will. An diesen Beitrag von *K* schließt nun *mario fox* (kurz: *MF*) an:

»unterschiedliche Kategorien bei Natur- und Geisteswissenschaften: Gut differenzierte Stellungnahme zu Natur- versus Kulturwissenschaften. Hinzu käme noch, dass selbst die Begriffe »Natur« und dann auch »Naturwissenschaft« aus dem Bereich der Kulturwissenschaft stammen. Und dass die Naturwissenschaftler auch nicht anders-Ausnahme wären ihre mathematische Formelsprachen- können, als die Resultate ihrer Forschung in Begriffen der Kulturwissenschaften zu übertragen und dabei oft so viel Verlust und Kategorienfehler entstehen, dass die Aussagen dann aberwitzig werden. Sie müssten eigentlich mathematische Prozeduren der Kategorienfehlerreduktion anwenden, um seriös zu bleiben ...«

Der Kommentar von *MF* bezieht sich auf *Ks* gesamten viergliedrigen Kommentarblock. Er beginnt mit einer Gratifikation, an die eine Ergänzung anschließt. In diesem Sinne beginnt der Teilnehmer seine Sprechhandlung inkludierend. Bei der Elaboration seiner Ergänzung wechselt *MF* jedoch in einen exkludierenden Modus. Er geht von einer grundlegenden Asymmetrie zwischen den beiden Wissenschaftsrichtungen aus, die sich in ihren disziplinspezifischen Fachsprachen manifestiere: Die Naturwissenschaften müssten sich der Begriffe der Kulturwissenschaften bedienen. Die »Begriffe der Kulturwissenschaften« scheint *MF* dabei mit der Alltagssprache gleichzusetzen. Die derart übersetzte Mathematik müsse dann erst wieder mit den eigenen Mitteln (»der Kategorienfehlerreduktion«) aufgearbeitet werden. Anhand dieser Argumentation reklamiert *MF* die Autorität eines »Wächters der Wissenschaftlichkeit«, da er Anspruch darauf erhebt, professionell-wissenschaftliche Standards im Stile eines »gate keepings« zu vertreten und zu wahren. Eine deutliche Abwertung und letztlich Deklassifizierung erfahren die Naturwissenschaften hierbei auf metaphorischer Ebene, indem sie als nicht ernstzunehmend karikiert werden (»aberwitzig«, »Sie müssten eigentlich [...], um seriös zu bleiben...«). Nun schließt die Teilnehmerin *LB* an den Beitrag von *MF* an:

»Auf dem hohen Wagen...: [...] - Nur runter vom Ross! Die Sprache gehört nicht den Kulturwissenschaften, sondern ist deren Medium wie aller anderen auch. Sie gehört zum Menschen, und Teile der Wissenschaften untersuchen sie. Es ist ein gerne verwendetes, aber dennoch hybrides Argument, sobald wir uns der Sprache bedienen,

wilderten wir im Bereich der Kulturwissenschaften - mitnichten. Und so muß weder die Naturwissenschaft noch die Mathematik Anleihen bei der Kulturwissenschaft nehmen, um ihre Ergebnisse zu kommunizieren, im Gegenteil. Diese haben daran den geringsten Anteil, und wie dieser beschaffen ist, hat nicht zuletzt die Sokal-Affäre in schmerzlicher Deutlichkeit gezeigt. Wenn im Bereich der sogenannten Kulturwissenschaften Kenntnis und Verständnis der Naturwissenschaften und der Mathematik so verbreitet wären wie umgekehrt in diesen die über Kultur und Philosophie, wäre manchens besser bestellt. Die geradezu ignorante Art und Weise, wie Genderforscher über Naturwissenschaften fabulieren ist ein Zeugnis, daß Reden allemal leichter als Denken ist.«

Teilnehmerin *LB* zeigt sich in ihrem Beitrag gleich zu Beginn moralisch empört über die Proposition von *MF*, was sie durch die Exklamation »Nur runter vom Ross!« ausdrückt. Diesem Apell stellt sie sogleich eine antithetische Proposition gegenüber (»Die Sprache gehört nicht den Kulturwissenschaften, sondern ist deren Medium wie aller anderen auch«). Im Weiteren elaboriert sie ihre Proposition. So kann auch der Duktus von *LB* zu Beginn noch als inkludierend bezeichnet werden. Zwar positioniert sie *MF* in ihrer Metapher als überheblich, jedoch bietet sie eine alternative Deutung der wissenschaftlichen Fachsprachen an. Doch auch sie endet in ihrer Elaboration exkludierend. Indem sie mit dem Beispiel der Sokal-Affäre abschließt, positioniert sie sich deutlich als Kritikerin der Kulturwissenschaften und dreht gleichzeitig implizit das Argument von *MF* um; es sind nun nicht mehr die Naturwissenschaften, denen die Wissenschaftlichkeit abgesprochen wird, sondern die Kulturwissenschaften.

Anschließend greift sie die eingangs von *K* in seiner »Two Cultures«-These eingeführte Deutung auf, aber wendet sie nun als alleinige Schwäche der Kulturwissenschaften, wodurch sie ihre Proposition ein weiteres Mal elaboriert. *LB* geriert sich damit fast schon imperialistisch, wenn sie in die Gebiete anderer Disziplinen »einfällt«, Ungleichgewichte feststellt und daran anknüpfend »Noten verteilt«. Sie »übererfüllt« den Zweck ihres Beitrags und lässt einen inkludierenden Anschluss unwahrscheinlich werden. Hieran schließt nun Teilnehmer *AK* an:

»Naturwissenschaftler leiden oft unter chronischem Bildungsmangel: [...] und auch mit dem logischen Denken hapert es ziemlich, was der gute Heidegger einst trefflich anhand der fehlenden Rechenschaft über das methodologische Dogmas nachwies: ›Die Wissenschaft denkt nicht‹ <http://de.wikipedia.org/w...> Bei der Gender-Ideologie kommt das noch dazu.«

Teilnehmer *AK* antwortet, indem er den Beitrag seiner Vorgängerin validiert und ihre Proposition nun auf die Naturwissenschaften ausweitet (»Naturwissenschaftler leiden oft unter chronischem Bildungsmangel«). Dabei beansprucht er Autorität durch einen Verweis auf einen Wikipedia-Eintrag zum Begriff der »Seinsvergessenheit« von Heidegger. Hierbei übernimmt *AK* die Praxis der »Notenverteilung« von *MF* und *LB*, wodurch sich die Diskussion nun fast ausschließlich auf einer Metaebene bewegt, auf der überwiegend

mit Wertezuteilungen und –umpolungen operiert wird. AK geriert sich dabei ganz im Duktus eines ›Feldarztes‹, der auf dem diskursiven Schlachtfeld die schlimmsten Verwundungen diagnostiziert (›leiden‹, »chronischer Bildungsmangel‹, »hapert es ziemlich‹, »fehlend‹). Auf diesen Beitrag nimmt LB wiederum Bezug:

»Tautologien: Ist Ihnen entgangen, daß mein Satz, auf den Sie sich beziehen, keine absolute, sondern eine relative Aussage macht, und in keiner Weise postuliert, daß alle Naturwissenschaftler sich für Kultur etc. interessieren? Und zum logischen Denken: Da sollten Sie lieber bei Heidegger selbst anfangen. Denn wenn man zunächst den Begriff des Denkens wie er so weit einschränkt, daß die Aussage, die man treffen will, gemacht werden kann, wird dies zu einer Tautologie - und Heidegger ist der Meister der Tautologie. Ein Satz wie: ›Man kann nicht mit den Methoden der Physik sagen, was die Physik ist. Sondern was die Physik ist, kann ich nur denken.‹ klingt tief, ist aber im Grunde leer: ersetzen Sie Physik durch Religion, Philosophie, Sprache, womit Sie wollen, und es ist ebenso wahr - eine Tautologie eben. [...] Und wenn wir nun Physik durch ›Denken‹ ersetzen, wird vollends klar, daß hier geraunt wird: ›Man kann nicht mit den Methoden des Denkens sagen, was das Denken ist. Sondern was das Denken ist, kann ich nur denken.‹ [...]«

LB beginnt mit einem Korrektiv, indem sie darauf verweist, dass ihre Proposition nicht generalisierend zu verstehen ist. Dabei konnotiert sie, dass das Missverständnis nicht auf ihre Formulierung zurückzuführen sei, sondern auf die Unaufmerksamkeit von AK (›Ist Ihnen entgangen...‹). Anschließend nimmt LB das Heidegger-Beispiel auf und verweist auf die Schwierigkeit der Auslegung Heideggers. Doch hierbei endet sie nicht, sondern interpretiert Heideggers Aussagen als Tautologien. Der Duktus dieses Kommunikationsaktes ist dozierend und wirkt belehrend (›Ist Ihnen aufgefallen...‹, »Da sollten Sie lieber...«, »...wenn man zunächst...«, »Und wenn wir nun...«), weshalb ihr kommunikativer Gestus als der einer ›Aufklärerin‹ beschrieben werden kann. Dies erwidert AK in einem Folgebeitrag:

»Sie sollten sich hinsichtlich des Begriffs ›Tautologie‹ dringend ins Bild setzen. Er bedeutet, dass jemand das Gleiche durch das Gleiche bezeichnet - etwa: ›gewesene Vergangenheit‹ - oder es durch das Gleiche erklärt - etwa: ›die Vergangenheit ist vergangen, weil sie vorbei ist.‹ Kein Witz - dies sind tatsächlich Aussagen die man von einschlägigen Physikern zu hören bekommt. Die Aussage, dass die erkenntniswissenschaftliche Basis der Physik, also die methodologische Beobachtung von Phänomenen, nicht mit den Mitteln der methodologischen Beobachtung von Phänomenen gebildet werden kann, ist einigermaßen evident. Sicher auch für Sie, oder? Ebenso wenig kann ein Autorennen mit Autorennen erklärt werden. Völlig anders verhält es sich mit der Religion oder der Philosophie, weil diese beiden Systeme die Erkenntnisbildung selber thematisieren und hinterfragen - mithin das Denken, als Voraussetzung jeglichen Erkenntnisgewinns, artikuliert wird. Ihre eher naive Aussage, Heidegger habe den Begriff des Denkens soweit modifiziert, bis er sich damit bestätigt

sah, bezeugt zum einen eine Unkenntnis des Feldes, als auch einen Mangel, ein System zu durchdenken und es eben inhaltlich, sprich systemisch zu widerlegen. Heideggers Einschätzung basiert auf der cartesianischen Selbstdefinition der Naturwissenschaft, als methodisch vorgehend. [...]

Teilnehmer *AK* schließt nun mit einem Beitrag an, der durchweg in einem exkludierenden Modus verfasst ist, da er *LB* jegliche wissenschaftliche Kompetenz aberkennt. Zuerst rät er ihr an, sich über den Begriff »Tautologie« zu informieren. Dieser Apell wird zu einer Anmaßung, was sich auf pragmatischer Ebene in der Konnotation des Satzes ausdrückt (Verwendung des Konjunktives, Partikel »dringend«, Metapher »ins Bild setzen«). Nun führt *AK* eine Definition und Beispiele für Tautologien an. Seine anschließende Proposition bezüglich der Interpretation Heideggers wird durch die Beurteilung als »einigermaßen evident« zu einer Einschüchterung, der durch die rhetorische Frage (»Sicher auch für Sie, oder?«) Nachdruck verliehen wird. In seiner weiteren Abgrenzung der »Religion« und der »Philosophie« positioniert er *LB* erneut als Laiin und Dilettantin (»Ihre eher naive Aussage«, »Unkenntnis«, »Mangel«). Abschließend beruft *AK* erneut die Autorität Heideggers ein und positioniert sich somit selbst als rational-wissenschaftlich argumentierender Gesprächspartner. Weiterhin erhält er, wie auch schon *LB*, den Anspruch aufrecht, sich an der richtigen Definition der Tautologie messen zu lassen. Ihr Maßstab ist die »Wahrheit« bzw. die richtige Definition des Begriffs, wenngleich beide GesprächspartnerInnen die wissenschaftliche Aussagekraft von Tautologien verneinen.

Im weiteren Verlauf antwortet *LB* auf *AK* mit einem Beitrag, der sich über drei Postings erstreckt:

»Tautologie, zum zweiten I: [...] Mitnichten, denn es ist offenkundig, daß ich von logischen Tautologien sprach, nicht von sprachlichen. [...]

»Tautologie, zum zweiten II: [...] Mir reicht es, es logisch zu widerlegen. Eine systemische Widerlegung ist keine solche, den Widerlegung ist ein logischer Begriff (Erzeugung eines Widerspruchs).«

»Tautologie, zum zweiten III: »Naturwissenschaft sortiert, katalogisiert, filtert, zählt, beobachtet - allein Denken, nämlich den eigenen Stand und den des Objektes zu denken, sprich die Subjekt-Objekt-Beziehung zu bilden, tut sie nicht.« - Schon wieder die gleiche tautologische Falle, in die Sie tappen Innerhalb ihrer Methodik, der Befassung mit ihren Gegenständen, stellt die Physik selbstverständlich die Subjekt-Objekt-Beziehung her. Eine ihrer größten Erfolge und Theorien beruht gerade auf dieser Unterscheidung - die Quantenmechanik. Insofern zeigt Ihr Einwand Unkenntnis der Physik (salve venia, siehe unten). [...]

Die drei Beiträge von *LB* folgen der Struktur »Negation einer These« und »Richtigstellung«. Die Repetition dieses Musters nimmt Züge eines starken Distinktionsverhaltens an. So scheint *LB* die Konversation zu überfrachten, bspw. indem sie auf einer Unter-

scheidung zwischen Tautologie, Pleonasmus und Redundanz insistiert. Die Diskussion scheint weit über das hinauszugehen, was nötig wäre, um ein Verständnis zu erzielen. Es scheint, als ob es den GesprächspartnerInnen nicht genüge, ›das bessere Argument‹ anzuführen. Stattdessen geht mit der sachlichen Ebene auch eine Fremdpositionierung in Form einer Aberkennung der wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten einher. Das zeigt sich in diesem Beitrag an Selbstpositionierungen wie »Mir reicht es, es logisch zu widerlegen.«, mit der sich *LB* als jemand beschreibt, die Maß und Rahmen kennt und gleichzeitig ihren Gesprächspartner als jemanden positioniert, der den Bogen überspannt. Weiterhin erkennt sie *AK* erneut seine wissenschaftliche Expertise ab, indem sie bezugnehmend auf ihn ein Wortfeld eröffnet, das ihn als dilettantischen Tölpel positioniert (›echauffieren«, ›seltsam«, ›ignorieren«, ›Fälle [...] tappen«, ›Unkenntnis«, ›meinen«, ›Wortwahl aufgreifen«, ›für nötig finden«, ›zu Mitteln greifen«, ›schmal«). Zusammenfassend lassen sich an diesen Beiträgen, die nur einen kleinen Ausschnitt des komplexen Diskursnetzes ausmachen, bestimmte Spielregeln der Anerkennung nachvollziehen. Der Teilnehmer *K* bietet zu Beginn eine resümierende Interpretation des bisherigen Diskursverlaufes an, indem er diesem das »Two-Cultures Problem« attestiert. In der Elaboration seiner Proposition begibt er sich jedoch in die Sprecherposition eines ›Universalgelehrten‹ und verfällt somit in einen exkludierenden Modus. In vergleichbarer Weise schließt *MF* an, der die Proposition von *K* validiert, dann aber in einem beurteilenden Gestus in die Sprecherposition des ›Wächters der Wissenschaftlichkeit‹ abgeleitet. Hierauf reagiert nun die Teilnehmerin *LB* mit vehementer Empörung, die aber immer noch anschlussfähig und somit inkludierend ist. Doch auch sie überspannt diese Vehemenz durch sprachliche ›Feldzüge‹, wodurch sich ihr Gestus in die Sprecherposition einer ›Aufklärerin‹ wandelt. In diesem ›sprachlichen Feldzug‹ scheint dann auch *AK* nur noch in der Sprecherposition des ›Feldarztes‹ die schlimmsten Fälle des diskursiven ›Kriegs‹ diagnostizieren zu können. Diese Entwicklung von Sprecherpositionen geht einher mit einer thematischen Verschiebung von der Ausgangsthese der unterschiedlichen Wissenschaftskulturen über die Interpretation Heideggers bis hin zu der Frage was eine Tautologie ist. Dabei verlässt die Argumentationsstruktur die reine Sachebene, indem sie sich mit Bewertungen der GesprächspartnerInnen vermischt, die diesen eine wissenschaftlich-kompetente Identität aberkennen und vielmehr einen laienhaften Dilettantismus zuschreiben. Es wird zudem deutlich, dass hier ein spezifisches Modell der Wissenschaft eingeführt wird, das eindeutig festlegt, was Wissenschaft ist und was sie nicht ist. Demnach bedeutet Wissenschaft kritische Hinterfragung, sie bedeutet *nicht* konstruktiven Austausch. Wissenschaft ist Konkurrenz, bei der nur wenige die Führenden sind. So liegt diesem Wissenschaftsverständnis ein exklusives Konkurrenzmodell zugrunde, dem auch die Spielregeln der Anerkennung folgen: Einen inkludierenden Vertrauensvorschuss, der potentiell allen SprecherInnen wissenschaftliche Kompetenz einräumt, gibt es nicht. Vielmehr kann die Gunst nur gewinnen, wer den anderen eliminiert. Daher werden auch der wissenschaftliche Ethos und die Kriterien seiner Einhaltung klar herausgearbeitet. Nicht nur Kompetenz, sondern auch wissenschaftliche Tugenden (Redlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Gründlichkeit, Fairness) gilt es zu zeigen. So muss es gelingen, dem Gegenüber den wissenschaftlichen Ethos abzuerkennen, um im Modus der Konkurrenz zu ›spielen‹.

5 Vernetzungsstrukturen und semantische Rahmen

Neben diesen wechselseitigen Selbst- und Fremdpositionierungen spielen für die Diskursdynamik auch das Kommunikationsformat ›Online-Kommentarbereich‹ – insbesondere dessen Sichtbarkeitsarchitektur – und die userspezifische Beitragsgestaltung eine gewichtige Rolle. Die Analyse dieser beiden Aspekte ist Inhalt des folgenden Kapitels.

5.1 Aufmerksamkeitsökonomie und Krisenrhetorik

5.1.1 Die Gunst des Publikums

Ein entscheidender Punkt für das Auftreten der oben beschriebenen Dynamiken ist die Notwendigkeit, Aufmerksamkeit zu generieren. In Situationen mit konventionalisierten Kommunikationsstrukturen und physischer Ko-Präsenz (z.B. Debattierwettbewerbe, Talkrunden etc.) ist die Aufmerksamkeit des Publikums sozial reguliert: Man unterbricht den anderen nicht, telefoniert nicht nebenher oder sieht aus dem Fenster, sondern ist auf die Sprechende fixiert oder verhält sich zumindest unauffällig. Die Sprechende weiß also 1) durch optisches Feedback, dass sie eine bestimmte Anzahl von potentiellen ZuhörerInnen auf sich versammelt hat. Dank bestimmter Konversations- und Höflichkeitsregeln, die bei Nichteinhaltung sanktioniert werden, kann sie sich 2) auch bis zu einem gewissen Grade sicher sein, dass das Publikum seine Aufmerksamkeit nicht abwenden wird. Sie weiß zudem 3), dass – wie Simmel es in seiner Soziologie der Sinne beschreibt – das Ohr »dazu verurteilt ist, alles zu nehmen, was in seine Nähe kommt« (Simmel 1992, S. 730). Bedeutender ist, dass alle eben genannten Punkte in digitalen, textbasierten Kommunikationsräumen entfallen. Weder sehe ich mein Publikum, noch kann ich mich auf verbindliche Regeln des Miteinanders verlassen – und erst recht wird mir keine Aufmerksamkeit zuteil, nur weil ich einen Beitrag verfasst habe. Kurz: In Kommentarbereichen muss regelrecht um die Aufmerksamkeit eines unsichtbaren Publikums gerungen werden.⁶ Nur wenn man mir antwortet, kann ich sicher sein, dass ich gehört bzw. gelesen wurde. Zwar gibt es oft – so auch bei ZON – die Möglichkeit, Beiträge zu ›empfehlen‹, doch handelt es sich hierbei um bloße Gratifikatoren. Welchem Teil meines Beitrags beigepflichtet wurde, ob mein Beitrag überhaupt ›richtig‹ (in dem von mir intendierten Sinne) verstanden wurde oder ob der Applaus von der ›falschen Seite‹ kommt, ist auf diese Weise nicht nachvollziehbar. Damit einhergehend wird der eigene Beitrag durch Empfehlungen noch nicht zu einem »Effektor« (vgl. Popitz 2000), d. h. zu einer gewichtigen, sich auf den Kommunikationsverlauf auswirkenden, datensetzenden (Sprach-) Handlung. Ein Beitrag der nur ›empfohlen‹ wird, hat noch keine diskursive Resonanz erzeugt. Für die Akteure stellt sich daher die Frage, wie sie sich dieses ›Gehör‹ verschaffen können.

6 Vgl. zum Kampf um die Gunst des Publikums Werron (2006).

5.1.2 Dramatisierung von Beiträgen

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass viele Beiträge im Kommentarbereich bestimmte Elemente der Inszenierung aufweisen: Die NutzerInnen bedienen sich – bewusst oder unbewusst – binär-codierter Narrativierungen und polarisierender Zuschreibungen (vgl. Smith 2006). Innerhalb dieses bipolaren Schemas existiert kein Kontinuum; es gibt nur richtig oder falsch, gut und böse. Jede zugeschriebene Eigenschaft verweist über eine zugrunde gelegte Teil-Ganzes-Beziehung auf die Position ihres Trägers. Da ist von »unverständlichem Raunen« und »esoterischem Zirkel« die Rede oder von NutzerInnen, die sich echauffieren und »mit hochrotem Kopf um sich schlagen«. Diesen Rhetoriken ist gemeinsam, dass sie in elaborierter Form allesamt eine simple Grundaussage vermitteln: Sie weisen das Objekt der Rede als irrational, unredlich und unsachlich aus. Die »Konsistenz«, der »Beweis«, die Besinnung auf autonomes Denken, »widersprechen« – all das wiederum sind antipodische Eigenschaften, die den VertreterInnen der »guten Seite« zugeschrieben werden.

Diese Grundsystematik findet sich in sehr vielen Beiträgen. Unterschiede beziehen sich meist eher auf die semantischen Assoziationsfelder. Während der User K im Verweis auf das »babylonische Sprachgewirr« der »Two Cultures« den semantischen Raum der »in-

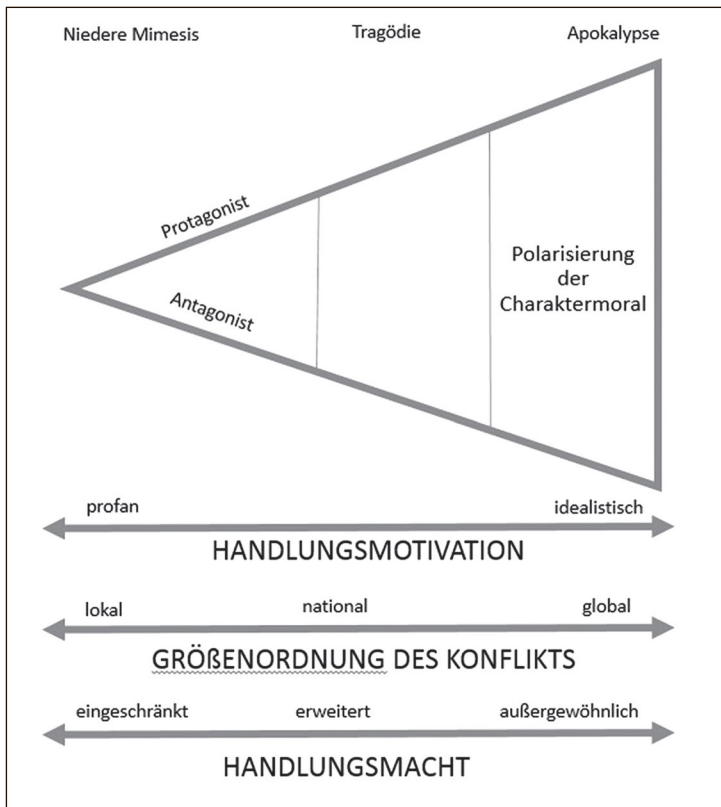


Abbildung 1: Narrationsmodell nach Smith (2005, S. 24, nachgestellt u. übersetzt von S.O.)

terkulturellen Kommunikation« aufspannt, setzt *LB* eine Art »Universalsprache der Wissenschaften«, voraus, deren Erkenntnisse intersubjektiv evident sind. Auch Hygiene- und Krankheitsmetaphern dienen, wie bereits gesehen, als semantische Deutungshorizonte. *LB* spricht z.B. von einem »interintellektuellen Kontagionsindex«, der sich bemerkbar mache. Durch den Einsatz solcher Metaphern setzt sie einen Rahmen, der nach Smith typisch für die narrativen Strukturen tragischer und apokalyptischer Szenarien ist.

Solche Szenarien sind mit einem starken moralischen Gefälle und der Notwendigkeit »außerordentlicher Handlungen« konnotiert. Unter solchen Vorzeichen der »Akutheit« scheint nicht weiter verwunderlich, dass die Beteiligten sich regelmäßig den Fehdehandschuh zuwerfen und als »WahrerInnen« und »BeschützerInnen« des Menschenverstandes im Angesicht einer globalen Krise der Wissenschaftlichkeit auftreten. Der aktive Präventivschlag liegt einer solchen Krisenrhetorik näher als das diplomatische Gespräch. Es kommt zu immer wieder wechselnden »Schlachtenordnungen«, in deren Verlauf die Teilnehmenden sich zunehmend in Detailfragen und nicht zuletzt auch in sehr persönlichen Bezugnahmen verstricken. Ob es im Zuge dessen zu einem Verlust des globalen Geltungsanspruchs des Diskurses kommt, ist zu überprüfen. Die entstehende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Krisenrhetorik und profanen Privat- »Scharmützeln«, könnte jedoch ein Grund für die oftmals abrupten Diskursabbrüche sein. Die ständige Überprüfbarkeit und die Möglichkeiten der Re-Evaluation im digitalen Raum sowie das Fehlen physischer Spannung (vgl. R. Collins 2004) begünstigen zumindest einen vergleichsweise schnellen »shift« des dramatischen »keys« (vgl. Goffman 2008b). Vor diesem Hintergrund sind auch *LBs* Bemühungen zu verstehen, einen allgemeinen, globalen Rahmen hochzuhalten. Programmatische, emotional aufgeladene Überschriften wie »Erschütternd und kaum zu glauben« oder »Mirakel« sowie eine beständige Empörungsrhetorik skizzieren ein Problemszenario größeren Ausmaßes. Dazu gehört auch *LBs* Versuch, einzelne Beiträge als Symptom eines allgemeineren Negativtrends auszuweisen: »Der Mathetest, der hier kürzlich Thema war, wird durch solche Beiträge [gemeint ist User *AT*, d.V.] glaubhaft«. Durch die Verlagerung auf die Themen Wissenschaftsdiskurs und Tautologie sind neue, unscharf konturierte Diskursfelder entstanden. Diese Felder müssen erst noch »bestellt« werden, d.h. es müssen über den thematischen Aufhänger hinaus Problemfoki gesetzt und ein diskursives Koordinatensystem ausgehandelt werden, innerhalb dessen die NutzerInnen sich verorten können. Eine offene kommunikative Situation muss im Prozess der Aushandlung in eine geschlossene überführt werden. Dass *AK* und *LB* gegeneinander opponieren, obwohl sie hinsichtlich der ursprünglichen Gender-Thematik ganz ähnliche Meinungen vertreten, deutet darauf hin, dass eine neue kommunikative Situation entstanden ist und die bis dato geltenden Diskursstrukturen obsolet geworden sind. Beide versuchen durch Relevanzsetzungen sowie Fremd- und Selbstpositionierungen die Teile »zusammenzufügen« und sich neu »ins Bild« zu setzen. Doch wie entscheidet sich eigentlich, wer auf dieser »Bühne« die »Hauptrollen« einnimmt?

5.2 Kommunikationsmacht

5.2.1 Akteursrelevanz

Um Prozesse der Ausübung von Kommunikationsmacht zu eruieren, empfiehlt es sich, zuerst einmal diejenigen UserInnen zu identifizieren, denen es gelingt, Deutungsrahmen durchzusetzen und zu etablieren. Ein erster Indikator könnten Beitragszahl sowie die Zahl der erhaltenen Antworten sein. Wie sich im untenstehenden Netzwerkgraph deutlich zeigt, zentriert sich der Diskurs um die Userin *LB*. Nicht nur ist sie selbst mit 13 Postings die aktivste Userin im zweiten Diskursnetz, sie versammelt auch die meisten Antworten (14 Posts) auf sich. Zugleich produziert sie zusammen mit *AK* denjenigen dyadischen Austausch mit den meisten gegenseitigen Bezugnahmen.

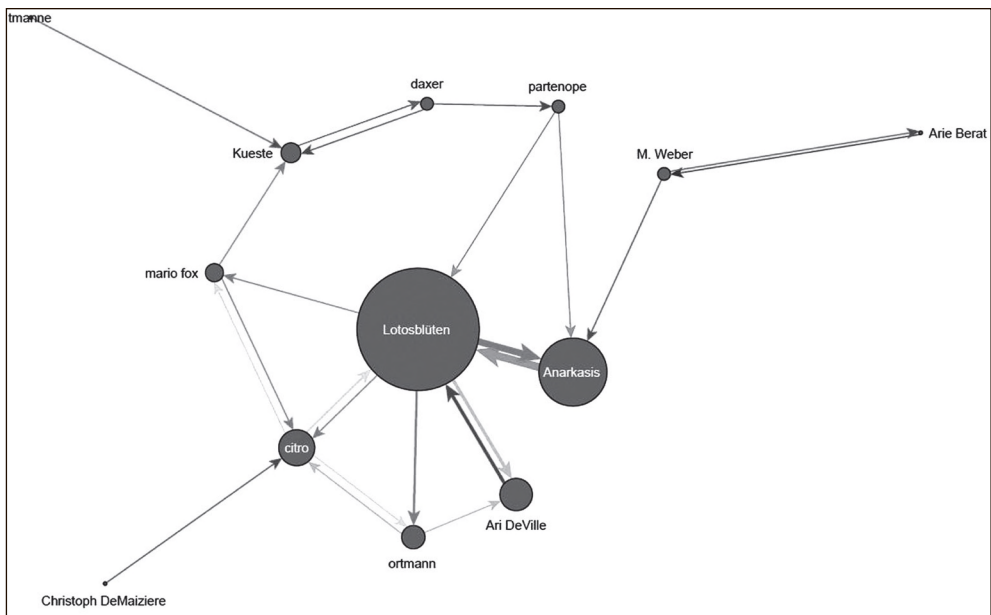


Abbildung 2: Beziehungsnetzwerk Diskursnetz #2

Dass Kommunikationsdichte allein aber noch kein Ausweis für Kommunikationsmacht ist, zeigt sich, wenn man die verschiedenen Knoten im Netzwerkgraph der Reihe nach eliminiert. Streicht man *AKs* Rolle, bleibt – sehr vereinfacht dargestellt – das Interaktionsnetzwerk davon größtenteils unberührt. Lediglich der Nebenstrang zwischen *M. Weber* und *Arie Berat*, der sich aus einem direkten Bezug auf *AK* ergeben hatte, fällt heraus.

Eliminiert man den User *citro*, sieht man, dass das ursprüngliche Interaktionsnetz davon ebenfalls kaum gestört wird: Die Grundstrukturen bleiben erhalten und lediglich einige Nebenstränge – schwache Kanten – fallen weg.

Eliminiert man stattdessen *LB*, bricht das Kommunikationsgefüge in seiner ursprünglichen Form zusammen. Plötzlich rückt der User *citro* in den Mittelpunkt. Der Diskurs läuft in seiner Position jedoch nicht mehr zentral zusammen, wie dies noch bei *LB* der

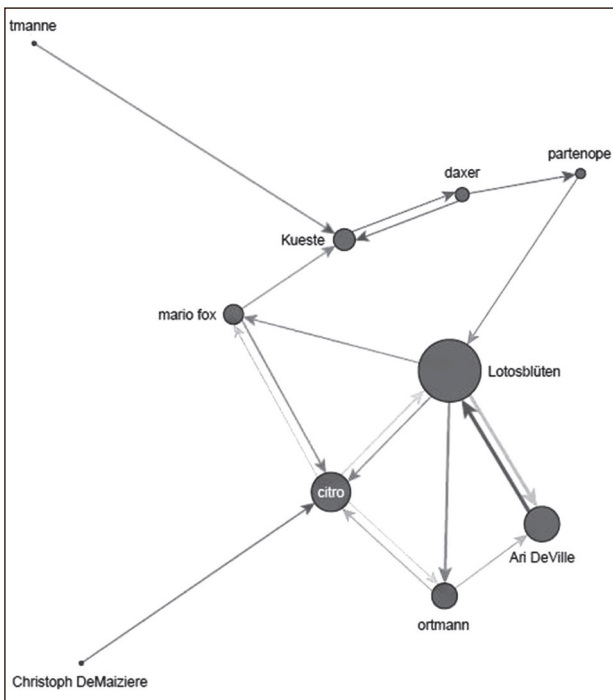


Abbildung 3: Netzwerk ohne User AK

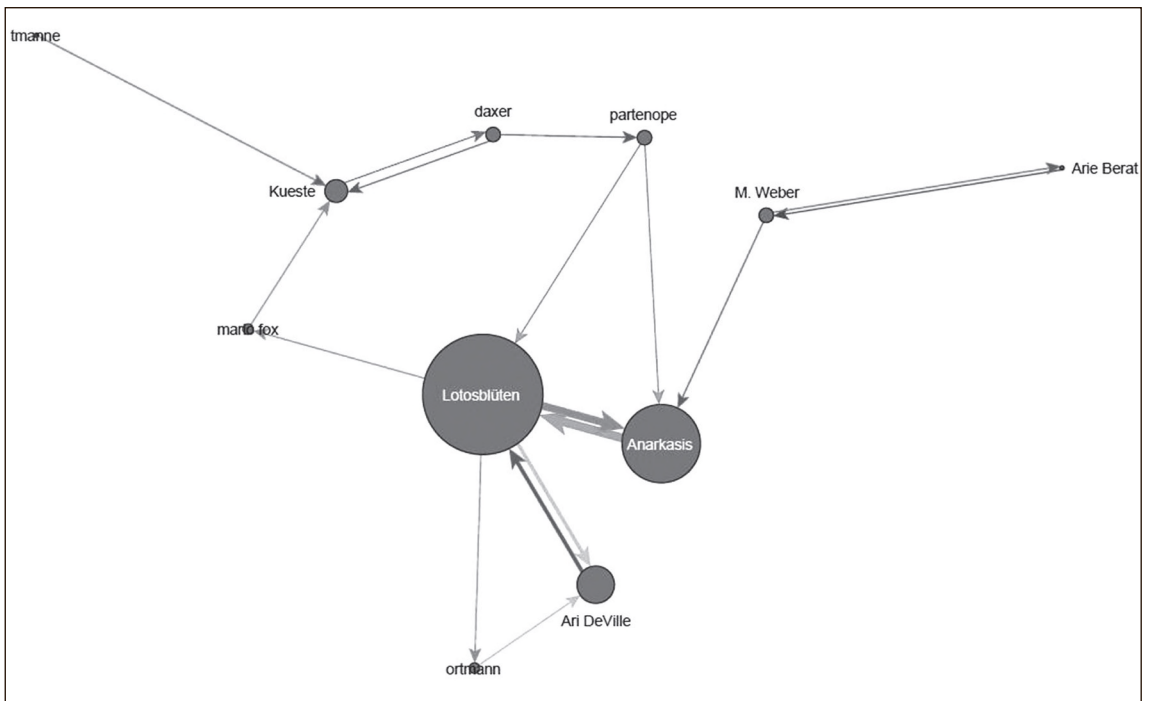


Abbildung 4: Netzwerk ohne User citro

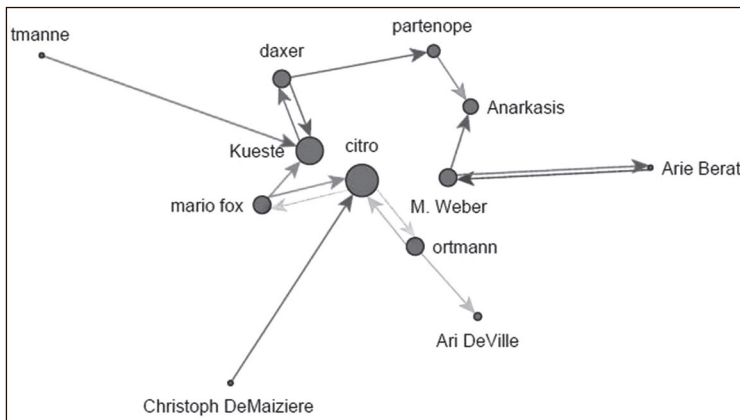


Abbildung 5: Netzwerk ohne Userin LB

Fall war. Die einzelnen Knoten sind nur noch lose als dyadische Ketten miteinander verbunden. Man kann also (wie gesagt sehr vereinfacht, weil die Modelle nur *direkte* Bezugnahmen berücksichtigen) davon sprechen, dass die von *LB* eingenommene Akteursposition einen den Kommunikationsverlauf *direkt* strukturierenden Effekt hat.

5.2.2 Etablierung von Deutungsmustern

Worin könnte dieser strukturierende Effekt bestehen? Unsere semantische Analyse legt nahe, dass dieser im Angebot einer kommunikativen Schließung liegt. *LBs* Deutungsangebot ist expliziter und umfassender als das aller anderen UserInnen, da sie die verhandelten Themen innerhalb eines klar strukturierten Rahmens mit geschlossener semantischer Gestalt aufbereitet. Im Vergleich von *AK* und *LB* lässt sich z.B. feststellen, dass *LB* häufiger auf bildhafte Darstellungen zurückgreift (»Wortgeklingel«, »Sturzbach«, »runter vom Ross« usw.). Daraus ergeben sich stärkere, weil konkretere Fremdpositionierungen. Weiterhin ist zu erkennen, dass das semantische Netz, das *LB* aufspannt, wesentlich dichter ist als das von *AK*. *LB* fokussiert insbesondere den Aspekt der ›Krise‹ stärker und beansprucht so eine größere Relevanz für das eigene Deutungsangebot. Setzt man die semantischen Rahmen der UserInnen in Bezug den zu gratifikatorischen und diskursiven Anschlüssen, die sie erhalten haben, so lassen sich auch hier einige interessante Beobachtungen machen zur Etablierung von Kommunikationsmacht und Deutungshoheit. Exemplarisch lässt sich dies an einem Vergleich zwischen den UserInnen *LB* und *daxer* (kurz: *D*) zeigen. Beide UserInnen verfügen über eine ähnlich hohe Postingzahl (36 und 22), unterscheiden sich aber stark in der Ausgestaltung und Strukturierung ihrer Rahmen wie auch in der Resonanz, die sie erzeugen. Zählt man nur die Empfehlungen, rangiert *LB* mit 313 Empfehlungen vor *D* mit 245 Empfehlungen. Setzt man die Empfehlungen ins Verhältnis zur Postingfrequenz, ergibt sich ein leicht anderes Bild: prozentual konnte *D* hier mit knapp 11 Empfehlungen pro Beitrag mehr Empfehlungen auf sich versammeln als *LB* mit 8,694 Empfehlungen. Nimmt man nun die se-

mantischen Rahmungen der Beiträge näher in Augenschein, eröffnen sich Erklärungsansätze für diese Unterschiede. So zeigt sich, dass *D* innerhalb seines semantischen Rahmens überwiegend negative Figuren einführt, z. B. in Form der »böswilligen« Gender Studies, die sich aus einem modernen Feminismus speisen, der »repressiv und freiheitsraubend ist« und mehr mit »ausmerzen« und »wegbeißen« als mit konstruktiven Handlungen beschäftigt ist:

»[...] In Sachen Gleichmacherei habe exakt den gegenteiligen Eindruck: der Feminismus will alles ausmerzen, was auch nur entfernt an das schlechtere Geschlecht erinnert, angefangen bei kleinen Jungen, denen schon im Kindergarten alles Jungenhafte ausgetrieben werden soll über männliche Jungendliche, die von der Schule fliegen, wenn sie ein Mädchen ärgern usw. Vor 50 Jahren war der Feminismus emanzipatorisch und aufklärerisch, muß man anerkennen, heute ist er repressiv und will sowohl Männern wie Frauen bisherigen Freiheiten nehmen.«

D schafft, ganz im Duktus des »Wutbürgers«, ein rein negatives Universum, in dem überwiegend Feind- oder Gegenbilder existieren. *LB* hingegen setzt den auch bei ihr ähnlich ausgestalteten antagonistischen Figuren (z.B. die Blasen erzeugenden Genderer oder der die Vernunft angreifende Poststrukturalismus) mehrere positive Ideale entgegen, die sich insbesondere in der Figur der Naturwissenschaften kristallisieren:

»Die Physik setzt Beziehungen, sie vernetzt ihre Erkenntnisse, sie baut Stein um Stein die Wirklichkeit nach - und dies nicht im Wolkenkuckusheim, sondern mit Blick auf diese Wirklichkeit. Die Philosophie scheint (in Ihrer Gestalt) eifersüchtig, daß sie die Deutungsmacht verloren hat, und geriert sich wie die Theologie.«

Während GeisteswissenschaftlerInnen und »Genderer« im »Wolkenkuckucksheim« sitzen und »Worthülsen verstreuen«, revolutionieren die Naturwissenschaften mit ihrer empirisch begründeten Wahrheitsliebe die Welt und bauen »Stein um Stein die Wirklichkeit« nach. *LB* entwirft in ihrer Rahmung also nicht nur ein Feindbild, sondern offeriert auch den positiven Gegenentwurf hierzu. Sie schafft mit einem geschlossenen Deutungsuniversum eine konkrete Alternative und gibt klarere Orientierungsverhältnisse vor als *D*, dessen Werte-Horizont sich nur ex negativo definiert. Das lässt unter anderem folgenden Schluss zu: Während der »Wutbürger« *D* mehr gratifikatorische Resonanz in Form von Empfehlungen erhält, schafft der in sich geschlossenere, ausdifferenziertere Rahmen von *LB* kommunikative Anknüpfungspunkte und erzeugt mehr diskursive Resonanz in Form von Antworten. Der Deutungsrahmen von *LB* wird nicht nur symbolisch »abge- nickt«, sondern nimmt durch die Anschlüsse immer mehr Platz im Kommunikationsraum ein. Der User *FoTu3* (kurz: *F*) kann uns als exemplarische Kontrastfolie dienen, um die oben dargelegte Annahme einer Verbindung zwischen Deutungsrahmen und Resonanzraum weiter zu unterstützen. Obwohl er überdurchschnittlich viele Beiträge postet – mit 24 Beiträgen sogar mehr als *D* –, erfährt er so gut wie keine diskursive Resonanz (lediglich 3 Antworten) wie auch vergleichsweise geringe gratifikatorische Resonanz

durch Empfehlungen (2,8 pro Beitrag). Betrachtet man seine Beiträge näher, stellt man fest, dass diese über wenig bis keine Rahmen-Struktur verfügen:

»@Susanne Mueller Frauenbeauftragte: ›Sie schaden uns nur.« Der gleichen Meinung bin ich als Mann auch. Allerdings aus anderen Gründen als Sie:
›Ihren bisherigen Tätigkeiten nach will sie Benachteiligung von Männern aufzeigen und beseitigen dies ist nicht unser politischer Wille und wir denken, damit auch im Rat nicht allein zu stehen!‹ <http://www.focus.de/polit...> «

Weder wird hier ein negativer noch ein positiver Horizont etabliert und auch handelnde Figuren sind in *Fs* Beiträgen quasi inexistent. Er kommuniziert größtenteils über das Mittel der Verlinkung und über knappe Kommentare hierzu sowie zu zitierten Beiträgen anderer UserInnen. Die Beiträge weisen keine klare inhaltliche Linie auf und auch keinerlei emotionalen Gehalt. So bleibt uneindeutig, wie sich *F* zur behandelten Thematik positioniert, was sich wiederum deutlich in der Resonanzdichte niederschlägt.

6 Schluss: Dissenstendenzen als Merkmal der ZON-Kommentarbereiche

Aus der vorangegangenen Analyse der Herstellung von Kommunikationsmacht sind abschließend vor allem zwei Ergebnisse festzuhalten:

1) Selbstpositionierung durch Fremdpositionierung: Jo Reichertz geht in seinen Ausführungen zur Kommunikationsmacht von kommunikativen Situationen aus, die bereits mehr oder weniger eindeutig vordefiniert sind, und in denen den Sprechenden eine bestimmte »anerkannte gesellschaftliche Autorität« (Reichertz 2009, S. 212) zukommt. Aus unserer Analyse ergibt sich hingegen deutlich, dass in den Kommentarbereichen Autorität, soziale Ehre, Prestige, Ruf o.ä. als institutionalisierte Gegebenheiten nicht schon vorhanden sind, sondern erst ausgehandelt werden müssen. Die Beanspruchung einer anerkannten SprecherInnenposition erfolgt dabei häufig *ex negativo* im Modus der Herabsetzung der GesprächspartnerInnen.

2) Dramatische Rahmungen erzeugen Anschlussfähigkeit: Über die netzwerktheoretische Analyse der intertextuellen Interaktionsbeziehungen konnten jene Beiträge und Diskussionsfäden eruiert werden, denen gefolgt wurde – die sich also im Kommunikationsgeschehen durchsetzen konnten, und als anschlussfähig und wirkmächtig erwiesen. Anhand der Analyse der Sprachmodi zeigte sich wiederum, dass insbesondere denjenigen Beiträgen gefolgt wurde, die auf der semantischen Ebene elaborierte, dramatische Deutungsrahmen entwarfen und mit starken, binären Oppositionen operierten, die eine Einheitlichkeit und Eindeutigkeit der Rahmung herstellen.

Sowohl die Praktiken der Fremd-Herabsetzung wie auch der binären Rahmungen operieren hauptsächlich über *Ausschlüsse*. Und tatsächlich lässt sich parallel zu unseren oben genannten Beobachtungen feststellen, dass die Kommunikationsdynamik im Kommentarbereich zu Martensteins Artikel von einer starken Dissenstendenz geprägt ist. Die

Kommentar-Kommunikation auf ZON unterscheidet sich dabei grundlegend von anderen kommunikativen Gattungen.⁷ Schon das Alltagsgespräch weist durch ein inhaltliches Nacheinander der Redebeiträge mehr Übersichtlichkeit und klarere Strukturen auf. Die institutionalisierte Gattung des (analogen) »Debattierens« basiert auf noch strengeren Regularien, die u. a. das Rederecht vorgeben und inhaltliche Anschlussfähigkeit als Setzung betrachten. Verglichen damit fällt der hohe Grad der Eigendynamik in den ZON-Kommentarbereichen auf, die quasi-anarchische Kommunikationsräume darstellen und einem augenblicklichen Selbstregulativ unterliegen. Die Beteiligten müssen sich hier mehr oder weniger selbst »disziplinieren«. Sie müssen im Austausch miteinander festlegen, was das Thema ist, was als guter Grund oder gewichtiges Argument gilt und wer legitime Ansprüche auf Geltung seiner Ansichten stellen darf – oder anders ausgedrückt: Es muss erst eine

»spezifische Beziehung geschaffen werden [...], aus der heraus dann ein spezifischer Raum der guten Gründe etabliert werden kann, mit dessen Hilfe es möglich ist, dass dann in der Kommunikation Schritt für Schritt eine spezifische soziale Identität aufgebaut und ausgehandelt werden kann.« (Reichertz 2009, S. 217)

Wie u.a. Honneth (2002) deutlich machte, entstehen Beziehungen und Identitäten über Prozesse der Anerkennung – für die Beteiligten kommt es also darauf an, wahrgenommen zu werden. Da das kommunikative Geschehen vor einem dispersen und anonymen Publikum stattfindet, ist dies alles andere als sicher oder wahrscheinlich. Zugleich ist jenes Publikum aber auch (potentiell) dauerhaft anwesend und daher erwartbar. Die Beteiligten reagieren auf diese strukturellen Zumutungen mit einem kommunikativen Verhalten im *Modus der Konkurrenz* wie auch im *Modus der Verteidigung*. Zum einen müssen sie die Gunst des unsichtbaren Publikums gewinnen, d.h. Feedback einholen und Aufmerksamkeit generieren. Zum anderen erhöht sich durch die Reichweite des Internets auch die Zahl der öffentlichen Augen und damit die Gefahr von potentiellen *Face-Threatening Acts* (Brown/Levinson 2011). Da »die Zahl der Mitleser also für die Beiträger nicht überschaubar bzw. gar nicht beherrschbar ist« (Maaß 2012, S. 84), verlieren sie an Image-Kontrolle (vgl. Goffman 1974, 2008a).

Der Kampf um die Gunst des Publikums und die Sorge um die Gesichtswahrung begünstigen in den überwiegend vom Selbstregulativ bestimmten Kommentarbereichen die bereits angesprochenen Tendenzen zur Fremd-Herabsetzung, zur dramatischen Rahmung und allgemein zum Dissens. Hinzu kommt, dass auf ZON kein konsolidierter NutzerInnen-Stamm existiert und die Gruppendichte und -kontrolle entsprechend niedrig ausfällt. Weiterhin weist Forenkommunikation Tendenzen zur Fraktionsbildung und zur dementsprechenden Typisierung von Diskussionsteilnehmenden auf (Maaß 2012), welche der Konsensfindung und insbesondere dem bestätigenden Austausch entgegenwirken und umgekehrt die Bildung stark schematisierter und binär-codierter Deutungsrah-

7 vgl. zum Gattungsbegriff in Online-Kommunikation: Dürscheid (2005), allgemein: Günthner (1995).

men fördern. Die allgemeine Folge ist eine konfliktbetontere Diskussionskultur als auch eine weniger gemäßigte Darstellung der eigenen Meinung.

Literatur

- Austin, J. L. (1979): *Zur Theorie der Sprechakte. (How to do things with Words)*. Stuttgart: Reclam.
- Brown, P./Stephen, L. C. (2011): *Politeness. Some universals in language usage*. Cambridge: University Press.
- Collins, R. (2004): *Interaction Ritual Chains*. Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Deppermann, A. (2009): *Gespräche analysieren*, Opladen: Leske und Budrich.
- Deppermann, A. (2007): *Grammatik und Semantik aus gesprächsanalytischer Sicht*. Berlin: de Gruyter.
- Dürscheid, C. (2005): *Medien, Kommunikationsformen, kommunikative Gattungen*. In: *Linguistik*, <https://bop.unibe.ch/linguistik-online/article/view/752/1283> (Abruf: 06.06.2016).
- Foucault, M. (1974): *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraas, C./Meier, S./Pentzold, C. (2013): *Online-Diskurse. Theorien und Methoden transmedialer Online-Diskursforschung*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Goffman, E. (1959): *The presentation of self in everyday life*. New York: Anchor Books.
- Goffman, E. (1974): *Das Individuum im öffentlichen Austausch*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, E. (1976): *Der bestätigende Austausch*. In: Auwärter, M./Kirsch, E. (Hrsg.): *Seminar: Kommunikation, Interaktion, Identität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 35–72.
- Goffman, E. (2005): *Rede-Weisen. Formen der Kommunikation in sozialen Situationen*. Konstanz: UVK.
- Goffman, E. (2008a): *Interaktionsrituale: über Verhalten in direkter Kommunikation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, E. (2008b): *Rahmen-Analyse: ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, E./Grice, H. P. (1975): *Logic and conversation*. In: Cole, P./Morgan, J. L. (Hrsg.): *Speech acts*. New York: Academic Press, S. 41–58.
- Günthner, S. (1995): *Gattungen in der sozialen Praxis. Die Analyse kommunikativer Gattungen als Textsorten mündlicher Kommunikation*. In: *Deutsche Sprache* 25(1), S. 193–218.
- Häußling, R. (2010): *Zur Verankerung der Netzwerkforschung in einem methodologischen Relationalismus*. In: Stegbauer, C. (Hrsg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie*. Wiesbaden: VS, S. 65–78.
- Honneth, A. (2002): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lakoff, G./Johnson, M. (2000): *Leben in Metaphern*. Heidelberg: Carl Auer.
- Lucius-Hoehne, G./Deppermann, A. (2004): *Narrative Identität und Positionierung*. In: *Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion* (5), www.gespraechsforschung-ozs.de/heft2004/ga-lucius.pdf (Abruf: 06.06.2016).
- Maaß, C. (2012): *Der anwesende Dritte im Internetforum zwischen potentieller Sprecherrolle und »non personne«*. In: Bedijs, K./Heyer, K. H. (Hrsg.): *Sprache und Personen im Web 2.0*. Berlin: Lit Verlag, S. 73–94.
- Maeder, C./Brosziewski, A. (1997): *Ethnographische Semantik. Ein Weg zum Verstehen von Zugehörigkeit*. In: Hitzler, R./Honer, A. (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen: Leske und Budrich, S. 335–362.
- Popitz, H. (2000): *Wege der Kreativität*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Przyborski, A. (2004): *Gesprächsanalyse und dokumentarische Methode. Qualitative Auswertung von Gesprächen, Gruppendiskussionen und anderen Diskursen*. Wiesbaden: VS.
- Reichert, J. (2009): *Kommunikationsmacht. Was ist Kommunikation und was vermag sie? Und weshalb vermag sie das?* Wiesbaden: VS.

- Schuegraf, M./Meier, S. (2005): Chat- und Forenanalyse. In: Mikos, L./Wegener, C. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Medienforschung. Konstanz: UVK, S. 425–443.
- Searle, J. R. (2007): Sprechakte – Ein sprachphilosophischer Essay. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simmel, G. (1992): Exkurs über die Soziologie der Sinne. In: Simmel, G. (Hrsg.): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 722–742.
- Smith, P. (2005): Why War?: The Cultural Logic of Iraq, the Gulf War, and Suez. Chicago: University Press of Chicago.
- Taddicken, M./Bund, K. (2010): Ich kommentiere, also bin ich. Eine Inhaltsanalyse der Online-Community der ZEIT. In: Welker, M./Wünsch, C. (Hrsg.): Die Online-Inhaltsanalyse. Forschungsobjekt Internet. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 167–190.
- Werron, T. (2011): Zur sozialen Konstruktion moderner Konkurrenzen. Das Publikum in der Soziologie der Konkurrenz. In: Tyrell, H./Rammstedt, O. (Hrsg.): Simmels große »Soziologie«. Bielefeld: transcript, S. 227–258.

Anschriften

Laura Maleyka, M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Hildesheim
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsplatz 1
31141 Hildesheim

Sascha Oswald, M.A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Universität Hildesheim
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsplatz 1
31141 Hildesheim

Markus Rheindorf

Integration durch Strafe?

Die Normalisierung paternalistischer Diskursfiguren zur
»Integrationsunwilligkeit«

Zusammenfassung: In zahlreichen europäischen Ländern wurden jüngst internationale Verträge und Gesetze, in denen man gerne »europäische Grundwerte« erkennen möchte, unter Hinweis auf den Schutz ebendieser in Frage gestellt oder außer Kraft gesetzt. Auch in Österreich konstruiert der politische Diskurs Fragen der Migration und Integration zunehmend als Sicherheitsthemen. Dieser Beitrag liefert eine detaillierte diskurshistorische Studie eines Diskursstranges, über den der Schlüsselbegriff »Integrationsunwilligkeit« in Österreich etabliert wurde. Qualitative Analysen der Argumentationsmuster in dem damit zugleich normalisierten Narrativ von »Integration durch Strafe« werden ergänzt durch korpuslinguistische Analysen relevanter Diskursfelder in Gesetzgebung, Rechtsprechung und parlamentarischen Debatten.

Schlagwörter: Integration, Migration, Diskurshistorischer Ansatz, Korpuslinguistik, Populismus, politischer Diskurs, Normalisierung

Abstract: Many European countries have recently called into question or suspended laws and international treaties, often recognized as representing »European values«, under pretense of protecting said values. In Austria, political discourse has also increasingly constructed questions of migration and integration as matters of security. This paper presents a detailed discourse-historical study of a discourse strand through which the key term »unwillingness to integrate« was established in Austrian politics and media. Qualitative analyses of the argumentative patterns associated with the thus normalized narrative about »integration through punishment« are complemented by corpus-linguistic analyses of relevant discourse fields in legislation, jurisprudence and parliamentary debates.

Keywords: integration, migration, discourse-historical approach, corpus-linguistic analyses, populism, political discourse, normalization

Einleitung

Kurz nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt am 7.1.2015 erhoben österreichische Politiker Forderungen nach harten Sanktionen gegen »Integrationsunwilligkeit«. Der Diskursstrang mediatisierter Politik, in dem sich die folgende Debatte abbildete, fokussierte einerseits SchülerInnen mit Migrationshintergrund und ihre Eltern als »integrationsunwillige« Subjekte und andererseits Strafen als Mittel der Integration. Dabei gerieten vorherrschende Erzählungsentwürfe erfolgreicher Integration – vor allem »Integration durch Sprache« (de Cillia/Dorostkar 2013) und »Integration durch Leistung« (de Cillia/Preisner 2012) – unter Druck. Aus einem Verständnis von Schule als Ort der Disziplinierung erwuchs zunehmend ein stark paternalistisch geprägtes Narrativ von »Integration durch Strafe«.

In dieser diskursiven Verschiebung kommt der begrifflichen Innovation um das Konzept der »Integrationsunwilligkeit« große argumentative Bedeutung zu. Einerseits bietet

es die Möglichkeit, einen diffus empfundenen Missstand vage zu benennen und zugleich restriktiver als bisherige Forderungen zu wirken; andererseits verlagert der Begriff das Problem von äußeren Kriterien in das Innere der »Unwilligen«. In der Argumentation für strenge Strafen wird der Begriff somit zum Fluchtpunkt dreier in der mediatisierten Politik verschränkter Diskurse über (a) Integration, (b) Terrorismus und (c) Schule. Ersterer versteht seit Langem Integration als Bringschuld von MigrantInnen und setzt zugleich Integration mit kultureller Assimilation gleich. Dabei wird eine homogene nationale Kultur unterstellt, die zunehmend entlang sprachlicher und religiöser Grenzziehungen verstanden wird. Der mediale Diskurs über Terrorismus fokussiert seit 2014 den »Islamischen Staat« als zunächst externe und zunehmend interne Bedrohung, verkörpert durch einige radikalisierte Jugendliche. Im Zentrum des weit zurückreichenden Diskurses über Schule stehen schließlich neue Aufgaben von LehrerInnen hinsichtlich Integration.

Obwohl die meisten österreichischen Medien den Begriff der »Integrationsunwilligkeit« zunächst hinterfragten, fand im Laufe der folgenden Wochen und Monate ein Prozess der Normalisierung statt, der letztlich auch im Handlungsfeld der Politik zum Tragen kam. Der folgende Beitrag zeichnet die oben skizzierten Entwicklungen aus diskurshistorischer Perspektive nach und legt dabei Mechanismen der Normalisierung offen. Er operationalisiert dazu das Konzept des Diskursstranges mit korpuslinguistischen Mitteln und kombiniert quantitative und qualitative Analysen. Im Sinne einer Begriffsgeschichte der »Integrationsunwilligkeit« werden dabei neben der Diskursebene der Medien auch Gesetzgebung, Rechtsprechung und parlamentarische Debatten der vergangenen Jahrzehnte miteinbezogen.

Theoretischer Rahmen

Diskursive Veränderungen (»discursive change«) und Verschiebungen (»discursive shifts«) geraten in den vergangenen Jahren zunehmend ins Interesse diskursanalytischer Forschung. Das betrifft zum einen weitreichende, globale Phänomene diskursiven Wandels wie Ökonomisierung (Jessop 2012), Politisierung (Buonfino 2004) oder Mediatisierung (Strömbäck 2008; Preston 2009; Forchtner/Krzyżanowski/Wodak 2013). Zum anderen beschäftigen sich Analysen aber auch vermehrt mit der minutiösen Nachzeichnung von (im doppelten Sinn) lokalen Veränderungen in Diskursen wie dem europäischen Nationalismus (McGlashan 2013) und politischer Kommunikation (Krzyżanowski 2013). Während erstere vor allem wandelnde Rahmenbedingungen beleuchten, erfassen letztere den Moment einer Verschiebung bzw. seiner diskursiven Realisierung(en) und machen ihn damit der Analyse zugänglich. Beiden gemeinsam ist die Annahme, dass Diskurse nicht nur Wirklichkeit konstruieren sondern selbst veränderlichen Bedingungen unterworfen sind. Eine markante Form diskursiven Wandels im Handlungsfeld der Politik und besonders in deren Mediatisierung stellen Phänomene der Normalisierung dar. Ausgehend von Links (2003) grundlegendem Versuch über den Normalismus haben etwa Jäger und Jäger (2007) die Verschiebungen innerhalb einer politischen Landschaft durch die

Mechanismen der »Normalisierung des Nicht-Normalen« untersucht. Insbesondere die Normalisierung von MigrantInnen als Bedrohung der inneren Sicherheit und Belastung des Sozialstaats und Bildungswesens ist als länderübergreifende Entwicklung zu sehen (Haynes et al. 2016). Im österreichischen Kontext hat Wodak (2015a, 2015b) die Normalisierung rechtspopulistischer Positionen in die sogenannte »Mitte« der Gesellschaft aufgezeigt. Dabei greifen Mechanismen der Normalisierung in die Mechanismen jener globalen Entwicklung, die als »Securitization« bezeichnet wird (Togral 2011; Williams 2003). Wenngleich diese Analysen zeigen, dass solche Verschiebungen mitunter an spezifischen Begriffen festzumachen sind, funktioniert Normalisierung letztlich nicht über einzelne Wörter sondern »ganze semantische Komplexe einschließlich ihrer Praxisbezüge« (Link 2013, S. 15). Um die Verschiebung um den Begriff »Integrationsunwilligkeit« aufzuzeigen, erfasst der vorliegende Beitrag die drei Diskurstypen, die Link an Normalisierung beteiligt sieht:

- Elementardiskurs: alltäglicher Sprachgebrauch, in diesem Beitrag erfasst im World Wide Web und in den Medien;
- Spezialdiskurse: in diesem Beitrag relevante Gesetze und legislative Materialien;
- Interdiskurs: hier parlamentarische Debatten und ihre Anwendung in behördlichen Bescheiden und Rechtsprechung.

Für die Analyse von Normalisierung in Longitudinalperspektive empfiehlt sich der Diskurshistorische Ansatz durch seine Betonung von Diskurs-Kontext-Beziehungen, interdiskursiven Phänomenen und der historischen Dimension von Diskursen (Reisigl/Wodak 2015). Neben den unmittelbaren Ko-Texten innerhalb des Diskursstranges über »Integrationsunwilligkeit« sind hier drei Kontextebenen relevant: der europäische Kontext einer »Securitization« von Migrations- und Integrationsfragen, insbesondere die Zuspitzung zu einem Konflikt zwischen (europäischen) nationalen Identitäten und (muslimischen) MigrantInnen (Huysmans 2000; Lazaridis 2011); der österreichische Kontext politischer und rechtlicher Auseinandersetzungen mit »Integrationsfragen«; und die spezifischen Ereignisse Ende 2014 und Anfang 2015, insbesondere Aufstieg und Mediatisierung des Islamischen Staates, die Radikalisierung österreichischer Jugendlicher mit Migrationshintergrund sowie die Terroranschläge vom 7.1.2015.

Forschungskontext

Die hier berichtete Forschung wurde im Rahmen eines mehrjährigen Projekts¹ zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität/en durchgeführt, dessen Ergebnisse im Verbund mit ähnlichen Studien um 2005 und 1995 eine Longitudinalperspektive eröffnen. Die über das Jahr 2015 hinweg gesammelten ca. 18.000 Datensätze umfassen politische

1 FWF-Projekt 27153 »Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identität/en 2015: Eine Longitudinalstudie«.

Reden, Ausstellungskataloge, TV-Dokumentationen und -Diskussionen, Zeitungsartikel, Fokusgruppen, Interviews und Social Media-Beiträge. In einem methodisch und konzeptuell erweiterten Rahmen werden (u.a. korpuslinguistisch) die zentralen Konstruktionen eines Homo Austriacus/Homo Externus, einer gemeinsamen politischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, einer gemeinsamen Kultur sowie eines Nationalkörpers untersucht (Wodak et al. 2009, S. 30).

Ungeachtet der langen Tradition Österreichs als Einwanderungsland betonen diese diskursiven Konstruktionen die nationale Einzigartigkeit und innere Homogenität sowie die Unterschiedlichkeit zu anderen Nationen unter Stereotypisierung ganzer Bevölkerungsgruppen oder Nationen (Wodak et al. 2009; de Cillia/Wodak 2009). Die Diskurse über Migration im Allgemeinen und über Integration im Besonderen verlaufen quer durch die oben angeführten Konstruktionen: Sie fokussieren die Regelung und Kontrolle von Migration und die Schaffung potentieller neuer StaatsbürgerInnen durch den Integrationsprozess (mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft als Endpunkt). Die Strategien dieser dichotomen Konstruktion eines homogenen nationalen Selbst (»Wir«) und eines undifferenzierten Fremden (»die anderen«, »diese Menschen«) sowie die dabei benutzten Kategorien und Normen – kulturell, ethnisch, religiös – sind von besonderem Interesse für die Normalisierung des »neuen Rassismus« (Togral 2011) und die Legitimierung der Beschränkung von Rechten.

Der Diskursstrang über »Integrationsunwilligkeit«

Im Kontext des obigen Projekts wurde der mediale Diskurs über Integration als Korpus von 3.202 Texten (1.866.424 Token) aus dem Jahr 2015 abgebildet. Die Texte wurden nach ihrem Makrothema ausgewählt und stammen aus 11 österreichweiten Tageszeitungen² sowie 4 Magazinen³. Im Jahresverlauf weist der Diskurs starke, wechselnde interdiskursive Bezüge zu Diskursen über Flüchtlinge, die Europäische Union, Sicherheit, Terrorismus, Islam, Bildung, Gleichberechtigung und Arbeitslosigkeit auf.⁴ Im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang, in dem der Begriff »Integrationsunwilligkeit« seine Normalisierung erfährt, verschränken sich die Diskurse über Integration, Terrorismus und Bildung.⁵

Inhaltlich entspricht der Begriff »Integration« im Sprachgebrauch der österreichischen Politik weitgehend dem der »Assimilation«, genauer gesagt beschränkte sich die

2 Namentlich Standard, Presse, Heute, Kleine Zeitung, Krone, Kurier, Oberösterreichische Nachrichten, Österreich, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung sowie Wiener Zeitung.

3 Namentlich *Profil*, *News*, *Biber* sowie die österreichische Ausgabe der *Zeit*.

4 Dieser Korpus enthält den hier analysierten Diskursstrang und dient zugleich als Referenzkorpus für die Schlüsselwortanalyse (siehe unten). Der gesamte Korpus wurde korpuslinguistisch aufbereitet, die Wortformen lemmatisiert und mit WordSmith ausgewertet. Im Folgenden werden nur relevante Aspekte dieser Gesamtanalyse wiedergegeben.

5 Der Begriff hat eine andere Geschichte im Nachbarland Deutschland, wo ihn etwa Thilo Sarrazin und die rechtspopulistische Alternative für Deutschland verwenden.

diskursive Konstruktion von »Integration« lange auf kulturelle, insbesondere sprachliche Assimilation (Permoser/Rosenberger 2012). Dies äußert sich u.a. in einer restriktiven und undifferenzierten Sprachenpolitik mit Ausnahme der verfassungsrechtlich geschützten Minderheitensprachen (de Cillia 2012; de Cillia/Vetter 2013). »Notwendige Maßnahmen gegen Fremde« finden sich seit den späten 90er Jahren zunehmend in Form von Maßnahmen gegen fremde Sprachen und jene, die sie sprechen.⁶

Zentrale Felder der Aushandlung von Rechten und Pflichten in diesem Zusammenhang sind die entsprechenden Gesetzesmaterien, insbesondere das Staatsbürgerschaftsrecht (StbG seit 1998, mehrfach novelliert) und das Fremdenrecht (FrG). Ersteres verlangt seit seiner Novellierung im Jahr 2011 den Nachweis von Deutschkenntnissen auf dem Niveau B1 des GERS. Letzteres enthält Regelungen, nach denen Zuwanderer aus Drittstaaten für einen unbefristeten Aufenthaltstitel die sogenannte »Integrationsvereinbarung« eingehen müssen. Diese verlangt seit 2011 Deutschkenntnisse auf dem Niveau A1 des GERS vor Zuzug, Niveau A2 innerhalb von zwei und B1 innerhalb von fünf Jahren. Sprachwissenschaftliche Kritik an diesen Regelungen und begleitenden Vorgaben für Sprachkurse bezeichnet diese als kontraproduktiv und sozial diskriminierend (de Cillia 2012, S. 197 ff.). Die politikwissenschaftliche Einschätzung dieses Wechsels von einem auf Rechten basierenden Verständnis von Integration hin zu einem, das die Pflichten von MigrantInnen betont (Perchinig 2010, S. 25), fällt ebenfalls harsch aus. Die Regelungen seien sachpolitisch nicht zielführend und vielmehr ein prominentes Beispiel symbolischer Politik als Forderung migrantischer »Unterwerfung« gegenüber der Staatsmacht und damit auch Demonstration von Stärke gegenüber den eigenen WählerInnen (Perchinig 2010, S. 29). Joppke findet für diese Spielart des repressiven Liberalismus die treffende Bezeichnung »liberalism of power and disciplining« (Joppke 2007, S. 14 ff.). Als Fortsetzung und besonders deutliche Ausprägung dieser Politik bringt die Debatte um »Integrationsunwilligkeit« einen »empty signifier« ins Spiel, der anstelle von Integrationskriterien auf eine vermutete innere »Unwilligkeit« abstellt und um den herum sich eine Argumentationslinie »Integration durch Strafen« organisieren lässt.

Um die spezifische Konstruktion der »Integrationsunwilligkeit« nachzuzeichnen, wird das Konzept »Diskursstrang« (Jäger 2001; Wodak 2002) hier als thematisch und zeitlich beschränktes Subkorpus des oben genannten Korpus über »Integration« operationalisiert. Diese Vorgehensweise erlaubt es einerseits, die Spezifika seiner diskursiven Aushandlung zu erfassen und andererseits, den Vergleich mit dem allgemeinen Diskurs über Integration zu ziehen. Der so erfasste Diskursstrang umfasst 280 Texte (290.440 Token) aus den oben genannten Quellen, die zwischen 20.1. und 5.2.2015 veröffentlicht wurden. In der medialen Berichterstattung markieren diese Daten Anfang und Ende der auf den Begriff in einer seiner Flexionsformen oder Derivate fokussierten Debatte, die durch drei eng verknüpfte diskursive Ereignisse ausgelöst wurde:

6 Perchinig (2010, S. 27) kritisiert diese Sicht auf Sprache als verschleierte ethno-kulturelle Assimilationsforderung. Auch Permoser/Rosenberger (2012) monieren die kulturalistische Betonung von Assimilation im politischen Diskurs.

(1) Zwei Wochen nach den Anschlägen in Paris brachte der steirische Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ⁷) einen Entschließungsantrag in den steirischen Landtag ein, welcher diesen auch beschloss. In diesem wurde ein Zusammenhang zwischen den Terroranschlägen in Frankreich und der behaupteten Integrationsunwilligkeit in Österreich lebender MigrantInnen hergestellt und die Ausarbeitung von »Tatbeständen« der »Integrationsunwilligkeit« sowie deren rechtlicher Ahndung gefordert (Entschließungsantrag 3237/6, 20.1.2015);

(2) ein Interview mit Voves, in dem er die Vorwürfe auf integrationsunwillige SchülerInnen und deren Eltern eingrenzt und konkrete Strafforderungen erhebt;

(3) ein am selben Tag gegebenes Interview mit dem burgenländischen Landeshauptmann Niessl, ebenfalls SPÖ, der sich Voves in seinen Forderungen nach Strafen für »Integrationswilligkeit« anschließt.

Vor der Analyse dieser diskursiven Ereignisse wird jedoch ein ihnen vorangegangenes Interview mit Voves beleuchtet;⁸ zwar hatte er in diesem nur vom »nicht wollen« gesprochen, den Begriff »Integrationsunwilligkeit« also noch nicht gebraucht, doch den argumentativen Rahmen des Diskursstranges bereits ausgelotet.

»Dieser wirklich dramatische Terroranschlag auf eine Redaktion in Paris veranlasst mich dazu, eindeutig zu sagen, dass die Politik in Europa viel zu lange weggeschaut hat, das heißt, wenn Menschen nach Europa, nach Österreich kommen, die religiös motiviert versuchen, unsere Werteordnung zu unterwandern und das uns gebürtigen Österreichern, Europäern in ihrem Lebensumfeld dann auch so darlegen und leben, also gar keine Bereitschaft zeigen, wirklich Integration zu wollen, dort sollten wir unseren Rechtsstaat anders orientieren.« (ORF 2015)

Voves beginnt mit einem Topos der kausalen Folge, den er später zu einem Topos der Notwendigkeit ausbaut. Der Anschlag wird damit als Ursache und Auslöser all dessen, was folgt, identifiziert. Der positiven Selbstpräsentation (»eindeutig zu sagen«) stellt Voves die »Politik in Europa« gegenüber, die er über die Negativcharakterisierung »viel zu lange weggeschaut« näher bestimmt. Diese Positionierung wird dann in Form eines konditional formulierten Ursachen-Topos gedeutet (»das heißt«): Wenn eine bestimmte Art von Menschen nach Österreich bzw. Europa kommt, dann sollten »wir« Änderungen im Rechtsstaat vornehmen (»anders ausrichten«). Voves nimmt hier einige bemerkenswerte Gleichsetzungen vor: Erstens wechselt er wiederholt zwischen Österreich und Europa, wobei er stets beide Räume nacheinander ohne Konjunktion nennt. Zumindest implizit

7 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs kann als mitte-links stehende Partei charakterisiert werden, die sich auf eine antifaschistische Tradition beruft und in den vergangenen Jahrzehnten eine Koalition mit der rechts-stehenden Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) aufgrund deren ausländerfeindlicher, EU-skeptischer und anti-islamischer Positionen sowie Berührungspunkte mit der extremen Rechten strikt abgelehnt hatte. Dieser langjährige »cordon sanitaire« wurde 2015 viel diskutiert und auf Landesebene gebrochen.

8 Das Interview fand am Rande eines Empfanges statt und wurde nicht gesendet, es wird daher auf die schriftlich publizierte Fassung Bezug genommen.

ergibt sich so der Eindruck einer präzisierenden oder erweiternden Gleichsetzung per pars-pro-toto und anschließendem Umkehrschluss: Was für Europa gilt, gilt auch für Österreich; was für Österreicher gilt, gilt auch für Europäer. Die zweite Gleichsetzung liegt in der näheren Bestimmung der »Menschen«, die da kommen, also der MigrantInnen: Über diese sollen die Hintergründe des Terrorismus erklärt werden, nämlich als Versuch, »unsere Wertordnung zu unterwandern« und zwar keineswegs konspiratorisch, sondern offen. Die Kurzformel für diese zur Schau gestellte Unterwanderung findet Voves in der noch umständlichen Formulierung »gar keine Bereitschaft zeigen, wirklich Integration zu wollen«. Diese Formel zeichnet bereits die Grundzüge der Figur der »Integrationsunwilligkeit« vor, sie meint den Mangel eines »Zeigens« oder »Darlegens«, nicht der Sache an sich. Diese Strategie der Differenzierung nutzt zunächst ein ebenfalls gleitendes »wir« – mal Europäer, mal Österreicher [sic] – den Menschen, die kommen, gegenüber. Diesem »wir« wird dann auch »unsere Werteordnung« zugeordnet, welche wiederum von den anderen unterwandert wird. Während hier noch eine durch Werte oder Staatsangehörigkeit hergestellte österreichische bzw. europäische Gemeinschaft erkennbar ist, wird es in Folge nativistisch: Die Selbstpräsentation »uns gebürtigen Österreichern, Europäern« macht deutlich, dass auch MigrantInnen mit Staatsbürgerschaft bzw. deren Kinder unter Verdacht stehen, »zu unterwandern«. Voves folgende Forderung nach der Diskussion härterer Strafen knüpft an das Motiv einer unauflöslichen religiösen Differenz an. Er variiert dabei den konditionalen Notwendigkeits-Topos als »Wenn Menschen zu uns kommen, die gottesstaatliche Überlegungen haben [...], dann haben wir alles zu tun, um das politisch reiflich jedenfalls einmal zu diskutieren«. Nach einem Disclaimer, mit dem Voves beteuert, selbst tolerant gegenüber »Staatsbürger[n] und Mitmenschen« muslimischen Glaubens zu sein, präzisiert er den Zugzwang, unter dem er sich selbst als Repräsentant der Politik sieht: »aber die Zahl jener, die religiös motiviert anderes zum Ziel haben, wird immer größer, das spüren die Menschen, und da hat die Politik nicht mehr wegzuschauen«. Beachtenswert ist hier der Einschub »das spüren die Menschen«, mit dem die Kausalkette zwischen der steigenden Bedrohung und dem Nicht-mehr-wegschauen-dürfen der Politik geknüpft wird. Es ist letztlich das Empfinden der Menschen – Voves formuliert hier am »gesunden Volksempfinden« vorbei – das die Notwendigkeit politischen Handelns unmittelbar begründet. Er gesteht zwar ein, es gebe kein unmittelbares Gefahrenpotential für die Steiermark, Hassprediger hätten jedoch »religiös motiviert sogar IS-Terroristen rekrutiert«. Er folgert daraus unter Rückbezug auf das konstatierte »Wegschauen« der europäischen Politik, man müsse »mit wesentlich offeneren Augen und Ohren [...] agieren«, dies sei »aber [...] eine europäische politische Frage, eine bundespolitische Frage«. Nachdem er sich zunächst verantwortungsbewusst und wachsam zeigt, wird die Verantwortung an höhere Ebenen übertragen.

In dem wenig später eingebrachten Entschließungsantrag werden die solcherart bereits angelegten Argumente weiter ausgearbeitet. Der Betreff des Antrags – »Verstärkte Integration von Menschen mit verschiedenen Staats- und Religionszugehörigkeiten in einem Österreich, das von europäischen und humanistischen Werten getragen wird und rechtliche Rahmenbedingungen gegen Integrationsunwilligkeit« – rekontextualisiert die zentralen Motive aus Voves Interview: »verstärkte Integration« wird als Ziel präsentiert,

»rechtliche Rahmenbedingungen« als Mittel dafür; auf der einen Seite wird ein von »Werten« getragenes Österreich positioniert, auf der anderen das Grundübel der »Integrationsunwilligkeit«. Damit ist nicht nur der für die folgende Debatte zentrale Begriff gefunden, sondern mit der Figur des »von europäischen und humanistischen Werten getragenen Österreich« auch ein existenzielles Bedrohungsszenario, das ein strenges Vorgehen gegen unwillige MigrantInnen rechtfertigt: Ließe man sie »unsere Werteordnung unterwandern«, würde Österreich, dieses Fundaments beraubt, zusammenbrechen. So wird den geforderten Strafen der Anschein der Notwehr verliehen, wie schon den Maßnahmen gegen Terrorismus. Auf die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen diesem und der »Integrationsunwilligkeit« arbeitet der gesamte Begründungsteil des Entschließungsantrages hin.

Dieser sieht seit den Terroranschlägen eine »europaweite« Diskussion »über Integration, den Umgang mit Menschen anderen Glaubens oder anderer Werthaltung und der Bekämpfung radikaler Terrorgruppen neu entfacht«. Schon der Eröffnungssatz bringt Integration und den Umgang mit dem Anderen durch Aufzählung in eine Abfolge mit Terrorismus; zugleich wird dieser Zusammenhang durch den Verweis auf eine europaweite Diskussion extern legitimiert; und schließlich spielt die Formulierung »neu entfacht« darauf an, man habe den gefährlichen Brand »schwelten« lassen. Das Fremde wird dabei durch die wiederholte Qualifizierung »anderen Glaubens« und »anderer Werthaltung« charakterisiert; welchen Glaubens und welcher Haltung muss nicht genannt werden, ist dies doch in der Dichotomie zwischen »unserem«, nämlich christlichem Glauben, und dem »anderen Glauben« ohnehin festgelegt.

Während der Begründungsteil die »engere Zusammenarbeit zwischen Staaten« zur »Verhinderung weiterer möglicher Terroranschläge« lobend anerkennt, betont er die Notwendigkeit, im Ausland kämpfenden ÖsterreicherInnen nicht nur im Fall von Doppelstaatsbürgerschaften die österreichische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Am thematischen Übergang von terroristischen Bedrohungen zur Integration im Sinne der Vermittlung von Grundrechten und Werten unterbleibt eine explizite Klärung des Zusammenhangs. Vielmehr beschränkt sich der Antrag darauf, letzteres wörtlich »neben« ersteres zu stellen. An der Schlüsselstelle der Begründung wird Integration in »zentralen Bereichen der Gesellschaft (Gesundheit, Soziales, Bildung, Jugend)« als »essential« bewertet, »um für und mit den dort handelnden Personen Sicherheit im Umgang mit der Bevölkerung zu erreichen«. Hier bleiben mehrere Bezüge unklar: erstens die »dort handelnden Personen«, womit wohl die jeweiligen Berufsgruppen gemeint sind (z.B. LehrerInnen); zweitens die »Bevölkerung«, die hier den »handelnden Personen« gegenübergestellt wird und MigrantInnen mit ein- oder ausschließen könnte. Diese Frage hängt letztlich davon ab, wie in diesem Kontext »Sicherheit« gemeint ist. Angesichts des zuvor ausgeführten Bedrohungsszenarios ist die wahrscheinlichste Lesart, dass es um Sicherheit für die Berufsgruppen geht, wo diese – aber auch »die Bevölkerung« – in Kontakt mit den potentiell gefährlichen MigrantInnen kommen. Hier wird der zwischenmenschliche Umgang miteinander im öffentlichen Raum zu einem Sicherheitsthema umgedeutet.

Mit einem weiteren Nutzen-Topos wird in Folge argumentiert, es müssten »auch Einwanderinnen und Einwanderern jene Rechte und Pflichten abverlangt werden [...], die Österreicherinnen und Österreichern abverlangt werden, um die Werte unserer Gesellschaft aufrecht erhalten zu können«. Die vordergründige Betonung des Grundsatzes gleicher »Rechte und Pflichten« wird hier konterkariert durch das für diese Klammer ungeeignete Verb »abverlangt«, sodass Rechte nicht zugestanden sondern ebenfalls abverlangt werden. Die Betonung liegt somit letztlich darauf, man müsse MigrantInnen etwas »abverlangen«. Neben den »Werten« selbst sei das jedenfalls die Anerkennung des »auf der europäischen Werteordnung basierende[n] Rechtsstaat[es]«. Über den Rekurs auf all jene, »die diese Werteordnung nicht akzeptieren« und versuchen, »eine Parallelgesellschaft aufzubauen« und »damit bei der Bevölkerung Ängste und Ärger« auslösen, gelangt die Begründung nun zur »Integrationsunwilligkeit« und der Forderung, diese »ahnden zu können«. Konkret solle eine Kommission bestehend aus ExpertInnen und JuristInnen »Tatbestände von Integrationsunwilligkeit und rechtliche Möglichkeiten der Ahndung solcher Tatbestände« erarbeiten. Weitergehende Definitionen der »Integrationsunwilligkeit« selbst und ihrer Ahndung unterbleiben im Rahmen des Antrages.

Der Text schließt eine abgesetzte Forderung an, die entweder als Präzisierung oder Ergänzung verstanden werden kann: »Unsere Rechtsordnung« müsse in Zukunft auch Möglichkeiten bieten, »gegen »falsch verstandene Toleranz« vorgehen zu können«. Ebenso wie bei den Tatbeständen wird hier eine Begrifflichkeit unter Anführungszeichen gesetzt und damit als (inter)diskursives Versatzstück markiert, dessen Unangemessenheit im Text distanzierend markiert wird. Dank dieser kalkulierten Ambivalenz (Engel/Wodak 2009) bleibt offen, wogegen vorgegangen werden müsse: Von falsch verstandener Toleranz ist meist die Rede, wenn vorgeblich zu viel Andersartigkeit toleriert wird; diejenigen die dabei Toleranz falsch verstehen sind entweder jene von »uns«, die zu viel tolerieren, oder die »Anderen«, die sich dadurch in ihrer Andersartigkeit ermuntert fühlen. So schwingt zumindest mit, man müsse gegen beide vorgehen, die allzu Toleranten und die Tolerierten. Der Begründungsteil schließt mit einem paternalistischen Opfer-Topos, der zugleich den Bezugsrahmen auf Schulkinder verengt. Integration sei deshalb einzufordern, weil »jene Kinder, die unsere Werte von ihren Eltern nicht bekommen, keine Chance haben, in unserer Gesellschaft zu bestehen«. Das mutet insofern paradox an, weil jene Eltern schon zuvor als nicht zu »uns« gehörend kategorisiert wurden, nun aber »unsere Werte« an ihre Kinder weitergeben sollen. Wesentlich ist hier die paternalistische Position, man müsse zum Wohle der Kinder diese »möglichst früh« erreichen und zumindest die säumigen Eltern ahnden. Die einzige konkrete Forderung nach einer Maßnahme bezieht sich folgerichtig auf den Schulunterricht: die Einführung der Schulfächer »Politische Bildung« und »Ethik« für alle Kinder. Diese alte Forderung zahlreicher BildungsexpertInnen wird hier als Maßnahme gegen »Integrationsunwilligkeit« rekontextualisiert. In der folgenden Debatte erhält diese Forderung jedoch kaum Aufmerksamkeit; vielmehr setzt ein Prozess der Skandalisierung ein, wie er häufig bei rechtspopulistischen Vorstößen zu beobachten ist (Wodak 2015b). Aufsehen erregten die angedeutete Kriminalisierung eines bloßen Willens bzw. Unwillens bei einer bestimmten Bevölkerungsgruppe und die Forderungen nach strengen Strafen. Die Fokus-

sierung auf diese beiden Aspekte zeichnete sich bereits in den folgenden Interviews bzw. ihrer Mediatisierung ab.

»Der steirische Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) will juristisch gegen »Integrationsunwilligkeit« vorgehen. [...] Geht es nach Voves, dürfe nicht hingenommen werden, »dass ein muslimischer Bub seine Lehrerin nicht akzeptiert, weil sie eine Frau ist und auch sein Vater nicht mit der Lehrerin spricht, sondern nur mit dem Herrn Direktor. Und auch muslimische Mädchen haben am Schwimmunterricht teilzunehmen, denn Schwimmunterricht ist Teil des gesetzlich festgelegten Lehrplanes.« (Österreich, 20.1.2015)

Die juristisch zu ahnende »Integrationsunwilligkeit« wird hier medienwirksam am »muslimischen Bub« bzw. »muslimischen Mädchen« im Schulkontext festgemacht und wurde wortgleich zitiert in anderen Tageszeitungen (Standard, Presse, Kurier, Krone vom 20.1.2015). Über das Zitat wird hier eine Gruppe von zumindest potentiell »Integrationsunwilligen« konstruiert, die einerseits im generischen Singular repräsentiert wird, andererseits durch ihre geschlechtliche und familiäre Identität bestimmt ist.

Der burgenländische Landeshauptmann, Hans Niessl, drängte die Diskussion mit seinem am Folgetag veröffentlichten Interview noch stärker in die Richtung von sanktionswürdiger »Integrationsunwürdigkeit« in der Schule. Exemplarisch sei hier die Wiedergabe in der Tageszeitung *Kurier* angeführt; abermals waren die meisten Berichte nahezu wortgleich.

»Niessl erzählt aus seiner Zeit als Schuldirektor. Da habe er Fälle zu lösen gehabt, wo Söhne aus muslimischen Familien sich weigerten, die Lehrerin zu akzeptieren, weil sie eine Frau war. Er habe mit dem Vater der Söhne gesprochen, und diesem klargemacht, dass seine Söhne schwerlich eine erfolgreiche Schullaufbahn haben würden, wenn sie sich weigern, mit der Lehrerin zu reden. Er habe den Vater dazu angehalten, mit der Lehrerin zu reden, dann die Söhne dazugeholt, damit diese sehen, dass auch der Vater mit der Lehrerin spricht. Niessl: »Wenn es nach einem derart mühevollen Überzeugungsprozess immer noch nicht funktioniert, und sich jemand immer noch weigert, Frauen zu akzeptieren, dann bin ich der Meinung, dass man das juristisch ahnden soll.« Am Dienstag hatte Franz Voves im steirischen Landtag vorgeschlagen, Experten zu beauftragen, »juristische Tatbestände bei Integrationsunwilligkeit zu definieren«. Niessl fordert außerdem, Personen, die in den Dschihad ziehen, die Staatsbürgerschaft zu entziehen: »Jemand, der in den Krieg zieht und kämpft, soll die Staatsbürgerschaft verlieren.« (Kurier, 21.1.2015)

Niessl rekontextualisiert hier die von Voves zuvor skizzierten »Tatbestände der Integrationsunwilligkeit« als persönliche Erfahrungen und verleiht ihnen so Faktizität. Seine »Zeit als Schuldirektor« dient als Beleg für seine Expertise im Umgang mit »Integrationsunwilligen«, er spricht also nicht nur als Politiker, sondern auch als pädagogischer Experte und Betroffener. Er kann sich damit in jenem »zentralen Bereich der Gesellschaft«

positionieren, den der Entschließungsantrag vage benannt hatte und konkretisiert, wie »Sicherheit [für und mit den dort agierenden Personen] im Umgang mit der Bevölkerung« gemeint sein könnte. Das kommentarlose Aneinanderreihen von »Integrationsunwilligkeit« und Terrorismus, verfestigt durch stete Wiederholung, macht den Terrorismus zum Telos der »Integrationsunwilligkeit«.

In kurzem Abstand folgten Interviews mit weiteren PolitikerInnen der SPÖ und später der ÖVP⁹. Darin eskalierten die Strafforderungen, etwa als Landesrat Entholzer (SPÖ) »Sozialdienst für Integrationsunwillige« vorschlug und mit kaum verhohlener Genugtuung meinte, dann müssten »die Männer vielleicht auch einmal putzen« (Standard, 23.1.2015). Über Wochen entwickelte sich die mediatisierte Diskussion über die Frage, ob Sanktionen strafrechtlich oder verwaltungsrechtlich, pädagogisch oder finanziell sein sollten, hin zu Forderungen nach einem Kopftuchverbot und der Kürzung von Sozialleistungen – stets als Maßnahmen gegen Radikalisierung und Terrorismus.

Die weitere Berichterstattung fokussierte das Fehlverhalten von Schulkindern bzw. ihrer Eltern sowie deren Sanktionierung im Rahmen der Schule als Institution im Dienste des Normalismus. Das als abweichend identifizierte Verhalten, aus dem man auf »Integrationsunwilligkeit« schließen könne, umfasste Fernbleiben vom Unterricht, Verweigern des Händeschüttelns, Tragen eines Kopftuches und Sprechen von Fremdsprachen in Schulpausen. Angesichts der Diskrepanz zwischen diesen Vergehen und den geforderten Strafen, die sich nur aus der Anbindung an Diskurse über Terrorismus und Dschihadismus erklärt, ist die große mediale Aufmerksamkeit zwar plausibel, zugleich aber ein Aspekt der Normalisierung. Um deren Mechanismen näher zu beleuchten, werden im Folgenden einige korpuslinguistische Ergebnisse dargelegt. Zunächst etablierte die mediatisierte Debatte den Begriff »Integrationsunwilligkeit« und verwandte Termini in den Medien und verstärkte ihren Gebrauch im Allgemeinen. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Verwendung/Woche für das Lemma »Integrationsunwilligkeit« (einschließlich aller Flexionsformen) innerhalb von .at-Domänen und in österreichischen Zeitungen seit 2005.

Zumindest innerhalb des Diskursstranges blieb die Presse dem Begriff »Integrationsunwilligkeit« gegenüber skeptisch. 265 der 280 Texte, das sind 95% des Korpus, thematisieren die Ambiguität des Begriffes direkt oder in Form von Fragen an eineN InterviewpartnerIn. Dennoch vergegenständlichen 258 (92%) der Texte »Integrationsunwilligkeit« in Form zumindest einer als Normverletzung präsentierten Verhaltensweise. In 244 (87%) der Texte wird zumindest eine konkrete Strafe oder Sanktion erwähnt. 232 (83%) der Texte repräsentieren die vage definierte Bevölkerungsgruppe, die mit »Integrationsunwilligkeit« in Verbindung gebracht wurde: Kinder mit Migrationshintergrund und deren Eltern.

9 Die Österreichische Volkspartei kann als mitte-rechts Partei charakterisiert werden, die konservativ-christliche Werte betont. Sie besetzt derzeit das Innen- und Justizministerium sowie das Ministerium für Europa, Integration und Äußeres.

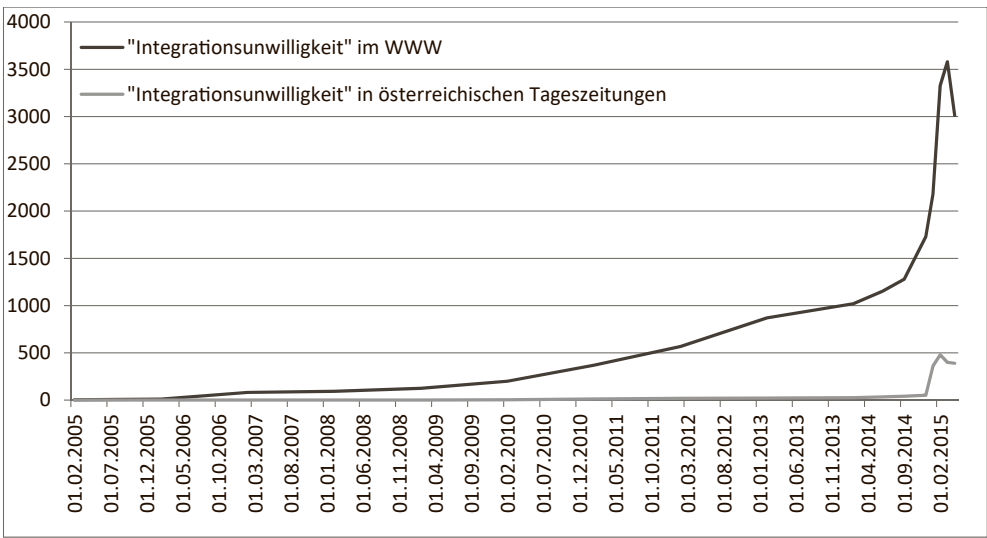


Abbildung 1: Häufigkeit/Woche für »Integrationsunwilligkeit« für .at-Domänen (Google Analytics) und Tageszeitungen¹⁰

Lexikalisch wird die Vorstellung eines »mangelnden Willens zur Integration« vorwiegend mit dem Präfix *un-* gebildet – adjektivisch (»unwillig«), nominal (»Unwille«) oder abstrahiert (»Unwilligkeit«) – und entweder in analogen Komposita (»integrationsunwillig«, »Integrationsunwille«, »Integrationsunwilligkeit«) oder analytischen Formen (»unwillig sich zu integrieren«) verwendet. Vereinzelt finden sich auch Konstruktionen mit »nicht«, »fehlend« oder »mangelnd«. Die meisten Belege im Diskursstrang werden in Nominierungs- und Prädikationsstrategien verwendet, um bestimmte soziale AkteurInnen zu benennen bzw. charakterisieren. Mit dem Adjektiv »integrationsunwillig« werden etwa in 102 Fällen SchülerInnen und in 18 Fällen »Zuwanderer« und »Migranten« näher bestimmt. Tabelle 1 zeigt Häufigkeit und Verbreitung der mit »Integration« gebildeten Komposita.

Komposita	Häufigkeit	% der Texte
Integrationsunwilligkeit	224	78
Integrationsunwillige (Nom.)	161	57
Integrationsunwillig (Adj.)	120	43
Integrationsminister	116	39

10 Die im Grunde zu bevorzugende Variante, für beide Korpora relative Frequenzangaben zu machen, ist aufgrund der Datenlage im Fall von Google Analytics nicht möglich. Die Gegenüberstellung der beiden Kurven ist daher nicht als direkter Vergleich der absoluten Zahlen zu verstehen, vielmehr ist der gleichzeitige Anstieg der beiden Kurven innerhalb des Untersuchungszeitraums zu beachten.

Integrationsdebatte	90	32
Integrationsverweigerung	78	25
Integrationsverweigerer	56	20
Integrationsprobleme	26	9
Integrationswilligkeit	22	7
Integrationspass	19	5
Integrationspolitik	15	5
Integrationsmängel	8	2
Desintegrationstendenzen	4	1
Ausländerintegration	4	1
Nichtintegration	4	1

Tabelle 1: Komposita mit »Integration«

Die Wortbildung »Integrationsunwilligkeit« verlagert den Fokus von »Integration« hin zur »Willigkeit« bzw. »Unwilligkeit« und damit nicht nur von der positiv definierbaren Integration (sei es durch Sprache oder Leistung) hin zu ihrer Abwesenheit, sondern von der faktischen Dimension in eine innere, nicht zugängliche Dimension des »Willens«. Damit wird Integration rekontextualisiert als etwas, das bei mangelndem Willen nicht stattfindet. Diese Gleichsetzung ermöglicht scheinbar, einen Menschen nicht aufgrund seiner tatsächlichen Integration sondern schon aufgrund seines Willens zu beurteilen bzw. strafrechtlich zu verfolgen, wie von einigen gefordert. Der Stamm »-willig« bzw. »-willigkeit« konnotiert einerseits mit Unterwerfung und Gehorsam in militärischen und anderen Befehlskontexten, andererseits mit Sexualität und Promiskuitivität. Im letzteren Kontext ist die Qualität »willig« nahezu ausschließlich weiblich konnotiert. Dem gegenüber ist stets ein dominanter Part zu denken, seinerseits männlich konnotiert, der den entsprechenden Gehorsam als etwas einfordert, das ihm zusteht. Diese Prägung hat eine historische (Grimm/Grimm 1965) und literarische Dimension (Reddemann 2005), setzt sich aber im aktuellen Sprachgebrauch fort.

Der Diskursstrang im diskursiven Kontext

Die thematischen Besonderheiten des Diskursstranges über »Integrationsunwilligkeit« zeigen sich im Vergleich zum allgemeinen Diskurs über »Integration«. Die Schlüsselwort-Analyse (Keyword Häufigkeit: ≥ 20 ; Statistik: Log likelihood, $p \leq 10^{-6}$) zeigt die ungewöhnliche Dominanz von sozialdemokratischen PolitikerInnen, SchülerInnen, Eltern, Strafen, Regelverstößen, Extremismus und Terrorismus sowie Schule, LehrerInnen und anderen AkteurInnen im Schulkontext. Beachtenswert ist, dass auch »Integration« und

»integrieren« selbst Schlüsselwörter gegenüber dem Referenzkorpus darstellen. In der folgenden Tabelle wurde die Parteizugehörigkeit politischer Akteure in Klammer angegeben.

N	Lemmata	Keyness
1	Voves (SPÖ)	1074
2	Eltern	937
3	SPÖ	526
4	Niessl (SPÖ)	388
5	Schüler	331
6	Verwaltungsstrafe	326
7	Strafe	309
8	Euro	304
9	Landeshauptmann	277
10	Integrationsunwillige	270
11	Integrationsunwilligkeit	214
12	Schule	197
13	Problem	194
14	Lehrer	186
15	Heinisch (SPÖ)	176
16	Pegida	173
17	Häupl (SPÖ)	169
18	Sanktionen	163
19	Integrationsdebatte	159
20	Kritik	152
21	Sozialdienst	145
22	ÖVP	130
23	Lehrerin	120
24	Ahnden	118
25	Integrationsverweigerung	118
26	Radikalisierung	118
27	Debatte	101
28	Kurz (ÖVP)	99
29	FPÖ	90
30	Terror	90
31	Rülpser	82
32	Zahlen	82
33	Verweigern	81
34	Integrieren	79

N	Lemmata	Keyness
35	Strafrechtlich	79
36	Entholzer (SPÖ)	73
37	Integrationsverweigerer	72
38	Rechts	72
39	Blauen (FPÖ)	70
40	Integrationsunwillig	70
41	Kanzler (SPÖ)	70
42	Vorschläge	69
43	Jugend	66
44	Geldstrafen	65
45	Rechte	64
46	Bildung	63
47	Mitwirkung	62
48	Integration	61
49	Schulpsychologen	61
50	Migrationshintergrund	60
51	Extremismus	59
52	Entziehen	56
53	Maßnahmen	53
54	Mahrer (ÖVP)	51
55	Vorstoß	51
56	Workshops	51
57	Ängste	44
58	Schwimmunterricht	44
59	Deutschland	43
60	Fassmann (Experte)	43
61	Schulschwänzen	43
62	Söhne	43
63	Kimberger (ÖVP)	42
64	Forderung	41
66	Sozialarbeiter	41
67	Integrationsminister	39
68	Unwillige	39
69	Wahlkämpfenden	39

N	Lemmata	Keyness
70	Unentschuldigte	38
71	Vorladungen	37
72	Kind	36
73	Prävention	36
74	Toleranz	36
75	Bloßstellen	35
76	Schulsozialarbeit	35
77	Sanktionieren	34
78	Putzen	31

N	Lemmata	Keyness
79	Sanktionsmöglichkeiten	31
80	Schärferen	31
81	Staatsbürgerschaft	31
82	Islam	30
83	Schulpartner	30
84	Durchgriffsrecht	29
85	Extremfälle	29
86	Juristisch	29
87	Schulpflichtverletzung	29

Tabelle 2: Schlüsselwörter zum Referenzkorpus »Integration« im Jahr 2015

Die im Diskursstrang repräsentierten AkteurInnen lassen sich drei Feldern zuordnen, die die Logik der Debatte vorgibt: politische AkteurInnen, die härtere Maßnahmen gegen »Integrationswilligkeit« fordern oder ablehnen (1378 Erwähnungen); diejenigen, denen »Integrationsunwilligkeit« vorgeworfen wird (691); und jene, die die geforderte Disziplinierung vornehmen und damit Integration bewerkstelligen sollen (371). Die Dominanz der ersten Gruppe gegenüber den beiden anderen weist den Diskursstrang als mediatisierte Politik aus: Er beschäftigt sich weniger mit »Integration« oder »Integrationsunwilligkeit« als mit der politischen Debatte über diese.

Die Zusammensetzung der drei Gruppen interessiert in Hinblick auf die Repräsentationsstrategien: Die überwiegende Mehrheit der politischen AkteurInnen sind – im Gegensatz zum allgemeinen Diskurs über »Integration« – Mitglieder der SPÖ (821 Erwähnungen in 75% der Texte), gefolgt von Mitgliedern der ÖVP (384 in 60%) und Mitgliedern der FPÖ¹¹ (81 in 26%), der Grünen¹² (41 in 9%) und der NEOS¹³ (13 in 4%). Die Gruppe der »Integrationsunwilligen« wird, jenseits dieser Klassifizierung, meist als SchülerInnen, Kinder, Mädchen und Buben, Söhne und Töchter repräsentiert (240 Erwähnungen in 54% der Texte). Die zweithäufigste Personengruppe unter den »Integrationsunwilligen« sind deren Eltern, meist Väter (205 in 58%). Die dritthäufigste Repräsentationsstrategie konstruiert die verdächtige Gruppe, unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft, als Fremde, MigrantInnen oder MuslimInnen (155 in 31%) und stellt damit neben kultureller auch auf religiöse Fremdheit ab. »Integrationsunwilligkeit« wird also stark mit der Institution Schule, mit familiären Strukturen und kulturell-religiöser Fremdheit verknüpft.

- 11 Die Freiheitliche Partei Österreichs wird als rechte bzw. rechtsextreme Partei charakterisiert. Sie positioniert sich klar rechts der ÖVP und provozierte in der Vergangenheit immer wieder mit ausländerfeindlichen oder anti-islamischen Äußerungen, die über eine mediale Skandalisierung die öffentliche Aufmerksamkeit monopolisierten.
- 12 Die Grünen haben sich aus einer reinen Umweltbewegung entwickelt und stehen im Parteienspektrum des österreichischen Parlaments links der SPÖ.
- 13 Die NEOS wurden vor wenigen Jahren durch ehemalige Mitglieder der ÖVP gegründet und treten als junge bürgerliche Bewegung auf.

Nähere Betrachtung der Konkordanzen und Kollokationen begrifflicher Konstruktionen um »Integrationsunwilligkeit« zeigt, dass diese fast ausschließlich Schulkindern zugeschrieben wird; dass diese Zuschreibung vorwiegend durch Mitglieder der SPÖ (in direkter oder indirekter Rede), den jeweiligen Zeitungsartikel (zunehmend im Verlauf des Diskursstranges) oder Mitglieder der ÖVP (in direkter oder indirekter Rede) erfolgt.

Die dritte Gruppe sozialer AkteurInnen wird aus jenen konstruiert, die für »Sicherheit im Umgang mit der Bevölkerung« sorgen sollen. Diese werden im Schulbereich als LehrerInnen, PädagogInnen und SchuldirektorInnen (228 Erwähnungen in 78% der Texte) sowie zuständige Ämter und ExpertInnen (83 in 9%) repräsentiert. Angesichts der Forderung nach einer »anderen Ausrichtung des Rechtsstaats« sowie rechtlicher Ahndung werden die zuständigen Organe kaum erwähnt (6 in 2%).

Integration durch Strafe: ein neues Paradigma im Integrationsdiskurs

Angesichts der einseitigen Repräsentation sozialer AkteurInnen und der vertretenen Positionen muss der Diskursstrang weniger als öffentliche Debatte denn als mediatisierte Politik gesehen werden. Zwar ist er nominell mehrstimmig, doch trägt jede weitere Verwendung des Begriffs »Integrationsunwilligkeit« zu seiner Verbreitung bei und hilft den politischen AkteurInnen in ihrem Agenda Setting. Da sich der Begriff für populistische Forderungen und die Legitimierung von restriktiven Maßnahmen eignet, zeichnet sich nicht nur eine terminologische Innovation in der österreichischen Integrationspolitik ab, sondern auch ein neues Argumentationsmuster nebst den bestehenden »Integration durch Sprache« und »Integration durch Leistung«. Die These, die hier als »Integration durch Strafe« subsummiert wird, verknüpft das Gelingen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund mit einem Nutzen-Topos: *Wenn die Verweigerung bestimmter Verhaltensweisen auf den Unwillen schließen lässt, die eigene (kulturell-religiöse) Fremdheit aufzugeben, dann ist jede Maßnahme und Strafe, die geeignet ist, die Unwilligen zu regelkonformem Verhalten zu bringen, im eigenen Interesse der Bestraften anzuwenden.* Diese paternalistische Version des Topos »pro bono eorum« wird legitimiert durch die Annahme, dass die Verweigerung, die auf Unwilligkeit folgt und auf die daher auch vorausschauend aus letzterer geschlossen werden kann – ein Zirkelschluss –, zu gesellschaftlicher Benachteiligung einerseits und zu Radikalisierung und Terrorismus andererseits führt. Während die beiden ersten Argumentationsmuster der Legitimierung hegemonialer Sprachenpolitik dienen (Perchinig 2010; Gruber/Mattes 2014; Strasser/Tošić 2014; Hofer 2016), knüpft »Integration durch Strafe« an die jüngere diskursive Konstruktion kultureller und religiöser Spannungen zwischen einem homogenen, nationalen Selbst (weiß, christlich, deutschsprachig) und einem Fremden (nicht-weiß, muslimisch, anderssprachig) innerhalb Österreichs an und führt die »Securitization« von Migration seit den Anschlägen des 11. September, in Europa besonders seit den Schengen-Abkommen (Bigo 2002; Scheibelhofer 2012, S. 325) fort. Dabei wird das Fremde als Bedrohung innerhalb des nationalen Körpers konstruiert.

Seit ihrer Formalisierung legt die Integrationspolitik in Österreich Integrationskriterien fest und stellt dabei im behördlichen, juristischen Rahmen auf die Feststellbarkeit von Integration ab. Dies drückt sich in Begriffen wie »Grad der Integration« in den relevanten Gesetzesmaterien aus. Die diskursive Verschiebung um den Begriff »Integrationsunwilligkeit« verweist auf eine Strategie der Schuldzuweisung, die ihrerseits im populistischen Diskurs österreichischer Parteien verankert ist (Perchinig 2010, S. 49; Wodak 2015a, 2015b). Zunehmend sehen sich die ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP unter Druck, nach rechts abwandernde WählerInnen zu halten und setzen dabei auf derartige Mittel. Besonders für die SPÖ stellt dies ein Problem in der nach innen wie auch nach außen gerichteten Selbstdefinition dar. Unter den Vorzeichen einer zunehmend mediatisierten Politik, die auf Mechanismen der Massenmedien angewiesen ist, werden eben diese Konflikte seit geraumer Zeit über die Medien ausgetragen. Dabei geraten Maßnahmen, Beschlüsse und Gesetze mitunter zu »symbolischen Handlungen«, wie Perchinig (2010, S. 49) für Verschärfungen im Staatsbürgerschaftsrecht konstatiert.

Rekontextualisierung von »Integration«

Wie bereits gezeigt rekontextualisiert das Argumentationsmuster um »Integrationsunwilligkeit« auch »Integration« und deutet den Begriff dabei neu. »Integration durch Strafe« erscheint als jüngste Episode mediatisierter Forderungen nach strengeren Regeln für Fremde. Im Folgenden wird diese Entwicklung daher als Begriffsgeschichte mit korpuslinguistischen Mitteln (1) in den relevanten Gesetzen und legislativer Materialien, (2) in parlamentarischen Debatten und (3) ihre Anwendung in der Rechtsprechung nachgezeichnet. Dafür wurde auf Basis der öffentlich zugänglichen Datenbanken jeweils ein Korpus erstellt und korpuslinguistisch aufbereitet (siehe Tabelle 3). Auf Basis einer Suche nach »Integration« als Wortbestandteil wurden neben allen Formen und Derivaten von »Integrationsunwilligkeit« auch die Formen von alternativen Begriffen wie »Integrationsbereitschaft« und »Integrationsfähigkeit« berücksichtigt.

Gesetzlicher Rahmen

Der gesetzliche Rahmen, dessen neue »Ausrichtung« gefordert wurde, kennt weder den Begriff »Integrationsunwilligkeit« noch seine zahlreichen Abwandlungen. Formulierungen, die sich auf Erwartungen bezüglich der Integration von MigrantInnen beziehen, fanden in den 90er Jahren im Zuge der FPÖ-Kampagnen für restriktivere Staatsbürgerschafts- und Einwanderungsregelungen und anschließender Verhandlungen mit dem Regierungspartner ÖVP Eingang in den juristischen Diskurs. Bereits dieser Prozess war teilweise mediatisiert und nutzte den Begriff »Integrationsbereitschaft« (Scheibelhofer 2012, S. 326) um einen »Mangel« zu behaupten (Cinar/Waldrauch 2006, S. 40).

Die von der ÖVP eingebrachte Regierungsvorlage zur Novellierung des StbG 1998 schlug vor, die Staatsbürgerschaft solle nicht an Personen vergeben werden, die »Anzeichen mangelnder Integrationsbereitschaft« (Regierungsvorlage 1998, 1283 BlgNR 20.

	Datenbank und Datensätze	Korpusgröße (Texts/Token)
Gesetzesmaterie	Datenbank der Parlamentsdirektion Jeweils geltende Fassung des Gesetzes (AsylG, StbG, FrG, FPG, NAG, BFA-VG) sowie Regierungsvorlagen, Entschließungsanträge und Ausschussberichte	154/1.839.676
Parlamentsdebatten	Stenographische Protokolle der Parlamentsdirektion	757/56.023.108
Rechtsprechung	Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramts	
VfGH	- Entscheidungen bezüglich AsylG, StbG, FrG, FPG, NAG, BFA-VG	572/859.142
VwGH	- Entscheidungen (wie oben)	18.450/21.989.610
UBAS	- Entscheidungen (wie oben)	3.508/7.886.341
AsylGH	- Entscheidungen (wie oben)	49.507/184.760.821
BVwG	- Entscheidungen (wie oben)	20.468/89.106.462

Tabelle 3: Korpora zu weiteren Diskursen mit Sachbezügen zu Integration

GP) zeigen. Als Gegensatz dazu betont das Dokument die willkommene »Integrations-tendenz« von EWR-Staatsangehörigen. Das StbG verwies schließlich auf »Anzeichen« und »Grad« von Integration auf dem Weg zur Staatsbürgerschaft. Spätere Novellierungen erweiterten die diesbezügliche Terminologie nicht.¹⁴ Die Integrationsvereinbarung als zentrales Mittel der Durchsetzung symbolischer Politik spricht konsequent von »Deutsch-Integrationskursen«, als ginge es um eine Integration in das Deutsche. Tatsächlich ist von »Integration« im gesamten Dokument 21 Mal in dem angeführten Kompositum die Rede und nur 5 Mal in anderer Form. Die Einschätzung, dass die Integrationsmaßnahmen und Integrationstests, die seit 2003 verlangt und 2006 ausgebaut wurden, im Wesentlichen Deutschkurse und Deutschtests sind (Perchinig 2010, S. 31 ff.), bestätigt sich so auch im legislativen Diskurs.

Rechtsprechung

Vor dem Hintergrund des Befundes, dass der Begriff »Integrationsunwilligkeit« in der Rechtsmaterie nicht verankert ist, wird nun der unmittelbar relevante Diskurs der Rechtsprechung untersucht. Dieser bildet sich ab im Sprachgebrauch der Gerichte, die seit 1998 in den relevanten Materien erstinstanzlich zuständig waren: bis 30.6.2008 der Unabhängige Bundesasylsenat (UBAS), anschließend der Asylgerichtshof (AsylGH) bis 31.12.2014 und seither das Bundesverwaltungsgericht (BVwG). Die letzte Berufungsin-

14 Eine ausführliche Darstellung der politischen und gesetzgeberischen Entwicklungen in diesem Bereich bieten Stern/Valchars (2013a, 2013b).

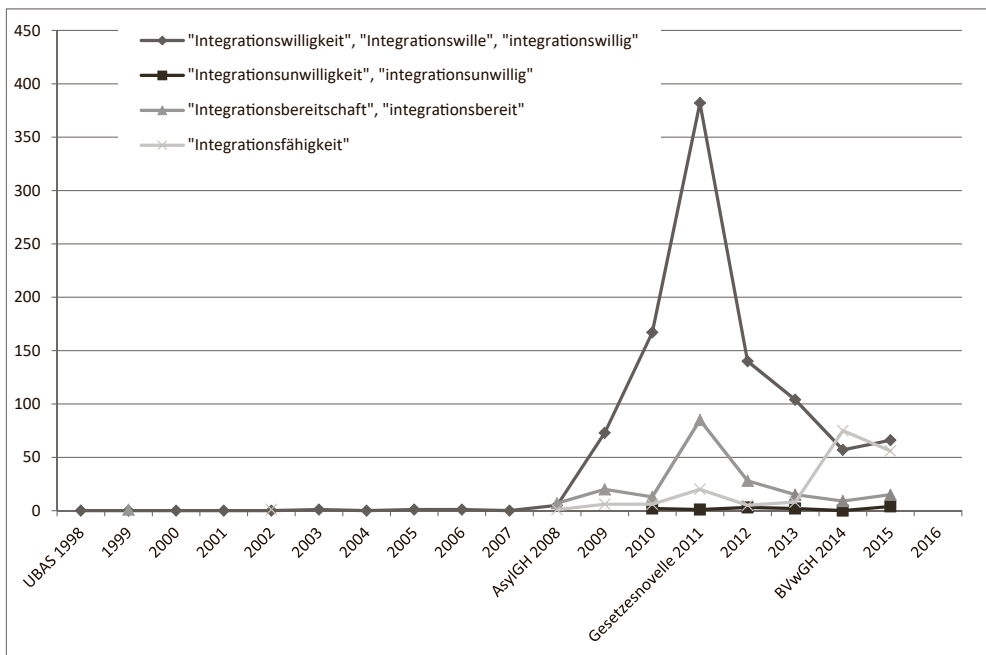


Abbildung 2: Terminologie um »Integrationsunwilligkeit« in Berufsentscheiden (UBAS, AsylGH, BVwG)

stanz gegen Bescheide bezüglich Aufenthaltstitel und Asylstatus stellen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) und Verfassungsgerichtshof (VfGH) dar. Die korpuslinguistische Analyse der Entscheidungen zeigt markante Unterschiede: Der UBAS verwendete den Begriff »integrationswillig« nur vereinzelt, stets um dem Beschwerdeführer positiven Integrationswillen zu attestieren. Ebenso wurden die Begriffe »integrationsbereit« (1999) und »Integrationsfähigkeit« (2002) in ähnlichen Kontexten verwendet. Ebenfalls selten verwendete der AsylGH sowohl »integrationswillig« und »Integrationsunwilligkeit« als auch »Integrationsunwille« in Entscheiden zwischen 2008 und 2011. Deutlich häufiger stellte er jedoch auf die Abwesenheit von »Integrationswilligkeit« (581), »integrationswillig« (91), »Integrationswille« (96) ab, ebenso auf mangelnde »Integrationsbereitschaft« (165) und »Integrationsfähigkeit« (46). In seiner Tätigkeit bis Ende 2015 hat das BVwG auf »Integrationsunwilligkeit« in nur vier Entscheiden abgestellt, sehr häufig jedoch auf die Abwesenheit von »integrationswillig« (124), »Integrationswilligkeit« (52) und »Integrationswille« (147). Die Begriffe »integrationsbereit« (24) und »Integrationsbereitschaft« (6) finden vergleichsweise selten Gebrauch. Abbildung 2 zeigt diesen Wandel in Jahresschritten.

Während die Bescheide selbst nicht zugänglich sind und daher hier nicht berücksichtigt werden können, zeigen die die jeweiligen Bescheide zusammenfassenden Textstellen in den Berufsentscheiden, dass die oben angeführten Begriffe häufig in ebendiesen Bescheiden verwendet werden. Dies steht in starkem Kontrast zur letztinstanzlichen Rechtsprechung: In den Urteilen des VwGH seit 1998 werden die genannten Begriffe

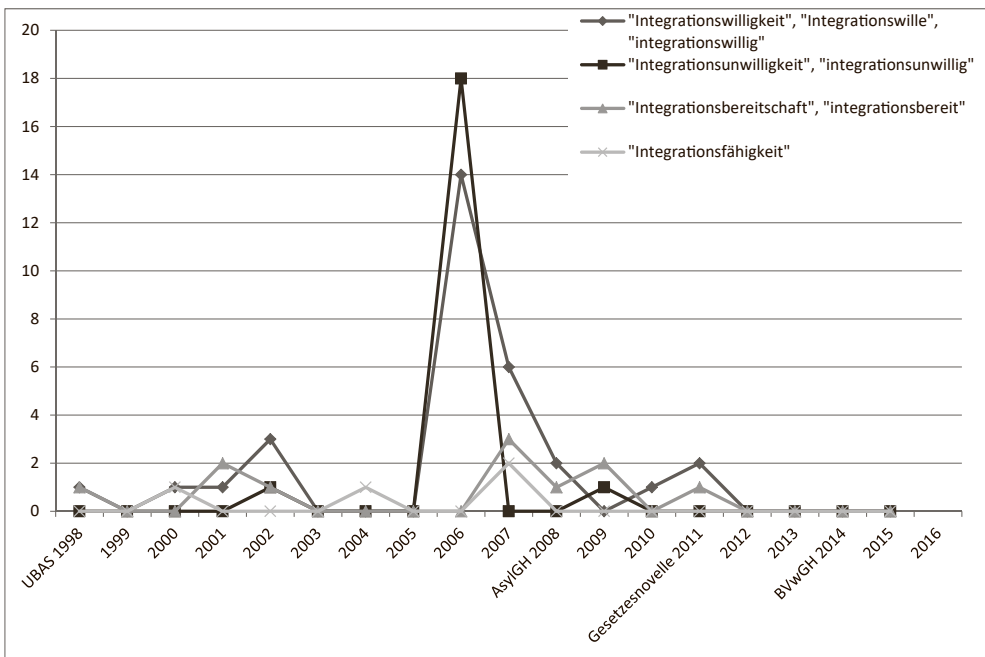


Abbildung 3: Begriffe mit Bezug auf »Wille«, »Bereitschaft« und »Fähigkeit« zur Integration in Parlamentarischen Debatten 1998 bis 2015

ausschließlich in der Darlegung bisheriger Urteile verwendet, die eigenen Urteilsbegründungen hingegen beziehen sich auf »Kriterien« und »Grade« von Integration. Die Vermeidung bestimmter Formulierung mündet mitunter in expliziter Kritik an erstinstanzlicher Auslegung (vgl. u.a. VwGH 2008/21/0075).

Selbst in diesem eingeschränkten Umfang spricht der VwGH in seiner Darlegung des bisherigen Verfahrensganges von mangelnder »Integrationswilligkeit« (4) bzw. »integrationswillig« (2) nur im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verurteilungen. Im Unterschied dazu wird »ein gewisser Integrationswille« im positiven Kontext von Deutschkenntnissen erwähnt. In ihren eigenen Begründungen vermeiden VwGH wie auch VfGH strikt die Rede von »Wille« oder »Unwille«, vielmehr stellen sie auf »Integrationsbemühungen«, »Integrationsgrad«, »Grad der Integration« oder »Integrationskriterien« ab (vgl. u.a. VfGH U613/10). Im Unterschied zu den erstinstanzlichen Urteilen zeigt sich ein Sprachgebrauch der nicht nur näher am Wortlaut der Gesetzesnormen liegt, sondern auch begrifflich auf sachliche Argumentation abzielt.

Parlamentarische Debatten

Angeichts der bisherigen Ergebnisse liegt es nahe, die Debatten des österreichischen Nationalrates als gesetzgebendes Organ ebenfalls in die Analyse miteinzubeziehen. In insgesamt 755 Debatten seit 1998 gibt es nur wenige Verweise auf »Integrationswilligkeit« (30) bzw. deren Abwesenheit (20), noch seltener auf »Integrationsbereitschaft« (8) und

ihren Mangel (3). Von »Integrationsfähigkeit« ist insgesamt nur 4 Mal die Rede. Demgegenüber prägt der Begriff »Integration« selbst zahlreiche Debatten (3504 Erwähnungen), wenngleich mit dem Begriff zu bestimmten Zeitpunkten auch die europäische Integration bzw. die Inklusion von behinderten Menschen gemeint war. Dennoch erfordert das Vorkommen von Begriffen, die auf »Willigkeit« zur Bezug auf Integration abstellen, eine nähere Betrachtung.

Die kleineren Häufigkeitsspitzen (siehe Abbildung 3) korrespondieren mit Gesetzesinitiativen in den Bereichen Staatsbürgerschaft, Aufenthalt und Asyl. Die größte Spitze liegt in der Debatte vom 24.5.2006, in der ausführlich über eine von den Oppositionsparteien SPÖ und Grüne eingebrachte »Dringliche Anfrage« debattiert wurde. Diese behandelte eine Äußerung der Innenministerin Liese Prokop (ÖVP) im Rahmen einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung. Mit Bezug auf eine unfertige Studie hatte Prokop behauptet, 45% aller in Österreich lebender Muslime sei »integrationsunwillig« und daher eine »Zeitbombe«. Sie hatte daraus in populistischem Tonfall gefolgert, »wer sich nicht integrieren will, hat bei uns nichts zu suchen«, und damit Aberkennung bzw. Verweigerung von Aufenthalts- bzw. Asyltitel impliziert. In der Nationalratsdebatte am 24.5. sowie den folgenden am 21. und 22.6.2006 verteidigten Abgeordnete der Regierungsparteien ÖVP und BZÖ (nach einer Spaltung der FPÖ) diese Aussage. Abgeordnete der SPÖ und Grünen hingegen griffen explizit die Formulierung »integrationsunwillig« und damit angelegte Unterstellungen an. Der einzig signifikante Vorläufer des Diskursstranges über »Integrationsunwilligkeit« im politischen Diskurs war also ein Konflikt, in dem die SPÖ den Begriff klar ablehnte und für einige Jahre erfolgreich verbannte.

Jenseits der in Parteien organisierten Politik finden sich in der extremen Rechten eine Vielzahl von Organisationen (Bailer-Galanda/Neugebauer/DÖW 1994), deren Sprachgebrauch nur in Ausnahmefällen – etwa wenn gerichtlich dokumentiert – öffentlich zugänglich wird. Zumindest punktuell lässt sich aber feststellen, dass der Begriff »Integrationsunwilligkeit« in Verbindung mit rassistischer und verhetzender Darstellung von MigrantInnen eine gewisse Tradition hat. Im Jahr 2006 etwa hatte der »Bund freier Jugend«, eine Gruppierung mit großer ideologischer Nähe zum Nationalsozialismus, Flugblätter verteilt, auf denen MigrantInnen pauschal der »Integrationsunwilligkeit« bezichtigt wurden (VfGH B1954/06). Es mag kein Zufall gewesen sein, dass sich dieser und ähnliche Vorfälle zu selben Zeit ereigneten, als auch die Innenministerin den Begriff verwendete; vielmehr lässt sich daraus auf Mechanismen der Normalisierung schließen. Deren Erfolg, wie das Beispiel der Nationalratsdebatten zeigt, ist jedoch nicht gewiss, sondern abhängig von der Reaktion anderer politischer Parteien, der Medien und der Zivilgesellschaft.

Conclusio

Angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise wandte sich die politische und mediale Aufmerksamkeit im Jahr 2015 rasch anderen Themen zu. Grenzen, Zäune und Obergrenzen für Asylverfahren prägen nach wie vor die Diskurse vor dem Hintergrund einer wohl etablierten Securitization und Ökonomisierung sämtlicher Migrations- und Integ-

rationsfragen. Integration ist in diesem Rahmen kaum noch denkbar, die »Integrationsunwilligkeit« gilt weithin als gegeben, sodass Forderungen nach einem Stopp für Asylverfahren argumentativ auf der Unmöglichkeit von Integration fußen. Die hier präsentierten Analysen zeichnen die Normalisierung einer Begrifflichkeit nach, um die sich argumentative Muster konstruieren lassen, die der Legitimierung restriktiver Auslegung von Gesetzen dienen, die Forderungen nach einer »neuen Ausrichtung« des Rechtsstaates plausibel oder gar zwingend wirken lassen, und die letztlich die Einschränkung von Menschenrechten und Verfassungsgrundsätzen stützen können. Darüber hinaus verweisen fünf konkrete Ergebnisse zur diskursiven Konstruktion von »Integrationsunwilligkeit« auf relevante Bedingungen und Mechanismen der Normalisierung von rechtspopulistischen Positionen: 1) Die thematische und argumentative Präfiguration des Diskursstranges durch den Entschließungsantrag im steirischen Landtag und die darauf bezogenen Interviews wurde von Landespolitikern der SPÖ betrieben, die zum damaligen Zeitpunkt im Wahlkampf standen. Die Nutzung rechtspopulistischer Positionen, um im Wahlkampf Stimmen zu halten oder zurückzugewinnen, erweist sich so als weit über den Wahlkampfkontext hinaus von Konsequenz. 2) Die Argumentation im elaborierten Entschließungsantrag verlief in mehrfacher Hinsicht implizit und trugschlüssig, insbesondere in der Konstruktion von Zusammenhängen zwischen »Integrationsunwilligkeit« und Terrorismus; diese Argumentation wurde in den folgenden Interviews aber auch der medialen Berichterstattung reproduziert und inhaltlich auf Disziplinierung an der Schule reduziert (»Integration durch Strafe«). 3) Der untersuchte Diskursstrang, so sehr er eine öffentlich in den Medien ausgetragene Debatte abbildet, muss insofern als diese fast ausschließlich von politischen AkteurInnen betrieben wurde als Beispiel mediatisierter Politik gelten; die Mechanismen der massenmedialen Berichterstattung, insbesondere die Monopolisierung der Aufmerksamkeit durch Skandalisierung, wirken dabei stärker als die journalistische Skepsis gegenüber dem Begriff »Integrationsunwilligkeit«. 4) Obwohl keineswegs durchgängig, war eine Verwendung des Begriffes in behördlichen Bescheiden und Berufungsurteilen seit längerem nachzuweisen, von welcher sich die letztinstanzliche Rechtsprechung deutlich distanziert. Anders als 2015 wurde hierin allerdings kein Zusammenhang zwischen Integration und Terrorismus hergestellt, es dominieren kulturalistische (»Integration durch Sprache«) und ökonomische Assimilationsperspektiven (»Integration durch Leistung«). 5) Die Verwendung des Begriffes seitens der Mitte-Rechts-Koalition von ÖVP und BZÖ wurde 2006 im Rahmen parlamentarischer Debatten seitens der SPÖ und Grünen klar zurückgewiesen und konnte sich in Folge nicht im politischen oder medialen Diskurs etablieren.

Zusammengenommen legen diese Befunde die Schlussfolgerung nahe, dass es sich bei dem Begriff »Integrationsunwilligkeit« weder um eine Wortneubildung handelt, noch ein neues Phänomen in der Migrationsgesellschaft benannt wurde, wohl aber ein Zusammenhang konstruiert wurde. Die Tragfähigkeit bzw. der Erfolg dieser Konstruktion misst sich nicht ausschließlich an ihrer Normalisierung im medialen und politischen Diskurs, sondern letztlich auch an ihrer Verwendung im »50-Punkte-Plan für Integration« auf Bundesebene sowie Regierungsabkommen auf Landesebene. Unmittelbar im Diskursstrang über »Integrationsunwilligkeit« erhobene Forderungen nach Strafen und

Restriktionen scheinen Ende 2016 kurz vor der Umsetzung zu stehen. Die Politik setzt damit zunehmend auf einen paternalistischen Liberalismus (Brown 2006), der sich einerseits auf verpflichtende Tests, Kurse und Disziplinierungsmaßnahmen stützt, zugleich aber als objektiver Bewahrer progressiver und liberaler Werte imaginiert wird.

Literatur

- Bailer-Galanda, B./Neugebauer, W./Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hrsg.) (1994): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Deuticke.
- Bigo, D. (2002): Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease. In: *Alternatives: Global, Local, Political* 27, S. 63–92.
- Brown, W. (2006): *Regulating Aversion: Tolerance in the Age of Identity and Empire*. Princeton: Princeton University Press.
- Buonfino, A. (2004): Between Unity and Plurality: The Politicization and Securitization of the Discourse of Immigration in Europe. In: *New Political Science* 26(1), S. 23–49.
- Cinar, D./Waldrauch, H. (2006): The Acquisition of Nationality in Austria: Legal and Political Overview. In: Bauböck, R./Ersbøll, E./Groenendijk, K./Waldrauch, H. (Hrsg.): *Acquisition and Loss of Nationality. Policies and Trends in 15 European States*. Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 19–61.
- De Cillia, R./Wodak, R. (Hrsg.) (2009): *Gedenken im »Gedankenjahr«: Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005*. Innsbruck: Studienverlag.
- De Cillia, R./Preisinger, A. (2012): »Integration funktioniert durch Leistung«. Der unternehmerische Migrant als Anrufungsfigur in online Diskursen. Unveröffentlichter Konferenzbeitrag. Paternalismus in der (sprachbezogenen) Erwachsenenbildung. Erkundungen eines migrationsgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses, Wien.
- De Cillia, R./Vetter, E. (Hrsg.) (2013): *Sprachenpolitik in Österreich: Bestandsaufnahme 2011. Sprache im Kontext*, Band 40. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- De Cillia, R./Dorostkar, N. (2013): Integration und/durch »Sprache«. In: Dahlvik, J./Reinprecht, C./Sievers, W. (Hrsg.): *Migrations- und Integrationsforschung – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 143–161.
- De Cillia, R. (2012): Migration und Sprache/n. Sprachenpolitik – Sprachförderung – Diskursanalyse. In: Fassmann, H./Dahlvik, J. (Hrsg.): *Migrations- und Integrationsforschung – Multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 185–212.
- Engel, J./Wodak, R. (2009): Kalkulierte Ambivalenz: Störungen und das Gedankenjahr: Die Causen Siegfried Kampf und John Gudenus. In: de Cillia, R./Wodak, R. (Hrsg.): *Gedenken im »Gedankenjahr«: zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005*. Innsbruck: Studienverlag, S. 79–100.
- Entschließungsantrag 3237/6, eingebracht am 20.1.2015, www.landtag.steiermark.at/cms/dokumente/ltpdf.11411653/na/11411653.pdf (Abruf 15.6.2016).
- Forchtner, B./Krzyżanowski, M./Wodak, R. (2013): Mediatisation, Right-Wing Populism and Political Campaigning: The Case of the Austrian Freedom Party (FPÖ). In: Ekström, M./Tolson, A. (Hrsg.): *Media Talk and Political Elections in Europe and America*. Basingstoke: Palgrave, S. 205–228.
- Grimm, J./Grimm, W. (1965): *Deutsches Wörterbuch*. Stuttgart und Leipzig: Hirzel.
- Gruber, O./Mattes, A. (2014): Integration durch Leistung. In: Schnebel, K. (Hrsg.): *Europäische Minderheiten*. Wiesbaden: VS, S. 89–116.
- Haynes, A./Power, M./Devereux, E./Dillane, A./Carr, J. (Hrsg.) (2016): *Public and Political Discourses of Migration: International Perspectives*. London: Rowman and Littlefield.
- Hofer, M. (2016): »Integration durch Leistung« – Analyse einer entsubjektivierenden Ansprache. In: *ÖDaF-Mitteilungen* 32(1), S. 7–17.

- Huysmans, J. (2000): The European Union and the Securitization of Migration. In: Journal of Common Market Studies 38(5), S. 751–777.
- Jäger, M./Jäger, S. (2007): Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden: VS.
- Jäger, S. (2001): Discourse and Knowledge: Theoretical and Methodological Aspects of a Critical Discourse and Dispositive Analysis. In: Wodak, R./Meyer, M. (Hrsg.): Methods of Critical Discourse Analysis. London: Sage, S. 32–62.
- Jessop, B. (2012): Understanding the Economisation of Social Formations. In: Schimank, U./Volkman, U. (Hrsg.): The Marketization of Society. Economizing the Non-Economic. Bremen: University of Bremen, S. 5–36.
- Joppke, C. (2007): Beyond National Models: Civic Integration Policies for Immigrants in Western Europe. In: West European Politics 30(1), S. 1–22.
- Krzyzanowski, M. (2013): From anti-immigration and nationalist revisionism to islamophobia: continuities and shifts in recent discourses and patterns of political communication of the Freedom Party of Austria (FPÖ). In: Wodak, R./KhosraviNik, M./Mral, B. (Hrsg.): Right-wing populism in Europe: politics and discourse. London: Bloomsbury, S. 135–148.
- Lazaridis, G. (Hrsg.) (2011): *Security, Insecurity and Migration in Europe*. Surrey: Ashgate.
- Link, J. (2013): Versuch über den Normalismus: wie Normalität produziert wird. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- McGlashan, M. (2013): The Branding of European Nationalism. In: Wodak, R./Richardson, J. (Hrsg.): Analysing Fascist Discourse: European Fascism in Talk and Text. London: Routledge, S. 297–314.
- ORF (2015): Klare Worte von Voves zu Terror in Frankreich. Publiziert am 8.1.2015, www.steiermark.orf.at/news/stories/2690421 (Abruf 28.6.2016).
- Perchinig, B. (2010): All You Need to Know to Become an Austrian: Naturalisation Policy and Citizenship Testing in Austria. In: van Oers, R./Ersbøll, E./Kostakopoulou, T. (Hrsg.): A Re-Definition of Belonging? Language and Integration Tests in Europe. Leiden und Boston: Martinus Nijhoff Publishers, S. 25–50.
- Permoser, J. M./Rosenberger, S. (2012): Integration Policy in Austria. In: Frideres, J./Biles, J. (Hrsg.): International Perspectives: Integration and Inclusion. Montreal und Kingston: McGill-Queen's University Press, S. 39–58.
- Preston, P. (2009): Making the News: Journalism and News Cultures in Europe. London und New York: Routledge.
- Reddemann, L. (2005): Zwischen Schlaf- und Wachzuständen: Von Elben, Druiden, Nachtmaren, Kobolden und anderen Ungeheuerlichkeiten: Alpträume. Vortrag, 55. Lindauer Psychotherapiewochen 21.4.2015, www.lptw.de/archiv/vortrag/2005/reddemann.pdf (Abruf 15.6.2016).
- Regierungsvorlage zur Staatsbürgerschaftsgesetznovelle 1998, 1283 BlgNR 20.GP
- Reisigl, M./Wodak, R. (2015): The discourse-historical approach (DHA). In: Wodak, R./Meyer, M. (Hrsg.): Methods of Critical Discourse Studies. London: Sage, S. 23–61.
- Scheibelhofer, P. (2012): From Health Check to Muslim Test: The Shifting Politics of Governing Migrant Masculinity. In: Journal of Intercultural Studies 33(3), S. 319–332.
- Stern, J./Valchars, G. (2013a): Citizenship Law in Austria. European Union Democracy Observatory on Citizenship. Florence: European University Institute.
- Stern, J./Valchars, G. (2013b): Naturalisation Procedures for Immigrants in Austria. European Union Democracy Observatory on Citizenship. Florence: European University Institute.
- Strasser, S./Tošić, J. (2014): Egalität, Autonomie und Integration: Post-Multikulturalismus in Österreich. In: Nieswand, B./Drotbohm, H. (Hrsg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Wiesbaden: VS, S. 123–150.
- Strömbäck, J. (2008): Four Phases of Mediatization: An Analysis of the Mediatization of Politics. In: The International Journal of Press/Politics 13(3), S. 228–246.
- Togral, B. (2011): Convergence of Securitization of Migration and »New Racism« in Europe: Rise of Cul-

- turalism and Disappearance of Politics. In: Lazaridis, G. (Hrsg.): Security, Insecurity and Migration in Europe. Surrey: Ashgate, S. 219–237.
- Williams, M. C. (2003): Words, Images, Enemies: Securitization and International Politics. In: International Studies Quarterly 47(4), S. 511–531.
- Wodak, R. (2002): Aspects of Critical Discourse Analysis. In: Zeitschrift Für Angewandte Linguistik 36, S. 5–31.
- Wodak, R. (2015a): »Normalisierung Nach Rechts«: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und Kritischer Öffentlichkeit. Linguistik Online 73(4), S. 27–44.
- Wodak, R. (2015b): Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean. Los Angeles: Sage.
- Wodak, R./de Cillia, R./Reisigl, M./Liebhart, K. (2009): The Discursive Construction of National Identity. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Anschrift

Dr. Markus Rheindorf
Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien
Sensengasse 3a
A-1090 Wien
markus.rheindorf@unvie.ac.at

Steffen Hagemann / Anina Engelhardt

»Deutungsmuster im Diskurs: Arbeitskreis Diskursforschung der Sektion Wissenssoziologie und 13. Netzwerktreffen Wissenssoziologische Diskursanalyse«

an der Universität Freiburg, 10. und 11. November 2016

Tagungsbericht

Der Begriff des »Deutungsmusters« bezeichnet seit längerem ein wissensanalytisches Konzept der qualitativen und interpretativen Sozialforschung. In die sozialwissenschaftliche Methodologie wurde er vor allem durch einen ›grauen‹ Text von Ulrich Oevermann Anfang der 1970er Jahre eingeführt und im folgenden Jahrzehnt sehr unterschiedlich weiterentwickelt bzw. sehr verschieden eingesetzt. Seit Ende der 1990er Jahre nutzen ihn sowohl die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA, Reiner Keller) wie auch die wissenssoziologische Theorie sozialer Deutungsmuster (Michael Schetsche u.a.) in je spezifischer Weise. Wie die Nutzung des Deutungsmusterbegriffs bzw. Deutungsmusteranalysen im Rahmen von Diskursanalysen aussehen können, und welche forschungspraktischen Folgen sich hieraus ergeben, wurde im Rahmen eines vom Arbeitskreis Diskursforschung der Sektion Wissenssoziologie der DGS zusammen mit dem Netzwerk WDA ausgerichteten Workshop zum Thema »Deutungsmuster im Diskurs« am 10. und 11.11.2016 in Freiburg diskutiert. Lokaler Gastgeber waren das IGPP (»Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene«), namentlich *Michael Schetsche* und *Ina Schmied-Knittel*. Im Zentrum des Workshops standen zwei spezifische Wissensformationen, die von besonderer Bedeutung für Transfer und alltägliche Anwendung von Wirklichkeitswissen sind: Deutungsmuster und Diskurse. Am ersten Tag wurden grundlegende theoretische und methodologische Referenzen vorgestellt und diskutiert, wie deren wechselseitiges Beziehungs- und Bedingungsverhältnis hergeleitet und die Relevanz einer methodischen Inklusion innerhalb der wissenssoziologischen Diskursanalyse begründet werden kann.

Reiner Keller führte mit seinem Beitrag in das Thema ein und stellte die Kollektivität von Deutungsmustern als historisch ausgebildete, gesellschaftlich vorhandene Interpretations- und Handlungsmuster als Kernidee des Konzeptes heraus. Deutungsmuster, so Keller, sind in Diskurse eingebaut und eignen sich insbesondere als Heuristik, um die »Typizität« des Ausgesagten analytisch zu fassen. Da typisierende und typisierte Interpretationsschemata in ereignisbezogenen Deutungsprozessen aktualisiert werden, eignet sich die Deutungsmusteranalyse als Brückenkonzept an der Schnittstelle von Diskursen und alltagsweltlichen Aneignungen. In der Auseinandersetzung mit Oevermann kontu-

rierte Keller einen wissenssoziologischen Deutungsmusterbegriff. In Abgrenzung zur Fallstrukturhypothese versteht Keller Deutungsmuster als rekonstruierbare »Wissens-schemata« mit Handlungs- und Normbezügen, die in Diskursen je spezifische verkettet und mitunter auch erzeugt werden, spezifische Wirklichkeitskonstruktionen anbieten und dadurch auch gesellschaftlich ausstrahlen. Den besonderen Erkenntniswert des Konzepts sah Keller in der Möglichkeit der Aussageanalyse im Sinne Foucaults und im Hinblick auf die Rekonstruktion der Strukturierungen öffentlicher Diskurse, sowie im Brückenschlag zur Analyse alltagsweltlicher Aneignungsformen (etwa im Hinblick auf Subjektivierungsprozesse). Zugleich forderte er eine weitere gesellschaftstheoretische Verortung der Ergebnisse von Diskursanalysen.

Michael Schetsche stellte im Anschluss seine wissenssoziologische Konzeption der Deutungsmusteranalyse vor. Deutungsmuster als »lebensweltliche Wissensformen« strukturieren das kollektive Alltagshandeln, indem sie Modelle von (ideal-)typischen Situationen bereitstellen, unter die Sachverhalte, Ereignisse und Erfahrungen anhand bestimmter Merkmale subsumiert werden können. Voraussetzung für die Kollektivität von Deutungsmustern sind Weitergabe und Austausch zwischen den Subjekten. Entsprechend lassen sich Deutungsmuster in unterschiedlichen Situationen erforschen: entweder bei ihrer alltäglichen Anwendung durch die Subjekte, oder bei der Weitergabe an neue Mitglieder der betreffenden sozialen Gruppen und schließlich insbesondere in den medialen Darstellungen, die sich ihrer bedienen. Dabei wird von einem idealtypischen Modell der inneren Struktur ausgegangen, wonach soziale Deutungsmuster regelmäßig aus bestimmten wiederkehrenden und funktional miteinander verknüpften Bestandteilen bestehen: Situationsmodell, Erkennungsschema, Prioritätsattribute für das Handeln, Hintergrundwissen, Emotionsmuster und Handlungsanleitungen. Auf sie richtet sich das Hauptaugenmerk bei der empirischen Rekonstruktion. Am Beispiel des Forschungsprojekts »Im Schatten des Szientismus – Aberglaube in der DDR« demonstrierte *Ina Schmied-Knittel* nicht nur eine konkrete Umsetzung dieses Konzepts, sondern plädierte auch für eine Implementation der Deutungsmusteranalyse in die wissenssoziologische Diskursanalyse Kellerscher Prägung. Im erwähnten Beispiel bildete das Deutungsmusters »Aberglaube« den inhaltlichen Kern eines primär weltanschaulichen Diskurses. Anhand eines mit historischen Quellen gesättigten Textkorpus konnte gezeigt werden, wie sich das Deutungsmuster in der Transformationsphase der noch jungen DDR deutlich von der Verwendung und Verbreitung in der späteren Propaganda unterschied. Die Rekonstruktion der einzelnen Bestandteile und »sozialen Praktiken«, die um das Deutungsmuster »Aberglauben« kreisen, führten zu wissenssoziologisch bedeutsamen Fragen, etwa hinsichtlich der gesellschaftlichen Anerkennung bzw. des Geltungsgrads des Deutungsmusters innerhalb der Wissensordnung der DDR und nicht zuletzt hinsichtlich der diskursiven Strategien der Legitimation der Wirklichkeitsordnung. Kritisch wurde diskutiert, in welchen Aspekten sich das Modell von Schetsche und Schmied-Knittel von der Phänomenstruktur des Diskurses im Rahmen der WDA unterscheidet.

Im zweiten Teil des Workshops kamen konkrete empirische Vorgehensweisen und Anwendungsbeispiele zu Wort. *Alain Schink* profilierte in seinem Beitrag »Verschwörungstheorien als Deutungsmuster im Diskurs« das analytische Potential des Deutungs-

musterbegriffs als Passagen von Weltdeutungen zu Situationsdeutungen. Am Beispiel von Verschwörungstheorien zeigte er in der Gegenüberstellung von sozialer Ordnung und ihrer Deutung das Potential der Deutungsmusteranalyse für diskursive Verhandlungen um legitime Sprechpositionen wie auch um legitime oder illegitime Praktiken der Aussagen über gesellschaftliche Wirklichkeit.

Maya Halatcheva-Trapp reflektierte in ihrer Präsentation »Elternschaft im Wechselspiel von Deutungsmuster und Diskurs. Ein wissenssoziologischer Blick auf die Trennungs- und Scheidungsberatung« den Zugang zu Deutungsmustern unter methodologischem Blickwinkel. Das Deutungsmuster »Elternschaft« verbindet heuristisch eine empirische Schlüsselkategorie und theoretische Kategorie der Typisierung. So lassen sich mit dem Konzept der Deutungsmuster »diskursive Praktiken« und inhaltliche Strukturierung von Deutungsfiguren gleichermaßen empirisch wie auch theoretisch reflektiert erfassen.

In *Patrik Müllers* Studien stand die Rekonstruktion der Regeln eines Diskurses anhand von Deutungsmustern im Mittelpunkt. Empirisch wurden anhand einer Typisierung schriftlicher Begründungen eines Bedarfs an Fürsorgeerziehung unterschiedliche »Diskurse der Abweichung: Deutungsmuster von Devianz zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in die Fürsorgeerziehung« unterschieden. Aus dem empirischen Material ließen sich argumentative Schemata und diskursive Strategien identifizieren, die sich mit typischen Verkettungen von Form und Strategie der Begründungen von »Devianz« als historische Phasen mit jeweils unterschiedlichen Handlungslogiken zeigten.

Den »Einfluss von Diskurs- und Deutungsmuster auf die Wirklichkeitskonstruktion in Nicht-Präsenz-Paarbeziehungen« diskutierte *Marie-Kristin Döbler* vor allem mit Blick auf eine Debatte um Handlungsprobleme, die vor der Folie des dominanten Deutungsmusters »Paarbeziehung« sichtbar werden. Indem Paarbeziehung mit geringer gemeinsamer Präsenz zunehmen, wird die Fraglosigkeit und Allgemeingültigkeit des Deutungsmusters Paarbeziehung in Frage gestellt und damit seine handlungsleitende Funktion problematisch.

Natalie Schwarz untersuchte »Visualisierungen und konkurrierende Deutungsmuster in bildbezogenen Interpretationskonflikten«. Am Beispiel des Konfliktes um Waschmittelwerbung in der Schweiz wurde deutlich, wie Deutungsmuster Gegenstand einer wissenspolitischen Kontroverse um Deutungshoheit und Definitionsmacht wurden.

Markus Riefling und *Lukas Otterspeer* präsentierten mit »Evidenz, Steuerung, Legitimation – Erkenntnisse der Bildungsforschung in bildungspolitischen Diskursen« ihren Blick auf diskursive Regeln, Rationalitäten und reflexive Verwendung wissenschaftlicher Ergebnisse im politischen Kontext. Sie verorteten mögliche Sprechpositionen im Wechselspiel der Rezeption von empirischer Bildungsforschung und bildungspolitischen Entscheidungen.

Im Zuge der Präsentationen und den anschließenden Diskussionen bestätigte sich das Konzept der Deutungsmusteranalyse als ausgesprochen vielseitig, ohne seine heuristische Trennschärfe zu verlieren. Gerade mittels seiner flexiblen Passfähigkeit ermöglicht das Konzept des Deutungsmusters einen reflektierten empirischen Zugang, der darüber hinaus und gleichzeitig theoretisch und methodologisch sensibilisiert. So erweist sich die

Deutungsmusteranalyse als belastbares Instrument empirisch gehaltvolle und theoretisch fundierte Erkenntnisse zu gewinnen.

Anschriften

Dr. Steffen Hagemann
TU Kaiserslautern
FB Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft II
Erwin-Schroedinger-Straße 57/482
D-67653 Kaiserslautern
Email: hagemann@sowi.uni-kl.de

Anina Engelhardt
TU Berlin
Institut für Soziologie
DFG-Graduiertenkolleg Innovationsgesellschaft heute
Fraunhoferstr. 33-36
10587 Berlin
Email: anina.engelhardt@innovation.tu-berlin.de

Cathrin Tettenborn / Georg Tiroch

»Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit III: Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung«

an der Universität Augsburg, 23. und 24. März 2017

Tagungsbericht

Die im Zweijahresrhythmus stattfindende Tagung war auch dieses Jahr mit über 30 Vorträgen in parallelen Streams, vier Keynotes und insgesamt 130 Teilnehmenden durch anregungsreiche Diskussionen gekennzeichnet. Im Vorfeld der Tagung war zudem die jährlich stattfindende Spring School »Wissenssoziologische Diskursanalyse« angesiedelt, die aufgrund der großen Nachfrage im Herbst 2017 nun erstmals auch in Englischer Sprache angeboten wird.¹

Willy Viehöver (Fulda) eröffnete die Tagung mit der Keynote »Blow Up? Diskursforschung zwischen Sozialtheorie, gesellschaftstheoretischem Anspruch und methodologischen Sezessionskämpfe«. Viehöver warf aus diagnostischer und kritischer Perspektive einen ersten Blick auf die Heterogenität der Diskursforschung im Allgemeinen. Neben eigenen erzähltheoretischen Erwägungen setzte er den Fokus vor allem auf sozialtheoretische Fragestellungen einerseits, und die durchaus bedeutende methodologische Vielfalt andererseits. Als gesellschaftstheoretische Herausforderung wurden vor allem macht- und herrschaftstheoretische Implikation der an Foucault orientierten Diskursanalysen thematisiert. Sowohl die Erwartung unmittelbarer Intervention, als Sozialkritik, als auch die Problematisierung des Verhältnisses von Diskurs und Materialität fanden Beachtung. Das Spannungsfeld zwischen dekonstruktiven, aber auch rekonstruktiven methodologischen und hermeneutischen Grabenkämpfen und Sezessionsbestrebungen der diskursanalytischen Zugänge wurde deutlich umrissen.

In den ersten beiden Sessions wurden im Stream 1 die Möglichkeiten einer wissenssoziologischen Diskursethnographie diskutiert. Christoph Maeder (Zürich) eröffnete mit grundlegenden Überlegungen zur Möglichkeit einer Wissenssoziologische Diskursethnographie (WDE). Während sich die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) rekonstruktiv der Frage nach dem »So-geworden-sein« der Wahrheit(en) widmet, zielt die Ethnographie in der Forschungspraxis vor allem auf die Wirklichkeit(en). Eine Zusam-

1 Weitere Informationen dazu unter www.diskurswissenschaft.de

menführung oder Kombination als eigenständiges Forschungsprogramm (WDE) eignet sich besonders wenn die Rolle des Verhältnisses von Macht und Wahrheitsproduktion für die Konstituierung der Wirklichkeit fokussiert wird.

Florian Elliker (St. Gallen) referierte zur Vereinbarkeit von Wissenssoziologischer Ethnographie und Diskursanalyse. Die konzeptuellen Überlegungen zur Unterscheidung zwischen lokalem Kontext und Diskursen wurden vor allem entlang des Zusammenhangs von sozialen Tatsachen und deren Wirkung aufgezeigt. Während der Diskursbegriff der WDA besonders geeignet ist den Sinn- und Strukturzusammenhang auf der Makroebene zu rekonstruieren, soll der ethnographische Blick vor allem den Zugriff auf den subjektiven Sinn der Handelnden, in der konkreten Situation, ermöglichen.

Julia Nentwich (St. Gallen) widmete sich der Beziehung von Diskursen und ihrer alltagspraktischen Verankerung in Materialität, Ästhetik und Rhythmus anhand der Performativität in Bezug auf »(un-)doing gender« in Kitas. Die besondere Aufgabe für die Diskursethnographie bestünde auch darin, die Dinge selbst zum Sprechen zu bringen. Julia Nentwich zeichnete einerseits eine queerfeministische Perspektive nach, die besonders der Performanz (Butler) bei der Identitätsbildung Rechnung trägt und andererseits betonte sie die Rolle, welche die Dinge (Materialität) für die Konstruktion von »ideal workers« spielen.

Christiane Howe (Berlin) schilderte skizzenhaft die ethnographische Praxis anhand zweier Forschungsprojekte zur Polizeiarbeit. Dabei reicherte sie die (Selbst-)Reflexion, vor allem mit Bezug auf das oft folgenreiche Spannungsfeld zwischen »going native« und »going home«, mit allgemeinen Überlegungen zur Integration der WDA in die ethnographische Forschungspraxis an. Besonders bei der Fokussierung auf den tatsächlichen Vollzug der Polizeiarbeit sei die WDA bzw. einige Aspekte des Forschungsprogramms eine gewinnbringende Ergänzung.

Stream 2 »Theoretisch-methodologische Anschlüsse an die wissenssoziologische Diskursforschung« begann mit *Michael Florians* (Hamburg) Beitrag zu einer audiovisuellen Analyse von Business Pitches. Florian untersuchte die diskursive Herstellung des ökonomischen Werts der Businesspläne, die die TeilnehmerInnen in der TV-Sendung »Die Höhle der Löwen« vorstellten. Das Zusammenspiel von Risikoeinschätzung und »legitimierender Devianz« produziert demzufolge objektivierten ökonomischen Wert.

Philipp Fust (Oldenburg) stellte in seinem Vortrag eine Verbindung von Wissenssoziologischer Diskursanalyse und Games Studies vor. Im Fokus der Forschung stehen sogenannte »Serious Games«, die als Schnittpunkt von Arbeit und Spiel die historisch gewachsene Bedeutung des Spielens in den Bereich von Arbeit und Optimierung verlagern. Als Datenmaterial dient Fust dabei Managementliteratur, um sich der Frage nach einem spezifisch konstruierten Menschenbild nähern zu können.

Eine Verbindung von Dispositivperspektive und »Science and Technology Studies« (STS) nahm *Simon Egbert* (Hamburg) in seiner Forschung zu Drogentestpraktiken vor. Egbert schlug einen Zugang vor, der die Schnelltests als wirkmächtige Artefakte behandelt und Wechselwirkungen von »Diskursivität« und »Materialität« integriert. Im Sinne der STS wird die eigenständige Handlungsfähigkeit des Drogentests hervorgehoben.

Aus einer dekolonialen Perspektive argumentierte *Sabine Heiß* (València) in ihrem Vortrag. Am Beispiel des Entwicklungsdiskurses kolumbianischer NGOs skizzierte Heiß die auf kolonialen Wissensbeständen aufbauende Konstruktion von Interventionsnotwendigkeiten. Als alternativen Zugang schlug sie die Integration »subalternen Stimmen« in die Strategieentwicklung zur Verringerung sozialer Ungleichheit vor, um damit auch der Reproduktion von sozialer Ungleichheit im Entwicklungsdiskurs vorzubeugen und alternative Widerstandspraktiken zu ermöglichen.

Der erste Tag wurde mit der Keynote »Diskursanalyse als Kritik sozialer Reproduktionsformen« von *Benno Herzog* (València) abgeschlossen. Um die Diskursanalyse für eine empirisch fundierte Sozialkritik nutzbar zu machen, plädierte Benno Herzog für den Standpunkt immanenter Kritik. Im Anschluss an Axel Honneths Überlegungen zu einer am menschlichen Leiden orientierten Kritik des Bestehenden soll der Fokus auf die Rekonstruktion der »verstummten Diskurse des Leidens« gelegt werden. Nach Herzog kann von dieser Position aus, anhand des notwendigen Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität, also auf Grundlage der gesellschaftlich (zumindest implizit) bereits geteilten Normen, die gesellschaftliche Reproduktion des Leids kritisiert werden. Diskursanalyse kann in diesem Sinne einen besonders geeigneten rekonstruktiven Zugang ermöglichen. Anders als sozio-linguistisch ausgerichtete »kritische Diskursanalysen« kann eine immanente Kritik sozialer Reproduktionsformen direkt auf gesellschaftliche Verhältnisse abzielen und zugleich transparent machen, wo die normativen Setzungen verankert sind.

Der zweite Tag wurde von *Inga Truschkat* (Hildesheim) Keynote »Wo bleibt die Kritik? Die Wissenssoziologische Diskursanalyse im Wandel der Forschungsförderung« eröffnet. Truschkat rekurrierte in ihrer Keynote auf den Wandel der wissenschaftlichen Wissensproduktion in einer von Veränderung geprägten Forschungslandschaft.

In Anlehnung an Gibbons² Überlegungen zur Transformation der wissenschaftlichen Wissensproduktion von einer idealtypisch eher disziplinär und akademisch abgeschotteten Forschung, dem sogenannten »Mode 1«, hin zu einem immer stärker interdisziplinär ausgerichteten und partizipativen sowie integrativen »Mode 2«, wird die Positionierung der WDA kritisch reflektiert. Die WDA kann demzufolge als dekonstruktiv partizipativer Forschungsansatz zum empirischen Nachweis der Kontingenz gesellschaftlicher Wirklichkeit verstanden werden. Zwischen dem Verlangen nach gesellschaftlicher Beteiligung (»Mode 2a«) einerseits und der Gefahr einer normativen Vereinnahmung von Forschung (»Mode 2b«) andererseits, müsse sich die WDA zukünftig behaupten. Gerade an dieser Stelle kann die WDA durch die Rekonstruktion kontingenter Macht-Wissens-Verhältnisse eine Herangehensweise fernab normativer Maßstäbe bieten.

2 Vgl. Gibbons, M./Limoges, C./Nowotny, H./Schwartzman, S./Scott, P./Trow, M. (1994): *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London: Sage.

Der dritte Stream »Diskurs- und dispositivanalytische Perspektiven auf Schule, Staat und Wissenschaft« begann mit *Yalız Akbabas* (Mainz) Vortrag »Widerstand im Dispositiv – LehrerInnen und der Migrationshintergrund«. Unter direkter Bezugnahme auf Stuart Halls Verständnis von »Repräsentationsregimen« und mit Rückgriff auf den Diskurs- bzw. den Dispositivbegriff, wurde allen voran das Konzept der »double-binding ethnicity« präsentiert. Die widersprüchlichen (diskursiven) Anrufungen bzw. der Marginalisierung und der Verwertung des Migrationshintergrunds von LehrerInnen wurden auf mögliche Momente des Widerstandes innerhalb des Repräsentationsregimes des Migrationsdiskurses hin untersucht.

Achim Brosziewski (Thurgau) veranschaulichte im Anschluss »das Drama des beschulten Kindes« mit Auszügen aus dem Schweizer Volksschuldiskurs von 2006 bis 2010. Dabei stand vor allem die Darstellung in den Medien im Zentrum der Betrachtung, welche besonders auf ihre (Rück-)Wirkungen auf die Dimension der Geltung im Diskurs untersucht wurde. Die teilweise diametrale entgegen gerichteten Perspektiven und Anrufungen, nicht zuletzt auch an »das Kind« selbst, wurden aus dem Fundus der Zeitungen »Weltwoche« und »Neue Züricher Zeitung« rekonstruiert.

Andreas Anton (Freiburg) beschäftigt sich in seinem Vortrag »Szientismus und Aberglaube. Zur diskursiven Konstruktion von (Un-)Wirklichkeit in der DDR« mit der Rekonstruktion des Umgangs mit den heterodoxen Wissensbeständen zur Thematisierung und Problematisierung des Paranormalen in der DDR. Dabei wurde das Zusammenspiel von öffentlichem Diskurs, institutioneller Ebene und »okkultem Untergrund« (Lebenswelt) als Untersuchungsgegenstand präsentiert. Die Wirklichkeitsordnung des Marxismus-Leninismus als staatsdoktrinäres szientistisches Dispositiv hat dementsprechend als »wahrhafte Wirklichkeitsordnung« anstelle eines möglichen Wahrheitsangebots, das heterodoxe »Wissen« erfolgreich verdrängt.

Im Stream 4 »Diskursanalyse meets Situationsanalyse« stellte *Dennis Odukoya* (München) einleitend die Zwischenergebnisse seiner Studie zum Screening von MigrantInnen auf Infektionskrankheiten in Deutschland und Großbritannien vor. Mittels einer Verknüpfung von Wissenssoziologischer Diskursanalyse und Situationsanalyse (*Adele Clarke*)³ konnte Odukoya unterschiedliche Diskurspositionen im gesundheitswissenschaftlichen Fachdiskurs zu Screenings auf HIV/Aids und Tuberkulose aufzeigen und kartographisch darstellen. Das »Mappingverfahren« ermöglichte ihm zudem die Vielschichtigkeit des Diskurses sowie multiple Zugehörigkeiten von Akteuren analytisch herauszuarbeiten.

Matthias Klaes (Augsburg) diskutierte in seinem Beitrag die Synthese von Wissenssoziologischer Diskursanalyse und Situationsanalyse auf methodologischer Ebene. Vorteilhaft ist insbesondere die Öffnung des diskursanalytischen Blicks, wodurch nicht nur ein zentraler Diskurs fokussiert wird, sondern die Fülle an relevanten Diskursen erfasst werden kann. Auch werden Wechselwirkungen sowie Zusammenspiel unterschiedlicher

3 Vgl. Clarke, A. (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden: VS.

Diskurse und Praktiken – etwa auf lokaler und öffentlicher Ebene – berücksichtigt und tragen so zur Vertiefung der Analyse bei.

Im Anschluss widmete sich *Mirko Suhari* (Friedrichshafen) der diskursiven Herstellung der »Energiewende« als zentrales Wissensobjekt transdisziplinärer Forschungspraxis. Der Frage der Transformation von Energiekulturen und der damit umschlossenen Problematisierung nuklearer und fossiler Energiegewinnung näherte sich Suhari durch eine Ergänzung des »Kodierparadigmas« unter Zuhilfenahme von »Mappingstrategien«. Die Herstellung des Phänomens konnte so als Aushandlungsprozess von wissenschaftlicher und öffentlicher sozialer Arena nachvollzogen und die dabei eingenommenen Diskurspositionen veranschaulicht werden.

Im parallel laufenden Stream 5 »Subjektivierungsanalysen« lieferten *Lisa Pfahl* (Innsbruck) und *Saša Bosančić* (Augsburg) zu Beginn einen Überblick zur Empirischen Subjektivierungsforschung.⁴ Dabei wurde über die theoretischen Ursprünge bei Foucault (»Diskurs«) und Butler (»Individuation«) die Entwicklung des Forschungsfeldes als Korrektiv und Ergänzung zur Diskurs- und »Gouvernementalitätsforschung« einerseits beschrieben, die vorwiegend die normativ-strukturelle Ebene der Subjektadressierung in den Blick nimmt. Andererseits kann die Subjektivierungsforschung auch als Korrektiv und Ergänzung von Perspektiven wie der der Biographieforschung und anderen Traditionen gesehen werden, da hierbei explizit die Rolle von normativen Subjektpositionen und Subjektfiguren empirisch untersucht wird. Pfahl und Bosančić schlagen dabei im Anschluss an die Wissenssoziologische Diskursanalyse und das Akteursverständnis des Interpretativen Paradigma der Soziologie die »Doppelperspektive« als methodologische Grundposition der empirischen Subjektivierungsanalyse vor, die sowohl normativen Subjektadressierungen als auch Selbstverhältnisse und Selbstpraktiken analysiert.

Im Anschluss referierte *Steffen Amling* (Hamburg) zu den Formen der Subjektivierung in unterschiedlichen sozialen Handlungsbereichen. Konkret beschrieb er das »authentische Selbst« in der Politik und die Figur des »ganzen Künstlers« in der Kunst. Empirische Subjektivierungsforschung mit Hilfe der »dokumentarischen Methode« (Bohn-sack) zielt seinem Verständnis nach vor allem darauf ab, die dominanten Subjektnormen im Sinne »hegemonialer Anforderungsprofile« nachzuzeichnen.

Marie-Kristin Döbler (Erlangen) beschrieb Subjektivierungsweisen im Kontext von Nicht-Präsenzbeziehungen, unter besonderer Berücksichtigung des spannungsreichen Verhältnisses von öffentlichem Diskursen und tatsächlichen gelebten Beziehungsarrangements mit den dazugehörigen Selbstdeutungen der Paare. Döbler kann dabei empirisch zeigen, dass sich Menschen stets mit den angebotenen Subjektpositionen und Deutungsmustern auseinandersetzen (müssen), da sowohl die diskursiven Normalisierungen von Paarbeziehungen als auch die »abweichenden« Deutungsangebote wie Fern- oder Wochenendbeziehung in die Erzählungen der interviewten Paare hineinwirken.

4 Auf dem Portal www.diskursanalyse.net gibt es eine Seite zum Netzwerk Empirische Subjektivierungsforschung (Netzwerk ESF).

Dorothea Mladenova (Leipzig) stellte ihre Ergebnisse zur Subjektivierung des Ablebens in der überalternden japanischen Gesellschaft vor. Die vorsorgeorientierte Begräbnisbranche »Shukatsu« transformiert das Sterben durch Dienstleistungen des Betriebs- und Sterbemanagements in eine notwendig zu organisierende Ressource und ruft damit die Subjekte zu einer aktiven Optimierung des eigenen Ablebens an.

Felix Jawinski (Leipzig) stellte anschließend einige Zwischenergebnisse seiner Forschung zu Subjektivierungsweisen von Arbeitern in der japanischen Atomindustrie vor. Jawinski zeigte auf, dass die Adaption der vorgegebenen Subjektposition abhängig ist von der hierarchischen Stellung der ArbeitnehmerInnen im AKW und der daran geknüpften Gesundheitsgefährdung. Sogenannte »Wegwerfarbeiter« reflektieren scheinbar erst im Anschluss an die kurze Arbeitszeit über mögliche Folgen und Gefahren der Arbeitsstelle.

Subjektivierung im Sinne diskursiver Anrufungen thematisiert *Alexander Hirschfeld* (Kiel) am Beispiel des Phänomens »Burnout«. Anhand von Ratgeberliteratur und wissenschaftlichen Texten arbeitet Hirschfeld die Krisensemantik des Phänomens als eine Problematisierung von Arbeit und Psyche heraus. Die Ratgeberliteratur stellt eine Verknüpfung von Subjekt und Arbeit her und konstatiert dort ein Spannungsfeld von Anpassung und Durchsetzung, das über Flexibilität gelöst werden könne.

Der letzte Stream behandelte abschließend weitere theoretisch-methodologische sowie mögliche qualitative und quantitative methodische Anschlüsse an eine wissenssoziologische Diskursforschung. *Maya Halatcheva-Trapp* (München) eröffnete den Stream mit einem Vorschlag, wie bereits verwendete Interviewdaten forschungspraktisch erneut genutzt werden können, ohne die Ergebnisse simpel zu reproduzieren. Am Beispiel ihrer Forschung zu Elternschaft als Wissenobjekt im Spezialdiskurs von Trennungs- und Scheidungsberatung, verdeutlichte Halatcheva-Trapp, dass eine Reflexion der Daten, der bezogenen Forschungsposition sowie der Fragestellungen notwendig ist, um das Material für eine weitere Verwendung vorzubereiten. Neue Fragestellungen können sich beispielsweise aus den Ergebnissen der vorherigen Analyse ergeben.

Anschließend thematisierte *Steffen Hamborg* (Oldenburg) die Heterogenität diskursanalytischer Zugänge zu Resilienz. Die vorgestellte Studie befasste sich aus Perspektive der WDA mit den unterschiedlichen Zugängen zum Phänomen Resilienz und hob hervor, dass die Rückwirkungen auf das Feld und den Diskurs nicht unabhängig vom diskursanalytischen Fokus der Forschung sind. Demnach positioniert sich Diskursforschung bzw. die Forschenden auch immer im Feld selbst.

In ihrem Vortrag zu organisationalen Wandel stellten *Ursula Offenberger* (Tübingen) und *Julia Nentwich* (St. Gallen) eine diskurspsychologische Forschungsperspektive vor. Die Gleichstellungsreform an deutschen und Schweizer Universitäten wurde als aufeinander aufbauende zyklische Übersetzung veranschaulicht, die von unterschiedlichen institutionalisierten Rahmungen als »Elephant in the room« eingeschränkt wurde. Die Ausgangsidee der Reform befand sich demnach in einer modifizierenden Situation des »fading out«, in der sie begrenzenden Veränderungen unterworfen wurde.

Aus medien- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive beschrieb *Julia Lönnendonker* (Dortmund) die Konstruktionen europäischer Identität am konkreten Fall

der deutschen Berichterstattung über einen möglichen Beitritt der Türkei zur EWG/EG/EU. Ihre Adaption der WDA als Forschungsprogramm kombinierte eine induktive, qualitative Inhaltsanalyse, eine Metaphernanalyse (Mikroebene) und eine komplementäre Korrespondenzanalyse, die zusätzlich auch Visualisierungen der verschiedenen Diskursformationen bereitstellte.

Andreas Neumann (Jena) rekonstruierte unter dem Titel »Die Einschreibung der Ausnahmen« wie Frauen im universitären Feld von 1870 bis 1933 gesehen und in selbiges eingeführt wurden. Er beschrieb exemplarisch eine mögliche Urbarmachung der Diskursforschung als Methode der Geschichtswissenschaften. Im Zentrum stand das Nachzeichnen hegemonialer Subjektnormen zu einem konkreten historischen Zeitpunkt und Ort bei großen Datenkorpora.

Matthias Fuchs (Paderborn) eröffnete eine Perspektive auf eine mögliche Verbindung von quantitativen und qualitativen Elementen in der Diskursanalyse. Seine methodischen Überlegungen, wie am Beispiel gesellschaftlicher Konflikte um Homosexualität die damit verbundenen, diskursiv vermittelten und konstruierten Normalitätsvorstellungen zum Gegenstand gemacht werden können, umfassten vor allem eine korpus-linguistische Analyse, die eine quantitativ gestützte qualitative Forschung ermöglichen soll. Dabei wurde »Heteronormativität« als wirkmächtige, diskursiv erzeugte, quasi sedimentierte Tiefenstruktur des Wissens identifiziert.

Abschließend widmete sich *Reiner Keller* in einer Keynote der wiederkehrenden Thematisierung des Wechsel- und Zusammenspiels von Diskursen und Materialität. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Kritik des »Neuen Materialismus«⁵ und jene Zugängen gelegt, die der Materialität eine vorrangige Stellung gegenüber diskursiven Konstruktionen und Zuschreibungen einräumen, oder sogar den Dingen selbst »agency« unterstellen. Unter Rekurs auf den Pragmatismus und den Symbolischer Interaktionismus (v.a. Blumer) formulierte Keller einen Standpunkt, der – nicht zuletzt auch mit dem Dispositivbegriff (Foucault) – der Frage nach der Materialität Rechnung trägt. Hierbei steht nicht so sehr die »agency« der Dinge im Fokus, sondern ihre Rolle im Hinblick auf die (Vor-)Strukturierung sozialer bzw. diskursiv konstituierter Situationen oder Handlungszusammenhängen. Im Rückgriff auf die Prämisse des Symbolischen Interaktionismus, dass Menschen den Dingen gegenüber entsprechend der Bedeutung handeln, die diese für sie haben, gilt es also auch für diskursanalytische Forschung die bedeutungsgenerierenden Momente von Materialität zu berücksichtigen.

Literatur

Barad K. (2012): *Agentieller Realismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Clarke, A. (2012): *Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn*. Wiesbaden: VS.

Gibbons, M./Limoges, C./Nowotny, H./Schwartzman, S./Scott, P./Trow, M. (1994): *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London: Sage.

5 Vgl. Barad, K. (2012): *Agentieller Realismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Anschriften

Cathrin Tettenborn
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
Email: cathrin.tettenborn@student.uni-augsburg.de

Georg Tiroch
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
Email: georg.tiroch@student.uni-augsburg.de

Reviews

Prof. Dr. Rolf Parr

Wodak, R. (2016):

Politik mit der Angst.

Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse.

Wien und Hamburg: Edition Konturen.

Nicht erst seit der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten ist die immer wieder gestellte Frage ›Wie konnte es geschehen?‹ Indikator dafür, wie wenig man eigentlich über das diskursive Funktionieren der weltweit reüssierenden nationalen Populismen weiß, über das, was in den USA gern mit ›How does it work?‹ zu hinterfragen gesucht wird. Hier setzt Ruth Wodaks kommunikationswissenschaftlich basierte kritisch-diskursanalytische Studie »Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse« und der mit ihnen vielfach eng verbundenen »Politik mit der Angst« an, indem sie zu erklären versucht, wie es »rechtspopulistische Parteien« nicht nur in Österreich von »wenig beachteten Randerscheinungen in die« so viel zitierte »Mitte der Gesellschaft« geschafft haben und wie die dabei durchgängig zu beobachtende »Normalisierung nationalistischer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer« Diskurse mit dem Schüren von Ängsten einhergeht (S. 11). Den Gegenstand ›Rechtspopulismus‹ definiert Wodak als eine »politische Ideologie [...], die bestehenden politischen Konsens ablehnt und in der Regel Laissez-faire-Liberalismus mit Anti-Elitismus verbindet« (S. 25). Das lässt sich, worauf Eckhard Jesse in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hingewiesen hat, für das westliche Europa nachvollziehen und – was das ›Bashing‹ von Wissenschaft, WissenschaftlerInnen und Medienleuten angeht – auch für die USA, nicht aber für das östliche Mitteleuropa mit protektionistisch agierenden rechten Populismen (vgl. Jesse 2016) und in diesem Punkt auch nicht für den protektionistischen Populismus des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Um ihr Analyseprogramm umzusetzen, nimmt Wodak die »Mikropolitik des Rechtspopulismus« anhand von 14 genauer analysierten Textbeispielen (Fotos, Karikaturen, Politikerreden, Verlautbarungen, journalistischen

Texten und Interviews) in den Blick und zeigt die wiederkehrenden Diskurselemente sowie die Strategien ihrer Nutzung und die verwendeten Argumentationsschemata auf. Über die gesamte Studie hinweg stellen diese Materialanalysen »Momentaufnahmen der politischen Situation« (S. 13) in Europa und den USA dar, die in vielfältiger Weise durch »Zahlen und Fakten« sowie durch »soziologische[], historische[] und politikwissenschaftliche[] Theorien« gerahmt werden (S. 14). Dies geschieht in acht Kapiteln, in denen es u. a. um Normen und Tabuverletzungen, Politik(en) der Identitäten und Ausgrenzungen, Politiken des Nationalismus und der Leugnung, um das Verhältnis von Politik und Charisma, Geschlecht und Körperpolitik sowie schließlich um die Normalisierung von Ausgrenzung in Europa geht. Durchgängig ist dabei die Frage nach der ›Normalität‹ des Rechtspopulismus als Ergebnis von ›Prozessen der Normalisierung‹ präsent.

Den eigentlichen Kern der Untersuchung, mit dem Wodak sich dann gleichsam auf ureigenem kritisch-diskursanalytischem Terrain bewegt, bilden jedoch »differenzierte sprachliche, pragmatische, rhetorische und Argumentationsanalyse[n]« (ebd.), die prägnant deutlich machen, wie rechtspopulistische Parteien »ihre Ideologien und ihre ausgrenzende Propaganda tatsächlich produzieren und reproduzieren, im politischen Alltag, in den Medien, im Wahlkampf, auf Plakaten, in Parolen und Reden« (S. 18 f.), und mit welchen Strategien sie dabei in den politischen Auseinandersetzungen arbeiten. Dieser analytischen Trennung von Diskurselementen und Strategien ihrer Durchsetzung verdankt Wodaks Buch dann auch den Ansatzpunkt für diskurstaktische Interventionen, für die als Beispiel die Überlegung von Chantal Mouffe angeführt wird, den kollabierten Gegensatz von ›links‹ und ›rechts‹ wieder neu zu beleben (vgl. S. 47). Kein Wunder also, dass Wodak das erarbeitete Wissen um das Funktionieren rechtspopulistischer Diskurse als Voraussetzung für Interventionen (vgl. S. 20) ansieht.

Wodaks Zielsetzung und Programm entspricht der Darstellungsmodus ihres Buches: In nahezu jedem der acht großen Kapitel wird zunächst die einschlägige Forschungsliteratur ganz verschiedener Fachdisziplinen referiert, um dann in der Regel zu dem Schluss zu kommen, dass alles, was da gesagt wird, zwar durchaus richtig sei, man aber über die vorgestellten Analysen und Theo-

rien noch hinausgehen müsse (vgl. beispielsweise S. 45, 51). Dieses ›Darüberhinausgehen‹ versuchen dann die jeweils nachfolgenden Bild/Text-Analysen einzulösen, wobei Wodak ihre Befunde vielfach an die referierten Ansätze rückkoppelt und so interdisziplinär anschlussfähig macht. Die einzelnen Kapitel münden am Ende in überaus instruktive Zusammenfassungen, die zum Teil regelrechte Checklisten der Diskursbausteine rechtspopulistischer Parteien und der Strategien ihrer Verwendung bieten (vgl. u. a. S. 40 ff., 69, 82 ff., 86, 92), vor allem aber operationale Analyseinstrumente darstellen, die von Schule bis Hochschule, von Privatheit bis Öffentlichkeit von Lokal- bis Weltpolitik genutzt werden können/könnten.

So angelegt, muss Wodaks Studie allerdings gelegentlich Redundanzen in Kauf nehmen. Beispielsweise wird in je wechselnder Perspektive immer wieder neu darauf hingewiesen, dass die rechtspopulistischen Parteien anscheinend klare Antworten auf komplexe Problemlagen geben können, und dass dabei auf die diskursive Konstruktion von Sündenböcken bzw. Feindbildern des ›Anderen‹ zurückgegriffen wird, während das ›Wir‹ des eigenen ›Volkes‹ an eine prioritäre Stelle gesetzt wird, also ›zuerst kommt‹ (vgl. S. 48). Viel und häufig wird auch aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen referiert und zitiert, oft in schneller Abfolge und bei nicht minder schnellem Wechsel der BezugsautorInnen sowie ihrer theoretischen Ansätze. Dadurch, dass die Zitate nicht immer kommentierend ein- oder ausgeleitet werden, entsteht an einigen Stellen der Eindruck einer sprunghaften Argumentation bzw. derjenige der Präsentation ›unumstößlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse‹, und dies bisweilen gerade an Stellen, an denen noch weiter diskutiert werden könnte, sollte und vielleicht sogar müsste (wie hinsichtlich des Verhältnisses von Rechts- und Linkspopulismus). Zurückzuführen ist dies jedoch letztlich auf den skizzierten Darstellungsmodus, die ›acht Zugriffe‹ auf das Phänomen Rechtspopulismus aus jeweils etwas anderem thematischem Blickwinkel, bei unterschiedlichem Gegenstand und je anderem Materialkorpus.

Deutlich gemacht werden kann und soll auf diese Weise zum einen, mit einem wie vielschichtigen Phänomen man es beim europäischen und amerikanischen Rechtspopulismus zu tun hat,

zum anderen aber auch, dass es eines breit angelegten, einzelne Fachdisziplinen übergreifenden Wissens bedarf, um dieses Phänomen einigermaßen gut erfassen zu können. Dass Wodak dies versucht hat, sich – wie das lange Literaturverzeichnis zeigt – in eine Unmenge von Publikationen, Theoremen und Methoden weit über den geisteswissenschaftlichen Fächerkanon hinaus eingearbeitet hat, ist ihr hoch anzurechnen. Ist das allein schon ein innovatives Moment, so kommt als weiteres hinzu, dass im siebten Kapitel eine so noch nicht unternommen Analyse der Geschlechts- und Körperpolitik des rechtspopulistischen Spektrums an Beispielen aus der Schweiz (anti-islamische Minarett-Darstellungen mit verschleierten Frauen), aus Großbritannien (Burka-Verbot) und den USA (Tea-Party und Abtreibung) vorgelegt wird. Überzeugend sind die einzelnen Analysen immer dann, wenn sie sich auf konkrete Materialien beziehen, und sehr genau einzelne Diskursstrategien und Funktionsweisen des Rechtspopulismus herausgearbeitet werden, wie etwa die von Wodak als ›Perpetuum Mobile‹ (S. 38) bezeichnete Verletzungen bestehender Normen, Überzeugungen und Werte durch rechtspopulistische Sprecher lösen Kritik aus, was die Gelegenheit gibt mit neuen Provokationen zu antworten usw. Als Effekt davon bleiben sowohl die Inhalte wie die entsprechenden PolitikerInnen und Parteien ständig öffentlich präsent.

Doch trotz der vielen überzeugenden Einzelbefunde steht am Ende die mehrfach wiederholte Erkenntnis, dass man es in Europa zwar aller Orten mit ›Renationalisierungstendenzen‹ (S. 205) zu tun habe, man sich aber ›von der Vorstellung verabschieden‹ müsse, dass es ›eine allgemeingültige Erklärung für Aufstieg und Fall rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien‹ gäbe (S. 209). Denn wie ›die 14 Textbeispiele [...] belegen, sind viele Faktoren am Erfolg rechtspopulistischer Parteien beteiligt. Diese Faktoren werden von lokalen und globalen Entwicklungen beeinflusst: durch nationale Traditionen und historische Narrative, durch die globale Finanzkrise und die damit verbundene neoliberale Sparpolitik, die zu steigenden Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern Europas geführt hat, durch den Wunsch, den Wohlfahrtsstaat ›für uns‹ zu schützen [...], durch enorme Armut in den ›Entwicklungsländern‹ und die dadurch ausgelöste Migra-

tion, durch die Entwicklungen des ›Arabischen Frühlings‹ und das Entstehen neuer fundamentalistischer religiöser Bewegungen, durch die Einführung von immer mehr Sicherheitsmaßnahmen seit 9/11, und letztlich durch große Fluchtbewegungen aufgrund immer neuer Kriege und Krisenherde; und so weiter. Und natürlich durch die Enttäuschung vieler Bürger und Bürgerinnen über die Disfunktionalität traditioneller Politik, der man nicht mehr zutraut, neuen Risiken und Gefahren für unsere Gesellschaft angemessen zu begegnen. Neue, medienversteuerte Führerpersönlichkeiten instrumentalisieren nun diese Enttäuschung in Text, Bild und Reden.« (S. 204 f.)

Bei all dem gibt Wodak ihren Lesern aber auch einen Hoffnung machenden Hinweis mit auf den Weg, der allerdings nicht zu bloßem Abwarten verführen sollte, nämlich, dass »rechtspopulistische Parteien, sollten sie Erfolg haben, in ihrem Kampf um eine Regierungsbeteiligung« meist schnell »zum Scheitern verurteilt sind« (S. 48).

In einer »Zeitschrift für Diskursforschung« mag die Frage erlaubt sein, wie diskurstheoretisch ein so angelegtes Buch eigentlich ist. Neben den vielen referierten Theorien ganz unterschiedlicher Provenienz, fällt die theoretisch-methodische Darstellung des eigenen Analyseansatzes weitgehend weg. Nur wenige Begrifflichkeiten der historisch akzentuierten »Kritischen Diskursanalyse« wie »Intertextualität«, »Interdiskursivität« und »Rekontextualisierung« werden auf gerade einmal einer Druckseite expliziert (vgl. S. 67 f.), allerdings inklusive Verweis auf andere Arbeiten Wodaks. Das ist für alle ihre Neu-LeserInnen (von denen es bei diesem Thema jenseits der diskurs- und sprachwissenschaftlichen Community sicher etliche geben wird) misslich, während diejenigen, die das Œuvre der Verfasserin – wie etwa den Band zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität (Wodak et al. 1998) – kennen, dies nicht unbedingt vermissen werden. Dennoch: Es trägt eher zur Verwirrung als zu leichter Lesbarkeit bei, wenn beispielsweise immer wieder von der Rhetorik des Rechtspopulismus gesprochen wird, dann aber von »kritischer« im Wechsel mit »historischer Diskursanalyse« die Rede ist. Alle drei lassen sich sehr wohl verbinden, aber das müsste aufgezeigt und nicht allein den LeserInnen überlassen werden, die unter Rhetorik viel-

leicht eher das klassische System der Redekunst verstehen und nicht die der (kritischen) Diskursanalyse in ihren argumentationsanalytischen Elementen nahekommende New Rhetoric (siehe dazu Kramer 2003).

Zwei genuin interdiskurstheoretische Anschlüsse, die sich von Wodaks Studie aus ergeben, und mittels derer das Phänomen ›Rechtspopulismus‹ weitergedacht werden kann, seien zum Abschluss skizziert:

(1) Der erste dieser beiden Anschlüsse setzt bei den Symbolen, Metaphern, Stereotypen und allen anderen in rechtspopulistischen Texturen wiederkehrenden Diskurselementen an, dreht die Perspektive aber um und fragt nicht nur nach der Funktionsweise rechtspopulistischer Diskurse, sondern auch danach, wo die attraktiven Stellen/Elemente in diesem Diskurs sind, an dem sich Individuen mit ihren individuellen wie auch kollektiven Identitäten »andocken« können (vgl. Parr 2009). Um diesen Vorgang etwas anschaulicher zu machen, kann man sich das Wirken rechtspopulistischer Diskurse (auf das auch Wodaks Untertitel abhebt) am besten als eine Maschine zur Reproduktion von Diskursen und den in und mit ihnen eingenommenen diskursiven Positionen vorstellen (vgl. Link 1999), die zunächst einmal unabhängig von bestimmten, individuellen Interakteuren »laufen« kann. Diese Maschine hält in Form der angebotenen diskursiven Positionen attraktive Schnittstellen für Individuen und die von ihnen ausgebildeten Subjektivitäten bereit. Dabei sind die Einzelindividuen durchaus austauschbar, denn ihre »Eignung« für bestimmte Diskurse resultiert nicht aus so etwas wie ihren mitgebrachten Charaktereigenschaften, sondern aus dem »Grad der Kompatibilität ihrer sprachlichen, diskursiven und subjektiven [...] »Sozialisation« mit der jeweiligen Diskursposition. »Dieser empirische Vorgang des austauschbaren »Eintretens« verschiedener und wechselnder Individuen in« diskursive Positionen »ist nichts anderes als der empirische Prozess der Subjektbildung« als Identitätsbildung (auch der eines »Wir«). Die diskursiven Positionen und die Elemente, die sie ausmachen, bilden den dafür nötigen »Kitt«, d. h. man hat es mit einem Prozess der Ver-Subjektivierung von Diskurselementen und -positionen zu tun. Von daher besteht keine Vorgängigkeit der Subjekte, »vielmehr bilden sich konkrete Subjekte« allererst »in

den ›Hohlformen‹ [...] heraus, die der Diskurs für Subjekte ›anbietet‹ (Link 1999, S. 49).

Dieser Prozess der Herausbildung von Subjektivitäten wäre parallel zu Wodaks Analysen zu untersuchen. Beides zusammen, die Analyse des Funktionierens rechtspopulistischer Diskurse und diejenige des ›Andockens‹ der Subjektivitäten an diese offensichtliche Attraktivitätsstelle, würden noch weiteren Aufschluss über das geben, was Wodak im kurzen Schlusskapitel ihres Buches »alternative Bezugssysteme schaffen« genannt hat. Denn das heißt nichts Anderes, als *alternative*, aber zugleich ebenso *attraktive* Diskurspositionen bereitzustellen oder vorhandene taktisch zu unterlaufen. Zudem wäre erst im doppelten Zugriff von Analyse rechtspopulistischer Diskurse und ergänzender Analyse der Herausbildung entsprechender Subjektivitäten die von Wodak eingangs gestellte Frage, warum die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen so erfolgreich sind (vgl. S. 11), wirklich zu beantworten.

(2) Der zweite Anschluss betrifft die Rede von »Normalismus«, wie sie bei Wodak durchgehend präsent ist, denn deutlicher noch, als es bei Wodak schon geschieht ließe sich der so vielfältig herausgearbeitete Prozess des beständigen ›Normaler-Werdens‹ des Rechtspopulismus mit Hilfe des Ansatzes des »flexiblen Normalismus« (Link 2006) fassen. Über die Unterscheidung ›normal/nicht-normal‹ hinaus lässt dieses Modell es nämlich zu, auch Verschiebungen des gesamten Normalitätsspektrums ›nach rechts‹ zu denken. Damit könnte man sehr genau beschreiben, wie die Akzeptanz des rechten Populismus zustande gekommen ist; man denke nur an die nach nahezu jeder Krise, Irritation oder Verunsicherung anzutreffende Rede von einer ›neuen Normalität‹, der man sich nun stelle müsse.

Als Beispiel für dieses Verschieben von Normalitätsspektren, das zugleich ein Intervenieren in Diskurse ist, kann der Wahlkampf in den Niederlanden im Februar/März 2017 dienen, in dem der rechtsliberale Ministerpräsident Mark Rutte versuchte, der rechtspopulistischen »Partij voor de Vrijheid« von Geert Wilders dadurch Stimmen abzunehmen, dass er die Normalitätsfrage mit der Parole »Doe normaal, of ga weg!« selbst ins Spiel brachte. Ein diskurstaktischer Kampf zwischen rechtsliberal und rechtspopulistisch, bei dem der rechtsliberale Ministerpräsident eine

Diskursstrategie des Rechtspopulismus nutzte und damit nolens volens ein Stück weit in Richtung Rechtspopulismus rückte.

Dass Anschlüsse wie die skizzierten so leicht herzustellen sind, macht deutlich, welche Forschungsleistung in Ruth Wodaks Studie steckt; dies auch dann, wenn man Bedenken an der Repräsentativität der 14 analysierten Textpassagen aus Österreich, Großbritannien und USA anmeldet, wenn man sich eine stärkere Unterscheidung zwischen Links- und Rechtspopulismus gewünscht hätte, die einen blinden Fleck bei Wodak darstellt, wenn man eine Differenzierung in »Extremismus und Populismus« einfordert oder die »antisemitischen Ressentiments« der neuen Populisten für überschätzt ansieht (vgl. Jesse 2016).

Literatur

- Jesse, E. (2016): Die Arroganz der Ignoranz. Anhand von Textbeispielen demonstriert Ruth Wodak Mechanismen rechtspopulistischer Botschaften. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (12.9.2016), www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/rechtspopulismus-die-arroganz-der-ignoranz-14421753.html (Abruf 22.2.2017).
- Kramer, J. (2003): New Rhetoric. In: G. Ueding (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Band 6. Berlin: De Gruyter, S. 259–288.
- Link, J. (1999): As-Sociation und Interdiskurs. In: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte diskurstheorie 38/39, S. 13–22.
- Link, J. (2006): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. 3., ergänzte, überarbeitete und neu gestaltete Auflage. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Parr, R. (2009): Wie konzipiert die (Inter-)Diskurstheorie individuelle und kollektive Identitäten? Ein theoretischer Zugriff, erläutert am Beispiel Luxemburg. In: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur 289, S. 11–16.
- Wodak, R./Kargl, M./de Cillia, R./Reisigl, M./Liebhart, K./Hofstätter, K./ (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Anschrift

Prof. Dr. Rolf Parr
 Universität Duisburg-Essen
 Fakultät für Geisteswissenschaften
 Germanistik (Literatur- und
 Medienwissenschaft)
 Berliner Platz 6–8
 D-45127 Essen
 rolf.parr@uni-due.de

Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann
 Herschinger, E./Renner, J. (Hrsg.) (2014):
 Diskursforschung in den
 Internationalen Beziehungen.
 Baden-Baden: Nomos.

Die Diskursforschung genießt eine anhaltende Konjunktur. Was seit langer Zeit für die Sozialwissenschaften im Allgemeinen gilt, konnte im vergangenen Jahrzehnt auch für die Politikwissenschaft beobachtet werden. Die Diskursforschung hat also ihre Nischenexistenz verlassen und alle Subdisziplinen des Faches, einschließlich der Internationalen Beziehungen, erreicht. Sie ist somit, wie *Thomas Diez* in seiner Schlussbetrachtung zu dem hier zu besprechenden Band zutreffend bemerkt, nicht mehr marginalisiert, sondern etabliert (»Von der Randständigkeit zum Mainstream«, S. 382–385). Diskursstudien begegnen einem allenthalben, ob in den Inhaltsverzeichnis führender Fachzeitschriften oder den Programmen großer Fachkonferenzen und kleiner Methodenworkshops. Nicht zuletzt zeigen in der universitären Lehre immer mehr Studierende Interesse, in ihren Abschlussarbeiten Diskurse untersuchen zu wollen.

Trifft die oben beschriebene Diagnose im Großen und Ganzen zu, dann spricht sie für den Bedarf an einem Überblickswerk, wie es *Eva Herschinger* und *Judith Renner* vorgelegt und bereits 2014 im Nomos-Verlag veröffentlicht haben. Der Band »Diskursforschung in den internationalen Beziehungen« versammelt zwischen einer Einführung der Herausgeberinnen und der bereits angesprochenen kritischen Zusammenfassung von *Thomas Diez*, die selbst schon Züge einer Rezension hat, insgesamt zehn Aufsätze zu Diskurs-

studien. Die thematische Breite der Beiträge reicht weit: Es geht um Klimapolitik (*Chris Methmann*) und Nanotechnologie (*Joscha Wullweber*), Außenpolitik (*Martin Nonhoff* und *Frank A. Stengel* sowie *Philip Liste*) und Entwicklungspolitik (*Aram Ziai*), Terrorismus- und Drogenbekämpfung (*Eva Herschinger*), um Versöhnung in Südafrika (*Judith Renner*), schließlich um regionale Integration im Rahmen von ASEAN (*Katja Freistein*) und EU (*Cornelia Bruell* und *Jochen Walter*). Die Beiträge sind in eine viergliedrige Ordnung gebracht: 1. Internationale Sicherheitsprobleme – Die Konstruktion des Extremen (zwei Beiträge), 2. Diskursive Perspektiven auf internationale Institutionen – Umstrittenheit und Wandel (drei Beiträge), 3. Entwicklung, Umwelt, Technologie – diskursiv gelesen (drei Beiträge) und 4. Globale Ordnungen – Herausbildung und (politische) Implikationen (zwei Beiträge). Wie in vielen Sammelbänden dieser Art ist die übergeordnete Gliederung eher pflichtschuldig als kategorial zwingend. Sie dient allenfalls einer gewissen Übersichtlichkeit und wird in den Beiträgen selbst nicht aufgegriffen oder erkennbar.

Mit der prinzipiell erfreulichen allgemeinen Konjunktur der Diskursforschung offenbart sich ein breites Spektrum von Zugängen und Ansätzen, von Arbeiten und Veröffentlichungen, die irgendetwas mit Diskursen machen, bis hin zu solchen, die ihre theoretischen Ursprünge gründlich aufarbeiten und umfassende methodisch-methodologische Entwürfe präsentieren. Dabei bewegt die Diskursforschung sich notwendig in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite droht der allemal berechtigte Vorwurf eines zu hemdsärmeligen Umgangs mit »dem« Diskurs als modischem Label, der die geradezu zwangsläufig entstehenden theoretischen Inkonsistenzen nur notdürftig überdeckt. Auf der anderen Seite setzen die ernsthafteren Arbeiten sich schnell der ebenfalls nicht ganz von der Hand zu weisenden und von den Herausgeberinnen einleitend problematisierten Kritik (S. 10) aus, sich regelmäßig in metatheoretischen, epistemologischen und wissenschaftstheoretischen Überlegungen zu verlieren, sich bei der Klärung ihres methodischen Vorgehens demgegenüber tendenziell aus der Affäre zu ziehen (etwa auf dem Rücken einer generellen Kritik des Methodenbegriffs) und dann nur recht dürftige empirische Befunde zu präsentieren. Es ehrt die Herausgeberinnen, dass sie neben der theoreti-

schen Auseinandersetzung, die als Gütekriterium für die Beiträge zu prüfen ist, auch die Offenlegung der methodologisch-methodischen Erwägungen fordern (S. 23 f.). Dies ist eine wesentliche Bedingung für den Einsatz des Bandes in der qualitativen Methodenlehre. Eine weitere Herausforderung der Diskursforschung und ein drittes Qualitätskriterium, das auf die Beiträge dieses Bandes anzuwenden ist, ist die Frage, ob ihnen auch die systematische Integration ihrer empirischen Befunde gelingt, so dass die in der Regel aufwändige Recherchearbeit – mehrere Beiträge lassen ihren Ursprung in umfangreichen Disserationsprojekten erkennen – plausibel in ein Ergebnis überführt werden kann.

Hinsichtlich der Theoriearbeit in den Beiträgen sei hier vorweggenommen, dass alle Autorinnen und Autoren sich sehr ernsthaft und ausgiebig mit ihren theoretischen Grundlagen befassen. Dies entspricht den Anforderungen in der Einleitung der Herausgeberinnen, worin diese die poststrukturalistische Diskursforschung in Anlehnung an die Arbeiten Foucaults, Derridas sowie natürlich Laclaus (und Mouffes) als Orientierungsrahmen definieren. In der Summe zeigen die Beiträge dann eine klare Schwerpunktsetzung zugunsten der insbesondere durch Ernesto Laclau geprägten »hegemonietheoretischen Diskursforschung« – international auch als »Essex School« bekannt. Demgegenüber stehen wenige Ausnahmen, die andere diskurstheoretische Prägungen erkennen lassen (partiell Methmann, Walter, Ziai). Diese Schwerpunktsetzung wird von den Herausgeberinnen einleitend eingestanden, und auch Thomas Diez greift diesen Punkt im Schlussteil wieder auf. Trotz aller Offenheit liegt hierin eine (wenn auch verzeihliche) Schwäche des Bandes, denn die Unwucht der Schulenzugehörigkeit steht zwangsläufig in einem Spannungsverhältnis zum Anspruch eines Überblickswerks, das sich stärker um die Einbindung anderer Ansätze (etwa Argumentative, Kritische oder Wissenssoziologische Diskursanalyse) bemühen müsste. Obwohl insbesondere die Herausgeberinnen das weitere Feld der IB-Diskursforschung trefflich kartieren und die wesentlichen Annahmen diskurstheoretischer Arbeiten klar und verständlich formulieren, kann ein zentrales Versprechen des Buchs nicht mehr voll eingelöst werden, nämlich »einen Einblick in die Vielfalt der Diskursfor-

schung zu geben und verschiedene Möglichkeiten diskursiver Perspektiven auf internationale Politik aufzuzeigen« (S. 9).

Was die Offenlegung der methodologisch-methodischen Erwägungen bis hin zur nachvollziehbaren Präsentation der Operationalisierung in Form einer eigenen interpretativen Analytik betrifft, fallen die Beiträge klar auseinander. Auf hervorragende Weise begegnen allen voran Herschinger selbst, aber auch Nonhoff und Stengel sowie Ziai den wesentlichen Herausforderungen. Demgegenüber wird die Neigung zur überbordenden Theoriearbeit, die nicht zum Ziel führt, sondern gerade auf begrenztem Raum eines Sammelbandbeitrags nur noch wenig Platz für empirische Befunde lässt, in einigen anderen Beiträgen durchaus deutlich. So lesenswert und erhellend die theoretischen Ausführungen etwa bei Wullweber auch sein mögen, so trefflich, so verständlich sie die Diskurstheorie Laclaus für den Leser aufbereiten, so dünn gerät demgegenüber doch die empirische Analyse und lässt die weitgehenden Schlussfolgerungen, die immerhin gezogen werden – Nanotechnologie als »hegemoniales Innovations-Projekt« im mehr oder weniger globalen Maßstab –, zumindest für diesen knappen Beitrag auf wackligen Beinen stehen. In Cornelia Bruells Aufsatz wird die im Vergleich zu Wullweber weit weniger klare Theoriediskussion von einem abrupt eingeführten, klärungsbedürftigen Multimethodendesign abgelöst, das dann wenig erhellende Ergebnisse produziert. Am Ende stehen Schlussfolgerungen, die in umständliches theoretisches Vokabular gewandert, einigermaßen intuitive Einsichten bis hin zu typischen Vorurteilen über die EU-Integration formulieren:

»In den meisten medialen Diskursen zur Europäischen Union werden Bürgerinnen nicht zu Akteurinnen gemacht. Sie befinden sich in einer unterdrückten Position, wie im Diskurs des Herren oder der Universität. Allerdings befinden sich die gespaltenen Bürger auch oft in der Position der unterdrückten Wahrheit. Die Kontinuität des Spalts bleibt gegeben, auch wenn das konkrete Thema längst keine Beachtung mehr findet.« (S. 207)

Die genannten Schwächen durchziehen keineswegs alle Beiträge. Was die Präsentation empirischer Befunde und das Ergebnis der Diskursforschung betrifft, ist zu betonen, dass, wie die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung sowie eine

Reihe von AutorInnen selbst hervorheben, keine Antwort auf die Warum-Frage gesucht wird. Diskursforschung kann sich nicht einer kausal-mechanischen Wissenschaftslogik unterwerfen, ohne metatheoretisch inkonsistent zu werden. Stattdessen wird an verschiedener Stelle das »Wie möglich« als abstrakte Fragestellung formuliert (S. 22, 48, 75 u. 351). Zumindest Antworten auf diese Frage sind allerdings wichtig, wenn eine diskursanalytische Arbeit mehr sein soll als die ebenfalls zulässige und aufschlussreiche Dokumentation und Interpretation typisierbarer Aussageereignisse. Sie werden vor allem in den Beiträgen geboten, die auf einen Vergleich setzen, sei es zwischen nationalen Diskursräumen (Walter), Politikfeldern (Herschinger) oder unterschiedlichen Handlungs-/Diskursträgern (Liste) usw. Herschinger bringt den Wert des Vergleichs für die hegemonietheoretische Diskursforschung auf den Punkt: »Es ist also der Vergleich, der es erlaubt, sich über die Bedeutung der Uneindeutigkeit des antagonistischen Anderen für Hegemonien (empirisch) klarzuwerden« (S. 98).

Anknüpfend an die Möglichkeiten vergleichender Diskurs- und Politikforschung ist eine Unklarheit anzusprechen, die in mehreren Beiträgen, ganz ungeachtet ihrer sonstigen Qualitätsunterschiede, hervortritt. Es ist der Bezug zu den internationalen Beziehungen. Auch diese Teildisziplin ist weit, die subdisziplinären Übergänge sind fließend, und doch begleitet den Leser im einen oder anderen Beitrag die drängende Frage, was ihn zur IB-Forschung macht und ob er nicht mit größerem Recht in der Politischen Theorie, der Vergleichenden Politik- oder der Policyforschung zu erwarten wäre. Für die Studie der Herausgeberin selbst, Judith Renner, ist der Fall unentschieden. Es wird deutlich und zutreffend hervorgehoben, dass sich Idee und Ablauf von Versöhnungsprozessen und »transitional justice« ausgehend von Südafrika weltweit verbreitet haben. Vor diesem Hintergrund ist es in der Tat sinnvoll, den Ursprungs-kontext dieses Diffusionserfolgs gründlich zu studieren. Zu diesem Zweck wäre auch die Dokumentenauswahl verständlich. Auf Grundlage der Dokumentenauswahl und -analyse, die beispielhaft transparent und gut ist, lässt sich allerdings eine Diskurshegemonie allenfalls für Südafrika, nicht aber international herleiten. Eine inter- und transnationale Verbreitung wesentlicher Diskurselemente

müsste erst noch untersucht werden. Tatsächlich formuliert Renner selbst dieses Forschungsdesiderat und verweist in diesem Zusammenhang gar auf eigene Forschungsarbeiten (S. 337). Hier wäre die Darstellung einiger Befunde daraus angebracht gewesen, damit der Fall sich klarer als IB-Forschung ausgewiesen hätte. Bei Methmann gelingt genau dies mit dem sehr überzeugenden Konzept des Klima-Mainstreaming und einem entsprechend bei NGOs und IOs ansetzenden empirischen Forschungsdesign besser. Schließlich sehen wir bei Liste im empirischen Teil eine vergleichende Studie außenpolitischer Diskurse. Die IB-Verortung ist hier also eher über den Gegenstand der Diskurse denn über den Gegenstand der Analyse gegeben.

Die Differenz zwischen Außenpolitikanalyse und Analyse der Internationalen Beziehungen ist nicht weiter problematisch und betrifft natürlich nicht nur diesen Band. Sie führt aber ebenso wie Renners Blick auf Diskurshegemonie in Südafrika (mit globaler Wirkung) zu einem anderen Grundproblem der Diskursforschung in den internationalen Beziehungen, das an keiner Stelle im Band problematisiert, geschweige denn zum Gegenstand der Analysen gemacht wird: die Ebenendifferenz zwischen nationalen allgemein-öffentlichen Diskursarenen und internationalen oder transnationalen Diskursarenen. Dieser Ebenenunterschied ist von zentraler Bedeutung für die Legitimität außenpolitischer Entscheidungen und internationaler Politikergebnisse. Allenfalls Methmann reflektiert die ungeklärte Referenzebene vieler diskursanalytischer Arbeiten:

»Letztlich bleibt der Nationalstaat der dominante Bezugspunkt. Und so bleibt auch für die diskursive Hegemonietheorie die Frage weitgehend ungeklärt: Hegemonie – wo institutionalisiert, von wem durchgesetzt, über wen ausgeübt?« (S. 244)

Die Forderung, die ihrerseits selbstverständlich konstruierte, aber wirkungsvolle Strukturierung von Diskursen durch nationale Gesellschaften und Mediensysteme stärker zum Ausdruck zu bringen und zum Gegenstand von Analysen zu machen – empirisch klingt sie in den vergleichenden Beiträgen zur Europa-forschung (Bruell und Walter) durchaus an –, steht in einer klaren Spannung zu dem von Thomas Diez dargelegten Ursprung der Diskursforschung in den IB. Denn dieser liegt gerade auch

in der Überwindung nationalstaatlicher Denkmuster und der Fixierung auf den Nationalstaat. So normativ sinnvoll und analytisch hilfreich diese Reorientierung einst und immer noch für gewisse Forschungsfragen gewesen sein mag, so scheint es daneben doch ausgesprochen wichtig, die empirisch beobachtbare Beharrlichkeit nationaler Strukturierung von Wissensbeständen festzustellen und die diskursstrukturierenden Wirkungsdifferenzen zwischen allgemeinen Öffentlichkeit und internationalen Spezialdiskursen stärker zu reflektieren, gerade für die Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen.

Trotz der genannten Schwächen und offenen Desiderate stellt der von Eva Herschinger und Judith Renner herausgegebene Band »Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen« ein wichtiges Kompendium für die diskursorientierte IB-Forschung dar. Er ist zur Lektüre und auch zum Einsatz in der qualitativen Methodenlehre zu empfehlen.

Anschrift

Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann
Universität Hildesheim
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsplatz 1
31141 Hildesheim
Email: wolf.schuenemann@uni-hildesheim.de

Leser werben Abonnenten

Zeitschrift für Diskursforschung

Empfehlen Sie Ihre Zeitschrift!

Als Dankeschön erhalten Sie für jeden Abonnenten ein Buch aus dem aktuellen Juventa-Programm im Wert von € 22,-.

☐ Ich bestelle **Zeitschrift für Diskursforschung** zum Jahresbezugspreis von € 49,- zzgl. Versandkosten ab _____ für mindestens ein Jahr

☐ Ich bestelle **Zeitschrift für Diskursforschung** als Studentenabo zum Jahresbezugspreis von € 35,- zzgl. Versandkosten ab _____ für mindestens ein Jahr

Meine Anschrift:

X

Datum/Unterschrift

☐ Ich bin AbonnentIn von **Zeitschrift für Diskursforschung** und habe den neuen Abonnenten geworben. Bitte senden Sie mir als Dankeschön folgendes Buch (bis € 22,-):

Meine Anschrift/Kunden-Nr.:

X

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich kann diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen bei Beltz Medien-Service, Postfach 10 05 65, D-69445 Weinheim widerrufen. Rechtzeitige Absendung genügt zur Fristwahrung.

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

Was wird aus Europa?



Georg Vobruba
Krisendiskurs
Die nächste Zukunft Europas
2017, 128 Seiten
broschiert, € 14,95
ISBN 978-3-7799-3621-3
Auch als **E-Book** erhältlich

Entsteht eine europäische Sozialpolitik? Wohin führen Euro- und Schengenkrise? Wie entwickelt sich das Verhältnis der EU zu ihren Nachbarn? Die Europäische Integration ist so weit fortgeschritten, dass diese Fragen alle betreffen. Der Krisendiskurs ist darum ebenso unvermeidbar wie unverzichtbar. Es geht um Kernfragen der europäischen Integration.

Aus dem Inhalt:

■ Sicherheit und Konflikt

Kontexte sozialer Sicherheit. Voraussetzungen für die Entstehung einer genuin Europäischen Sozialpolitik
Die Europäisierung des Verteilungskonflikts in der Eurokrise
Eurobonds sind unvermeidbar
Fremdbestimmte Selbstbestimmung
Autonomieverluste? Tendenzen in der Sozial- und Bildungspolitik

■ Krise und Integration

Währung, Konflikt, Integration. Folgen der Eurokrise
Zeithorizonte der Transformation. Griechenland und DDR
Jenseits der Eurokrise. Die Mühen der Ebene
Die nächste Zukunft der Europäischen Integration

■ Nachbarschaft und Grenze

Grenzen in der Dynamik Europas
Nachbarschaft neu. Politische Tauschverhältnisse
Zentrum, Peripherie, Brexit



Als interdisziplinäres Forum für discourse studies versammelt die Zeitschrift für Diskursforschung (ZfD) theoretische, methodologisch-methodische und empirische Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskursforschung. Ziel der Zeitschrift ist es, die sozial-, sprach- beziehungsweise geisteswissenschaftlichen Perspektivierung gesellschaftlicher Diskurse zu dokumentieren, zu präzisieren und fortzuführen. Die Auswahl der in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge unterliegt einem doppelt anonymen Begutachtungsverfahren (peer review).

Die Beiträge der themenspezifischen Sonderausgaben (Special Issue) mit Gastherausgeberschaften unterliegen einer doppelten Begutachtung durch die Herausgeber der ZfD und die jeweiligen Gastherausgeber.

Herausgeber: Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Beirat: Johannes Angermüller, Andrea D. Bührmann, Rainer Diaz-Bone, Adele Clarke, Franz X. Eder, Ekkehard Felder, Herbert Gottweis (†), Fabian Kessl, Peter A. Kraus, Achim Landwehr, Thomas Lemke, Frank Nullmeier, Rolf Parr, Inga Truschkat, Ingo H. Warnke, Martin Wengeler, Ruth Wodak

Redaktion: Dr. Saša Bosančić, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg

E-Mail: zfd@phil.uni-augsburg.de, Tel. 0821/598-4071, www.uni-augsburg.de/zfd

ZfD – Regeln für die Einreichung der Manuskripte: Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden und sollten einen Gesamtumfang von 60.000 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Jedem Artikel ist eine Kurzzusammenfassung (abstract) sowohl in deutscher als auch englischer Sprache (inklusive der Übersetzung des Titels) im Umfang von 600-800 Zeichen sowie 6-8 Schlüsselbegriffe (keywords) in beiden Sprachen beizufügen. Das Manuskript ist anonymisiert und entsprechend der Formatvorgaben der ZfD einzureichen. Die entsprechenden Hinweise finden Sie auf der Homepage der Zeitschrift unter www.uni-augsburg.de/zfd. Einzel- oder Sammelbesprechungen haben einen Gesamtumfang von 15.000 bis 30.000 Zeichen. Rezensionangebote werden von der Redaktion geprüft; bei unaufgefordert eingesandten Rezensionen besteht kein Anspruch auf Abdruck.

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstr. 10, 69469 Weinheim

Anzeigen: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, 69441 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-386, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement: Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-330, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: medienservice@beltz.de

Einzelheftbestellungen: Beltz Medien-Service bei Rhenus, D-86895 Landsberg, Tel.: 0 81 91/9 70 00-622, Fax: 0 81 91/9 70 00-405, E-Mail: bestellung@beltz.de

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement Euro 49,00, Studierende mit Studiennachweis Euro 35,00, Einzelheft Euro 29,95, jeweils zzgl. Versand. Der Gesamtbezugspreis (Abonnement zzgl. Versandkosten) ist preisgebunden. Jahresabonnement (3 Hefte).

Das Kennenlernabo umfasst 2 Hefte zum Preis von Euro 29,95 inkl. Versand.

Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabonnementsende.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Jahresregister finden Sie auf www.beltz.de



Andreas Grau / Judith von der Heyde / Jochem Kotthaus /
Holger Schmidt / Martin Winands (Hrsg.)

Sozialwissenschaftliche Perspektiven der Fußballforschung

Reihe: Sportfans im Blickpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung
2017, 198 Seiten, broschiert, € 29,95 (44-3437)

Auch als **E-Book** erhältlich

Der Band umfasst innovative und interdisziplinäre Fragestellungen der Fanforschung, methodische Zugänge sowie theoretische Perspektiven verbunden mit einer möglichen Generalisierbarkeit der Forschungserkenntnisse.



Jan Weisser

Konfliktfelder schulischer Inklusion und Exklusion im 20. Jahrhundert

Eine Diskursgeschichte

2017, 206 Seiten, broschiert, € 29,95 (44-3604)

Auch als **E-Book** erhältlich

Diese diskursgeschichtliche Studie geht der Frage nach, wie sich im 20. Jahrhundert eine stabile Teilung zwischen allgemeiner und besonderer Erziehung und Bildung durchsetzen konnte. Ziel der Studie ist es, gesellschaftsgeschichtliches Wissen für die Entwicklung inklusiver Erziehungs- und Bildungspraktiken bereitzustellen.



Julia Gebrande / Claus Melter / Sandro Bliemetsrieder (Hrsg.)

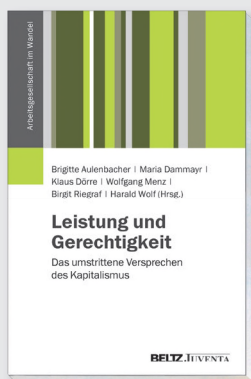
Kritisch ambitionierte Soziale Arbeit

Intersektional praxeologische Perspektiven

2017, 408 Seiten, € 39,95 (44-3460)

Auch als **E-Book** erhältlich

In diesem Buch soll ein bestimmtes Verständnis, eine Ausrichtung einer kritisch ambitionierten Sozialen Arbeit aus praxeologischer Perspektive beschrieben und in konkreten Arbeits- und Handlungsfeldern angewandt werden. Dabei stehen Fragen von Diskriminierungs- und Herrschaftskritik sowie von Gerechtigkeits- und Menschenrechtsorientierung im Zentrum.



Brigitte Aulenbacher / Maria Dammayr / Klaus Dörre / Wolfgang Menz / Birgit Riegraf / Harald Wolf (Hrsg.)

Leistung und Gerechtigkeit

Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus

2017, 382 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-3051-8); Auch als **E-Book** erhältlich

Das moderne Versprechen von Gleichheit und Gerechtigkeit gründet auf Leistung. Das Buch zeigt, wie Leistungs- und Gerechtigkeitsvorstellungen das öffentliche Gesicht des Kapitalismus und sein Selbstverständnis prägen und wie sie in Erwerbsarbeit, Unternehmen, Sozialstaat, angesichts von sozialen Auf- und Abstiegen, im Elitedenken und angesichts einer neuen Expertokratie umkämpft sind.



Jo Reichertz / René Tuma (Hrsg.)

Der Kommunikative Konstruktivismus bei der Arbeit

Mit E-Book inside

2017, 370 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-3605)

Auch als **E-Book** erhältlich

Der Kommunikative Konstruktivismus versteht sich als Weiterentwicklung des Sozialkonstruktivismus. Er löst damit die Ansprüche aktuell diskutierter Ansätze wie der Praxistheorie ein. Der Band versammelt sozial- und kommunikationswissenschaftliche Beiträge, die zeigen, wie Arbeiten im Anschluss an den Kommunikativen Konstruktivismus auch empirisch gehaltvolle Ergebnisse liefern können.



Markus Ziegler

Induktive Statistik und soziologische Theorie

Eine Analyse des theoretischen Potenzials der Bayes-Statistik

Reihe: Grundlagentexte Methoden

2017, 302 Seiten, broschiert, € 39,95 (44-3658)

Auch als **E-Book** erhältlich

Die Bayes-Statistik ist eine bislang in der empirischen Sozialforschung kaum bekannte Schule statistischen Schließens. Die Arbeit beleuchtet, inwieweit ihre Denklogik und analytische Vorgehensweise im Vergleich zur klassischen Statistik Vorteile bei der soziologischen Theoriebildung bieten kann.